

**BIS HIERHER
UND NOCH
VIEL WEITER**

Grünes Programm zur Landtagswahl 2017

GRÜNMACHTS.DE/PROGRAMM



Das Wahlprogramm wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 11. Juni 2017 in Wolfenbüttel beschlossen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Niedersachsen
Odenonstraße 4
30159 Hannover

Telefon: 0511 - 126 085 0
Fax: 0511 - 126 085 85

landesverband@gruene-niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

V.i.S.d.P.: Heike Köhn
Lektorat: Lydia Krüger
Satz: p*zwe
Gestaltung Titel: Wigwam eG
Druck: Umweltdruckhaus Hannover GmbH

ClimatePartner^o
klimateutral

Druck | ID 53146-1708-1002

Klimaneutral gedruckt auf 100 % FSC zertifiziertem Papier
Der Druck erfolgt klimaneutral mit Biofarben
Nachhaltig produziert im Umweltdruckhaus Hannover

INHALT

1. PRÄAMBEL	8	4. GERECHTE BILDUNG BRAUCHT DAS LAND	54
2. UMWELT-, KLIMA- UND NATURSCHUTZ WEITER VORANTREIBEN	12	4.1 Auf die Jüngsten kommt es an	55
2.1 100 Prozent Klimaschutz, 100 Prozent Zukunft	14	4.2 Grüne Schulpolitik: Gerecht und für alle	57
2.2 Ökoenergie für alle: Emissionsfrei, klimafreundlich und regional	16	4.3 Gute Ausbildung	69
2.3 Raus aus den fossilen Energien	20	4.4 Studium und Forschung – gerecht und nachhaltig	72
2.4 Atomausstieg vollenden, Altlasten sicher entsorgen	22	4.5 Erwachsenenbildung stärken	82
2.5 Mit ganzem Herzen für Natur und Umwelt	25	5. OFFENE GESELLSCHAFT: LEBENDIGE DEMOKRATIE UND STARKER RECHTSSTAAT	84
2.6 Schutz von Wasser, Boden, Luft	29	5.1 Grüne Innenpolitik: Grund- und Freiheitsrechte im Einklang mit Sicherheit	85
3. AGRARWENDE UMSETZEN, VERBRAUCHER-SCHUTZ STARK MACHEN	35	5.2 Freie, unabhängige und gerechte Justiz	93
3.1 Agrar- und Tierhaltungswende gestalten	36	5.3 Für eine lebendige Demokratie	96
3.2 Den Umbau der Landwirtschaft vorantreiben	37	5.4 Politische Bildung stärken	99
3.3 Nachhaltige Fischereipolitik	45	5.5 Migration und Teilhabe	102
3.4 Tierschutz konsequent umsetzen	46	5.6 Queeres Niedersachsen	110
3.5 Jagd zeitgemäß gestalten	50	5.7 Weltanschauung und Staat	113
3.6 Wahlfreiheit für Verbraucher*innen stärken	51	5.8 Vielfältige und unabhängige Medien	116

6. SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT: ZUSAMMEN GEHT ES BESSER

119

6.1	Solidarität und Zusammenhalt	120
6.2	Vielfältigkeit und Teilhabe	124
6.3	Frauenrechte und Gleichstellung	126
6.4	Kinder, Jugend und Familie	131
6.5	Gute Gesundheitsversorgung	136
6.6	Menschenwürdige Pflege	142

7. NACHHALTIG MOBIL IM GANZEN LAND

146

7.1	In den Bestand statt in neue Autobahnen investieren	148
7.2	Klimaschonend unterwegs	150
7.3	Den Menschen im Blick – Lärm- und Gesundheitsschutz verbessern	153
7.4	Die Schifffahrt ökologisch gestalten	154

8. STARKE INFRASTRUKTUR, NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

157

8.1	Wirtschaft: Den ökologischen Wandel voranbringen	158
8.2	Gute Arbeitsbedingungen schaffen	163
8.3	Gut vernetzt: Digitale Infrastruktur ausbauen	167
8.4	Finanzen: Nachhaltig und gerecht	170

9. NIEDERSACHSEN LEBENSWERT GESTALTEN

175

9.1	Ländliche Räume zukunftsfähig gestalten	176
9.2	Wo wir zu Hause sind: Unsere Kommunen stark machen	178
9.3	Lebendige und soziale Städte	180
9.4	Kunst und Kultur für eine lebendige Gesellschaft	181
9.5	Grenzenlos denken: Europa und Internationales	188
9.6	Ökologisch und sozial: Bauen und Wohnen	192
9.7	Förderung des Sports	197
9.8	Ehrenamt stärken	199

1. PRÄAMBEL

Liebe Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen,

wir haben 2013 begonnen, dieses Land ökologischer, gerechter und weltoffener zu gestalten. Nach zehn Jahren Schwarz-Gelb haben wir einen echten Politikwechsel eingeleitet. Zur Landtagswahl am 15. Oktober treten wir an, um diesen positiven Wandel fortzusetzen.

Sie entscheiden mit Ihrer Stimme darüber, ob Niedersachsen das Land des Klimaschutzes und der Energiewende bleibt, ob wir zukünftig auf schmutzige Diesel oder Elektromobilität setzen, ob die erfolgreich eingeleitete Agrarwende weitergeführt wird, ob es gleiche Chancen durch gerechte Zugänge zu guter Bildung gibt und ob die Bürgerrechte auch zukünftig Vorrang haben.

Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht – und noch viel mehr vor. Bis hierher und noch viel weiter! Da-

für bitten wir um Ihre Unterstützung! Für den ökologischen Wandel, für ein solidarisches Europa, eine offene Gesellschaft und liberale Demokratie, mehr soziale Gerechtigkeit und eine Bürgerbewegung für Freiheit und Menschlichkeit. Wir denken global. Und handeln in Niedersachsen.

Durch die vorgezogene Landtagswahl können wir viele wichtige Projekte wie das Klimaschutzgesetz, das Wassergesetz oder das Gleichstellungsgesetz nicht zum Abschluss bringen. Deshalb gilt jetzt erst recht:

Mit Energie fürs Klima: Wir sind die Partei des klimagerechten Wandels, von der Energie- und Agrarwende über ökologische Mobilität bis zur nachhaltigen Erneuerung der Wirtschaft. Ein zukunftsfestes Niedersachsen braucht sichere und saubere Energie. Wir machen Niedersachsen

fit für ein Zeitalter ohne Atom, Kohle und Gas. Heute ist Niedersachsen das Windenergieland Nummer eins. Zwei Drittel des Stromverbrauchs werden inzwischen durch Energie aus Wind, Sonne, Wasser und Bioenergie gedeckt. Unser Ziel ist ein klimagerechtes Niedersachsen mit 100 Prozent erneuerbaren Energien. Wir sorgen dafür, dass Wohnen weniger Energie verbraucht und wir stehen für faire und transparente Energiepreise.

Mit Energie für Natur und Umwelt: Klima- und Umweltpolitik sind für uns auch eine Frage der Gerechtigkeit. Sauberes Wasser, gute Luft und gesunde Böden und die Vielfalt der Arten sind unsere Lebensgrundlagen. Umwelt ist nicht alles, aber ohne Umwelt ist alles nichts. Mit ökologischer Politik schützen wir die Menschen vor den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Belastung unserer Atemluft, der Ausbeutung der Natur und der Verunreinigung unseres Trinkwassers mit Nitrat und Pestiziden. Mit zahlreichen Maßnahmen zum Umwelt- und Naturschutz haben wir in Niedersachsen viel erreicht, diesen Weg wollen wir weitergehen.

Mit Energie für gutes Essen und ökologische Landwirtschaft: Wir haben in Niedersachsen eine echte Agrarwende eingeleitet. Endlich werden den Hühnern keine Schnäbel mehr gekürzt, es gibt viel mehr Legehennen in Bio-

und Freilandhaltung und Schweine mit intakten Ringelschwänzen und es werden deutlich weniger Antibiotika eingesetzt. Der Anteil des Ökolandbaus steigt kontinuierlich. Wir stärken regionale Strukturen und bäuerliche Betriebe für gesundes Essen, eine intakte Umwelt und einen lebenswerten ländlichen Raum. Diesen Weg werden wir weitergehen – für eine nachhaltige Landwirtschaft und gesundes Essen. Verbraucherschutz wird bei uns großgeschrieben. Wir haben die Futter- und Lebensmittelkontrolle gestärkt, um weitere Lebensmittelskandale zu verhindern.

Mit Energie für saubere Mobilität und sichere Arbeitsplätze: Eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes werden wir nur mit mehr Investitionen in Bildung und digitale Infrastruktur erreichen, nicht durch mehr Beton und Asphalt. Von grünen Konzepten für mehr Nachhaltigkeit profitieren Umwelt und Natur, aber erst recht innovative Unternehmen, Landwirt*innen, Handwerker*innen, Arbeitnehmer*innen sowie die gesamte Gesellschaft. Gerade beim niedersächsischen Industrieschwerpunkt Mobilität wird es nur mit alternativen Antriebstechnologien und neuen Konzepten gelingen, wieder zukunftsfähig zu werden. Viel zu lange wurde auch in Niedersachsen auf dreckige Verbrennungsmotoren gesetzt: fossile Treibstoffe haben keine Zukunft. Nur

mit uns GRÜNEN wird Niedersachsen zum Vorreiter einer neuen, sauberen Mobilität und kann Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft dieser Branche auch im 21. Jahrhundert sichern. Damit die Mobilitätswende gelingt, werden wir den ÖPNV stärken, Schienenstrecken reaktivieren und attraktiver gestalten, die Fahrradinfrastruktur ausbauen und damit Schadstoffe und Lärm reduzieren.

Mit Energie für Zusammenhalt: Wir stehen für eine offene Gesellschaft, die Vielfalt als Gewinn sieht. Wir schaffen die Grundlagen für eine gelingende Integration: Von der ersten Notversorgung über die barrierefreie Sprachförderung und passgenaue Bildungszugänge bis zum ersten Arbeitstag. Mit „Niedersachsen packt an“ haben wir in Regierungsverantwortung ein gesamtgesellschaftliches Bündnis etabliert, das gemeinsam mit tausenden Ehrenamtlichen und Kommunen die neuen Herausforderungen angeht, Lösungen erarbeitet und umsetzt. Wir setzen auch zukünftig auf Toleranz, Respekt und Menschlichkeit statt Populismus.

Mit Energie für Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit: Demokratie, Freiheit, Offenheit und Toleranz sind gesellschaftliche Werte, die immer wieder neu erstritten und durch unseren Rechtsstaat gesichert werden. Wir gestalten eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik mit Augenmaß. Im

Mittelpunkt stehen die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger*innen. Dafür haben wir mehr Polizist*innen eingestellt, den Verfassungsschutz reformiert und die Prävention ausgebaut. Die Justiz wurde modernisiert und dabei auch kleine Gerichtsstandorte erhalten, um die Erreichbarkeit zu sichern. Und wir haben in Niedersachsen eine neue Landeszentrale für politische Bildung eingerichtet.

Mit Energie für gute und gerechte Bildung: Wir sorgen für gebührenfreie Bildungszugänge und mehr Chancengerechtigkeit. Angefangen bei den Jüngsten haben wir die frühkindliche Bildung ausgebaut und eine bessere Betreuung umgesetzt. Durch die Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren gibt es mehr Zeit zum Lernen und weniger Schulstress. Überall in Niedersachsen sind neue Integrierte Gesamtschulen entstanden. Der Ganztags wurde für alle Schulformen massiv ausgebaut und besser ausgestattet.

Wir sorgen für gute Studienbedingungen und gerechte Zugänge. Dafür haben wir die unsozialen Studiengebühren abgeschafft, den Hochschulen deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt und massiv in die Bildungsinfrastruktur investiert. Wir stärken eine Wissenschaft, die Verantwortung für die Gesellschaft übernimmt und als Motor für ein nachhaltiges Niedersachsen und den notwendigen Wan-

del wirkt. Wir sorgen für gute Bildung, fördern die Menschen von klein auf und legen damit eine gute Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und neue Chancen. Wir wollen künftig die Betreuung in den Kitas weiter verbessern und Familien bei der Kinderbetreuung finanziell entlasten.

Mit Energie für Fairness und gute Arbeit: Wir haben in Niedersachsen die Grundlage für bessere Arbeitsbedingungen und gute Arbeit geschaffen. Nur wer Tarif- oder Mindestlohn zahlt, bekommt öffentliche Aufträge. Viele Minijobs sind in sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführt worden und Langzeitarbeitslose haben neue Perspektiven. Und wir haben die Förderung des bezahlbaren Wohnraums erhöht. Wir setzen uns für eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen ein.

Wir stehen für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Wir haben in die Zukunft und die Infrastruktur dieses Landes investiert und gleichzeitig dafür gesorgt, dass Niedersachsen ohne neue Schulden auskommt. Wir setzen uns auch zukünftig für den Erhalt politischer Gestaltungsräume und Generationengerechtigkeit ein.

Bis hierher und noch viel weiter: Bei der kommenden Landtagswahl stehen

Sie vor einer erneuten Richtungsentscheidung. Es geht am 15. Oktober 2017 um die Frage, wie sich unser Land und unsere Gesellschaft zukünftig entwickeln. Es geht darum, ob es in Niedersachsen auch zukünftig solidarisch zugeht. Ob dieses Land weiterhin offen und modern bleibt und ob es eine Mehrheit für ein friedliches Miteinander statt Ausgrenzung gibt.

Das gibt es nur mit GRÜN: Wir treten an, um in Niedersachsen für Klima und Umwelt, die Agrarwende, gute Bildung, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und eine offene Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Wir stehen für eine politische Kultur des Dialogs und der Beteiligung. Statt auf Mauern und Abschottung setzen wir auf die Gestaltung gemeinsamer Lösungen, die Menschen mitnimmt und Brücken baut.

Die Grüne Regierungsbeteiligung in der rot-grünen Landesregierung hat Niedersachsen gutgetan. Wir wollen unsere Arbeit fortsetzen und weiterentwickeln. Ein ökologisches, gerechtes und weltoffenes Land gibt es nur mit starken GRÜNEN. Dafür bitten wir am 15. Oktober 2017 um Ihre Stimme:

Zweitstimme GRÜN.

2. UMWELT-, KLIMA- UND NATURSCHUTZ WEITER VORANTREIBEN

Damit das Leben lebenswert bleibt, müssen wir unsere Zukunft im Einklang mit der Natur gestalten. Klima- und Umweltpolitik sind für uns auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Die Welt ist an den Grenzen des Wachstums angekommen. Längst verbrauchen wir viel mehr biologische Ressourcen, Bodenschätze, Flächen, Wasser und Luft, als uns zur Verfügung stehen. Dies sorgt in vielen Ländern für die Zerstörung der Lebensgrundlagen, befeuert soziale Konflikte und Kriege, führt zu Vertreibungen und destabilisiert Staaten. Auch natürliche oder naturnahe Lebensräume und mit ihnen viele Arten verschwinden von der Landkarte. Zudem produzieren wir zu viele Schadstoffe, die unsere Gesundheit gefährden, den Naturhaushalt belasten und seine Lebensgemeinschaften zerstören. Abwässer, Abfälle, Gülle

und Pestizide belasten Böden und Trinkwasser. Die Entsorgung und sichere Lagerung des Atom Mülls für Millionen von Jahren ist weiterhin ungeklärt.

Die Bedrohung durch den Klimawandel ist die existenzielle Herausforderung unserer Zeit. Treibhausgase aus der Nutzung fossiler Energieträger, aus der Landwirtschaft, dem privaten Konsum und dem Verkehrssektor heizen unsere Atmosphäre auf. Um mehr als 1,5 bis maximal 2 Grad darf die durchschnittliche Erdtemperatur aber nicht steigen. Andernfalls drohen der Menschheit – so die einhellige Expertenmeinung – Klimakatastrophen unkontrollierbaren Ausmaßes und eine erhebliche Zunahme von Kriegen und Fluchtbewegungen. Die UN rechnen weltweit mit 200 Millionen zusätzlichen Umweltflüchtlingen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts, wenn

der Klimawandel nicht gestoppt wird. Umwelt- und Klimapolitik werden immer mehr zur zentralen Gerechtigkeits- und Sicherheitsfrage im 21. Jahrhundert. Ebenso wie der Zugang zu Ressourcen sind auch die Folgen der Klimakrise ungleich verteilt. Ohne den Blick auf die sozialen Auswirkungen der heutigen und der zukünftigen Klima- und Umweltpolitik ist die ökologische Transformation nicht zu schaffen.

Wir GRÜNEN haben den Klimaschutz von Anfang an ganz oben auf unsere Agenda gesetzt und Programme für einen konsequenten Umwelt- und Klimaschutz vorgelegt. Wir haben früh die Chancen erkannt, die im klimafreundlichen Umbau unserer Wirtschaft liegen. Dank jahrzehntelanger grüner Politik ist Niedersachsen heute das Land der Energiewende, wo die Technologien für morgen entwickelt werden. Wir haben die Herausforderung angenommen und wollen den Umbau der Energieversorgung und 100 Prozent Klimaschutz schaffen.

In den letzten fünf Jahren haben wir GRÜNEN die Umweltpolitik in Niedersachsen neu aufgestellt. Mit dem Aufbau der Klimaschutz- und Energieagentur, unserem Moorschutzprogramm, Investitionen in den Gewässerschutz und unserer Naturschutzstrategie haben wir wichtige Projekte eingeleitet. Daran wollen

wir anknüpfen. Denn auch wenn viel erreicht wurde – es bleibt viel zu tun.

2.1 100 Prozent Klimaschutz, 100 Prozent Zukunft

Der Klimawandel schreitet schneller voran, als die internationale Klimapolitik handelt. Extremwetterlagen und Wetterschäden nehmen immer weiter zu. Der Pariser Klimagipfel hat 2015 endlich ambitionierte Ziele definiert, doch die nationalen Maßnahmenprogramme fallen noch weit hinter die Notwendigkeiten zurück. Das gilt auch für den deutschen Klimaschutzplan der Bundesregierung, der dem Anspruch, Vorreiter beim Klimaschutz zu sein, nicht gerecht wird. Die Energiewende kann nur mit einer Wende im Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich gelingen. Der Einsatz für die Energieeinsparung, den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Kohleausstieg muss forciert werden. Ebenso müssen die Verkehrswende und der Kohleausstieg vorangetrieben werden. Für ein exportorientiertes Hochtechnologieland ist der Status quo zu wenig. Die Politik muss Innovationen vorantreiben und damit nicht zuletzt sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

Niedersachsen ist als Küsten- und Agrarland in besonderer Weise von der Klimakrise betroffen. Steigende Meeresspiegel und die wachsende Zahl von Extremwetterereignissen erfordern besseren Hochwasserschutz – an der Küste wie auch im Binnenland. Extreme Niederschläge, Stürme, Hagelschläge und regionale Dürren füh-

ren zu immensen Schäden und gefährden die Ernten. Dies gilt bei uns und noch stärker für viele andere Regionen der Welt, wo der Lebensraum vieler Menschen in Gefahr ist. Erfolgreicher Klimaschutz ist daher auch ein entscheidender Baustein bei der Bekämpfung von Fluchtursachen.

Wir fördern die angewandte Forschung zu den Auswirkungen des Klimawandels in Niedersachsen und setzen zur Vorsorge auf frühzeitige Maßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels, insbesondere zum Schutz vor Hochwasser und Sturmfluten.

Klimaneutral bis 2050

Wir sind die erste Generation, die die Folgen der Klimakrise spürt und gleichzeitig die letzte Generation, die sie noch abwenden kann. Deswegen haben wir in Niedersachsen in den letzten fünf Jahren die Weichen gestellt und wirksame Maßnahmen eingeleitet. Wir GRÜNEN fordern ein starkes Klimaschutzgesetz mit klaren Landeszielen und ein integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm mit konkreten Maßnahmen. Dazu gehört unter anderem ein Investitionsprogramm, mit dem landeseigene Gebäude energetisch saniert werden. Damit die Klimaziele erfüllt werden können, muss der Energiesektor in Niedersach-

sen spätestens 2050 vollständig treibhausgasfrei (dekarbonisiert) sein – von der Strom- und Wärme Gewinnung über die Industrie bis zur Mobilität. Wie eine Versorgung mit 100 Prozent erneuerbarer Energie funktionieren kann, zeigt das Energieszenario der Landesregierung. Hierbei haben wir auch die Situation der energieintensiven Unternehmen im Blick.

Natürliche CO₂-Speicher erhalten: Moor und Wald

Wälder und naturnahe Moore sind wertvolle Kohlenstoffspeicher. Werden Moore entwässert, etwa für den Torfabbau und die landwirtschaftliche Nutzung, geht nicht nur die Artenvielfalt verloren – gleichzeitig wird auch in großem Maße Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt. Das ist ein wahrer Klimakiller: Bis zu 45 Tonnen CO₂-Äquivalente werden jährlich je Hektar ackerbaulich genutzter Moorfläche freigesetzt. Die Treibhausgasemissionen aus entwässerten niedersächsischen Mooren sind fast genauso hoch, wie die des gesamten Verkehrs in unserem Bundesland. Als moorreichstes Bundesland hat Niedersachsen daher eine besondere Verantwortung, die Moore als natürliche Kohlenstoffspeicher zu erhalten.

Wir haben daher ein Moorschutzprogramm auf den Weg gebracht, um die noch halbwegs naturnahen Moore zu schützen und sie klima- und natur-

schutzzgerecht weiterzuentwickeln. Außerdem haben wir den Torfabbau deutlich beschränkt. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen und gemeinsam mit der Landwirtschaft eine klimaschonendere Landbewirtschaftung voranbringen (siehe Kapitel 3, Agrarwende). Wir setzen uns außerdem für einen EU-weiten Moorschutz und eine Verringerung der Torfnachfrage ein, um noch gut erhaltene Moore in anderen Ländern zu schützen. Dazu fördern wir die Erforschung und Verbreitung von Torfersatzstoffen und setzen uns dafür ein, dass die Verwendung von Torfen als Kultursubstrat deutlich abnimmt. Insbesondere den Einsatz von Torf im Hobbygartenbau sowie im Garten- und Landschaftsbau wollen wir durch Beratungs- und Informationsmaßnahmen stark senken. Als Konsument*innen tragen wir auch Verantwortung für die weltweite Abholzung von Wäldern und damit globaler CO₂-Speicher. Insbesondere zur Futtermittelproduktion für unsere Massentierhaltung werden großflächig Naturwälder in den Ländern des Südens gerodet. Umso wichtiger ist es daher, die heimische Futtermittelproduktion zu stärken und die Tierhaltung wieder an die Flächen zu binden.

Weil Holz ein guter CO₂-Speicher und ein langlebiges Baumaterial ist, begrüßen wir den verstärkten Einsatz von Holz, soweit es aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern stammt.

2.2 Ökoenergie für alle: Emissionsfrei, klimafreundlich und regional

Die beste Energie ist die, die gar nicht erst verbraucht wird. Daher wollen wir den Energiebedarf um mehr als die Hälfte senken. Der restliche Bedarf an Endenergie soll aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Angesichts schwankender Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien müssen die Speicherung und Umwandlung von Ökostrom, die intelligente Steuerung von Angebot und Nachfrage sowie die Kopplung der verschiedenen Energiesektoren zum Beispiel bei der E-Mobilität (siehe Kapitel 7.2, Nachhaltig mobil) schneller vorangetrieben werden.

Den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Netze können wir natur- und menschenverträglich gestalten. Dabei müssen die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende, genauso wie die gesellschaftlichen und ökologischen Folgen im Land, gerecht verteilt werden. Schon heute sind Windenergie an Land und Photovoltaik bei Neuanlagen die kostengünstigsten Stromquellen. Wir setzen uns daher konsequent für den Abbau umweltschädlicher Subventionen und für einen nationalen Mindestpreis für CO₂-Emissionen ein, damit die alten, längst abgeschriebenen fossilen und nuklearen Kraftwerke schneller vom Netz gehen.

Zukunftstechnologien sichern

Die verheerende Politik der großen Koalition im Bund hat die noch vor kurzem florierende Solarzellenproduktion unwiederbringlich zerstört und zehntausende zukunftsfähige Arbeitsplätze vernichtet. Mit dem Ausverkauf der Solarfirmen gehen viele Millionen Euro Forschungsförderung und grundlegende Patente für den Technologiestandort für immer verloren. Diese industriepolitische Katastrophe darf sich mit der Windbranche nicht wiederholen. Wir GRÜNEN bauen die Forschung der erneuerbaren Energien weiter aus. Wir kämpfen dafür, dass die Windkraft und die Arbeitsplätze in Niedersachsen weiter eine Zukunft haben.

Gemeinsam die Energiewende gestalten

Am „Runden Tisch Energiewende“ hat das grün geführte Umweltministerium die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen zusammengebracht und mit ihnen gemeinsam ein klima- und energiepolitisches Leitbild entwickelt. Die Vision: 100 Prozent Klimaschutz, 100 Prozent erneuerbare Energien und die Halbierung des Energieverbrauchs. Dies wollen wir umsetzen.

Eine Erfolgsgeschichte ist die von uns GRÜNEN eingerichtete Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN). Sie kümmert sich um die Klimaschutzberatung, die Wärmewende sowie die Weiterentwicklung von Effizienz- und Speichertechnologien. Wir wollen die KEAN finanziell und personell stärken, damit diese etwa im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz noch mehr Verantwortung übernehmen kann.

Nachhaltige Wärmeversorgung entwickeln

Wir unterstützen die Kommunen, Privathaushalte und Unternehmen bei der energetischen Sanierung, der Wärmeplanung sowie bei der verstärkten Nutzung erneuerbarer Wärme und Abwärme. Nach dem Vorbild Baden-Württembergs wollen wir dieses in einem Gesetz zur erneuerbaren Wärme auch für Bestandsgebäude regeln.

Mit einem eigenen Programm unterstützt das Land die Quartierssanierungen in den Kommunen. Bürgerenergiegenossenschaften und Stadtwerke sind dabei wichtige Partner vor Ort. Wir wollen, dass eine warme Wohnung auch langfristig bezahlbar bleibt. Den Schwerpunkt der energetischen Modernisierung im Landeswohnraumförderprogramm wollen wir weiter stärken und ein Sonderprogramm für ökologisches

Bauen und Sanieren entwickeln, das zukunftsweisende Impulse jenseits der gängigen Standards setzt (zum Beispiel zur ökologischen Gesamtbetrachtung des Gebäudes über den gesamten Lebenszyklus). Für die Sanierung der landeseigenen Liegenschaften auf ein klimaneutrales Niveau werden wir den Etat weiter deutlich ausbauen.

Selber machen: Energie in Bürgerhand

Wir wollen die dezentrale Energieerzeugung stärken und mehr örtliche Akteure einbeziehen: Insbesondere kleinere, regional verankerte Genossenschaften, mittelständische Unternehmen und Stadtwerke sind die Träger der Energiewende. Energie aus „heimischem Anbau“ stärkt die regionale Wirtschaft. Daher haben wir eine Beratungsstelle für Energiegenossenschaften und die Landesregulierungskammer für kleinere Netzbetreiber eingerichtet.

Bei den Reformen des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG) lehnen wir Ausschreibungsmodelle, die die „Bürgerenergie“ behindern, sowie Strafabgaben für Eigenverbrauch und Mieterstrom ab. Gleiches gilt für ausufernde Befreiungen für Unternehmen, die gar nicht im internationalen Wettbewerb stehen, von der EEG-Umlage sowie für den von der

Bundesregierung festgesetzten Ausbaudeckel für erneuerbare Energien.

Windenergie sicher planen und fair verteilen

Windenergie ist kostengünstig und ein zentraler Baustein der Energiewende. Ohne norddeutsche Windkraft kann die Energiewende nicht gelingen. Vor Ort führt der Bau von neuen Anlagen jedoch regelmäßig zu Diskussionen. Deswegen setzen wir uns bei der Planung neuer Windkraftstandorte für einen Ausbau nach natur- und sozialverträglichen Kriterien ein. Der niedersächsische Windenergieerlass sorgt dabei für einheitliche Standards, Transparenz und Sicherheit. So wird bei der Wahl von Standorten intensiv geprüft, welche Folgen für Mensch und Umwelt, insbesondere auch für die Anwohner*innen und den Artenschutz auftreten können. Wir setzen uns für eine gute Beteiligung der Anwohner*innen an der Planung und den finanziellen Erträgen der erneuerbaren Energieerzeugung ein und wollen faire Chancen für die Bürgerenergie schaffen.

Die Nutzung der Windenergie ist bislang sehr unterschiedlich in Niedersachsen verteilt. In einigen Regionen sehen wir noch erhebliche Ausbaupotenziale. Andernorts – etwa in Ostfriesland – stehen zahlenmäßig schon viele Anlagen. Der Windenergieerlass

gibt Hinweise, wie viel Windkraftfläche regional mindestens auszuweisen ist. Diese Vorgaben wollen wir verbindlicher machen, damit die mit dem Ausbau verbundenen Chancen und Folgen fairer im Land verteilt werden. Dabei setzen wir verstärkt auch auf den Ersatz von alten durch neue Anlagen. Mit einem solchen „Repowering“ können ungeeignete Altstandorte zurückgebaut werden, während moderne Anlagen auf vergleichbarer Fläche mehr Leistung erzeugen.

In Regionen, in denen es kaum geeignete Windvorrangflächen im erforderlichen Umfang gibt, dafür aber viele Forstflächen, wie zum Beispiel im südlichen Niedersachsen, sollen naturferne Forste bei der Flächensuche berücksichtigt werden können – wie in anderen Bundesländern auch.

Die Errichtung von Kleinwindenergieanlagen bis zu zehn Metern Gesamthöhe wollen wir, wie in anderen Bundesländern auch, über eine entsprechende Änderung der Landesbauordnung genehmigungsfrei stellen.

Netze, Regelenergie und Speicher intelligent verknüpfen

Wir müssen die Nutzung und Auslastung der erneuerbaren Energien optimieren. Dazu müssen vorhandene Speichertechniken endlich konkurrenzfähig gemacht und intelligente

Laststeuerungen gefördert werden. Die Netzinfrastruktur darf kein Flaschenhals der Energiewende sein. Vielerorts sind es die alten Kohle- und Atomkraftwerke, die die Netze verstopfen. Statt bei viel Wind und Sonne den Ökostrom abzuregeln, müssen endlich diese alten Meiler abgeschaltet werden. Eine Strommengenübertragung auf niedersächsische AKW lehnen wir ab. Der Umfang des notwendigen Netzausbaus muss regelmäßig überprüft werden. Wir GRÜNEN haben uns erfolgreich für mehr Erdkabel eingesetzt und werden den für die Energiewende notwendigen Netzausbau weiterhin unterstützen. Dabei haben dezentrale Energieerzeugungs-, Speicherungs- und Verbrauchsstrukturen absolute Priorität, um möglichst viele Übertragungsnetztrassen einzusparen. Mehr Akzeptanz gibt es nur durch intensive und frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen.

Parallel zur schrittweisen Ablösung der fossilen durch die regenerative Energieerzeugung muss die Fähigkeit zum Schwankungsausgleich, etwa durch das Lastmanagement in Unternehmen, weiter ausgebaut werden. Dafür wollen wir Forschung und Entwicklung von neuen Energietechnologien wie Kurz- und Langzeitspeicher (Power-to-Gas), zur flexiblen Angebots- und Nachfragesteuerung erheblich stärken, Pilotprojekte för-

dern sowie Anreize für den Betrieb von Stromspeichern setzen.

Bioenergie intelligenter nutzen

Heute sind Biogasanlagen ein wichtiger Bestandteil des erneuerbaren Energiemixes. Eine weitere Ausdehnung der Flächen für den Energiepflanzenanbau wollen wir GRÜNEN verhindern. Die frühere einseitige Förderung der Bioenergie, die zur „Vermaisung“ der Landschaft beigetragen hat, wurde beendet. Wir setzen auf Bioenergie aus Reststoffen und umweltverträglichen Energiepflanzen wie Wildpflanzenmischungen und fördern entsprechende Modellprojekte. Energie aus Biomasse ist mittel- bis langfristig vordringlich zum Ersatz fossiler Brennstoffe im Prozesswärme- und im Verkehrsbereich sinnvoll, da diese Energieform anders nur schwer bereitzustellen ist.

2.3 Raus aus den fossilen Energien

Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir bis 2025 aus der Nutzung fossiler Energieträger aussteigen. Damit wird auch die Importabhängigkeit von Kohle, Öl und Gas reduziert. Der globale Abschied von fossilen Energien verringert zudem das Risiko der Ausbreitung internationaler Konflikte, da die Förderung, der Handel und der Transport fossiler Rohstoffe und die damit verbundenen Kapitalflüsse häufig militärisch und durch autoritäre Regime abgesichert werden.

Wir fordern einen vollständigen und sozialverträglichen Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Kohleenergie. Priorität hat hierbei die schnelle Abschaltung der besonders ineffizienten älteren Kohlemeiler. Darüber hinaus brauchen wir einen verbindlichen Fahrplan für den Ersatz von Öl und Erdgas. Dies gilt insbesondere für den Verkehrssektor (siehe Kapitel 7.2, Nachhaltig mobil).

Es gibt kein gutes Fracking

Niedersachsen ist Erdöl- und Erdgasförderland. Rund zehn Prozent des in Deutschland verbrauchten Erdgases stammt von hier. 2016 hat die Bundesregierung die Chance vertan, Fracking komplett zu verbieten. Wir GRÜNEN werden uns daher weiter dafür ein-

setzen, Fracking im Bundesbergrecht ausnahmslos zu untersagen. Mit uns GRÜNEN wird es auch keine Ausweitung der Erdgasförderung insbesondere im Schiefergestein geben, die nur unter massivem Fracking-Einsatz möglich wäre. Wir wollen die durch die Große Koalition ermöglichten Probebohrungen im niedersächsischen Schiefergestein nicht zulassen. Darüber hinaus lehnen wir auch die Förderung von Kohlenwasserstoffen aus Sandstein mittels horizontalen Frackings ab.

Schon bei der „normalen“ Erdgasförderung ohne Fracking entstehen schädliche Emissionen, giftiges Lagerstättenwasser und belastete Bohrschlämme. Zudem erschüttern Erdbeben die Förderregionen. Um diesen lange unterschätzten Problemen zu begegnen, sorgen wir mit verstärkten Kontrollen und Auflagen für die Durchsetzung des geltenden Rechts. Gefährliche Risiken oder gar gesundheitliche Beeinträchtigungen von Anwohner*innen darf es nicht geben. Entsprechenden Hinweisen gehen wir gründlich nach. Auch deswegen brauchen wir einen Fahrplan für den Ausstieg aus der Gasförderung. Wir arbeiten engagiert an der Energiewende, um schneller auf fossile Energien zu verzichten.

Solange noch Erdgas in Niedersachsen gefördert wird, nutzen wir GRÜNEN die landespolitischen Spielräume (zum Beispiel in Wasserschutzgebieten) für scharfe Sicherheitsauflagen und kombinieren dies mit einem umfassenden Programm zum Umweltmonitoring. Wir sorgen dafür, dass sich die Förderindustrie nicht der Verantwortung für ihre Altlasten, wie die über 1.000 Bohrlochsclammgruben, entziehen kann. Die Kosten, die der Allgemeinheit durch die Förderung von Erdöl und Erdgas entstehen, sollen die Verursacher tragen. Darum wollen wir die Gebühren und Abgaben für Förderunternehmen auf ein verursachergerechtes Maß erhöhen.

Die Förderung von Öl und Gas mitten im kostbaren Nationalpark Wattenmeer lehnen wir ab.

Das Ende des fossilen Zeitalters

Den Bau neuer Kohlekraftwerke haben wir GRÜNEN verhindert. Per Gesetz haben wir die umstrittene unterirdische Speicherung von CO₂ landesweit verboten. Neuinvestitionen müssen in erneuerbare Energien fließen und nicht in veraltete Strukturen. Die Abgabenpolitik muss sich an den ökologischen Kosten der Förderung und Nutzung fossiler Rohstoffe orientieren. Geldanlagen und Investitionen des Landes und landeseigener Einrichtungen sollen nicht mehr

in Geschäftsfelder der fossilen Wirtschaft fließen (Divestment), sondern nach nachhaltigen Kriterien angelegt werden. Wir wollen Beratungsmöglichkeiten für Kommunen schaffen, damit diese ebenso ihre Finanzpolitik klima- und umweltpolitisch nachhaltig gestalten können.

2.4 Atomausstieg vollenden, Altlasten sicher entsorgen

Die noch laufenden Atommeiler in Grohnde und Lingen verstopfen die Netze für die erneuerbaren Energien und behindern damit die Energiewende. Eine möglichst frühe Abschaltung ist daher notwendig. Keinesfalls dürfen zusätzliche Strommengen auf die Kraftwerke übertragen werden. Wir sorgen dafür, dass alle Atomanlagen auf das Schärfste kontrolliert und die Sicherheitsauflagen ständig überprüft werden. In Zweifelsfragen sind weitere Gutachten heranzuziehen. Wir werden alle Rechtsmittel nutzen, um die höchstmögliche Sicherheit des laufenden Betriebs zu gewährleisten.

Auch wenn der Atomausstieg beschlossene Sache ist – die atomaren Gefahren werden uns noch viele Jahrzehnte begleiten. Die bittere Ironie der Geschichte: Es sind ausgerechnet wir GRÜNEN, die sich nun um die tödlich strahlenden Hinterlassenschaften der Atomindustrie kümmern. Es ist das grün geführte Umweltministerium, das die Verantwortung für die noch laufenden Atommeiler in Grohnde und Lingen hat, sich um die oberirdischen Zwischenlager in Gorleben und Leese kümmert und die sichere Abwicklung beim Rückbau der Atomkraftwerke Stade und Esenshamm garantieren muss.

Ein Beschluss macht noch keinen Ausstieg

Wir GRÜNEN kämpfen weiter dafür, dass sich die Atomindustrie nicht aus der Verantwortung stiehlt und wir zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Atom Müll und zu einem möglichst sicheren Endlager kommen. Wir nehmen diese Verantwortung an. Wir nehmen die Sorgen und Anliegen der Bevölkerung, der Anti-Atom-Initiativen und der betroffenen Kommunen ernst und greifen sie auf.

Kein Endlager in Gorleben, kein Castor mehr nach Niedersachsen

Wir GRÜNEN haben uns erfolgreich für einen Neustart in der Endlagersuche eingesetzt. Obwohl geologisch ungeeignet, wurde Gorleben jahrzehntelang als Endlagerstandort gehandelt. Mit großem Einsatz ist es uns gelungen, weitere Vorfestlegungen auf Gorleben abzuwehren. Wir haben den alten Rahmenbetriebsplan aufgehoben und das Planfeststellungsverfahren beendet. Wir GRÜNEN haben auch einen Castor-Stopp für Gorleben durchgesetzt. Im Sinne einer gerechten Lastenteilung sind nun die anderen AKW-Bundesländer in der Pflicht, die verbleibenden Castoren aus der Wiederaufarbeitung zurückzunehmen.

Niedersachsen hat sich in der Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfälle“ mit Nachdruck dafür eingesetzt, objektive, wissenschaftsbasierte Kriterien für die Suche nach einem dauerhaft sicheren Endlager zu definieren. Wir müssen nun dafür sorgen, dass tatsächlich wissenschaftliche Kriterien transparent und ergebnisoffen angewendet werden. Wir sind sicher: Wenn der Bericht der Kommission 1:1 umgesetzt wird, ist ein Endlager in Gorleben endgültig Geschichte. Wir wollen, dass Gorleben endgültig Geschichte wird. Dazu gehört auch der Rückbau der Pilotkonditionierungsanlage.

Der Schacht Konrad, ein stillgelegtes Eisenerzbergwerk im Stadtgebiet von Salzgitter, wird zum Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle umgebaut. Auch dort müssen die bisherigen Endlagerplanungen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik überprüft werden. Eine Erweiterung der Einlagerungskapazitäten lehnen wir strikt ab. Der Müll aus der havarierten Schachtanlage Asse II muss schnellstmöglich und sicher zurückgeholt werden, damit sie stillgelegt werden kann. Wir setzen uns für ein transparentes Verfahren unter Bürgerbeteiligung ein. Die Forderungen und Anregungen der Asse-II-Begleitgruppe sowie die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Arbeitsgruppe Optionen - Rückholung (AGO) müssen

bei der Beurteilung der Vorgehensweise vom Betreiber berücksichtigt werden. Der Betreiber muss verpflichtet werden, die Prüfung der Eingaben der Asse-II-Begleitgruppe sowie der AGO wissenschaftlich und nachvollziehbar zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Wir sorgen dafür, dass der Sachverstand der Bürgerinitiativen in den Stilllegungs- und Rückbauverfahren eingebunden ist und alle kritischen Punkte sorgfältig abgearbeitet werden.

Den Atomausstieg vollenden

Die Atomfabriken in Lingen und Gronau produzieren Brennelemente für den Export, unter anderem für die Pannereaktoren Tihange und Doel in Belgien. Dies ist unverantwortlich und muss von den Genehmigungsbehörden unterbunden werden. In dem von GRÜNEN herbeigeführten Beschluss der Umweltminister der Länder fordern wir ein Exportverbot und die Stilllegung von Lingen und Gronau. Parallel mit der Stilllegung der letzten AKW muss die Produktion von Brennelementen in Deutschland eingestellt werden. Erst dann ist der Ausstieg vollendet.

Restrisiken verringern – Rückbau verantwortlich gestalten

Den Einsatz der besonders riskanten MOX-Brennelemente in niedersächsi-

schen Atomkraftwerken haben wir beendet. Ein Restrisiko bleibt, jeden Tag. Deshalb setzen wir uns weiterhin für ein möglichst frühes Abschalten der AKW ein. Wir brauchen Vorsorge für den Fall, der niemals eintreten darf. Dazu müssen die Sicherheitsstrukturen ertüchtigt werden und die Katastrophenschutzübungen auch den Ernstfall simulieren.

Der AKW-Rückbau muss unter höchstmöglicher Sicherheit nach dem Stand von Wissenschaft und Technik durchgeführt werden. Zudem muss die Öffentlichkeit frühzeitig und umfassend an den Planungen für den AKW-Rückbau beteiligt werden. Dafür haben wir GRÜNEN Mittel bereitgestellt und werden das auch zukünftig sicherstellen.

Auch für Atomkonzerne gilt das Verursacherprinzip: Die Ewigkeitskosten dürfen nicht auf die Steuerzahler*innen abgewälzt werden. Die Brennelementesteuer wollen wir wieder einführen.

Der Standort des Braunschweiger Unternehmens Eckert & Ziegler, das Medizinprodukte herstellt und radioaktive Abfälle entsorgt, ist aufgrund der unmittelbaren Nähe zur Wohnbebauung ungeeignet. Eine Umsiedlung der Anlage wäre daher sinnvoll.

2.5 Mit ganzem Herzen für Natur und Umwelt

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist für unser Überleben von grundlegender Bedeutung und von Beginn an das zentrale Anliegen der GRÜNEN. Gemeinsam mit der Umweltbewegung konnten wir in vielen Bereichen erhebliche Fortschritte erzielen.

Das eigentliche Ziel, eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die die Naturressourcen nicht übernutzt, ist aber noch in weiter Ferne. Der Verlust an kostbaren Böden durch Versiegelung und Übernutzung ist ungebremsbar. Trotz des engagierten Naturschutzes geht das Artensterben weiter. Einträge vor allem aus der Landwirtschaft belasten unser Grund- und Oberflächenwasser und die Ökosysteme von Gewässern und Meeren sind von hormonaktiven Substanzen, Medikamentenrückständen und Mikroplastik bedroht. Grüne Umweltpolitik bleibt gefordert.

Unsere Natur braucht Schutz

Wer die Natur liebt und schützen will, den wird es freuen: Nicht nur Luchs und Wolf sind zurück – auch die Bestände von Weißstorch und Fischotter sind erheblich angestiegen. Leider werden die Roten Listen bedrohter Tier- und Pflanzenarten dennoch immer länger.

Arten wie die Feldlerche, das Rebhuhn und viele Wiesenvögel sind selten geworden. Mit dem Feucht- und Nassgrünland verschwinden auch bis vor kurzem noch verbreitete Pflanzenarten wie die Sumpfdotterblume. Das biologische Gleichgewicht gerät durcheinander: Der dramatische Rückgang der Insekten ist unter anderem eine Ursache dafür, dass viele Vogelarten inzwischen deutlich weniger Junge aufziehen. Hauptursache ist eine intensive Landnutzung mit übermäßigem Einsatz von Dünger und Pestiziden in Monokulturen. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen darf sich nicht auf Restflächen beschränken, sondern muss in der gesamten Landschaft umgesetzt werden. Umso dringlicher ist es, dass der Naturschutz in der Landespolitik noch viel stärker gemacht wird. Grüner Einsatz gewinnt Lebensräume für Tiere und Pflanzen zurück und sichert unsere Ökosysteme.

Die Rückkehr des international streng geschützten Wolfes ist ein Beispiel für den Erfolg des Artenschutzes. Es ist verständlich, dass die Existenz eines Wildtieres nach so langer Abwesenheit in der Bevölkerung sowohl mit Interesse, Freude und Zustimmung als auch mit Verunsicherung und Ängsten aufgenommen wird. Unsere

Aufgabe bleibt es, sowohl über die positiven Wirkungen des Artenschutzes als auch über die Probleme und möglichen Gefährdungen aufzuklären und zwischen den unterschiedlichen Interessen zu vermitteln. Dass die Sicherheit des Menschen dabei stets Priorität hat, versteht sich von selbst. Mit der Einrichtung des Wolfsbüros, dem finanziellen Ausgleich von Nutztierrißen für Tierhalter*innen und der Förderung von Präventionsmaßnahmen, dem Aufbau eines Netzes an Wolfberater*innen, einem umfangreichen Wolfsmonitoring und einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit sind schon jetzt eine ganze Reihe wichtiger Voraussetzungen für den Umgang mit dem Wolf geschaffen worden. Diese Instrumente wollen wir weiterentwickeln. Weidehaltung ist diejenige Tierhaltung, die GRÜNE fördern wollen, deshalb muss Weidetierhalter*innen bei Wolfsrisiken schnell und unbürokratisch geholfen werden.

Naturschutz braucht Raum

Wir GRÜNE haben in Regierungsverantwortung eine Naturschutzstrategie vorgelegt. Mit dem Landschaftsprogramm und Konzepten zur Entwicklung vernetzter Biotopsysteme setzen wir die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt konsequent um. Für die herausragenden Flächen des Naturschutzes, die europäisch

geschützten Natura-2000-Gebiete ist das Land in der Verantwortung. Gemeinsam mit den Landkreisen und Kommunen sichern wir diese wichtigen Flächen des Naturschutzes. Für die Betreuung sind die ökologischen Stationen vor Ort von zentraler Bedeutung.

Mit einem reformierten Naturschutzgesetz wollen wir den Grünland- und Biotopschutz stärken. Mit der Reform der Naturschutzförderprogramme wurden der Vertragsnaturschutz ausgebaut und Fördermaßnahmen bei den Agrarumweltprogrammen umgesetzt. Damit schaffen wir weitere Anreize für Land- und Forstwirte, zum Erhalt und zum Schutz von Lebensräumen in unserer Kulturlandschaft beizutragen. Zukünftig wollen wir die Artenschutzprogramme noch wirksamer ausgestalten: Dazu gehören Programme zum Schutz unserer Wiesenvögel und ein Umbau der Ausgleichsleistungen für Fraßschäden rastender und überwinternder Gänse.

Mit dem neuen Programm „Niedersächsische Moorlandschaften“ schützen wir die verbliebenen Moore und sorgen für die Revitalisierung degenerierter Standorte. Den Einsatz von Torfersatzstoffen wollen wir weiter fördern. Zudem erforschen und entwickeln wir gemeinsam mit der Landwirtschaft klimaschonende Bewirtschaftungsmethoden auf Moor-

standorten. Wir werden zudem die Schaffung eines Biosphärenreservates Moorschutzes vorantreiben.

Biotop vernetzen

Um die Artenvielfalt zu stärken, wollen wir ein Biotopverbundsystem auf 15 Prozent der Landesfläche schaffen. Zentrale Elemente des Biotopverbundes sind unsere Nationalparks, Naturschutzgebiete und Naturwaldbereiche, die durch Vernetzungselemente wie Gewässerrandstreifen, Wegeseitenränder, Feldsäume und Kleingewässer verbunden werden.

Das „Grüne Band“, ein Verbund wertvoller Naturflächen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze, wollen wir weiterentwickeln und langfristig sichern. Planungen des Bundes für ein „Blaues Band“, ein Programm zur Renaturierung von Fließgewässern und Auen, unterstützen wir.

Wald und Forstwirtschaft

Wir GRÜNE sehen die Bedeutung des Waldes und streben eine Erhöhung des Waldflächenanteils auf den Bundesdurchschnitt von 35 Prozent an. Die Schutz-, Erholungs- und Nutzfunktion des Waldes sind für uns gleichrangig. Wir GRÜNE wollen, dass bis 2020 zehn Prozent des Waldes in Landesbesitz aus der forst-

wirtschaftlichen Nutzung genommen werden, um sich natürlich entwickeln zu können. Dieser Anteil entspricht dem Ziel der nationalen Biodiversitätsstrategie. Bis 2023 wollen wir zudem zwei große Wald-Wildnisgebiete mit mehr als 1.000 Hektar außerhalb des Nationalparks im Solling und im Süntel schaffen. Das Programm zur langfristigen und ökologischen Waldentwicklung in den Niedersächsischen Landesforsten (LÖWE) wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Wir GRÜNE fordern eine Zertifizierung des Landeswaldes nach dem FSC-Standard. Das FSC-Siegel zeichnet Waldprodukte, vor allem Holz, aber auch Harz, Reisig, Beeren oder Pilze aus, die nach Kriterien einer nachhaltigen Waldnutzung gewonnen werden. Auch Privatwaldbesitzer brauchen Unterstützung, um sich nach dem FSC-Standard zertifizieren zu lassen. Wir wollen das niedersächsische Waldgesetz ökologisch modernisieren und dem Naturschutz mehr Raum geben. Wir verscherbeln nicht unseren kostbaren Wald, sondern sorgen dafür, dass die Waldflächen im Besitz der Landesforste in öffentlichem Eigentum verbleiben.

Nationalparks stark machen

Wir stehen für konsequenten Schutz in den Nationalparks Wattenmeer und Harz. Hier sind wichtige Natur- und Rückzugsräume für gefährdete

Arten – gleichzeitig macht sanfter Tourismus die Natur erlebbar. Nationalparks sind Räume der natürlichen Entwicklung. Andere Nutzerinteressen wie Fischerei, Tourismus oder Rohstoffgewinnung müssen sich dem unterordnen. Eine weitere Förderung von Öl und Gas im Wattenmeer lehnen wir GRÜNEN entschieden ab.

Auch das Biosphärenreservat Elbtalaue zählt zu den herausragenden Lebensräumen Niedersachsens. Hier gilt es im besonderen Maße, den Hochwasserschutz und den Schutz der verbliebenen Auwaldbereiche miteinander in Einklang zu bringen. Rund um den Drömling, ein früheres Sumpfgebiet an der Grenze zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, entsteht ein weiteres, bundesländerübergreifendes Biosphärenreservat.

In den Nationalparks Wattenmeer und Harz sowie im Biosphärenreservat Elbtalaue kümmern sich jetzt ausgebildete hauptamtliche Ranger und Wildhüter*innen um die Belange der Natur. Sie betreuen die Besucher*innen, überwachen das Einhalten von Regeln in den Schutzgebieten und bieten Führungen an. Dieses Konzept wollen wir mit den gestärkten Nationalparkhäusern und -stationen weiter ausbauen.

2.6 Schutz von Wasser, Boden, Luft

Wasser ist die Grundlage allen Lebens und unser wichtigstes Lebensmittel. Ziel einer nachhaltigen Wasserwirtschaft ist deshalb der Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer. Fast keines der niedersächsischen Gewässer befindet sich derzeit in einem guten ökologischen Zustand. Auf knapp 60 Prozent der Landesfläche sind die oberflächennahen Grundwasserkörper bereits übermäßig mit Nitrat belastet. Hinzu kommen Rückstände von Pestiziden und Medikamenten. Nach wie vor sind viele Binnengewässer überdüngt. Zudem bedroht Mikroplastik die Tierwelt in und an der Nordsee.

Wir GRÜNEN begrüßen, dass auf Druck der Verbraucher*innen, der EU und der grün regierten Länder endlich ein Kompromiss zum Düngerecht gefunden wurde. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht jedoch nicht aus, um das Ziel zu erreichen, unser Grundwasser und unsere Bäche, Flüsse und Seen in einen guten Zustand zu bringen.

Auch für die Belastungen durch Pestizide und Medikamente brauchen wir dringend wirksame Maßnahmen. Der Einsatz von Pestiziden muss drastisch reduziert werden. Mit den Agrarumweltprogrammen schaffen wir GRÜNEN

weitere Anreize, um alternative Praktiken in der Landwirtschaft voranzutreiben (siehe Kapitel 3, Agrarwende).

Mehr Platz für unsere Flüsse, mehr Schutz für Menschen

Unsere Flüsse und Bäche brauchen mehr Raum. Das neue Landesprogramm „Gewässerlandschaften“ zeigt: Naturnahe Gewässer und große Auenbereiche sind der beste Hochwasserschutz und zugleich gut für den Naturhaushalt. Der vorsorgende Hochwasser- und Küstenschutz ist Teil der Klimafolgenanpassung, mit der die Auswirkungen der Klimakrise durch zunehmende Extremwetterereignisse und Überflutungen minimiert werden. Hier wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen noch stärker unterstützen.

In einem reformierten Wassergesetz wollen wir erstmals mit Schutzstreifen auch an kleinen Gewässern für eine bessere Gewässergüte sorgen. Wir setzen uns für ein Verbot von Dünger und Pestiziden auf einem fünf Meter breiten Streifen an Gewässern ein. Auch der Trinkwasserschutz in den Gewinnungsgebieten muss weiterentwickelt werden. So sollen Kooperationen von Wasserversorgern und Landwirten noch stärker erfolgs-

orientiert gestaltet werden.

Fließende Lebensadern erhalten

Ein Wettrüsten der norddeutschen Häfen auf Kosten der Natur und Umwelt lehnen wir ab. Ein immer tieferes Baggern hilft der Schifffahrt nicht und führt zu immer größeren Schlickproblemen und höheren Kosten für die Fahrrinnenunterhaltung. Wir wollen keine weiteren Flussvertiefungen und keinen weiteren Ausbau von Elbe, Weser und Ems, sondern ein gemeinsames Hafenkonzept für die Deutsche Bucht mit Wilhelmshaven, Bremerhaven und Hamburg.

Der mit dem „Masterplan Ems“ gefundene Kompromiss zwischen Wirtschaft und Umwelt legt das Mindeste fest, was aus ökologischer Sicht getan werden muss. Damit gibt es wieder eine Perspektive für den geschundenen Fluss – auch wenn der Masterplan die Sünden der Vergangenheit nicht rückgängig machen kann. Wir sorgen dafür, dass die vereinbarten Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden, damit die Ems wieder sauberes Wasser führt.

Das Beispiel des Dümmers, eines wichtigen Naturschutz- und Erholungsgebietes im Landkreis Diepholz, zeigt, wie sehr durch den Eintrag von Nährstoffen aus der Landwirtschaft die natürliche Gewässerdynamik überlastet werden

kann. Wir setzen das umfassende Sanierungskonzept weiter konsequent um und werden die Erfahrungen auf andere Standorte übertragen. Um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie überall zu erreichen, wollen wir diesen Bereich auch finanziell besser ausstatten.

Salz gehört nicht in unsere Flüsse

Jahrzehntelang hat die thüringisch-hessische Kaliindustrie mit der schädlichen Einleitung von Salzabwässern die Weser schwer belastet. In schwierigen Verhandlungen haben sich die sieben Weser-Länder 2016 endlich auf umweltverträgliche Grenzwerte einigen können. Das verursachende Unternehmen muss die nun stufenweise sinkenden Werte für Chlorid, Kalium und Magnesium einhalten. Wir GRÜNEN stehen für die strikte Überwachung der Maßnahmen und Grenzwerte. Auch an den anderen Kalistandorten braucht es dauerhafte Lösungen statt immer größerer Abraumhalden – vorzugsweise einen Rückbau der Halden und eine Entsorgung unter Tage.

Unser Meer schützen

Plastikabfälle in den Weltmeeren und auch direkt vor unserer Haustür in der Nordsee sind ein ständig wachsendes Problem, das weltweit jedes Jahr nicht nur zehntausende Tiere das Leben kostet, sondern über die Nah-

runungskette auch uns Menschen gefährdet. Wir GRÜNEN fordern daher, die europäische Meeresschutzrichtlinie zum Schutz der marinen Arten und Lebensräume konsequent umzusetzen. Mit dem Programm „Fishing for Litter“ setzt sich das Land gemeinsam mit dem Naturschutzbund (NABU) erfolgreich gegen Plastikmüll im Meer ein. Wir brauchen zudem ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und in Reinigungsprodukten sowie ein wirksameres Vorgehen gegen diffuse Plastikeinträge in die Natur. Künftig sind deutlich verschärfte Regeln für die Zulassung von gewässerbelastenden Stoffen erforderlich.

Saubere Luft, gesunde Umwelt

Die Luftbelastung in den Städten ist immer noch gesundheitsgefährdend. Bodennahes Ozon ist flächendeckend ein Problem. Feinstaub erreicht in den größeren Städten immer wieder bedenkliche Konzentrationen. Bei den giftigen Stickoxiden (NOx) werden die gesetzlichen Grenzwerte häufig überschritten. Verantwortlich dafür ist in großem Maße der Verkehr. Beim NOx sind es vor allem die Dieselfahrzeuge, die mehr Stickoxide ausstoßen als erlaubt. Die Städte brauchen wirksame Instrumente wie die „Blaue Plakette“ und Sofortprogramme zur Förderung eines umweltfreundlichen Verkehrs, um die Anwohner*innen besonders belaste-

ter Straßen und Quartiere entlasten zu können. Außerdem fordern wir, dass der Bund auf der Einhaltung der Grenzwerte besteht und dafür Sorge trägt, dass die Hersteller für die Umrüstung von Altfahrzeugen die Verantwortung übernehmen (siehe Kapitel 7.2, Nachhaltig mobil).

Wir GRÜNEN treten dafür ein, Ammoniak sowie Gerüche und Stäube aus der Massentierhaltung wirksam zu reduzieren. Wir wollen die bereits für große Schweineställe eingeführte Filterpflicht auch auf große Geflügelställe ausweiten (siehe Kapitel 3, Agrarwende).

Grünabfälle müssen umweltverträglich entsorgt und dürfen nicht verbrannt werden. Brenntage mit hohen Feinstaubbelastungen sind Vergangenheit. Darüber hinaus haben wir die Gewerbeaufsichtsämter personell gestärkt und die Überwachung von Industrieanlagen unter anderem durch das Vier-Augen-Prinzip optimiert.

Knapp und wertvoll: Unsere Böden

Böden sind unsere Lebensgrundlage und gleichzeitig eine Ressource, die nicht vermehrt werden kann. Täglich werden in Deutschland rund 74 Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche neu ausgewiesen, das entspricht einer Fläche von rund 106 Fußballfeldern. Wir wollen den Flächenverbrauch deutlich

reduzieren und stehen für das Prinzip des Vorrangs der Innenentwicklung. Zudem wollen wir weitere Potenziale zur Verdichtung in Stadt und Land nutzen, um wertvolle Flächen zu sparen. Langfristig wollen wir den Nettoverbrauch mindestens auf null senken, also für jede versiegelte Fläche andere Flächen in gleicher Größe renaturieren.

Klärschlamm enthält einerseits wertvolle Inhaltsstoffe, andererseits auch eine ganze Palette an Schadstoffen. Wir setzen uns dafür ein, dass belastete Klärschlämme nicht mehr auf landwirtschaftlichen Nutzflächen aufgebracht werden. Die Vermeidung von Schadstoffeinträgen muss vorangetrieben werden. Wir wollen die Kläranlagenbetreiber dabei unterstützen, neue Konzepte für Abwasseraufbereitungssysteme und die sichere Entsorgung des Klärschlammes zu entwickeln. Insbesondere brauchen wir Lösungen für die Rückgewinnung des inzwischen knappen, aber für die Landwirtschaft unverzichtbaren Phosphats. Für uns GRÜNE sind Abwasserreinigung und Klärschlammverwertung öffentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge, die vorzugsweise regional zu bewältigen sind – auch um Klärschlammtourismus zu vermeiden.

Ressourcen nachhaltig nutzen, Abfall sicher entsorgen

Wir GRÜNEN wollen den sparsamen Umgang mit Rohstoffen voranbringen und fördern die Kreislaufwirtschaft, um möglichst viele Rohstoffe wiederzuverwerten und weniger Restabfälle entsorgen zu müssen. Wir brauchen eine nachhaltige Ressourcenstrategie für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen, die auf fünf Säulen steht: umwelt- und sozialverträgliche Gewinnung von Rohstoffen, Ersatz von nicht-erneuerbaren durch nachwachsende Rohstoffe, effizienter Einsatz, lange Nutzungszeiten der Industrie- und Konsumgüter und möglichst hochwertiges Recycling von Altstoffen. Um diesen Prozess voranzubringen, entwickeln wir die „Allianz für Nachhaltigkeit“ weiter und arbeiten mit allen Beteiligten an einer Strategie für ein nachhaltiges Niedersachsen. Die Fabrik der Zukunft darf keine Abfälle und Schadstoffe mehr hinterlassen. Die Klimaschutz- und Energieagentur (KEAN) kann hier weitere Aufgaben zur Unterstützung der Ressourceneffizienz übernehmen. Für diesen Wandel haben die Unternehmen in öffentlicher Hand eine wichtige Vorbildfunktion.

Wir werden uns auf Bundes- und EU-Ebene weiter für langlebige, reparaturfreundliche und möglichst wiederverwertbare Erzeugnisse ein-

setzen. Viele Produkte sind so designt, dass sie nicht vom Kunden selber gewartet oder repariert werden können. Dies wollen wir ebenso beenden wie die bei manchen elektronischen Produkten offenbar eingebaute Begrenzung der Lebensdauer.

Plastiktüten und Einwegverpackungen wie Kaffee kapseln, Pappbecher und Blisterverpackungen schaffen grundsätzliche Ressourcenprobleme: Jährlich landen allein 2,8 Milliarden Kaffeebecher im Müll. Recyclebar sind diese aufgrund der Beschichtung kaum. Wir GRÜNEN setzen uns für intelligente und umweltgerechte Pfandlösungen ein. Hierzu wollen wir praxistaugliche Systeme mit der Gastronomie, dem Handel und innovativen Initiativen vor Ort etablieren.

Wir sind vorausschauend in die landesweite Deponieplanung eingestiegen, um die Entsorgungssicherheit auch langfristig zu gewährleisten. Wir wollen die Kommunen in der Abfallwirtschaft weiterhin stärken. Private Entsorgungsunternehmen dürfen keine Rosinenpickerei bei einzelnen lukrativen Abfallarten betreiben. Das Duale System (Grüner Punkt und Gelber Sack) muss beendet und der Weg für ein besseres Wertstoff-Recyclingsystem freige-macht werden. Dafür haben wir uns in Regierungsverantwortung bei den Verhandlungen um ein neues Wert-

stoffgesetz beim Bund starkgemacht.

Darauf kann man bauen: Verbände, Ehrenamt und Umweltbildung

Die drei wichtigsten Partner*innen im Umweltschutz sind die Umweltverbände, die Umweltbildung und die vielen Ehrenamtlichen, die sich in ihrem Alltag und ihrer Freizeit für die Natur einsetzen. Durch die Unterstützung des Landesbüros Naturschutz (LABÜN), einer Einrichtung der vier großen Naturschutzverbände in Niedersachsen, haben wir die Stellung der Umweltverbände als Anwälte der Natur gestärkt. Wir haben die Einrichtung von Ökologischen Stationen ermöglicht, die in Kooperation mit Landkreisen und Landesbehörden schutzwürdige Gebiete entwickeln und betreuen. Bildung für nachhaltige Entwicklung wollen wir weiter fördern (siehe Kapitel 4, Gerechte Bildung).

Der Zugang zur Natur muss grundsätzlich für alle Menschen frei bleiben. Schließlich ist das individuelle Naturerleben Inspiration und Motivation für die Unterstützung des Naturschutzes. Die Förderrichtlinien der BINGO-Umweltstiftung, die viele ehrenamtliche Naturschutz- und Entwicklungshilfeprojekte fördert, wurden unter Beteiligung von Vereinen und Initiativen modernisiert. Nach der Rückkehr des Wolfes in Nieder-

sachsen leisten die ehrenamtlichen Wolfsberater*innen wichtige Arbeit, um ein dauerhaftes Miteinander von Wolf und Mensch in Niedersachsen zu ermöglichen.

3. AGRARWENDE UMSETZEN, VERBRAUCHERSCHUTZ STARK MACHEN

Wir GRÜNEN stehen für die Agrar- und Tierhaltungswende. Unsere heimische Landwirtschaft kann und soll die Bevölkerung mit gesunder Nahrung versorgen, die Arten- und Landschaftsvielfalt erhalten und verbessern sowie die natürlichen Ressourcen nachhaltig nutzen. Landwirtschaft ist in Niedersachsen einer der wichtigsten Wirt-

schaftszweige im ländlichen Raum. Wir sind Agrarland Nummer eins und wollen es bleiben. Dabei setzen wir auf eine nachhaltige, zukunftsfähige, tiergerechte Landwirtschaft, die den Bäuer*innen ihr Einkommen sichert und den ländlichen Raum positiv gestaltet.

3.1 Agrar- und Tierhaltungswende gestalten

Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung bereits wichtige Schritte hin zu einer konsequenten Agrar- und Tierhaltungswende vollzogen. Wir haben den Tierschutzplan erfolgreich und konsequent umgesetzt: Das Kürzen der Schnäbel von Millionen von Legehennen und Enten haben wir beendet und den Ausstieg aus dem Töten männlicher Küken forciert. Mit einer Prämie für intakte Ringelschwänze und den Verzicht auf Kastenstände haben wir auch bei den Schweinen den Ausstieg aus der nicht tiergerechten Haltung eingeleitet. Den massenhaften Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung haben wir um weit mehr als 50 Prozent reduziert. Tierschutzverbände haben endlich auch in Niedersachsen Klagerechte.

Die Agrarförderung wurde massiv umgestaltet und ökologisch ausgerichtet: Wir fördern nur noch tiergerechte kleine und mittlere Stallbauten; den Ökolandbau haben wir gestärkt und umfassende Agrarumweltprogramme aufgelegt. Mit dem Weidemilchprogramm fördern wir gezielt die Weidehaltung von Kühen. In Krisenzeiten muss eine intelligente Milchmengenreduzierung greifen.

Den Einsatz von Glyphosat haben wir GRÜNEN eingeschränkt und auf Nicht-

kulturflächen wie Grünanlagen komplett untersagt. Die Nährstoffströme haben wir erstmals transparent gemacht und die Düngepraxis wird strenger überwacht. Mit einer Reform des Grundstücksverkehrsrechts in Niedersachsen wollen wir dem Einstieg von Großinvestoren in den landwirtschaftlichen Bodenmarkt einen Riegel vorschieben und eine Pachtpreisbremse einführen. Das Flächensparen haben wir vorangetrieben – vor allem, indem wir den Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung im Landesraumordnungsprogramm verankert haben. Wir GRÜNEN haben das Auslaufen des Torfabbaus in Niedersachsen eingeleitet und eine zusätzliche Kompensation der CO₂-Freisetzung durch den Torfabbau vorgeschrieben. Den Einsatz von Torfersatzprodukten im Erwerbsgartenbau haben wir vorangetrieben. Darüber hinaus soll zukünftig in öffentlichen Gartenanlagen kein Torf verwendet werden.

Aber wir GRÜNEN wollen mehr: Die Agrarwende und der Ausstieg aus der nicht nachhaltigen industriellen Massentierhaltung muss konsequent weitergeführt werden. Nur dann wird es uns gelingen, wirksamen Natur-, Klima- und Wasserschutz zu erreichen.

3.2 Den Umbau der Landwirtschaft vorantreiben

Knapp zwei Drittel der Fläche Niedersachsens wird landwirtschaftlich genutzt. Die Landwirtschaft prägt unser Land. Die Art und Weise, wie sie in Niedersachsen betrieben wird, ist entscheidend für das Bild unserer Landschaft und für die darin vorkommenden Tier- und Pflanzenarten. Der Zustand unseres Wassers, unserer Böden und unseres Klimas hängt sehr wesentlich davon ab, wie in der Landwirtschaft gewirtschaftet wird. Landwirtschaft prägt die wirtschaftliche und soziale Struktur unserer ländlichen Räume. Wir GRÜNEN stehen für eine bäuerliche Landwirtschaft, die nachhaltig und tiergerecht arbeitet.

Kommunen mehr Mitsprachemöglichkeiten bei Stallbauten geben

Durch den Druck aus dem Bundesrat konnten maßgebliche Veränderungen des Bundesbaugesetzes erreicht werden: Größere gewerbliche Tierställe sind baurechtlich nicht mehr privilegiert. Denn wir GRÜNEN wollen weg von großen Stallbauten. Der Bundesregierung fehlt jedoch der Mut, hier die weiteren notwendigen Änderungen durchzusetzen. Wir fordern, die baurechtliche Privilegierung auch bei größeren Stallbauvorhaben landwirtschaftlicher Betriebe konsequent aufzuheben: So können die Gemein-

den auch über diese Stallbauvorhaben entscheiden. Beim tiergerechten Umbau bereits vorhandener Ställe wollen wir Genehmigungsverfahren erleichtern. Wir GRÜNEN wollen die bereits für große Schweineställe eingeführte Filterpflicht auch auf große Geflügelställe ausweiten.

Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren

Der Pflanzenschutzmitteleinsatz in der niedersächsischen Landwirtschaft ist deutlich zu hoch. Wir GRÜNEN wollen den Pflanzenschutzmitteleinsatz massiv reduzieren. Dazu wollen wir finanzielle Anreize schaffen und fordern eine Abgabe auf Pestizide. Dieses Geld muss an die landwirtschaftlichen Betriebe zurückfließen, um damit die Umsetzung ökologisch verträglicher Methoden zu fördern. Wir werden zudem die Forschung für pestizidfreie Landwirtschaft stärken. Gerade Niedersachsen mit seinen starken agrarwissenschaftlichen Forschungsstandorten kann und muss hier Akzente setzen. Auch in der Ausbildung muss der sparsame Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft stärker im Fokus stehen.

Wir GRÜNEN setzen uns auf Bundes-

und EU-Ebene für ein konsequentes Verbot von Glyphosat ein und haben in Niedersachsen dessen Einsatz in Parks, auf Spielplätzen und auf Friedhöfen verboten. Auch auf Gleisanlagen wollen wir auf Glyphosat verzichten. Wir werden den intensiven Dialog mit den niedersächsischen Privatbahnen und der Deutschen Bahn fortsetzen, um den gemeinsam entwickelten Ausstiegspfad aus der Glyphosatsnutzung erfolgreich umzusetzen. Die Abgabe von Glyphosat und anderen Totalherbiziden an Private muss verboten werden.

Bienen schützen – Vielfältige Agrarlandschaften fördern

Für uns GRÜNE hat der Schutz der Honigbiene, eines unserer wichtigsten Nutztiere, eine hohe Bedeutung. Bienen sind ein Indikator für den Zustand unserer Landschaft. Die Bienen finden heute in der Stadt vielfältigere Nahrung als in unseren Agrarlandschaften. Das müssen wir ändern, um den Artenschwund zu stoppen und unsere Agrarlandschaften wieder vielfältiger zu gestalten.

Daher fördern wir GRÜNEN in Regierungsverantwortung auf verschiedene Weise die Erhöhung der Pflanzenvielfalt auf niedersächsischen Äckern. Bei der Förderung der Blühstreifen gibt es einen Extrapbonus für von Imker*innen empfohlene Blühstreifen.

Der Einsatz von Insektiziden, vor allem der sogenannten Neonikotinoide, in der Landwirtschaft gefährdet Bienen, Hummeln und andere Insekten. Daher fordern wir ein Verbot von Neonikotinoiden. Wir GRÜNEN haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, die Anreize im EEG für den Anbau von Mais als Energiepflanze zu reduzieren. Wir fördern den Einsatz von vielfältigen Blühpflanzenmischungen zur Bioenergiegewinnung und werden das weiter vorantreiben. Auch die Anlage und der Schutz von Hecken muss noch weiter vorangetrieben werden. Denn Hecken sind nicht nur ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche Kleintiere und Vögel und tragen damit zum Erhalt der Biodiversität bei – sie haben auch wichtige Funktionen beim Boden- und Erosionsschutz und für ein günstiges Mikroklima. Auch die Herausnahme der Randstreifen öffentlicher Wege aus der landwirtschaftlichen Nutzung dient diesem Ziel.

Anbau heimischer Futtermittel stärken

Noch immer füttern wir unsere Tiere zu häufig mit Soja aus Übersee, ob genmanipuliert oder nicht – mit gravierenden sozialen und ökologischen Folgen in den Anbauländern. Mit den Futtermitteln importieren wir auch Nährstoffe, die in unseren Ställen als Gülle anfallen und zu einem hohen

Nitratgehalt in unserem Grundwasser führen. Wir GRÜNEN stehen für eine flächengebundene Tierhaltung. Wir wollen, dass das Tierfutter grundsätzlich vor Ort angebaut wird. Um Soja als Eiweißfuttermittel zu ersetzen, wird der Anbau heimischer Eiweißpflanzen gefördert. Zusätzlich haben wir die Forschung im Bereich dieser lange vernachlässigten Nutzpflanzengruppe der Körnerleguminosen intensiviert. Wir fordern eine weitere Erhöhung des Anbaus heimischer Eiweißfuttermittel und damit einhergehend eine Reduzierung der Sojaimporte.

Wir GRÜNEN setzen auf Klasse statt Masse in der niedersächsischen Fleischproduktion. Die immer noch starke Exportorientierung insbesondere in Länder des Globalen Südens sehen wir ausgesprochen kritisch. Eine solche Politik überschwemmt diese Länder mit billigen Lebensmitteln und zerstört ihre Märkte und landwirtschaftlichen Strukturen. Die GRÜNEN setzen sich für den Erhalt und den Aufbau regionaler Lebensmittelproduktionen vor Ort ein. Mehr Tier- und Umweltschutz hat seinen Preis. Wir wollen nicht, dass die Tierhaltung ins Ausland abwandert. Daher bedarf es einer gezielten finanziellen Unterstützung für diejenigen Tierhalter*innen, die ihre Tiere artgerecht halten. Alle Regionen in Niedersachsen sollen von der Agrarwende

profitieren. Wir wollen auch in den auf viel zu hoher Tierdichte basierenden Agrarstrukturen, wie in Vechta, Cloppenburg und im Emsland, alternative Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen: wie mit mehr Tierwohl, weniger Emissionen und geringerer Tierdichte eine zukunftsfähige Landwirtschaft betrieben werden kann.

Düngerecht reformieren

Mit jährlichen Nährstoffberichten haben wir GRÜNEN die weitgehende Überdüngung unserer Böden und Belastung unseres Grund- und Oberflächenwassers mit Nitrat und Phosphat öffentlich gemacht. In den Massentierhaltungsregionen ist ein Ende der Überdüngung und der Gülletransporte nur durch eine Reduzierung der Tierzahlen möglich. Die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU gegen Deutschland aufgrund zu hoher Nitratbelastung des Grundwassers ist da nur folgerichtig. Wir GRÜNEN setzen uns für ein an die EU-Vorgaben angepasstes Düngerecht in Deutschland ein. Die neue Düngegesetzgebung des Bundes ist hier ein erster Schritt in die richtige Richtung. In einem zweiten Schritt orientiert sich zukünftig die Phosphatdüngung an dem bereits im Boden vorhandenen Phosphatgehalt und dem Nährstoffbedarf der Kulturpflanze. In Niedersachsen haben wir die Kontrollen, insbesondere in den

Gebieten mit massiver Überdüngung, verschärft und die Datentransparenz für die Düngehörde verbessert. Wir wollen Gewässerrandstreifen einführen, um insbesondere unsere Oberflächengewässer – etwa den stark belasteten Dümmer – vor zu hohen Phosphateinträgen zu schützen.

Klimaschutz stärken – Torfabbau beenden

Wir GRÜNEN haben den Ausstieg aus der Torfgewinnung in Niedersachsen eingeleitet. Die Vorranggebiete für den Torfabbau wurden von 20.500 auf 3.500 Hektar reduziert. Zusätzlich wurden die Unternehmen über das Landesraumordnungsprogramm verpflichtet, eine Klimakompensation zu leisten, wenn sie noch Torf abbauen wollen. Gleichzeitig stärken wir mit dem Torfersatzforum den schrittweisen Verzicht auf Torf im Erwerbsgartenbau. Hobbygärtner benötigen heute schon keinen Torf mehr. Um das Klima wirksam zu schützen, muss dieser Weg konsequent fortgesetzt werden. Dazu müssen wir Alternativen für den Einsatz von Torf insbesondere im Erwerbsgartenbau stärken. Wir GRÜNEN wollen auf Bundesebene eine Abgabe auf importierten Torf einführen. Wir wollen zudem die Forschung zu Torfersatzstoffen weiter intensivieren und Anreize schaffen, um den Einsatz von Torf noch deutlicher zu reduzieren.

Die bisherige landwirtschaftliche Nutzung von Mooren führt zur Torfzehrung: Der Boden wird in CO₂ umgesetzt. Gemeinsam mit der Landwirtschaft entwickeln wir Verfahren schonenderer Bewirtschaftung und landwirtschaftliche Alternativen wie den Anbau von Torfmoosen. Das wollen wir fortsetzen und zusätzlich finanzielle Anreize für eine klimaschonende Bewirtschaftung von Torfböden setzen.

GRÜNE wollen Grünland erhalten

Niedersachsen verfügt über weitmussende Grünlandregionen, die es nach jahrelangem Rückgang zu erhalten gilt. Grünland bindet nicht nur mehr CO₂ im Oberboden als Ackerflächen. Grünland ist auch von besonderer Bedeutung für die Artenvielfalt. Wir GRÜNEN in Niedersachsen haben daher ein umfangreiches Grünlandförderprogramm aufgelegt, das den Weidehaltern besonders zugutekommt. So konnte etwa der jahrelange Rückgang der Schafhaltung gestoppt werden. Das Weidemilchprogramm des Landes wird zu einer weiteren Aufwertung des Grünlandes führen. Mit der Reform der EU-Agrarpolitik wurden zwar Anreize für einen Stopp des Grünlandumbruchs geschaffen, diese sind aber noch nicht ausreichend, um Dauergrünland wirksam zu schützen. Wir GRÜNEN wollen deshalb den Grünland-

schutz gesetzlich festschreiben und die Förderprogramme konsequent auf Naturschutz und auf umweltgerechte Weidehaltung ausrichten.

Impulse für die Agrarwende setzen – Agrarförderung modernisieren

Eines der wichtigsten Instrumente zum Umbau der Landwirtschaft und der Tierhaltung in Niedersachsen ist eine konsequent an diesem Ziel ausgerichtete Förderpolitik. Wir GRÜNEN wissen, dass die Agrar- und Tierhaltungswende nur dann gelingt, wenn es ausreichend Anreize und finanzielle Unterstützung bei diesem schwierigen Transformationsprozess gibt. Ein gutes Beispiel für das Gelingen der Agrarwende ist die Freilandhaltung bei Legehennen in Niedersachsen, die massiv gewachsen ist. Jedes zweite deutsche Bio- und Freilandei kommt aus Niedersachsen. Diese Erfolgsgeschichte ist maßgeblich bestimmt durch eine klare Kennzeichnung der Eier und eine gezielte Förderung dieser Haltungsform. In der niedersächsischen Freiland- und Biolegehennenhaltung gibt es mehr Tier- und Umweltschutz und höhere Einkommen für unsere Landwirte. Bäuer*innen können und sollen von der grünen Agrarwende nachhaltig profitieren. Mehr Tier- und Umweltschutz ist möglich, hat aber seinen Preis. Daher setzen wir auch bei der Schweinehaltung auf gezielte Prämi-

en wie die Honorierung des Verzichts auf das Abschneiden der Schweineschwänze durch die Ringelschwanzprämie. Wir haben Schluss gemacht mit der bisherigen Subventionspolitik für Großschlachthöfe und große Stallbauten. GRÜNE in Regierungsverantwortung fördern Stallbauten nur noch, wenn diese sich konsequent an Ökologie und Tierwohl orientieren. Wir fordern auch den Bund auf, nach niedersächsischem Vorbild gezielte finanzielle Unterstützung für eine Tierhaltungswende bereitzustellen. Wir GRÜNEN wollen die Tierhaltung nicht zu schlechteren Bedingungen ins Ausland vertreiben, sondern nachhaltige und tiergerechte Haltung in Niedersachsen fördern. Wir wollen die Agrarwende gemeinsam mit den Bäuer*innen gestalten. Dazu bedarf es einer Reform der europäischen Agrarpolitik. Wir wollen für die Agrarförderung das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ durchsetzen. Unser Ziel ist eine europäische Agrarpolitik, die bei Lebensmitteln Klasse statt Masse fördert. Die dafür sorgt, dass es den Tieren in den Ställen besser geht. Die Artenvielfalt erhält und Klima, Wasser und Boden schützt. Wir wollen bäuerliche, ökologische Wirtschaftsweisen unterstützen – und nicht die industrielle Landwirtschaft. Dies muss oberstes Prinzip für die EU-Agrarförderung sein, daher haben wir uns erfolgreich für eine stärkere Umschichtung der Mittel aus der 1. Säule, den

Direktzahlungen, in die 2. Säule der EU-Agrarförderung eingesetzt und wollen diesen Weg konsequent weitergehen. Anstatt Direktzahlungen an alle Betriebe mit der Gießkanne zu verteilen, sollen die EU-Agrarfördermittel gezielt zur Gestaltung der Agrar- und Tierhaltungswende und zur Förderung lebenswerter ländlicher Räume genutzt werden. Nur so kann die gesellschaftliche Akzeptanz für die EU-Agrarförderung langfristig erhalten bleiben.

Wir GRÜNEN werden auch in der kommenden Förderperiode die Förderprogramme konsequent an Kriterien der Ökologie und der Nachhaltigkeit ausrichten. Dazu setzen wir auf ein umfassendes Angebot an Agrarumweltmaßnahmen und Fördermaßnahmen zur Stärkung des Tierschutzes wie die Ringelschwanzprämie bei Schweinen.

Dezentralität, bürgerschaftliche Selbstverantwortung und Basisdemokratie sind grüne Grundanliegen. Wir setzen uns daher für mehr kommunale und betriebliche Gestaltungsspielräume in der Agrarpolitik und Agrarförderung ein. Wir wollen regionale Bündnisse unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und des Berufsstands fördern, um das Gespräch zwischen Landwirt*innen und der Gesellschaft zu institutionalisieren, Vertrauen aufzubauen und regionale Agrarleitbilder zu erarbeiten.

Ökologische Landwirtschaft stärken

Seit wir GRÜNEN in Niedersachsen regieren, gibt es endlich einen deutlichen Zuwachs bei der ökologischen Landwirtschaft. Niedersachsen als Agrarland Nr. 1 war leider zu lange Schlusslicht im Ökolandbau. Bei Bioeiern, Bioobst, Biokartoffeln und bald auch bei Biomilch ist Niedersachsen Spitzenreiter. Diesen positiven Trend wollen wir fortsetzen. Dazu werden wir den ökologischen Landbau weiter umfassend fördern. Unser Ziel ist es, die gesamte niedersächsische Landwirtschaft nachhaltiger und ökologischer auszurichten. Der Ökolandbau ist da ein wichtiger Baustein, denn Ökobetriebe wirtschaften häufig nicht nur nachhaltiger, sondern sie brauchen wesentlich mehr Personal als konventionelle und tragen so zur Wertschöpfung im ländlichen Raum bei. Wichtig ist auch, dass die Infrastruktur für die Vermarktung der ökologischen Produkte deutlich verbessert wird. Die Nachfrage nach Bioprodukten kann derzeit noch nicht durch die heimische Landwirtschaft gedeckt werden. Hier ist viel Potenzial. Das EU-Schulobst- und Gemüseprogramm mit attraktiven Förderungen für Biobetriebe trägt dazu bei. Ökoprodukte sind keine Nische mehr und die niedersächsischen Bäuer*innen können und müssen sich auf dem Ökomarkt viel stärker einbringen. Neben dem Ausbau der Vermarktung be-

stehen in der Außerhausverpflegung, etwa bei öffentlichen Kantinen, noch deutliche Potenziale für den Einsatz von Bioprodukten.

Damit noch mehr Betriebe auf Öko umsteigen können, wollen wir einen Aktionsplan Ökolandbau gemeinsam mit den Verbänden umsetzen. Wir GRÜNEN werden sicherstellen, dass die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Über eine Informationsoffensive sollen die Chancen des Ökolandbaus breiter an konventionelle Landwirte vermittelt werden, um diese zum Umsteigen zu motivieren. Wir GRÜNEN wollen den Flächenzugang für Biobetriebe erleichtern. Pachtflächen öffentlicher Eigentümer sollen vorrangig ökologisch bewirtschaftet werden. Die ökologische Ausrichtung der Ausbildung wollen wir auch in den Berufs- und Hochschulen weiter stärken. In der agrarwissenschaftlichen Forschung und im Versuchswesen in Niedersachsen muss der Ökolandbau einen noch höheren Stellenwert haben. Die Bioprämien müssen weiter auf einem Spitzenniveau bleiben und dürfen nicht abgesenkt werden.

Bodenschutz achten

Die intensive Landbewirtschaftung führt zu einer Verdichtung des Bodens. Daher muss die Landbewirtschaftung von der Bearbeitungstechnik bis hin

zu den Landmaschinen bodenschonender werden. Ökologischer Landbau kann die Bodenfruchtbarkeit langfristig und nachhaltig verbessern. Wir wollen Anreize setzen, damit auf Feldern vielfältige Fruchtfolgen genutzt werden, die den Humusgehalt erhöhen und zu einem geringeren Einsatz von Pestiziden führen. Auch ganzjähriger Bewuchs soll gefördert werden, denn dieser schützt die Oberfläche vor Erosion und beugt durch Auflockerung Überschwemmungen vor.

Keine Gentechnik auf unseren Äckern

Niedersachsen ist durch das Engagement von uns GRÜNEN gentechnikfreie Region und muss es auch bleiben. Wir haben mit der einseitigen Ausrichtung auf die Gentechnik durch CDU und FDP Schluss gemacht. Wir GRÜNEN haben auch im Bundesrat gegen die Gentechnikermöglichungsgesetzgebung der Bundesregierung gekämpft und alles versucht, um ein flächendeckendes Verbot von Gentechnik in Deutschland umzusetzen.

Wir fördern die gentechnikfreie Eiweißversorgung mit der Eiweißstrategie, die gezielt auf den Anbau heimischer eiweißreicher Futtermittel setzt, um den Import von Soja als Futtermittel zu reduzieren. Wir haben erreicht, dass führende niedersächsische Fleischproduzenten kein Gen-

techniksoja einsetzen. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen. Nur mit uns GRÜNEN bleibt Niedersachsen gentechnikfrei.

Gärten für alle

Offene Gemeinschaftsgärten – auch als „urban gardens“ bekannt – sind sowohl sozial als auch ökologisch sinnvoll. Sie bieten eine Gelegenheit für Menschen ohne eigenen Garten, frisches und gesundes Obst und Gemüse anzubauen, und bringen dabei häufig Jung und Alt sowie Menschen verschiedener sozialer Hintergründe zusammen. Aus ökologischer Sicht werden brachliegende Flächen aufgewertet und die Biodiversität innerorts wird gestärkt. Solche Projekte möchten wir in Niedersachsen fördern – und nicht nur in den Großstädten.

Die „Blaue Landwirtschaft“ – Aquakulturen ökologisch und nachhaltig gestalten

Heute stammt jeder dritte Speisefisch aus der Nachzucht in Gefangenschaft. Die Aquakultur ist der am stärksten wachsende Nahrungsmittelbereich, wobei die konventionelle Fischwirtschaft neue Probleme verursacht: Schädigung wertvoller Naturräume durch belastete Abwasser, Antibiotikaeinsatz und nicht tiergemäße Haltungssysteme sind

dabei besonders kritisch. Wir wollen in Niedersachsen ein Förderprogramm zum Ausbau ökologisch nachhaltiger und innovativer Aquakulturen. Dazu gehören geschlossene Kreislaufsysteme, in denen das Wasser aufbereitet und in die Zuchtbecken zurückgeführt wird. Eine tiergerechte Haltung über geringere Besatzdichten ist für uns GRÜNE ebenso unverzichtbar wie die Ablehnung umweltschädigender Chemikalien und Antibiotika.

3.3 Nachhaltige Fischereipolitik

Niedersachsen richtet seine Fischerei zunehmend nachhaltig aus. So lassen sowohl die Muschel- und Krabbenfischer als auch große Teile der Hochseefischerei ihre Nachhaltigkeit vom Marine Stewardship Council (MSC) überprüfen und zertifizieren, nehmen an Umweltprogrammen wie „Fishing for litter“ teil und beteiligen sich an der Erforschung und dem Einsatz besserer Fangtechnik. Wir GRÜNEN fordern eine bessere Berücksichtigung von Fischereibelangen bei der Genehmigung von Verklappungsstellen, um so der Beeinträchtigung traditioneller Fanggründe vorzubeugen. Die Fischereiförderung wurde auf hohe Umweltstandards ausgerichtet und nicht zuletzt durch die Förderung der Erzeugergemeinschaft der Krabbenfischer konnten wieder auskömmliche Preise erzielt werden. Bei Aquakulturen wie Karpfen- und Forellenzuchten ist Niedersachsen führend und fördert hier besonders die regionale Erzeugung und Vermarktung sowie die Nachhaltigkeit.

Die Angelfischerei hat ein hohes Interesse an einer guten Gewässerökologie. Sie übernimmt daher mit der Wiederansiedlung von Fischarten, bei der Gewässerrenaturierung und im Kampf gegen Schadstoffeinträge

etwa durch Überdüngung oder Versalzung erhebliche Mitverantwortung. Es treten jedoch auch immer wieder Konflikte zwischen Angler*innen und Naturschützer*innen auf. Wir GRÜNEN wollen die Zusammenarbeit mit den Fischereiverbänden zur Stärkung der heimischen Fischfauna und zur Entwicklung naturnaher Gewässer weiter ausbauen, um gemeinsam mit weiteren Akteur*innen einen guten ökologischen Zustand unserer Flüsse, Bäche und Seen im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen. Das niedersächsische Fischereirecht werden wir GRÜNEN zusammen mit den Verbänden im Sinne einer nachhaltigen und ökosystemgerechten Fischerei weiterentwickeln.

3.4 Tierschutz konsequent umsetzen

Wir GRÜNEN sind die Stimme für mehr Tierschutz. Wir haben den Niedersächsischen Tierschutzplan erfolgreich umgesetzt und damit einen maßgeblichen Beitrag zu mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung geleistet. Wir haben eine Tierschutzbeauftragte in der Landesregierung eingesetzt. Um Verstöße gegen das Tierschutzrecht konsequent ahnden zu können, haben wir dafür in Niedersachsen eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft eingeführt und wollen das Vollzugspersonal noch besser qualifizieren. Die von uns durchgesetzte Verbandsklage für Tierschutzverbände ist ein wichtiger erster Schritt, um den Tieren eine Stimme zu geben. Die Verbandsklage muss jedoch weiterentwickelt werden. Wir GRÜNEN fordern, dass den Verbänden neben dem Recht der Feststellungsklage auch das Recht der Anfechtungs- und Verpflichtungsklage eingeräumt wird. Eine wichtige Wende haben wir auch bei der Förderpolitik eingeleitet. Auch beim Tierschutz gilt für uns: öffentliche Mittel für öffentliche Leistungen (siehe Kapitel 3.2, Den Umbau der Landwirtschaft vorantreiben).

Mehr Tierschutz für Nutztiere: Tierschutzplan weiterentwickeln

Für uns GRÜNE gilt der Grundsatz,

dass die Tiere nicht den Ställen angepasst werden dürfen, sondern die Ställe den Bedürfnissen der Tiere anzupassen sind. Deshalb haben wir die jahrzehntelange Praxis des Schnabelkürzens bei Legehennen Ende 2016 beendet. Gleiches wollen wir in der Putenhaltung durchsetzen. Wir halten das Töten der männlichen Eintagsküken unserer Legerassen für ethisch nicht vertretbar und nicht mit dem Tierschutz vereinbar. Es gibt wirksame Alternativen, die wir fördern und als gesetzlichen Standard durchsetzen wollen. Daher wollen wir das Töten der männlichen Küken beenden. Wir GRÜNEN haben im Rahmen des Tierschutzplans zudem dafür gesorgt, dass Enten Bademöglichkeiten zur Gefiederpflege haben und die Zahl der Schweine mit intaktem Ringelschwanz stetig steigt. Unkulierte Schnäbel und Ringelschwänze sind die besten Indikatoren für das Tierwohl, denn nur wenn Tiere auf engstem Raum gehalten werden und Stress ausgesetzt sind, kommt es zu Stressreaktionen wie Schwanzbeißen und Federpicken.

Niedersächsische Mastschweine werden noch viel zu häufig auf Vollspaltenböden und Sauen im Kastenstand gehalten. Das ist mit dem Tierwohl nicht vereinbar. Wir GRÜNEN lehnen

dies ab und wollen ein freies Abferkeln ohne Kastenstand sowie eine Haltung mit Stroheinstreu und Zugang zu Außenbereichen. Wir setzen uns für einen vollständigen Verzicht auf die Kastration von Ferkeln ein, häufig geschieht dies sogar ohne adäquate Betäubung. Wir wollen die Anbindehaltung von Rindern auch in Niedersachsen endlich beenden. Zudem wollen wir in der Rinderhaltung die muttergebundene Kälberaufzucht weiter fördern. Wir sehen die Entwicklung in der Zucht von Nutztieren auf Hochleistung sehr kritisch. Das bestehende Qualzuchtverbot im Bundestierschutzgesetz wird nicht umgesetzt. Die derzeitigen Zuchtziele verursachen schwere Schäden und Leiden und überfordern die körperliche Leistungsfähigkeit der Tiere. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass im Tierschutzgesetz mit klaren Kriterien definiert wird, wo die Qualzucht beginnt.

Wir GRÜNEN wollen artgerechte Haltungsbedingungen für alle Tiere. Diese muss nach den neuesten Erkenntnissen der Verhaltensbiologie der jeweiligen Tierart ausgerichtet werden. Dazu wollen wir artgerechte Haltungsformen besser fördern und die Einführung eines obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens für tiergerechtere Ställe. Neben den artgerechten Haltungsbedingungen gehören verpflichtende tierärztliche

Standarduntersuchungen für die Tierbestände dazu sowie die Möglichkeit der Behandlung von Einzeltieren und Kleingruppen, um den Antibiotikaeinsatz zu reduzieren. Reserveantibiotika müssen zukünftig dem Menschen vorbehalten bleiben.

Tierschutz hört für uns GRÜNE nicht bei der Haltung auf. Auch beim Transport und der Schlachtung gibt es in Sachen Tierschutz noch viel zu tun. Um die Transportzeiten zu verkürzen, brauchen wir kleinteilige Strukturen bei der Schlachtung. Wir wollen deshalb die kleinen Schlachtbetriebe, Weideschlachtung und das mobile Schlachten erhalten und fördern. An Schlachthöfen müssen neben verbesserten Kontrollen Tierschutzindikatoren obligatorisch eingeführt werden. Wir haben in Niedersachsen ein Verbot des Schlachtens hochträchtiger Kühe vereinbart. Die derzeitigen Betäubungs- und Schlachtmethoden wollen wir auf den Prüfstand stellen. Es gilt, Fehlbetäubungen im Schlachthof nicht nur durch qualifiziertes Personal zu verhindern, welches auch mehr Zeit erhält, um die einzelne Betäubung durchzuführen, sondern auch weniger belastende Betäubungsarten zu entwickeln. Wir wollen, dass Großbetriebe in Zukunft vom Land kontrolliert werden und die neue Taskforce Verbraucherschutz beim Landesamt für Verbraucherschutz (LAVES) deutlich verstärkt wird. Zudem werden wir

uns dafür einsetzen, dass Tiere bei hohen Außentemperaturen nicht transportiert werden. Die Genehmigungsverfahren beim Transport von Tieren, insbesondere in Drittländer, gehören auf den Prüfstand.

Tierversuchsfreie Forschung vorantreiben

Wir GRÜNEN streben an, weitestgehend auf Tierversuche zu verzichten. Neben ethischen Bedenken gibt es auch Zweifel an der wissenschaftlichen Aussagekraft von Tierversuchen. Wir GRÜNEN wollen den Tierschutz bei der Bewertung und Genehmigung von Versuchen stärken sowie die Kontrollen ausbauen. Die Fördermittel für Projekte, die die Zahl der Tierversuche wirksam reduzieren und neue Alternativmethoden entwickeln, müssen deutlich erhöht werden. Wir wollen einen Preis für tierversuchsfreie Forschung ausloben.

Klare Vorgaben bei Tieren in Privathand: für einen sensiblen Umgang mit Wildtieren

Auch für mehr Tierschutz bei der privaten Tierhaltung setzen wir GRÜNEN uns ein. Niedersachsen verfügt über ein gutes Hundegesetz, das viele Nachahmer findet. Um das Katzenelend zu reduzieren, wollen wir die Kastration von Katzen durch kommunale Kastrationssatzungen mit Förder-

programmen des Landes begleiten.

Auch die zunehmende Haltung von exotischen Tieren stellt Einrichtungen, die Wildtiere aufnehmen, vor Herausforderungen, weil Halter*innen nicht selten mit dem Tier überfordert sind und dieses dann im Tierheim landet. Wir GRÜNEN wollen die Halter*innen von exotischen Tieren frühzeitig dazu befähigen, ihre Tiere so artgerecht wie möglich zu halten und sich der mit der Haltung verbundenen Herausforderungen und Gefahren bewusst zu sein. Bestimmte Tiere, insbesondere gefährliche, gehören nicht in Privathände. Wir wollen die Weiterentwicklung der niedersächsischen Gefahrtierverordnung vorantreiben und eine zentrale Datei für exotische Wildtiere einrichten, auf die sowohl Veterinär- als auch Naturschutzbehörden Zugriff haben. Wir GRÜNEN setzen uns ferner dafür ein, dass Wildtiere auch in zoologischen Einrichtungen so tiergerecht wie möglich gehalten werden. Zoos müssen dazu verstärkt den veränderten tiergartenbiologischen Erkenntnissen Rechnung tragen. Zudem fordern wir, dass sie auch als Auffangstationen für beschlagnahmte, nicht auswilderungsfähige Wildtiere aller Arten dienen können. Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen lehnen wir ab. Unser Engagement im Bundesrat dafür werden wir fortsetzen.

Tierheime stärken

Wir GRÜNEN fordern, dass die Finanzierung der Tierheime durch die Kommunen sichergestellt wird. Wir werden uns auch auf Landesebene für die bessere Unterstützung der Arbeit von Tierheimen einsetzen. Unser Projekt zur Unterstützung der Tierheime bei der Kastration von Katzen ist hier beispielgebend. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Wir haben ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) im Tierschutz eingeführt und möchten auch weiterhin das wichtige freiwillige und ehrenamtliche Engagement vieler Menschen für den Tierschutz und die Tierheime stärken. Wir werden ein Förderprogramm zur baulichen Sanierung von Tierheimen auflegen.

3.5 Jagd zeitgemäß gestalten

Wir GRÜNEN setzen uns für eine an ökologischen und zeitgemäßen wildbiologischen Kriterien orientierte und ethisch vertretbare Jagd ein. Wir wollen Jäger*innen verpflichten, künftig einen Schießnachweis abzulegen und ein gesetzliches Ausstiegsdatum für die Nutzung bleihaltiger Munition festschreiben. Im Landeswald sind wir mit gutem Beispiel vorgegangen: Seit 2014 darf hier keine bleihaltige Munition mehr verwendet werden. Das ist wichtig für den Naturschutz, denn Bleivergiftungen sind bei einigen Greifvogelarten eine häufige Todesursache.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass auch in Niedersachsen endlich ein umfassendes ökologisches Jagdrecht gilt. Dabei wollen wir vor allem die Liste der jagdbaren Arten anhand von Kriterien wie Bestandsituation einer Art und Nutzung der Tierbestandteile überarbeiten. Eine Jagd auf Beutegreifer aus Gründen der Konkurrenz zwischen Jäger*innen und Beutegreifern sowie die Jagd in Jagdgattern lehnen wir ab. Wir wollen die Jagd in Schutzgebieten dem jeweiligen Schutzzweck unterordnen. Die Forschung über Wechselwirkungen in der Dynamik der Ökosysteme wollen wir stärken.

Wir GRÜNEN setzen uns für ein Verbot von Totschlagfallen und der Bautenjagd ein. Auch den Einsatz von Lebendfallen im Jagdbetrieb wollen wir grundsätzlich unter behördliche Genehmigungspflicht stellen. Der Besitz von und Handel mit verbotenen Fanggeräten ist komplett zu untersagen, um Tierschutzvergehen zu verhindern. Die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren und den Abschuss von Haustieren lehnen wir ab.

3.6 Wahlfreiheit für Verbraucher*innen stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für starken Verbraucherschutz. Verbraucher*innen haben einen Anspruch auf sichere Lebensmittel und Produkte. Ob es um den Einsatz von Gentechnik geht, um faire Energiepreise, sichere Finanzprodukte, unbedenkliches Kinderspielzeug oder um den digitalen Verbraucherschutz und den Umgang mit den Daten der Menschen: Die Interessen der Verbraucher*innen dürfen den Wirtschaftsinteressen nicht untergeordnet sein. Wir GRÜNEN wollen jeden Einzelnen in die Lage versetzen, auch auf immer komplizierteren Märkten und im Internet bewusste Kaufentscheidungen zu treffen. Eine klare und einfache Kennzeichnung kann aber kein Ordnungsrecht ersetzen – es braucht beides. Darum nutzen wir konsequent die Handlungsspielräume der Landespolitik zum Wohle der Verbraucher*innen. Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung die Kontrollen im Futter- und Lebensmittelbereich zum Schutz der Verbraucher*innen intensiviert. Wir haben die niedersächsische Verbraucherzentrale massiv gestärkt, den „Marktwächter Energie“ eingeführt und Verbraucherberatungen auch speziell für Geflüchtete auf den Weg gebracht. Wir GRÜNEN haben uns im

Bundesrat erfolgreich für ein Girokonto für jedermann eingesetzt und in Niedersachsen das Hygienebarometer in Gaststätten vorangebracht. Darauf wollen wir aufbauen: Wir werden die Verbraucherzentrale und insbesondere ihre Präsenz im ländlichen Raum sowie die Verbraucherberatung in der digitalen Welt weiter stärken. Die Verbraucherzentrale muss zu einem Ratgeber für alle Bürger*innen in jeder Lebenslage ausgebaut werden.

Verbraucher*innenrechte ausbauen

Beraten allein genügt nicht: Wir GRÜNEN setzen uns auch für ein klares Ordnungsrecht zum Wohle der Verbraucher*innen ein. Mikroplastik, das unsere Umwelt belastet, soll den Verbraucher*innen nicht weiter in zahllosen Produkten unbemerkt untergejubelt werden. Verbraucherrechte müssen gestärkt werden – sei es gegen Abzocke im Internet, bei manipulierten Tachos und Abgaswerten, bei neuen Angeboten der Sharing Economy – aber auch wenn Verbraucher*innen mit geplantem Verschleiß und der Unreparierbarkeit von technischen Geräten konfrontiert sind. Wir wollen die Klage- und Schadensersatzrechte von Verbraucher*innen

stärken und werden uns dafür auch gegenüber dem Bund und der Europäischen Union einsetzen.

Gesundes Essen fördern

Bewusste Ernährung spielt für mehr und mehr Menschen eine wichtige Rolle. Die Bürger*innen erwarten gesunde und sichere Lebensmittel. Sie müssen sich hierbei auf staatliche Kontrollen verlassen können. Daher haben wir GRÜNEN das Landesamt für Verbraucherschutz gestärkt und zahlreiche neue Kontrolleur*innen eingestellt. Auch haben wir die Voraussetzungen für die Kommunen geschaffen, die Lebensmittelkontrollen deutlich zu intensivieren.

Die Nachfrage nach gesunden, nachhaltigen Produkten aus der Region, nach Fleisch aus Tierhaltungen mit hohen Tierschutzstandards und nach Obst und Gemüse, welches ohne Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln angebaut wurde, steigt stetig. Der hohe Fleischkonsum in Deutschland schädigt die menschliche Gesundheit und schadet dem Klima und der Umwelt. Deshalb ist es Ziel grüner Politik, den gesellschaftlichen Trend zu einem bewussten, maßvollen Fleischkonsum zu fördern. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Verbraucher*innen leicht erkennen können, wo und unter welchen Bedingungen ein Nahrungsmit-

tel hergestellt wurde. Damit Qualität beim Kauf klar erkennbar ist, fordern wir einfache Produktkennzeichnungen, die Auskunft über Herkunft und Inhaltsstoffe sowie gentechnisch veränderte Bestandteile geben. Auch die Begriffe vegan und vegetarisch müssen endlich klar definiert werden und auch zukünftig muss die vegetarische Wurst auf dem Grill liegen dürfen. Die Eierkennzeichnung für verarbeitete Produkte ist lange überfällig. Wir GRÜNEN in Niedersachsen werden dafür weiter streiten. Denn die Verbraucher*innen sollen auch bei Nudeln und Keksen erkennen können, ob die Eier aus Käfigbatterien oder aus Freilandhaltung kommen. Wir fordern zudem eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für Fleisch. Eine freiwillige Kennzeichnung, die nur mehr Tierschutz kennzeichnet, jedoch nicht die Haltungsformen der Standardprodukte transparent macht, ist uns nicht genug. Wenn die Verbraucher*innen einfach und klar erkennen, aus welcher Haltungsform und aus welcher Region die Produkte kommen, steigert dies die Nachfrage nach regionalen und tiergerechten Produkten und trägt damit aktiv zur Agrarwende in Niedersachsen bei.

Viele Niedersachsen essen täglich außer Haus – sie möchten auch in der Schule, der Kantine oder der Mensa gutes und gesundes Essen genießen. Daher haben GRÜNE in

Regierungsverantwortung mit großem Erfolg das Schulobstprogramm eingeführt und Projekte wie das 100-Kantinen-Programm initiiert, um die Vielfalt der Essensangebote in öffentlichen Kantinen zu stärken. Wir wollen weitere Anreize setzen, damit öffentliche Kantinen verstärkt regionale und ökologische Produkte anbieten. Gerade im Bereich der schulischen Verpflegung wird das Thema gesunde Ernährung noch immer zu wenig beachtet. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass bei Schülern zukünftig noch stärker auf regionale und ökologische Produkte geachtet und regelmäßig auch ein vegetarisches Essen angeboten wird.

Lebensmittelverschwendung eindämmen

Noch immer wandern zu viele Lebensmittel in den Müll. Sei es, weil das Gemüse nicht attraktiv genug für die Verbraucher*innen ist oder weil Lebensmittel, die noch genießbar sind, vom Kühlschrank in den Müll wandern. Wir GRÜNEN haben einen „Runden Tisch Lebensmittelverschwendung“ eingesetzt und fördern gezielt Projekte, die sich für einen bewussteren Umgang mit unseren Lebensmitteln einsetzen. Wir wollen Maßnahmen ergreifen, um das Wegwerfen großer Mengen von Lebensmitteln im Einzelhandel sowie bei der

Außerhausverpflegung einzudämmen. Schon heute leisten die Tafeln dabei einen wertvollen Beitrag. Wir werden uns gegenüber dem Bund für eine Überarbeitung des Mindesthaltbarkeitsdatums einsetzen. Immer häufiger bilden sich auch in niedersächsischen Städten und Kommunen sogenannte Ernährungsräte, die sich für einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln und eine regionale Versorgung stark machen. Diese werden wir GRÜNEN weiter aktiv unterstützen und deren Vernetzung stärken. Gegen das Wegwerfen von Lebensmitteln wollen wir die Supermärkte gesetzlich verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel, die aus dem Verkauf genommen wurden, an gemeinnützige Einrichtungen abzugeben. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Aneignung entsorgter Lebensmittel, das sogenannte Containern, entkriminalisiert wird.

4. GERECHTE BILDUNG BRAUCHT DAS LAND

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für qualitative Bildungsangebote ein, die ein lebenslanges Lernen ermöglichen. Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zu Angeboten für Erwachsene – dürfen nicht vom finanziellen Rahmen oder der Herkunft abhängen. Deshalb brauchen wir ein durchlässiges und transparentes Bildungssystem, das gut ausgebildetes und bezahltes Fachpersonal vorhält. Gleichzeitig müssen Bildungseinrichtungen gut ausgestattet sein – von der Architektur bis hin zur Digitalisierung. Deshalb haben wir uns

auch seit jeher für die Aufhebung des Kooperationsverbotes eingesetzt: Der Bund ist gefordert, den für die Länder zur Verfügung stehenden Bildungsetat zu verdoppeln, um den Bundesländern die Möglichkeit zu geben, Bau, Ausstattung und die personelle Versorgung gemäß den gesellschaftlichen Veränderungen und Anforderungen zu gewährleisten. Davon sind wir in Deutschland jedoch weit entfernt. Den Ländern bleibt es überlassen, mit der Hälfte der eigentlich notwendigen finanziellen Mittel gute Bildungschancen zu realisieren und damit ein Defizit zu verwalten.

4.1 Auf die Jüngsten kommt es an

In Niedersachsen haben wir uns erfolgreich dafür stark gemacht, dass der Rechtsanspruch für eine Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr umgesetzt wird. Wir haben für einen Ausbau der Betreuungsplätze gesorgt und setzen uns auch zukünftig dafür ein, dass das Angebot nachfragegerecht gestaltet wird.

Wir GRÜNEN stehen für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Krippen und Kindergärten dürfen keine Verwahrstationen sein. Wir wollen die Krippen und Kindergärten weiterhin zu Lern- und Lebensorten entwickeln, in die Kinder gern gehen, wo sie gefördert werden und sich entfalten können.

Zu einer guten Qualität gehört für uns vor allem ein guter Betreuungsschlüssel. Die dritte pädagogische Kraft in den Krippengruppen ist ein Erfolg unserer Arbeit in Niedersachsen. Auch für die über Dreijährigen haben wir mit einem 60-Millionen-Euro-Programm für eine bessere Betreuung in den Kindertagesstätten gesorgt. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Nach der dritten Kraft in den Krippen müssen weitere Schritte folgen. Wir halten an der Einführung eines modernen und zeitgemäßen Kindertagesstättengesetzes fest. Un-

ser zentrales Ziel ist dabei, die Relation von Pädagog*innen und Kindern endlich auch im Kindergartenbereich kontinuierlich zu verbessern. Die Gruppengrößen gehören ebenso auf den Prüfstand wie auch verbesserte Verfügungszeiten, damit das Fachpersonal den gestiegenen Anforderungen an den Bildungsauftrag gerecht werden kann. Bei der Neuerrichtung von Kindertagesstätten sind als Mindestanforderung die Barrierefreiheit und eine behindertengerechte Ausstattung festzuschreiben. Auch müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Tagespflegepersonen endlich geregelt werden.

Wir GRÜNEN stehen für gebührenfreie Bildung von Anfang an. Der Zugang zu Kinderbetreuung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Daher setzen wir uns dafür ein, Krippen und Kindergärten Schritt für Schritt gebührenfrei zu gestalten. Die Gebührenfreiheit darf nicht zu Lasten der Qualität erfolgen. Die Qualitätssteigerung, wie zum Beispiel durch die Drittkraft im Kita-Bereich oder durch kleinere Gruppengrößen, hat für uns erste Priorität. Bei einer Gebührenfreiheit müssen die Kommunen einen vollständigen finanziellen Ausgleich erhalten. Volkswirtschaftlich bedeutet eine gute frühkindliche Bildung eine

hohe Rendite für alle politischen und gesellschaftlichen Ebenen. Wir fordern daher auch vom Bund eine deutliche finanzielle Beteiligung an der frühkindlichen Bildung, damit Länder und Kommunen dauerhaft und nachhaltig ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können.

Krippen und Kindergärten erfüllen auch für den Spracherwerb eine wichtige Funktion. Sie schaffen die Grundlage für Teilhabe und Förderung von Anfang an. Wir haben in Regierungsverantwortung erfolgreich die Sprachförderungs- und Fortbildungsangebote ausgebaut. Wir GRÜNEN wollen Kita-konzepte, bei denen Umweltbildung eine zentrale Rolle spielt, künftig stärker fördern und Waldkindergärten weiter unterstützen.

Die Umsetzung der Inklusion sowie die Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege müssen endlich gesetzlich geregelt werden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Weiterentwicklung der Kitas zu Familienzentren zu unterstützen. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir modellhaft Kooperationen zwischen Schulen und Familienzentren ermöglichen.

Fachkräftemangel begegnen und Erzieher*innen besser bezahlen

Gute Betreuung und Förderung gibt es nur mit qualifizierten und fair bezahl-

ten Fachkräften. Dafür muss die von uns GRÜNEN auf den Weg gebrachte Initiative zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ausgebaut werden. Wir setzen uns für einen landesweiten Masterplan gegen den Fachkräftemangel ein, der den Einstieg in diese Berufe durch verstärkte Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Quereinsteigsmaßnahmen erhöht.

Noch immer ergreifen vorrangig Frauen soziale Berufe und nur wenige Männer werden beispielsweise Erzieher. Wir wollen durch eine gendersensible Berufsorientierung an Schulen, durch bessere Bezahlung und eine höhere gesellschaftliche Anerkennung erreichen, diese Berufe attraktiver zu machen. Es braucht weiteres Engagement, um noch mehr Männer für pädagogische und soziale Berufe zu begeistern.

Mit dem verstärkten Ausbau von Ausbildungsplätzen, insbesondere von berufsbegleitenden Ausbildungsangeboten, haben wir GRÜNEN einen wichtigen ersten Schritt erreicht. Diesen gilt es auszubauen und weiterzuentwickeln. Die Ausbildung zur pädagogischen Fachkraft darf nicht am Geldbeutel scheitern.

4.2 Grüne Schulpolitik: Gerecht und für alle

Grüne Schulpolitik verfolgt das klare Ziel, allen Schüler*innen – unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen und regionalen Herkunft – einen bestmöglichen Bildungsabschluss zu ermöglichen.

Deutschland hat im internationalen Vergleich eines der ungerechtesten, sozial selektivsten Schulsysteme: Kinder aus finanziell schlechter gestellten Haushalten haben bei uns deutlich geringere Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss als Kinder aus sogenannten Akademikerfamilien. Bildungsarmut – und damit nicht selten auch materielle Armut – werden bei uns noch immer viel zu oft vererbt. Wesentliche Gründe sind die frühe Sortierung der Schüler*innen durch das gegliederte Schulsystem, das zudem kaum durchlässig ist. Hinzu kommt der Einfluss des Elternhauses auf den individuellen Lernerfolg. Dieser wirkt sich in der Regel an den immer noch weit verbreiteten Halbtagsschulen sogar noch stärker aus.

Darüber hinaus gewannen niedersächsische Schulen bereits mehrfach den Deutschen Schulpreis. Mit diesem Preis zeichnet die Robert Bosch Stiftung bundesweit Schulen aus, denen es gelingt, allen Kindern gerecht zu werden und qualitativ hochwertige

Unterricht anzubieten. Der Preis benennt auch Schulen, die inklusive Schule erfolgreich umsetzen und Kinder mit Zuwanderungsgeschichte uneingeschränkt und individuell fördern. 2017 kamen vier der 14 nominierten Schulen aus Niedersachsen. Sie dienen als Best-Practice-Beispiele und stehen stellvertretend für alle Schulen, die mit kreativen pädagogischen und didaktischen Methoden modernen Unterricht gestalten.

Schwarz-Gelb hatte die Gründung von Gesamtschulen zehn Jahre lang torpediert und das Thema Ganztagschulen vernachlässigt. 2013 haben wir GRÜNEN die Weichen neu gestellt: 521 Ganztagschulen wurden seitdem gegründet und die Zahl der Ganztagschulen ist mit Beginn des Schuljahres 2016/2017 auf über 1.700 Schulen gestiegen. Den Ganztagschulen wurden zudem deutlich mehr Lehrer*innenstunden zugewiesen, so dass auch am Nachmittag inzwischen pädagogisch geleitete Angebote stattfinden können und nicht nur Hausaufgabenbetreuung.

Mit der Umstellung von G8 auf G9 haben wir mehr Lernzeit geschaffen und haben Schulstress abgebaut. Das Turbo-Abitur wurde damit endlich abgeschafft. Mit der Been-

digung der Schullaufbahneempfehlungen nach Klasse vier haben wir die notwendigen Konsequenzen aus der Erfahrung gezogen, dass Kinder aus Nicht-Akademiker*innenfamilien auch bei gleichen Leistungen deutlich seltener eine Gymnasialempfehlung bekommen haben als Kinder aus Akademiker*innenfamilien. Der Elternwillen wurde damit gestärkt. In den Klassen drei und vier haben wir jahrgangsübergreifenden Unterricht eingeführt sowie den Grundschulen die Option eröffnet, auch in dieser Jahrgangsstufe Leistungsberichte statt Notenzeugnisse auszustellen – damit haben wir weitere wichtige bildungspolitische Weichen gestellt.

Gute Bildung ist eine Investition in unsere Zukunft. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass die Ausgaben für Kita und Schule seit 2013 um mehr als eine Milliarde auf aktuell fast sechs Milliarden Euro gestiegen sind. Wir wollen uns auch weiterhin dafür einsetzen, die Investitionen zu erhöhen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auch weiter dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen bestmöglich gefördert werden und gleiche Chancen bekommen. Hierfür steht unser Konzept einer neuen Schule, die als attraktive Ganztagschule Freiräume für individuelle Förderung und Entwicklung in einem guten Lernumfeld anbietet. Das Konzept beinhaltet eine

modern gestaltete und an zukünftigen Kompetenzen, zum Beispiel im Umgang mit neuen Technologien wie Tablets, ausgerüstete Ausstattung von Unterrichtsräumen.

Ideologische Kämpfe um die unterschiedlichen Schulformen zu Lasten der Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen müssen ein Ende haben. Gute Schule und eine vernünftige Schulentwicklungsplanung funktionieren nur mit einem tragfähigen politischen und gesellschaftlichen Konsens. Es ist für unsere Schulen entscheidend, dass sich alle politischen Akteure gemeinsam auf diese Ziele verpflichten und dafür Verantwortung übernehmen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für einen gesellschaftlichen Beirat des Kultusministeriums ein, der alle an Schule Beteiligten mitnimmt.

Schulstress kommt nicht in die Tüte

Jeder Mensch ist verschieden und lernt unterschiedlich. Deshalb steht für uns das „Lernen im eigenen Takt“ bei der Weiterentwicklung von Schule im Mittelpunkt. Mit der Möglichkeit des jahrgangsübergreifenden Lernens und des Ersatzes der Ziffernnoten an Grundschulen durch Lernentwicklungsberichte sowie der Abschaffung des Turbo-Abiturs haben wir den Schulen die notwendigen Handlungsspielräume gegeben.

Wir setzen uns dafür ein, dass in fächerübergreifenden Projekten und in fachbezogenen Lernlaboren zunehmend mehr Schüler*innen selbstständiges Lernen erlernen.

Auf den Anfang kommt es an! Deshalb wollen wir die offene Eingangsstufe der Grundschule, eine gemeinsame Klasse der ersten beiden Schuljahrgänge, die je nach individuellem Lernfortschritt auch ein Jahr länger besucht werden kann, noch stärker fördern. Wir GRÜNEN wollen jahrgangsübergreifendes Lernen zukünftig in allen Jahrgängen ermöglichen. Auch an weiterführenden Schulen wollen wir jahrgangsübergreifendes Arbeiten stärker etablieren.

Durch die Senkung des Einschulungsalters kommen immer mehr Kinder in die Schulen, für die dies aufgrund ihrer Entwicklung noch viel zu früh ist. Nicht nur Lehrer*innen beklagen dies, auch wissenschaftliche Untersuchungen sehen diese Entwicklung kritisch. Wir werden das Einschulungsalter daher wieder anheben. Im begründeten Einzelfall soll eine frühere Einschulung weiterhin möglich sein.

Mehr Zeit zum Lernen ist ein wichtiger grüner Erfolg. Für die Zukunft wollen wir erreichen, dass der Weg zum Abitur noch individueller gestaltet werden kann. Wir wollen es Schulen ermöglichen, ein „Abitur

im eigenen Takt“ anzubieten, indem Schüler*innen ihren Stundenplan selbst gestalten und organisieren können und somit noch besser auf das Leben nach der Schule vorbereitet werden.

Sitzenbleiben und erzwungene Schulwechsel sind individuelle Erfahrungen des Misserfolgs, die sich in aller Regel negativ auf den weiteren Bildungsweg auswirken. Wie in den meisten anderen europäischen Ländern wollen wir darauf verzichten. Wir wollen individuelle Lernförderung vorantreiben, statt Schüler*innen mit antiquierten Maßnahmen zu beschämen und als zu wenig leistungsfähig oder -bereit zu stigmatisieren und aus ihrer gewohnten Lerngruppe zu reißen. Unser Ziel bleibt, das Sitzenbleiben und die Abschlussschulung in Niedersachsen überflüssig zu machen. Deshalb werden wir auch Gymnasien dabei unterstützen, dass aufgenommene Schüler*innen bis zum Sek I-Abschluss an der Schule verbleiben.

Gute Schule ist Ganztagschule

Mit 260 Millionen Euro haben wir ein Investitionsprogramm zum Ausbau von Ganztagschulen auf den Weg gebracht. Mehr als zwei Drittel aller Schulen werden im Jahr 2018 Ganztagschulen sein.

Die Ganztagschule ist ein wichtiger

Bestandteil eines gerechten und guten Schulsystems. Wir wollen keine „Ganztagsschule light“, die als Verwahrstation für Schüler*innen am Nachmittag fungiert. Unser Ziel ist stattdessen ein gebundenes, qualitativ hochwertiges Ganztagschulkonzept, bei dem durch einen rhythmisierenden Tagesablauf Lerneinheiten mit Bewegungszeit, kreativen Phasen und Angeboten mit außerschulischen Akteur*innen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Hier sehen wir GRÜNEN weiterhin einen hohen Handlungsbedarf und setzen uns konsequent ein, die Qualität der Ganztagschule weiter auszubauen. Dazu gehören qualifiziertes und engagiertes Lehrpersonal, eine gute Ausstattung mit Infrastruktur und Lehrmaterial sowie verlässliche und kontinuierliche Unterrichtsangebote und eine gute Vernetzung innerhalb ihres räumlichen Umfeldes.

Hierbei sind dauerhafte Kooperationspartner und eine Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe auf Augenhöhe unabdingbar. Dafür brauchen die Kooperationspartner, wie Musikschulen, Künstler*innen, Jugendverbände und Sportvereine, ebenso wie die Schulleitungen klare und verlässliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine langfristige Planung und Kooperation ermöglichen. Schule ist Teil einer Bildungslandschaft und kann durch diese Kooperation insbesondere für den

Ganztag profitieren. Kooperationen im Stadtteil der Schulen, also im Lebensumfeld der Schüler*innen, auch mit den Akteur*innen der Zivilgesellschaft ermöglicht Schüler*innen zusätzlich ein außerschulisches gestaltendes Engagement. Auch sollen sogenannte familienergänzende Angebote, bei denen für die ganze Familie Ernährungs- und Erziehungstipps oder Gesundheitsinformationen an der Schule stattfinden, eine stärkere Rolle im Ganztag einnehmen. Bei der Weiterentwicklung des Ganztags soll insbesondere die große Erfahrung der Horte genutzt werden. Hierfür bedarf es noch besserer Rahmenbedingungen. Besonders die finanzielle Ausstattung muss erhöht werden, damit Ganztagschulen qualitatives Personal einsetzen können. Die hohen Standards in der Qualität von Fachkräften sowie im Betreuungsschlüssel, die bisher in der Hortbetreuung vorhanden sind, dürfen nicht einfach durch preiswertere und schlechtere Standards im Ganztagsbetrieb ersetzt werden. Hortangebote der Kommunen stellen eine gute Ergänzung dar, um eine verlässliche Betreuung der über Sechsjährigen sicherzustellen.

Gerechte Schule und längeres gemeinsames Lernen

Internationale Bildungsstudien kommen alle zum gleichen Ergebnis:

Vom gemeinsamen Lernen profitieren alle: Lernstärkere genauso wie lernschwächere Schüler*innen. Und dort, wo Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nicht nur von oben nach unten – wie in unserem klassisch gegliederten Schulsystem – sondern auch von unten nach oben funktioniert, haben Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern deutlich bessere Chancen. Wir GRÜNEN stehen für eine durchlässige Schule, die jedes Kind mit seinen Stärken und Schwächen im Blick behält. Schule eröffnet Chancen, die eigenen Begabungen zu stärken und hilft, an Schwächen zu arbeiten. Für uns ist deshalb das längere gemeinsame Lernen ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben, um Schüler*innen alle Bildungsoptionen offen zu halten und das Von- und Miteinander-Lernen zu befördern. Hierzu werden wir die Integrierten Gesamtschulen weiter stärken und auch die Gymnasien durchlässiger gestalten.

Gute Übergänge zwischen Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildungswege. Die schulpolitische Realität ist die, dass wir uns in diesem Bundesland acht Schulformen nebeneinander leisten, die Aufstieg, Abstieg oder Mittelklasse bedeuten. Internationale Bildungsstudien kommen alle zum gleichen Ergebnis:

Vom langen gemeinsamen Lernen profitieren alle. Daher setzen wir uns in Niedersachsen für die modellhafte Erweiterung von Integrierten Gesamtschulen um Primarstufen ein. In diesem Sinne unterstützen wir auch Initiativen, die beispielsweise Oberschulen zu Integrierten Gesamtschulen weiterentwickeln.

Wir haben die hohen Hürden für die Gründung neuer Integrierter Gesamtschulen abgebaut und dafür gesorgt, dass sie vergleichbare Bedingungen wie andere Schulformen bekommen. Die schwarz-gelbe Hürde, neue Gesamtschulen nur dann gründen zu dürfen, wenn sie das dreigliedrige Schulsystem nicht gefährden, haben wir abgeschafft. Die kommunalen Schulträger können Integrierte Gesamtschulen jetzt auch als ersetzende Schulform gründen. Insbesondere im ländlichen Raum erleichtert die Ausnahmeregelung für dreizügige Gesamtschulen die Gründung dieser Schulform. Zukünftig wollen wir an Integrierten Gesamtschulen auch die Einrichtung einer Oberstufe erleichtern. Die Aufgabenvielfalt der Integrierten Gesamtschulen erfordert eine Senkung der Klassengrößen.

Chancen von Schulverbünden nutzen

Gerade im ländlichen Raum konkurrieren Schulen um die Schüler*innen, die den Weg zum Abitur gehen. Hier

ermöglichen Kooperationen Wahlfreierheit der Schüler*innen und Eltern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass weiterführende Schulen eine gemeinsame Oberstufe anbieten können. Derartige Schulverbünde bieten die Möglichkeit, in ländlichen Räumen weiterhin ein attraktives Schulangebot vorzuhalten. Deshalb wollen wir GRÜNEN die Gründung von Schulverbünden vorantreiben.

Gesunde Ernährung in Schulen etablieren

Durch den Ausbau der Ganztagschulen hat auch die gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen in den Schulen eine immer größere Bedeutung bekommen. Deshalb wollen wir ein „Landesprogramm für gutes Schulessen“ auf den Weg bringen, um Kommunen finanziell dabei zu unterstützen, dass jedes Kind an jeder Schule eine warme Mahlzeit aus gesunden, regionalen, saisonalen Komponenten mit möglichst hohem Bio-Anteil erhalten kann. Hierbei sollen die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) bei

Ausschreibungen verbindlich berücksichtigt und die Projekte regelmäßig evaluiert werden. Wir haben mit unserem Schulobstprogramm hier bereits gute Erfahrungen gemacht. Dieses bietet Grundschulkindern dreimal wöchentlich eine Portion gesun-

des Obst und Gemüse an und wurde von den kommunalen Schulträgern und den Schulen gern angenommen. Deshalb werden wir das Programm weiter ausbauen (siehe Kapitel 3, Agrarwende).

Tierschutz als Bildungsauftrag

Die Entwicklung sozialer Kompetenzen wie Mitgefühl, Fürsorglichkeit und Verantwortungsbewusstsein erfolgt bereits im Kindesalter. Daher wollen wir das Thema Tierschutz und den kompetenten Umgang mit Tieren verstärkt in pädagogische Konzepte einbinden.

Schule in Bewegung

Wer den ganzen Tag in der Schule sitzt und lernt, braucht auch Bewegungszeiten. Gerade der Ganztags bietet verschiedene Möglichkeiten, in Form eines rhythmisierten Schultags auch die Bewegungszeiten an Schulen deutlich auszuweiten. Das Ziel einer regelmäßigen, täglichen Bewegungseinheit an Schulen über Angebote des Ganztags, aber auch zwischen den Schulstunden, wollen wir weiter etablieren.

Mehr Freiräume an den Schulen

Eine gute Schule lebt von pädagogischen Freiräumen durch Projekte, fächerübergreifendes Lernen, selbst-

bestimmte Lernzeiten, soziale Verantwortung und Bildungsangebote für nachhaltige Entwicklung. Wir GRÜNEN setzen uns auf Bundesebene dafür ein, diese Freiräume weiter auszubauen und auch das Gründen von Modellschulen zu vereinfachen.

Wir setzen uns dafür ein, das Arbeiten in fächerübergreifenden Projekten und in fachbezogenen Lernlaboren an Schulen weiter zu verankern. Die beste Förderung sind kleine und große, am Erfahrungsraum der Schüler*innen ausgerichtete fächerübergreifende und aktivierende Projekte mit fachlicher Begleitung, auch um der Komplexität unserer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Realität gerecht zu werden. Dies schließt theoretische und praktische Kompetenzen zum Beispiel in Ernährungswissenschaften ebenso ein wie den Umgang mit defekten Geräten und die Fähigkeit, diese zu reparieren. Um solche Freiräume auch zu leben und zu entwickeln und für allgemeinbildende Schulen auch vorzudenken, setzen wir GRÜNEN uns auf Bundesebene dafür ein, diese Freiräume weiter auszubauen und auch die Möglichkeit zur Gründung von Modellschulen zu vereinfachen. Denn gerade diese Modelle sind häufig der Motor zur Entwicklung guter Schulen.

Schlüsselrolle der Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist eine der Zukunftsaufgaben des 21. Jahrhunderts. Der Bildung für nachhaltige Entwicklung und dem globalen Lernen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Wir GRÜNEN möchten diese deshalb in Niedersachsen noch weiter stärken.

Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die Herausforderungen der Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen in Kitas sowie in Schulen weiter in die Lehrpläne zu verankern und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern.

Auch außerschulische Lernstandorte wollen wir weiter fördern, insbesondere deren Nutzung in Kerncurricula integrieren und somit schulische und außerschulische Bildung miteinander verknüpfen. Das bereits bestehende Netzwerk der anerkannten außerschulischen Lernstandorte zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), inklusive der Regionalen Umweltbildungszentren (RUZ), soll gestärkt und erweitert werden. Es sollen

mehr pädagogische Fachstunden abgeordnet werden und die Qualität soll durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen gesichert werden. Auch Eine-Welt-Zentren können als außerschulische Lernorte wertvoll sein.

Weiterhin soll das bundesweite Eine-Welt-Promotor*innen-Programm verstetigt und erweitert werden. Die vom Bund bereitgestellten Fördermittel sollen genutzt werden, um das Netzwerk der Regionalpromotor*innen auszuweiten, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken und die entwicklungspolitische Partnerschaftsarbeit zu unterstützen. Internationale Kooperationen zwischen Schulen sollen weiterhin unterstützt und ausgebaut werden.

Freie Schulen fördern

Freie Schulen haben einen hohen Wert in unserer Gesellschaft. Sie sorgen mit zusätzlichen Angeboten für eine vielfältige Schullandschaft, indem sie andere Lernformen entwickeln und damit auch die Weiterentwicklung allgemeinbildender Schulen vorantreiben. Vor diesem Hintergrund werden wir die freien Schulen weiterhin unterstützen. Wir begrüßen die Diskussion über die Berechnungsgrundlagen der Finanzierung, um auch Aufgaben wie etwa die Inklusion angemessen zu berücksichtigen. Dies werden wir weiter positiv begleiten.

Lehrer*innen unterstützen und Schule besser machen

Lehrer*innen leisten in Niedersachsen einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Tagtäglich engagieren sie sich mit großer Leidenschaft für die Schüler*innen. Sie entwickeln Schulen aktiv weiter und machen sie besser. Die Anforderungen an die Lehrer*innen haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt und deutlich erhöht. Viele Reformen der Schulpolitik haben zu einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrer*innen geführt. Diesen Belastungen wollen wir GRÜNEN entgegentreten und deshalb die Rahmenbedingungen verbessern. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet. Hierzu müssen auch Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg gebracht werden wie etwa eine Anpassung der Altersermäßigung.

Noch immer werden Lehrer*innen an Grund- und Hauptschulen schlechter bezahlt und schlechter gestellt als an anderen Schulformen. Wir wollen daher Grund- und Hauptschullehrer*innen besser bezahlen.

Wir GRÜNEN setzen uns für den Auf-

bau einer regionalen Beratungs- und Unterstützungsstruktur in ganz Niedersachsen ein, damit die zahlreichen Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Lehrer*innen ankommen. Mit der Initiative zur Einführung des Schulfeedbacks anstelle der alten Schulin-spektion haben wir hier einen ersten Schritt getan, um Lehrer*innen gezielter zu unterstützen. Gleichzeitig wollen wir sie von Verwaltungsaufgaben und Dokumentationspflichten entlasten, insbesondere an kleinen Grundschulen. Über eine Aufstockung von Schulverwaltungskräften und mehr schulische Sozialarbeit sowie mit dem gezielten Einsatz von pädagogischen Mitarbeiter*innen kann Schule den heutigen Anforderungen besser gerecht werden.

Ausbildung von Lehrer*innen weiterentwickeln

Wir GRÜNEN wollen die Ausbildung von Lehrer*innen reformieren, um sie besser auf die veränderten und zunehmend wachsenden Herausforderungen des Berufs vorzubereiten. Wir wollen Lehrer*innen nicht länger nach Schulformen getrennt ausbilden, sondern Studiengänge mit einer inklusiven Ausrichtung nach Jahrgangsstufen ausbilden. Darüber hinaus werden wir eine Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrer*innen auf die Herausforderungen einer

inklusive Pädagogik noch besser vorzubereiten. Auch soll der Anteil an praktischer pädagogischer Erfahrung im Studium ausgebaut werden. Zudem muss Multiprofessionalität und Teamwork in der Aus-, Fort- und Weiterbildung noch stärker verankert werden. Die Lehrerbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. Hierfür werden wir Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass der fächerübergreifende Ansatz dieser Schulen in die Ausbildung einfließt.

Inklusive Schulen voranbringen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass allen Kindern und Jugendlichen erfolgreiches Lernen ermöglicht wird – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten und sozialen Voraussetzungen. Schulen müssen heutzutage mit vielfältigen Herausforderungen umgehen. Dies kann nur in inklusiven Schulen gelingen. Wir wissen, dass die Entwicklung der inklusiven Schule einen gesellschaftlichen Umbruch darstellt, der viele Fragen aufwirft und im Prozess immer wieder zu Herausforderungen führt. Durch die Änderungen des Schulgesetzes 2012 und 2015 sind wichtige Richtungsentscheidungen vorgenommen worden. Die Entwicklung braucht Zeit, Haltung, genügend

Ressourcen, abgestimmte Maßnahmen, Planungssicherheit und immer wieder Nachsteuerung.

Wir GRÜNEN übersehen nicht, dass Inklusion ein strittiges Thema ist und die Umsetzung bisher nicht überall gelingt und noch weiterentwickelt werden muss. Zu viele Schulen werden noch nicht genügend unterstützt und ausgestattet, Eltern sind unzufrieden. Kennzeichnend für den derzeitigen Entwicklungsstand ist aber auch, dass über gelungene Entwicklungen wenig gesprochen wird. Deshalb werden wir den Prozess anhand der individuellen Rahmenbedingungen vor Ort weiterführen und Raum für regionalspezifische Lösungen im Übergangsprozess geben. Jede Region muss bei der Entwicklung ihrer inklusiven Schulen dort abgeholt werden, wo sie ist und im Prozess individuell begleitet werden.

Die inklusive Schule bietet die Chance, Schule insgesamt für alle Schüler*innen besser zu machen. Sie kann der Beginn für eine neue Pädagogik sein, die stärker die unterschiedlichen Bedürfnisse im Unterricht und die individuellen Kenntnisse jedes Kindes im Blick hat. Die Weiterentwicklung der Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bezieht alle Schulformen ein. In der Praxis sind es vor allem die Grundschulen, die Oberschulen und die In-

tegrierten Gesamtschulen, die ziel-different arbeiten. Wir wollen alle Schulen, die inklusiv arbeiten, gezielt unterstützen, damit sie ihren Aufgaben besser gerecht werden können. Auch die Gymnasien müssen in regionalen Konzepten stärker einbezogen werden.

Um den Weg zu einer inklusiven Schule für alle zu beschreiben und den Schulen für den Prozess Planungssicherheit zu geben, hat die Landesregierung auf GRÜNE Initiative ein Rahmenkonzept für inklusive Schulen auf den Weg gebracht. Personalentwicklung, Multiprofessionalität, Barrierefreiheit sowie eine inklusive Pädagogik bilden hierfür die Grundlagen. Mit der Einrichtung der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive Schule (RZI) haben wir eine Struktur eingeführt, die den Prozess der Inklusion in den Regionen koordiniert und begleitet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein transparentes Verteilungsverfahren und die Steuerung von Ressourcen an inklusiven Schulen ein. Hierzu gehört perspektivisch auch die Einführung einer sonderpädagogischen Grundversorgung an weiterführenden Schulen. Sonderpädagog*innen sollen an den allgemeinbildenden Schulen zu einem festen Teil des Teams werden, statt wie bisher von Förderschulen abgeordnet zu werden. Auch andere Berufsgrup-

pen, wie etwa Logopäd*innen oder Ergotherapeut*innen, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen, werden an inklusiven Schulen gebraucht. Die eingerichteten RZIs wollen wir weiterentwickeln und ausbauen. Zur besseren Beratung und Unterstützung in den RZIs gehört auch der flächendeckende Ausbau der mobilen Dienste. Gerade letzteren kommt im Bereich der Beratung und Unterstützung, aber auch der Schulentwicklung hin zu einer inklusiven Schule, eine zentrale Rolle zu.

Schule vielfältig aufstellen

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass eine Schule für alle sich in ihren Angeboten noch stärker als bisher auf eine vielfältige Gesellschaft einstellt. Dazu zählt das Abbilden der gesellschaftlichen Lebensrealitäten in den einzelnen Schulfächern ebenso wie das Fördern der Mehrsprachigkeit. Hierzu wollen wir GRÜNEN die Angebote ausweiten. Mit der erfolgreichen Initiierung eines Modellprojektes in Hannover ist ein erster Schritt erfolgt, den wir zukünftig an allen Schulen in Niedersachsen etablieren wollen. Auch die Angebote zur Sprachförderung müssen weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Außerdem unterstützen wir, dass mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund die Vielfalt in den Kollegien bereichern.

Wir setzen uns in der Berufsorientierung an Schulen dafür ein, dass Geschlechterstereotype überwunden werden. Auch heute noch werden bestimmte Berufe vorrangig von Männern oder Frauen gewählt. Dieses Muster wollen wir durchbrechen.

Schule darf nicht vom Geldbeutel abhängen

Wir GRÜNEN setzen uns für eine kostenlose Bildung von Anfang an ein. Ziel bleibt es für uns, perspektivisch die Lernmittelfreiheit ebenso einzuführen wie die unentgeltliche Schülerbeförderung auch in der Sekundarstufe II. Einen ersten Schritt ist Niedersachsen dank grüner Regierungspolitik bereits gegangen: Die rot-grüne Landesregierung stellt seit 2017 den Kommunen jährlich 20 Millionen Euro zusätzlich für die Verbesserung des ÖPNV zur Verfügung. Die Kommunen können dieses Geld auch für die kostenlose Schülerbeförderung in der Sekundarstufe II verwenden.

Kein Abschluss ohne Anschluss

Das Prinzip „Kein Abschluss ohne Anschluss“ muss auch an den weiterführenden Schulen konsequent weiter umgesetzt werden. Mit der Ausbildungsplatzgarantie haben wir in verschiedenen Regionen Niedersachsens ein Modell eingeführt, das wir

auf ganz Niedersachsen übertragen wollen. Jugendberufsagenturen und Schulsozialarbeiter*innen begleiten hier Jugendliche bei der Entwicklung ihrer eigenen Bildungsbiographie. In der Weiterentwicklung der Bildungsübergänge können die Bildungsregionen noch stärker genutzt und vorangebracht werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die Arbeit der rund 100 niedersächsischen Jugendwerkstätten und den Pro-Aktiv-Centern (PACE) auch nach Ablauf der jetzigen ESF-Förderperiode weiterzuführen. Hierfür werden wir uns auf Landesebene einsetzen. Dem Schulschwänzen wollen wir darüber hinaus durch eine engere Verzahnung von Jugendhilfe und Schule begegnen.

Wir machen Schule demokratischer

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass an Niedersachsens Schulen die Beteiligung der Schüler*innen und Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, deutlich verbessert wird. Demokratie lernen heißt auch, Demokratie leben. Hier setzen wir uns dafür ein, eine demokratische Kultur an Schulen zu etablieren. Ob es nun die Einrichtung von Schulplenen, das Initiativrecht im Schulvorstand, die Mitgestaltung der Unterrichtseinheiten oder andere Formen der Beteiligung der Statusgruppen an Schulen sind – wir GRÜNEN werden an Schulen mehr Beteiligung

ermöglichen und diese durch flächendeckende Qualifizierungsangebote für Schüler*innen und Eltern fördern.

4.3 Gute Ausbildung

Die duale Ausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule ist auch in Niedersachsen ein Erfolgsmodell. Sie bietet vielen jungen Menschen eine berufliche Qualifizierung, sichert der Wirtschaft den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs und trägt dazu bei, dass bei uns die Jugendarbeitslosigkeit deutlich geringer ist als in vielen europäischen Ländern. Die duale Berufsausbildung gerät jedoch von zwei Seiten zunehmend unter Druck: Aufgrund des demografischen Wandels nimmt die Zahl der Schulabgänger*innen deutlich ab und gleichzeitig sinkt der Anteil derjenigen, die sich für eine duale Ausbildung entscheiden. Wir werden daher die Betriebe und Berufsbildenden Schulen dabei unterstützen, wirksame Konzepte zu entwickeln, damit der Fachkräftenachwuchs gesichert bleibt.

Recht auf Ausbildung weiter umsetzen

Nach wie vor ist der Anteil eines Jahrgangs, der ohne qualifizierten Berufsabschluss auf den Arbeitsmarkt kommt, mit rund 20 Prozent sehr hoch. Eine Ursache dieses Problems ist die wachsende Zahl von Betrieben, die nicht ausbilden. Zudem ver-

lassen zu viele Jugendliche das allgemeinbildende Schulsystem ohne die notwendigen Voraussetzungen für eine duale Berufsausbildung.

Die Wirtschaft ist in der Pflicht, sich einerseits stärker um die Ausbildung des eigenen Nachwuchses zu kümmern und zudem die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, den gesellschaftlichen Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu verbessern. Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern wollen wir das Bündnis für duale Ausbildung fortführen, um die Nachwuchsschwierigkeiten der Unternehmen zu mildern.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Städten und insbesondere in ländlichen Regionen Unterstützungsangebote im Übergang zwischen Schule und Beruf nachhaltig entwickelt, kommunal koordiniert und besser aufeinander abgestimmt werden. Um die Vermittlung von Ausbildungsverhältnissen zu verbessern und Jugendliche nicht länger unversorgt zu lassen, haben wir GRÜNEN in Niedersachsen Jugendberufsagenturen auf den Weg gebracht. Mit einem Modellprojekt

zur Ausbildungsplatzgarantie wollen wir zudem in ausgewählten Kommunen erproben, wie ein passgenauer Übergang von Schule in Ausbildung sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum besser gelingen kann.

Um der wachsenden Ungerechtigkeit zu begegnen, dass zwar alle Betriebe von Fachkräften profitieren, aber nur rund zwanzig Prozent ausbilden, setzen wir uns für einen finanziellen Ausgleich zugunsten der ausbildenden Unternehmen ein. Mit der Ausbildungsumlage im Altenpflegebereich hat Niedersachsen hier bereits gute Erfahrungen gesammelt.

Dennoch wird es auch weiterhin Jugendliche geben, die keinen Ausbildungsplatz finden. Für diese Jugendlichen werden wir neue Formen der über- und außerbetrieblichen Ausbildung einführen und ausbauen. Alle Jugendlichen müssen die Chance erhalten, einen vollwertigen Berufsabschluss zu erlangen.

Zudem fordern wir, dass das Erlangen von Meisterabschlüssen zukünftig kostenlos möglich ist. Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Studium und betrieblicher Ausbildung weiter verbessert werden.

Berufsbildende Schulen

Wir GRÜNEN setzen uns für die Gleich-

wertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Die berufliche Bildung steht in einem Flächenland wie Niedersachsen vor der Herausforderung, wohnortnah qualitativ hochwertige Angebote zu erhalten.

Mit dem Bündnis für duale Berufsausbildung haben sich alle relevanten Akteur*innen beteiligt und Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung gegeben. Diese Handlungsempfehlungen gilt es nun, schrittweise umzusetzen. Hierbei ist unser Ziel, die regionale Zusammenarbeit noch weiter zu stärken und die berufsbildenden Schulen kontinuierlich an die Entwicklungen vor Ort anzupassen.

Vor allem in den Berufsbildenden Schulen ist die Unterrichtsversorgung nach wie vor unzureichend und droht, sich weiter zu verschlechtern. Um dem Lehrermangel zu begegnen, werden wir eine Fachkräfteinitiative starten, um den Lehrberuf an berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger*innen aus Handwerk und Industrie attraktiver zu machen. Lange Zeit hielten berufsbildende Schulen Lehrerstellen unbesetzt, um für Krankheitsfälle, Elternzeiten oder bestimmte Fachkräfte eine unbesetzte Stelle frei zu haben und besetzen zu können. Da jede Schule für sich allein diese Vorkehrungen getroffen hat, blieben zu viele Stellen unbesetzt. Deshalb

muss es ein landesweit abgestimmtes Verfahren zum Stellenausgleich geben, um möglichst wenige Stellen unbesetzt zu lassen. Hierbei muss aber auch die Eigenverantwortlichkeit der regionalen Kompetenzzentren im Bereich der Stellenbesetzung erhalten bleiben.

Inklusion an den berufsbildenden Schulen

Gerade die Berufsschulen leisten im Bereich der Inklusion seit Jahrzehnten eine wichtige Arbeit und haben in Teilen eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung auch im Schulgesetz zu verankern, um rechtliche Verbindlichkeit und gute Rahmenbedingungen zu definieren. Wir wollen die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen berufsbildenden Schulformen schaffen. Dafür sind eine entsprechende Fortbildungsinitiative für Lehrer*innen und die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Unterstützung notwendig. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven Lerngruppen beraten und unterstützt werden.

SPRINT fortführen und weiterentwickeln

Die berufsbildenden Schulen nehmen bei der Arbeitsmarktintegration von jungen Geflüchteten eine Schlüsselrolle ein. Hier wurden in den letzten Jahren effektive Strukturen geschaffen, um die geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu integrieren, sie auf eine Ausbildung vorzubereiten und zu einem Ausbildungsabschluss zu begleiten. Damit hat SPRINT, das Sprach- und Integrationsprojekt der Landesregierung für jugendliche Flüchtlinge Vorbildcharakter auch für andere Schulformen und soll weiterentwickelt und gestärkt werden. Zudem brauchen auch berufsbildende Schulen verstärkt personelle Unterstützung, um diese Aufgabe erfüllen zu können.

4.4 Studium und Forschung – gerecht und nachhaltig

Grüne Wissenschaftspolitik steht für Freiheit und Verantwortung. In den Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden von Klimaschutz bis zu Fragen des Zusammenlebens Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen entwickelt. Die Wissenschaft hat eine Verantwortung für die Entwicklung der Gesellschaft. Sie ist der entscheidende Motor für das Gelingen des ökologischen Umbaus und Taktgeber für nachhaltige Reformprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft. Forschung liefert den Menschen neue Erkenntnisse und hat einen gesellschaftlichen Wert, der weit über die ökonomische Verwertbarkeit neuen Wissens hinausgeht.

Grüne Hochschulpolitik sorgt für mehr Chancengleichheit und gleiche Zugänge, damit alle Menschen unabhängig von sozialer Herkunft und Einkommensverhältnissen an Bildung teilhaben können. Wissen schafft neue Perspektiven und eröffnet Chancen. Hochschulfinanzierung ist eine staatliche Aufgabe. Dank GRÜNER Regierungsverantwortung bekommen Hochschulen jetzt 20 Prozent mehr Mittel als in 2013. Wir wollen die Entwicklung der Hochschulen nicht privatwirtschaftlichen Interessen überlassen. Hochschulen brauchen Planungssicherheit durch eine

gute Grundfinanzierung, um nicht von Projektmitteln abhängig zu sein. Eine gute Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, sie eröffnet beruflichen Aufstieg, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und fördert die demokratische Entwicklung.

Wissen ist in der Arbeits- und Lebenswelt die zentrale Ressource. Umso entscheidender ist es, den Zugang zu Wissen frei und offen zu gestalten sowie Wissensvernetzung und -transfer zu fördern. Hierzu gehört insbesondere, Wissenschaft und Praxis weiter zu vernetzen, den Austausch mit der Gesellschaft zu stärken, lebenslanges Lernen und Ansätze bürgerschaftlicher Wissensgewinnung (citizen science) weiterzuentwickeln.

Unsere Hochschulen bilden nicht nur die Fachkräfte von morgen aus. Sie haben auch den gesellschaftspolitischen Auftrag, Wissen jenseits der ökonomischen Verwertbarkeit zu vermitteln. Kernelement einer demokratischen Hochschule ist für uns Beteiligung – für alle Lehrenden, Mitarbeiter*innen sowie Studierenden.

Gebührenfreies Studium an gut ausgestatteten Hochschulen

Noch nie zuvor in der Geschichte des Landes haben so viele Menschen an niedersächsischen Hochschulen studiert. Zu diesem Rekord hat die Abschaffung der Studiengebühren entscheidend beigetragen. Seit dem Wintersemester 2014/2015 werden dank der GRÜNEN Regierungsbeteiligung in Niedersachsen keine Studiengebühren mehr erhoben. Damit haben wir eine unsoziale Zugangshürde beseitigt und mehr Chancengerechtigkeit ermöglicht.

Wir stehen auch zukünftig zu einem gebührenfreien Zugang, damit der Besuch einer Hochschule nicht vom Einkommen der Eltern abhängig ist. Studiengebühren sind unsozial und grenzen aus.

Um Studienabbrüchen entgegenzuwirken und Studierende mit Mehrfachbelastungen zu unterstützen, haben wir GRÜNEN bessere Bedingungen für Langzeitstudierende gestaltet. Wir setzen uns dafür ein, die Langzeitstudiengebühren als nächsten Schritt abzuschaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine weitere Öffnung der Hochschulen ein, um die nach wie vor zu große Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft weiter

zu entkoppeln. Wir GRÜNEN wollen, dass mehr Menschen, insbesondere Studierende der ersten Generation, ermutigt werden, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Dabei sehen wir die Bildungsberatung als zentralen Schlüssel zur Teilhabe und werden diese weiter ausbauen. Außerdem gilt es, Personen ohne akademischen Hintergrund besser zu berücksichtigen. Und wir wollen eine höhere Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und Hochschulstudium schaffen. Darüber hinaus sind uns neue Zugänge für Menschen wichtig, die mit oder aus einem bereits begonnenen Arbeitsleben berufsbegleitend im Sinne einer akademischen Weiterbildung studieren möchten. Hierfür sind besondere Rahmenbedingungen erforderlich – angefangen bei Modellen, bei denen Betriebe berufsbegleitende Studiengänge für ihre Angestellten vollständig oder anteilig finanzieren bis zu mehr Fern- und Teilzeitstudiengängen, um den speziellen Arbeits- und Lebensbedingungen Berufstätiger gerecht zu werden. Wir begrüßen das steigende Interesse ausländischer Studierender an einem Studium in Niedersachsen. Damit mehr ausländischen Studienbewerber*innen ein Studium ermöglicht wird, setzen wir uns dafür ein, dass die Kapazitäten des Niedersächsischen Studienkollegs, die unter grüner Regierungsbeteiligung bereits deutlich angehoben wurden, auch

zukünftig nachfragegerecht ausgebaut werden.

Mit dem Hochschulpakt und dem „Qualitätspakt Lehre“ ist es Bund und Ländern gemeinsam gelungen, der steigenden Studiernachfrage gerecht zu werden und die Lehre zu verbessern. Wir setzen uns für ein Anschlussprogramm ein, das den Hochschulpakt weiterentwickelt, Studienplatzkapazitäten nachfragegerecht gestaltet und zu einer weiteren Qualitätsentwicklung von Studium und Lehre beiträgt.

Um die Hürden zur Aufnahme eines Masterstudiums zu verringern, haben wir in Regierungsverantwortung die Grenznote beim Übergang vom Bachelorstudium in einen darauf aufbauenden und zulassungsfreien Masterstudiengang abgeschafft. Wir setzen uns auch zukünftig für einen nachfragegerechten Ausbau der Studienplätze sowohl im Bachelor als auch im Master ein, damit mehr Menschen ein Studium möglich gemacht wird.

Wir sorgen für gut ausgestattete Hochschulen sowie gute Bedingungen in Studium und Lehre. Mit der Abschaffung der Studiengebühren hat die Landesregierung Studienqualitätsmittel eingeführt, die den Hochschulen die wegfallenden Gebühreneinnahmen zu 100 Prozent

ausgleichen und sich dynamisch an der Zahl der Studierenden orientieren, um die Qualität der Lehre und die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Diese Mittel wollen wir auch zukünftig sichern. Mit dem Hochschulentwicklungsvertrag sollen die Hochschulen darüber hinaus langfristige Planungssicherheit erhalten und sich zugleich verpflichten, die Qualität von Studium und Lehre weiterzuentwickeln.

Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Verschulte Strukturen passen nicht zu einem selbstbestimmten Studienalltag. Wir schaffen den Rahmen dafür, dass ein Studium möglichst flexibel und individuell gestaltet werden kann und auch Raum beispielsweise für ehrenamtliches Engagement gegeben wird. Mit der Reform des Niedersächsischen Hochschulgesetzes haben wir GRÜNE in Regierungsverantwortung zum Beispiel der Kultur überborden der Anwesenheitslisten als Symbol eines verregelten Hochschulalltags Grenzen gesetzt.

Unser Ziel ist ein Studium, das alle Studierende unabhängig ihres Alters fördert, statt Druck aufzubauen. Wir werden die Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium noch weiter verbessern. Hierzu gehört beispielsweise ein flexibler Wechsel von einem Voll-

zu einem Teilzeitstudium. Außerdem sollen einzelne Module als Weiterbildungsangebote sowohl mit dem Ziel des Bachelor- als auch des Masterabschlusses vorgehalten werden. Um die Vereinbarkeit von Studium und Familie sowie die Pflege von Angehörigen zu optimieren, setzen wir uns für einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen in den Hochschulen und mehr Flexibilität bei der Studiengestaltung und -dauer ein.

Mit der Entwicklung einer neuen MINT-Strategie und der Förderung von Best-Practice-Modellen haben wir uns bereits auf den Weg gemacht, den Studienerfolg zu verbessern. Noch immer ist jedoch die Zahl der Studienabbrecher*innen gerade in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) viel zu hoch. Unser Ziel ist es, die Studierenden bestmöglich zu unterstützen und gute Bedingungen zu gestalten.

Gute Qualität in der Lehre sichern

Für eine gute Lehre sind an den Hochschulen Maßnahmen zur Qualitätssicherung entscheidend. Einen wesentlichen Beitrag leisten hierzu die Lehrevaluationen. Mit der Reform des Niedersächsischen Hochschulgesetzes haben wir GRÜNEN in Regierungsverantwortung festgeschrieben,

dass die Ergebnisse dieser Evaluationen an den Hochschulen veröffentlicht werden müssen, um eine höhere Verbindlichkeit zu erreichen. Bei der Gestaltung ihres Lehrangebots sind die Hochschulen zudem aufgefordert, die Rückmeldungen der Studierenden zu berücksichtigen. Zugleich wurde durch die Einrichtung von Ombudstellen für ein besseres Beschwerdemanagement gesorgt. Wir wollen die Anerkennung von guter Lehre in der Wissenschaftsförderung stärker berücksichtigen. Außerdem wollen wir die Betreuungsverhältnisse evaluieren und bei Bedarf nachsteuern, um die Qualität auch in viel nachgefragten Fächern und Studienschwerpunkten zu sichern.

Fachhochschulen stärken

Fachhochschulen können durch ihre praxisnahe Ausrichtung besonders Studierende der ersten Generation gewinnen und als Motor der regionalen Entwicklung dienen. Mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm (FEP) hat die Landesregierung die Fachhochschulen in einer bundesweit beispielhaften Form gestärkt. Mit dem FEP werden 3.400 dauerhafte neue Studienanfängerplätze aufgebaut und landesweit mehr als 300 zusätzliche Professor*innen eingestellt. Setzen sich auch zukünftig für starke und gut aufgestellte Fachhochschulen ein, beispielsweise im

Rahmen des neuen Hochschulpaktes und durch die Unterstützung bei der Gewinnung von gut qualifiziertem Personal.

Geistes- und Sozialwissenschaften besser ausstatten

Die Geistes- und Sozialwissenschaften leisten einen elementaren Beitrag für die zukünftige Entwicklung in unserer Gesellschaft. Wir GRÜNEN bewerten das Studienangebot auch an den gesellschaftlichen Anforderungen und sorgen deshalb auch zukünftig für eine gute Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften im Land. Demokratie, Weltoffenheit, soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und eine nachhaltige Entwicklung benötigen Fachkräfte. Deshalb wollen wir die Trans- und Interdisziplinarität stärken.

Soziale Infrastruktur für Studierende ausbauen

Für ein erfolgreiches Studium braucht es mehr als gut ausgestattete Hochschulen. Gerade Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten sind auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen. Wir GRÜNEN haben dafür gesorgt, dass in zusätzlichen günstigen Wohnraum für Studierende investiert wird und die Studentenwerke besser gefördert werden. Diesen Kurs werden wir

fortsetzen. Zudem ist es an der Zeit, dass die Studentenwerke zukünftig auch bei der Namensbezeichnung zu Studierendenwerken werden. Bei der Finanzierung der Studentenwerke ist sicherzustellen, dass die Studierenden nicht über Gebühr belastet werden.

Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Reform der Studienfinanzierung ein, um das Studieren besser zu finanzieren. Die Einkommensgrenzen für das BAföG sollen angehoben werden und tatsächlich bedarfsdeckend sein; die Verwaltung möchten wir vereinfachen. Wir setzen uns für die Gestaltung einer gerechten Studienfinanzierung ein, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen ein Studium ermöglicht. Auch ein gut ausgebautes Stipendiensystem kann dafür kein Ersatz sein.

Sanierungsstau abbauen

Die Landesregierung hat zusätzliche Mittel für eine gute Infrastruktur bereitgestellt, um dem Sanierungsstau an den Hochschulgebäuden entgegenzuwirken. Die Haushaltslage des Landes erfordert es jedoch, Prioritäten zu setzen. Da die Hochschulkliniken nicht nur lehren und forschen, sondern auch Patient*innen versorgen, haben wir GRÜNEN hier in Regierungsverantwortung mit einem umfangreichen Sanierungsprogramm den Schwerpunkt gesetzt. Aber auch

die anderen Hochschulen profitieren von zusätzlichen Investitionen insbesondere in Gebäude, die unmittelbar Studium und Lehre zugutekommen. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen und alles tun, um den enormen Sanierungsbedarf im Hochschulbereich abzubauen.

Das Land allein wird es jedoch nicht schaffen, alle nötigen Maßnahmen zu finanzieren. Daher setzen wir uns dafür ein, dass auch der Bund seiner Verantwortung gerecht wird.

Mehr Beteiligung an demokratischen Hochschulen

Wir haben die Beteiligungskultur an den Hochschulen verbessert. Die Senate als demokratisch gewählte Gremien, in denen alle Statusgruppen der Hochschulen vertreten sind, haben mehr Rechte erhalten und wurden gestärkt. Studierendenvertretungen und Personalvertretung haben ebenso wie die Gleichstellungsbeauftragten mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bekommen. Durch die Einführung der Studierendeninitiative haben wir im Sinne eines studentischen Bürgerbegehrens ein neues Beteiligungsinstrument eingeführt, um studentischen Belangen mehr Sichtbarkeit und Gewicht zu verleihen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle,

die an den Hochschulen lehren, arbeiten und studieren, die Chance haben, sich zu beteiligen. Für demokratische Hochschulen haben die Senate und Fakultätsräte eine zentrale Bedeutung. Mit der Reform des Niedersächsischen Hochschulgesetzes haben GRÜNE die Möglichkeit geschaffen, dass auch Studierende Mitglied des Präsidiums werden können. Wir wollen insbesondere die Mitbestimmung der Studierenden weiter stärken. Die Senate und Fakultätsräte müssen die gleichberechtigte Beteiligung aller Statusgruppen ermöglichen und verstärkt die strategische Entwicklung innerhalb der Hochschulen mitgestalten. Daher haben wir in unserer Regierungsarbeit auch der LandesAstenKonferenz als landesweite Interessenvertretung der Studierenden mehr Gehör verschafft. Wir setzen uns dafür ein, dass die Studierendenvertretungen auch zukünftig weiter Gehör finden und sich zu allen Belangen der Studierenden äußern können.

Ein positives Beispiel für studentische Mitbestimmung sind für uns die Studienqualitätskommissionen, die mindestens zur Hälfte mit Studierenden besetzt sind. Die Studierenden bestimmen entscheidend mit, wie die zusätzlichen Mittel des Landes eingesetzt werden, um Lehre und Studienbedingungen zu verbessern. Auch in weiteren Bereichen, in denen ver-

fassungsrechtlich keine Mehrheit der Professor*innen vorgeschrieben ist, möchten wir mehr Beteiligungsrechte für Studierende und Beschäftigte gestalten. Wir stehen zur demokratischen Hochschule und wollen keine Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen aus den gewählten Gremien. In diesem Sinne sehen wir Hochschulräte als außeruniversitäre und unternehmerische Aufsichtsräte kritisch. Die Vernetzung zwischen Hochschulen und Gesellschaft muss im öffentlichen Diskurs stattfinden.

Gute Arbeitsbedingungen und Gleichstellung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und auch für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und den Mittelbau bessere Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen schaffen und den Mitarbeiter*innen der Hochschulen Zukunftsperspektiven bieten. Mit der Reform des Niedersächsischen Hochschulgesetzes haben wir gute Arbeitsbedingungen als Aufgabe aller Hochschulen festgeschrieben. Durch den Druck der Länder ist es auch auf Bundesebene gelungen, eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes zu erreichen. Aber die darin enthaltenen Befristungs-

regeln werden nicht ausreichen, um substanzielle Verbesserungen zu erreichen. Um die Planungssicherheit zu verbessern, haben wir GRÜNEN in der Novelle des niedersächsischen Hochschulgesetzes festgeschrieben, dass die Laufzeiten der Verträge von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen grundsätzlich an die Promotionsdauer und die Projektlaufzeit gebunden sind. Wir werden uns weiterhin für Mindestlaufzeitregelungen von Arbeitsverträgen einsetzen. Die beruflichen Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue akademische Karriereemodelle auch für den Mittelbau stärken, außerdem Juniorprofessuren stärken und Tenure Track weiter ausbauen – ein Verfahren, das nach einer befristeten Bewährungszeit eine Lebenszeitprofessur ermöglicht. Dabei ist darauf zu achten, dass das Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und des Tenure Tracks auch zukünftig finanziert wird. Um eine freie Wissenschaft und faire Beschäftigungsbedingungen sicherzustellen, den sogenannten Mittelbau auszufinanzieren und mehr Dauerstellen zu ermöglichen, muss jedoch auch der Bund endlich seine Verantwortung übernehmen. Lehrbeauftragte sind ein wichtiger Teil der Hochschullehre. Wir setzen uns auch hier für gute Arbeitsbedingungen ein und wollen unnötigen Verwaltungsaufwand für

diese Tätigkeit reduzieren, um ihre Lehrtätigkeit zu stärken.

Auch wenn rund die Hälfte der Studierenden und Promovierenden Frauen sind, spiegelt sich dieses Verhältnis in den Professuren und Leitungsfunktionen der Hochschulen immer noch nicht wieder. Für uns GRÜNE ist Gleichstellung eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die wir auch an den Hochschulen weiter vorantreiben wollen. Insbesondere der Übergang von Promotion zur Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche Karrierechancen haben (siehe Kapitel 6.3, Frauenrechte und Gleichstellung).

Exzellente Hochschulen

Wir sorgen für exzellente Hochschulen und Spitzenforschung. Dabei ist für uns GRÜNE klar: Exzellente Ergebnisse in der Spitze sind nur durch eine gute Aufstellung in der Breite möglich – sie bedingen sich gegenseitig und geben einander neue Impulse. Niedersachsen verfügt im Bereich der Forschung über bundesweite Exzellenz und hat gute Perspektiven bei der neuen Exzellenzstrategie von Bund und Ländern. Gegenüber der Bundesregierung hat Niedersachsen gemeinsam mit den anderen Ländern in den Verhandlungen der neuen Initiative durchgesetzt, dass nicht nur einige wenige

Hochschulen, sondern Spitzenforschung im gesamten Bundesgebiet gefördert wird.

Forschung transparent gestalten

Wissenschaft hat eine gesellschaftliche Verantwortung. Wir haben für mehr Transparenz in der Forschung gesorgt und den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft verbessert. Der gerade bei kritischen Forschungsvorhaben insbesondere im Bereich von Risikotechnologien und militärisch relevanten Projekten notwendige Diskurs hat durch die Veröffentlichungspflicht und die Einführung von Ethikkommissionen an allen Hochschulen mehr Gewicht bekommen.

Wir setzen uns dafür ein, die Rolle der Ethikkommissionen weiter zu stärken und sorgen für transparente und verantwortungsvolle Forschung, die Impulse für den ökologisch-nachhaltigen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft gibt. Daher wirken wir darauf hin, dass sich alle Hochschulen ein Leitbild geben, mit dem sie sich zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bekennen. Wer forscht zu was in wessen Auftrag? Diese Frage steht im Mittelpunkt der im Dialog mit den Hochschulen erarbeiteten Leitlinien zur Transparenz. Unser Ziel ist eine gemeinsame, der Öffentlichkeit zugängliche Datenbank,

die Informationen zu Forschungsprojekten aller Hochschulen einheitlich darstellt.

Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung

Wissenschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung des ökologischen Umbaus und der gesellschaftlichen Entwicklung. Ob Klimaschutz, Agrarwende oder Zusammenhalt: Die großen Herausforderungen unserer Zeit werden wir ohne die Lösungskompetenz der Wissenschaft nicht stemmen können. Das Forschungsprogramm Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung werden wir deshalb weiter entwickeln und ausbauen und auch die Vielfalt der Wirtschaftswissenschaften fördern.

Noch immer werden zu Forschungszwecken gerade im medizinischen Bereich Tierversuche durchgeführt. Daher haben wir GRÜNEN in Regierungsverantwortung einen neuen Forschungsverbund zur Förderung von Ersatzmethoden auf den Weg gebracht. Wir setzen uns dafür ein, Alternativen zu Tierversuchen weiter voranzubringen (siehe Kapitel 3.4, Tierschutz). Auch Verhaltensbiologie und Tierschutzethik sollen weiter verstärkt Eingang in die Curricula der Hochschulen finden.

Wissenstransfer stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den Wissenstransfer ausgebaut, denn Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wichtige Impulsgeber für die Regionen. Davon profitieren Unternehmen, die dadurch die Chance erhalten, neue Produkte zu entwickeln und effektiver und ressourcenschonender zu arbeiten – und die gesamte Gesellschaft. Ein Beispiel hierfür ist die „Open Hybrid LabFactory“ in Wolfsburg, in der die Forscher*innen Leichtbauteile für einen effizienten und ökologischen Automobilbau entwickeln.

Wissenschaft digitalisieren

Die Digitalisierung bestimmt schon heute den Alltag in der Wissenschaft. Die Landesregierung hat gemeinsam mit den Hochschulen eine Digitalisierungsstrategie erarbeitet. Diese gilt es konsequent weiterzuentwickeln, um Herausforderungen zu begegnen und Chancen bestmöglich zu nutzen. Alle Hochschulen müssen Zugang zu der modernsten digitalen Infrastruktur haben. Verständliche Darstellungsformate, eine breite Präsenz der Wissenschaft im öffentlichen Diskurs und eine konsequente Umsetzung der Open-Access-Strategie erleichtern den Wissenstransfer in die Gesellschaft und ermöglichen, dass die Bevölkerung an öffentlich geförder-

ter Forschung aktiv partizipiert. Dies steigert zudem die Akzeptanz für den Einsatz öffentlicher Mittel für die Forschung.

Die Digitalisierung bestimmt längst das Arbeiten an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Sie schafft neue Möglichkeiten für vernetztes Arbeiten und Austausch, sie erleichtert die Aufbereitung und Nutzung von Wissen. Lehrende und Studierende profitieren von digitalen Lehr- und Lernplattformen, gelangen schneller und leichter an Informationen. Wissen wächst, wenn es geteilt wird. Um diese Chancen nutzen zu können, bedarf es eines bildungs- und forschungsfreundlichen Urheberrechts. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dabei für eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke ein, um den notwendigen Zugang zu digitalen Werken unter fairen Bedingungen für alle Seiten zu gewährleisten. Nur so kann gewährleistet werden, dass Studierenden Lehr- und Lernmaterialien sowie Veranstaltungsaufzeichnungen frei zugänglich gemacht werden.

4.5 Erwachsenenbildung stärken

Bildung endet nicht mit der Schulzeit und Ausbildung. Eine sich rasant verändernde Arbeitswelt und gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordern es, Bildung als lebensbegleitenden Prozess zu verstehen. Für viele Menschen sind Angebote der Grundbildung und des zweiten Bildungswegs eine Chance, ihre Teilhabemöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben zu verbessern. Die Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Weiterbildung und Fachkräftesicherung sowie zur politischen Bildung (siehe Kapitel 5.4, Politische Bildung stärken). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Erwachsenenbildung als wichtiges Standbein der Bildungslandschaft in Niedersachsen weiter auszubauen.

Die freie Erwachsenenbildung und die Volkshochschulen stellen in den unterschiedlichen Lebensphasen Angebote für verschiedene Bedarfe bereit. Damit Menschen die für sie passenden Bildungswege und Angebote finden, wollen wir die trägerunabhängige Bildungsberatung auch zukünftig stärken.

Mit Sprachkursen für Geflüchtete leisten die Einrichtungen der Erwachse-

nenbildung einen entscheidenden Beitrag für das Gelingen der Integration und die gesellschaftliche Teilhabe (siehe Kapitel 5.5, Migration und Teilhabe). Wir GRÜNEN unterstützen diese wichtige Arbeit und haben in Regierungsverantwortung mehr Mittel bereitgestellt sowie eine bessere Bezahlung und zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen für Dozent*innen erreicht.

Ein Prozent des Bildungsetats für Weiterbildung

Die wachsenden Anforderungen der Erwachsenenbildung sind auch mit einem erhöhten Förderbedarf verbunden. Das gilt insbesondere für den Bereich der Förderung von Geflüchteten mit Sprachkursen und weiteren Bildungsmaßnahmen – aber darüber hinaus auch für die Grundbildung, den zweiten Bildungsweg, die fortlaufende Qualifizierung des Personals sowie eine strukturierte Nachwuchsgewinnung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Bildungsbudget für Weiterbildung auf einen Prozent des gesamten Bildungsetats zu erhöhen.

Grundbildung und Alphabetisierung

Angebote im Bereich der Grundbil-

dung, Alphabetisierung und nachholende Schulabschlüsse vermitteln wichtige Schlüsselqualifikationen. Sie sind die Basis für die Teilhabe an weiteren Bildungsangeboten und den Weg in den Arbeitsmarkt. Diese Angebote sind insbesondere für Menschen in prekären Lebensverhältnissen oder mit keiner oder formal geringer Bildung wichtig und bedürfen einer niedrigschwelligen und zielgruppenorientierten Ausrichtung, die sowohl Jüngere als auch die wachsende Zielgruppe der älteren Menschen berücksichtigen. Diese Menschen sind in besonderer Weise auf Angebote der Erwachsenenbildung beispielsweise im Bereich des zweiten Bildungswegs angewiesen. Wir GRÜNEN werden diese auch zukünftig besonders fördern, ausbauen und weiterentwickeln.

Hohe Teilnehmerbeiträge können dabei eine abschreckende Wirkung entfalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, diese Angebote zukünftig gebührenfrei zu gestalten.

Neue Formate und Digitalisierung

Die Digitalisierung hat sowohl für die inhaltlichen Angebote als auch für die Arbeitsweise der Erwachsenenbildung eine wachsende Bedeutung. Sie verändert die Anforderungen an die Qualifikationen der Menschen und damit auch die Erwachsenenbildung, die ihre

Angebote entsprechend neu gestalten muss.

Gleichzeitig verändert Digitalisierung die Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung hin zu neuen Formaten und flexibleren Nutzungsformen, beispielsweise durch die Bereitstellung von mehr Onlineangeboten und virtuellen Veranstaltungen. Wir werden die Einrichtungen der Erwachsenenbildung bei diesem Prozess aktiv unterstützen.

5. OFFENE GESELLSCHAFT: LEBENDIGE DEMOKRATIE UND STARKER RECHTS- STAAT

Im Mittelpunkt grüner Innen- und Rechtspolitik stehen die Verteidigung der Grund- und Freiheitsrechte sowie die bestmögliche Gewährleistung der Sicherheit für die Menschen in Niedersachsen. Wir GRÜNEN treten offensiv für eine lebendige Demokratie, für Toleranz, Mitmenschlichkeit und eine sozial gerechte und

weltoffene Gesellschaft ein. Bei uns haben Demokratiefeindlichkeit, Gewalt, Homophobie, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz. Die offene Gesellschaft mit ihren Errungenschaften hat dafür gesorgt, dass wir so frei, selbstbestimmt und sicher leben können wie nie zuvor.

5.1 Grüne Innenpolitik: Grund- und Freiheitsrechte im Einklang mit Sicherheit

Eine Kernaufgabe des Staates ist die Sicherung der Bürger- und Menschenrechte. Dazu gehört unter anderem auch, Sicherheit zu gewährleisten und Bürger*innen bestmöglich vor Gefahren, Gewalt und Kriminalität zu schützen. Niedersachsen ist eine der sichersten Regionen weltweit. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden, ist sehr gering. Grüne Politik hat das Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen ein sicheres Leben in Freiheit ermöglichen. Der Wettbewerb um immer mehr Sicherheitsverschärfungen, die vor allem symbolischen Effekt zu Lasten der Bürger*innenrechte haben, wird dem aber nicht gerecht. Die wesentlichen Säulen grüner Innenpolitik sind für uns Prävention, eine effektive Gefahrenabwehr, eine konsequente Strafverfolgung sowie ein Justizvollzug, der die Resozialisierung in den Mittelpunkt stellt. Wir sorgen für Sicherheit, schützen die Freiheit der Bürger*innen und nehmen den Datenschutz ernst. Ob Einbruchskriminalität oder Terrorgefahr – Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit müssen geeignet, zielgerichtet und angemessen sein.

Gut aufgestellte, bürger*innen- freundliche und vielfältige Polizei

Die Aufgaben der Polizei in Niedersachsen sind anspruchsvoll und vielschichtig. Dazu gehören unter anderem der Schutz der Versammlungsfreiheit, die Gefahrenabwehr, die Unterstützung bei der Strafverfolgung und die Durchsetzung von Gerichtsurteilen. Für uns GRÜNE ist klar: Um diese Aufgaben verantwortungsvoll zu bewältigen und der zunehmenden Arbeitsbelastung zu begegnen, brauchen wir eine gut aufgestellte Polizei. Wir GRÜNEN haben deshalb die Neueinstellung von 250 zusätzlichen Polizeianwärter*innen jährlich mit auf den Weg gebracht und werden die personelle und damit verbundene finanzielle Stärkung der Polizei bedarfsgerecht fortführen. Auch haben wir in Regierungsverantwortung die Attraktivität des Polizeiberufs durch eine bessere Bezahlung, eine stärkere Gesundheitsversorgung und eine Erhöhung der Erschwerniszulagen deutlich gesteigert.

Die Polizei setzt das Gewaltmonopol des Staates durch. Die Wahrung der Grundrechte und der Verhältnismäßigkeit ist deshalb von besonderer Bedeutung. Um das sicher zu stellen,

haben wir GRÜNEN ein Polizeigesetz auf den Weg gebracht, das die Bürger*innenrechte in den Mittelpunkt stellt.

Die zivilgesellschaftliche und parlamentarische Kontrolle der Sicherheitsbehörden wie auch die Möglichkeiten der Beschwerde sind für uns ein hohes Gut. Daher haben wir eine unabhängige Beschwerdestelle für Bürger*innen und Polizeibeamt*innen eingerichtet, bei der polizeiliches Handeln von Bürger*innen und durch Polizist*innen selber hinterfragt werden kann. Diese Beschwerdestelle wollen wir evaluieren und in ihrer Unabhängigkeit stärken. Zukünftig wollen wir ein Konzept für eine Treuhandstelle für Einsatzprotokolle und Videos entwickeln und in Niedersachsen implementieren.

Auch in der Polizei spiegelt sich zunehmend die Vielfalt in unserer Gesellschaft wieder, zum Beispiel durch einen höheren Anteil an Polizist*innen mit Migrationshintergrund. Die Vielfalt innerhalb der Polizei ist auch wichtig für die Akzeptanz in der Gesellschaft. Darüber hinaus fordern wir weiterhin eine verstärkte Sensibilisierung für Antidiskriminierung innerhalb der Polizei. Eine moderne Polizei tritt jeder Form von Diskriminierung, Rassismus, Sexismus und falsch verstandenem Korpsgeist entschieden entgegen. Dafür braucht es

nicht nur eine neue Fehler- und Diskurskultur, sondern auch einen festen Platz in Aus- und Weiterbildung: Ziel ist, eine Sensibilisierung für Rassismus, Sexismus und Racial Profiling in der Ausbildung zu verankern und durch Fortbildungsmaßnahmen weiter auszubauen.

Für echte Versammlungsfreiheit

Die Durchführung von und Teilnahme an Versammlungen und Demonstrationen ist ein Grundrecht unserer Demokratie. Mit einem neuen Demonstrationsrecht haben wir die Versammlungsfreiheit gestärkt und die Anmeldungen für Versammlungen erleichtert sowie die Vermummung auf einer Versammlung zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft. Wir setzen uns darüber hinaus für alternative Einsatzstrategien der Polizei auf Demonstrationen ein, die die Bürger*innenrechte schützen, deeskalierend sind und sowohl die Demonstrant*innen als auch die Polizeibeamt*innen vor Gewalt schützen. Das gilt insbesondere für den Einsatz von Pferdestaffeln und Polizeihunden.

Die Rechte von Demonstrant*innen gegenüber den Sicherheitsbehörden müssen stets gewahrt bleiben. Vor diesem Hintergrund müssen auch die Einsatzkonzepte und die Struktur der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten kritisch überarbeitet

werden. Daher muss zudem eine Identifizierung von Polizist*innen bei Einsätzen sichergestellt werden, damit Bürger*innen im Zweifel ihre Rechte auch durchsetzen können. Wie in vielen anderen Bundesländern fordern wir deshalb eine gesetzliche Grundlage für die individualisierte und anonymisierte Kennzeichnung von allen in sogenannten geschlossenen Einheiten in Niedersachsen eingesetzten Polizist*innen.

Einbruchskriminalität begegnen

Der bundesweite Anstieg von Wohnungseinbrüchen trägt zur Verunsicherung in der Bevölkerung bei. Hier wollen wir GRÜNEN, dass die Polizei den Kampf gegen organisierte Banden in Zusammenarbeit mit der Polizei in unseren europäischen Nachbarländern effizienter führen kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die Polizei ihre Kooperationsangebote mit den Kommunalverantwortlichen, Stadtplanern, Bauverwaltungen, Architekten und mit der Wohnungswirtschaft weiter ausbaut, um für Sicherheitsbelange im Städtebau zu sensibilisieren.

Kein Raum für Rechtspopulismus und rechte Gewalt

Das gesellschaftliche Klima ist rauer geworden. Das Erstarken des Rechtspopulismus und die offene Ablehnung der Menschenrechte sind eine Gefahr

für unsere Demokratie. Rechte Angriffe und Gewalt gegenüber Migrant*innen, Geflüchteten und politisch Andersdenkende haben ein trauriges Rekordniveau erreicht und machen deutlich, wie konkret die Bedrohungslage ist. Wir GRÜNEN werden menschenfeindliche und rassistische Übergriffe weiter konsequent auf allen Ebenen verfolgen und setzen auf nachhaltige Prävention.

Mit dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus haben wir ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Damit setzen wir uns weiterhin für einen landesweiten und spezialisierten Schutz für Opfer rechter Gewalt und für qualifizierte Aussteiger*innenprogramme ein. Und wir stärken die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Niedersachsen – für niedrigschwellige und kompetente Hilfe vor Ort in der Schule oder im Sportverein. Die beste Maßnahme für eine starke Demokratie ist eine aktive Zivilgesellschaft und politische Bildung. Für diese Aufgaben haben wir die neue Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen wieder eingerichtet. Dabei muss sie sich auch mit dem Rassismus und Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft befassen und dafür sensibilisieren (siehe Kapitel 5.4, Politische Bildung stärken).

Dschihadistisch-salafistischen Entwicklungen entgegentreten

Die Bedrohungslage und die dadurch notwendige Absage des Karnevals-zuges „Schoduvels“ in Braunschweig 2015 sowie des Fußballländerspiels in Hannover und die Messerattacke auf einen Polizisten am Hauptbahnhof Hannover 2016 zeigen deutlich, dass die internationalen terroristisch-dschihadistischen Entwicklungen auch vor Niedersachsen nicht Halt machen. Diesen Entwicklungen begegnen wir GRÜNEN entschlossen und konsequent.

Mit einem neuen Gefahrenabwehr-gesetz haben wir GRÜNEN in Regie-rungsverantwortung Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den Gefahren durch Terrorismus noch wirksamer zu begegnen und die Sicherheitsbehörden zu befähigen, in die Planung von terroristischen Straftaten zielgenau einzugreifen. Um den veränderten Sicherheitsanforderungen einerseits und den Grundrechten der Bürger*innen andererseits gerecht zu werden, wollen wir diese Änderungen nach drei Jahren evaluieren und in ihrer Wirksamkeit überprüfen.

Um mit der Schnelligkeit und Internationalität der Szene mithalten zu können, setzen wir GRÜNEN uns weiterhin für eine angemessene Ausstattung der Sicherheitsbehör-

den ein, die auf die Erhöhung der wissenschaftlichen und sprachlichen Kompetenzen und eine bessere Internetanalysefähigkeit zielt. Die Abwehr von akuten Gefährdungen reicht nicht aus. Genauso wichtig ist es, durch verstärkte Präventionsarbeit der zunehmenden Radikalisierung der salafistischen Strukturen in Niedersachsen nachhaltig entgegenzuwirken. Das Programm KIP NI bündelt Wissen und Maßnahmen im Bereich der Salafismusprävention und -bekämpfung. Es muss evaluiert werden, ob die Sicherheitsbehörden tatsächlich die geeignete Stelle für eine ressortübergreifende Koordination im Bereich der Prävention sind. Mit dem Aufbau einer „Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung in Niedersachsen“ (beRATen e. V.) sowie mit der Aufklärungsarbeit an Schulen hat Niedersachsen eine erste landesweite Struktur für jugend- und familienpädagogische Intervention geschaffen. Prävention muss aus unserer Sicht vor allem vor Ort bei den gefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stattfinden. Dazu braucht es gut aus- und fortgebildete Sozialarbeiter*innen und andere Fachkräfte, die auf die jeweiligen Verhältnisse und die individuellen Probleme der Jugendlichen eingehen. Deshalb werden wir die Unterstützung des Landes für Kommunen und Initiativen vor Ort stärker ausbauen und langfristig fördern.

Moderner Verfassungsschutz

Wir erleben zurzeit eine zunehmende Radikalisierung und erhöhte Gewaltbereitschaft unterschiedlichster Gruppierungen, die das Grundgesetz ablehnen und ihre Ideologie gewalt-sam durchsetzen wollen. Dort, wo die offene Aufklärung gewaltorientierter Bestrebungen an ihre Grenzen stößt, kann der Verfassungsschutz die notwendigen Informationen liefern. Dem Spannungsfeld nachrichtendienstlicher Arbeit in einer Demokratie tragen wir GRÜNEN dadurch Rechnung, dass wir den Verfassungsschutz in Niedersachsen in Regierungsverantwortung umfassend reformiert und neu aufgestellt haben. Wir haben den Befugnissen des Verfassungsschutzes enge Grenzen gesetzt, nachrichtendienstliche Tätigkeitsfelder beschränkt, die parlamentarische Kontrolle gestärkt und den Einsatz von V-Leuten gesetzlich streng geregelt. Darüber hinaus haben wir eine „Dokumentationsstelle zur Erforschung menschen- und demokratiefeindlicher Bestrebungen“ auf den Weg gebracht, um die Entstehung und Entwicklung solcher Phänomene wissenschaftlich zu erforschen und daraus Erkenntnisse und politische Handlungen abzuleiten und den Extremismusbegriff kritisch zu hinterfragen.

Den begonnenen Reformprozess wollen wir GRÜNEN als treibende Kraft

weiter voranbringen und evaluieren. Unser Ziel bleibt es, langfristig die Demokratie so stark zu machen, dass ein Verfassungsschutz verzichtbar wird.

Wir stehen weiterhin zum wichtigen Trennungsgebot von Geheimdienst- und Polizeiarbeit und für eine klare Aufgabenzuordnung. Es ist nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes zu definieren, was demokratiefeindlich ist. Ebenso wenig gehört dazu die politische Bildungsarbeit. Diese Aufgaben sind besser bei der von uns GRÜNEN auf den Weg gebrachten Landeszentrale für politische Bildung und bei der wissenschaftlichen Dokumentationsstelle zur Erforschung menschenfeindlicher- und demokratiefeindlicher Bestrebungen aufgehoben.

Fehler im NSU-Komplex aufarbeiten

Wir GRÜNEN haben uns auf Bundesebene für eine umfassende Aufklärung des Behördenversagens im Zusammenhang mit den Morden des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) eingesetzt und im Bundestag für die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses gesorgt. Wir fordern auch in Niedersachsen eine parlamentarische Untersuchung, um die Rolle der niedersächsischen Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex zu überprüfen.

Datenschutz stärken

Durch die umfassende Digitalisierung aller Lebensbereiche wurden noch nie so viele persönliche Daten erfasst, ausgewertet und gespeichert wie heute. Deswegen gehört die Stärkung der informationellen Selbstbestimmung für uns GRÜNE zur zentralen Aufgabe eines modernen Datenschutzes. Uns ist es wichtig, Art und Umfang der Überwachung für die Bürger*innen eindeutig kenntlich zu machen. Die EU-Datenschutzgrundverordnung ist deshalb ein großer Erfolg für den Schutz der Privatsphäre. Damit gelten erstmals hohe Standards für alle Menschen in ganz Europa. Die Reform muss konsequent in nationales Recht umgesetzt werden. Wir GRÜNEN werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume dazu genutzt werden, das Datenschutzniveau noch weiter anzuheben.

Wir wollen die Überwachung der elektronischen Kommunikation auf das sicherheitspolitisch Notwendige beschränken. Im Zweifel muss die informationelle Integrität des Einzelnen Vorrang haben. Ausufernde Massenüberwachungen und anlasslose, geheime Onlinedurchsuchungen durch Sicherheitsbehörden haben im Rechtsstaat nichts zu suchen. Wir GRÜNEN lehnen das entschieden ab und werden uns weiterhin dafür einsetzen, die Vorratsdatenspeicherung abzuschaffen.

Klare Regeln für Videoüberwachung

Videoüberwachung kann bei gezielter Anwendung und mit entsprechender Einsatzstrategie einen Beitrag für mehr Sicherheit oder für eine effektivere Strafverfolgung bieten. Der Einsatz von Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen muss aber immer gegen die Freiheitsrechte der Bürger*innen abgewogen und in seiner Wirksamkeit evaluiert werden. Anlasslose und massenhafte Videoüberwachung lehnen wir GRÜNEN ab, da diese kaum einen wirksamen Beitrag zur Gefahrenabwehr darstellt.

Um Videoüberwachung transparent zu machen, wollen wir ein verpflichtendes öffentliches Videokataster einführen, in dem sämtliche Überwachungskameras und der überwachte öffentliche Raum eingetragen werden müssen. Die Zugriffsrechte der Sicherheitsbehörden auf diese Kameras wollen wir klar und eindeutig regeln.

Internetpropaganda und Hetze einen Riegel verschieben

Das Internet bietet nahezu unbegrenzte Möglichkeiten für das Verbreiten von Informationen, Daten und Bildern. In seiner Unbegrenztheit bietet es aber leider auch Raum für Hass und Hetze gegen politisch und religiös Andersdenkende, Migrant*innen und Geflüchtete. Hemmschwellen

brechen weg: Rassismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus finden sich immer häufiger in Foren, sozialen Netzwerken, Blogs und Kommentarspalten. Menschen werden beleidigt, eingeschüchtert und bedroht. Nicht nur „Alltagstrolche“ und Sektierer*innen, auch salafistische Hassprediger*innen, Terrornetzwerke und andere Demokratiefeinde werben über die sozialen Medien um Mitglieder. Gezielte Lügen und Unwahrheiten verbreiten sich in sozialen Netzwerken zu schnell, um sie erfolgreich richtigzustellen.

Wir GRÜNEN gehen in die politische Auseinandersetzung mit „Hate“ und „Fake“ und werden Maßnahmen gegen den intransparenten Einsatz von „Social Bots“, das gezielte Verbreiten von Falschmeldungen und die bewussten Manipulationen von Wahlen und politischen Entscheidungsprozessen übers Netz ergreifen. Gleichzeitig wollen wir gegen die Anwerbung von Menschen in sozialen Netzwerken vorgehen. Es braucht klare Regeln, damit alle mehr Verantwortung im und fürs Netz übernehmen. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn im zentralen Kommunikationsmedium unserer Zeit grundrechtsfreie Räume zu entstehen drohen. Daher wollen wir die Bürgerrechte im Netz stärken und die Bekämpfung von Internetkriminalität verbessern. Daneben bleibt es ein weiteres wichtiges Anliegen

für uns GRÜNE, die Cybersicherheit stärker in den Fokus zu rücken.

Waffenrecht verschärfen

In Deutschland ist es viel zu einfach, an Schusswaffen zu gelangen. Für uns GRÜNE stehen der Schutz der Opfer und die Sicherheit der Bürger*innen an oberster Stelle. Daher fordern wir eine elektronische Registrierung sämtlicher Schusswaffen in einem bundesweiten Waffenregister, eine Verbannung großkalibriger Waffen aus dem Schießsport, ein Verbot von halbautomatischen Waffen im Privatbesitz und keinen weiteren erlaubnisfreien Verkauf von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen. Notwendig sind ebenfalls regelmäßige Waffenkontrollen durch Kommunen. Dazu gehört nicht nur die sichere Aufbewahrung, sondern auch die persönliche gesundheitliche Eignung. Wir GRÜNEN treten für ein grundsätzliches Verbot der Lagerung von Schusswaffen in Privathaushalten ein. Ausnahmen, insbesondere für Jäger*innen, sollen unter behördlicher Kontrolle möglich sein, sofern hieran ein öffentliches Interesse besteht und die Waffen sicher und getrennt von der Munition verwahrt werden. Der internationale Handel, auch mit eigentlich unschädlich gemachten scharfen Schusswaffen, sogenannte Dekorationswaffen, muss effektiv kontrolliert und eingeschränkt wer-

den. Ziel muss es sein, den illegalen Handel zu unterbinden.

Polizeientsendegesetz auf den Weg bringen

Niedersachsen entsendet seit über 20 Jahren Polizeibeamt*innen in zum Teil gefährliche Auslandseinsätze, vor allem in Krisengebiete wie den Kosovo, Afghanistan, Südsudan und Mali. Auf der Basis eines UN-, EU- oder OSZE-Mandats gehen die Polizeibeamt*innen freiwillig in Länder, um dort bei Aufbau und Training einer modernen demokratischen Polizei zu unterstützen. Wir GRÜNEN fordern vor dem Hintergrund zunehmender Auslandseinsätze ein Polizeientsendegesetz in Niedersachsen, das für mehr Transparenz und Akzeptanz sorgt und die Entsendung der Polizeibeamt*innen auf eine rechtliche Grundlage stellt.

5.2 Freie, unabhängige und gerechte Justiz

Eine freie, unabhängige und gerechte Justiz ist ein Grundpfeiler unseres Rechtsstaates und unserer Demokratie. Deshalb wollen wir die Justiz für diese Aufgaben stärken. Leider spielt soziale Ungleichheit auch in der eigenen Rechtsdurchsetzung oder im Gerichtssaal eine Rolle. Wir GRÜNEN wollen durch einen vereinfachten Zugang zur Beratungshilfe in außergerichtlichen Verfahren und zur Prozesskostenhilfe bei gerichtlichen Verfahren mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzen, damit jeder die gleichen Chancen hat, sein Recht durchzusetzen.

Wir GRÜNEN sind in Regierungsverantwortung dem Personalmangel an Gerichten begegnet und haben die Justiz erstmals angemessen ausgestattet. Statt jahrelanges Warten gibt es nun schnelle Rechtssicherheit für die Betroffenen und durch zeitnahe Entscheidungen und kurze Laufzeiten der Verfahren mehr Sicherheit für die Bevölkerung. Damit Gerichte für alle erreichbar bleiben, haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, auch kleine Gerichtsstandorte zu erhalten. Gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen haben wir zudem die Bedingungen in der Abschiebehaft verbessert und die Rechtsberatung für Geflüchtete ausgebaut.

Prävention ist Kern grüner Justizpolitik

Vorsorge ist besser für die Gesellschaft und für die von Kriminalität Betroffenen. Zudem ist sie eine günstigere Alternative als der Unterhalt von Haftplätzen. Wir wollen weniger Straftaten in Niedersachsen und legen deshalb einen besonderen Fokus unserer Justizpolitik auf Prävention. Um die Perspektiven von straffälligen Jugendlichen zu verbessern und eine spätere Haft zu vermeiden, haben wir GRÜNEN ein neues Jugendarrestgesetz auf den Weg gebracht. Auch die Zuwendungen des Landes für die ambulanten sozialpädagogischen Angebote für straffällig gewordene junge Menschen konnten endlich erhöht werden, um die präventiven, haftvermeidenden Potentiale der Jugendhilfe noch besser zu nutzen. Weitere Aufstockungen dieser Mittel streben wir an. Wir werden das Projekt „Communities That Care“ als präventive Langzeitstrategie in ganz Niedersachsen weiter ausbauen – und so sichere und lebenswerte Umgebungen schaffen und Problemverhalten von Kindern und Jugendlichen durch frühzeitiges Eingreifen minimieren. Und wir setzen uns dafür ein, Maßnahmen wie „Arbeit statt Strafe“ auszubauen.

Opferschutz stärken

Wer einmal Opfer von Gewalt geworden ist, leidet häufig lange an den Folgen. Wir wollen diese Menschen stärken, damit sie wieder frei von Angst in die Zukunft blicken können. Wir GRÜNEN lassen die Betroffenen nicht allein und stellen den wirksamen Opferschutz in den Mittelpunkt unserer Justizpolitik – von der Strafverfolgung über die Verurteilung bis zur Bewährung. In diesem Sinne haben wir uns als GRÜNE für die Verbesserung der psychosozialen Prozessbegleitung im Strafverfahren eingesetzt und wollen den forensischen Opferschutz stärken. Alle Opfer von Gewalt sollen die Möglichkeit haben, Beweise anonym zu sichern, um auch zu einem späteren Zeitpunkt noch Anzeige zu erstatten. Dafür wollen wir das Projekt „Pro Beweis“ der Medizinischen Hochschule Hannover ausweiten. Um von sexualisierter Gewalt traumatisierten Menschen die Aussage vor Gericht zu ersparen, setzen wir uns dafür ein, das „Braunschweiger Modell“ auf ganz Niedersachsen auszuweiten. Dieses ermöglicht eine richterliche Videovernehmung von Opferzeug*innen mit Vollverschriftung (Wortprotokoll).

Nicht nur Frauen und Kinder sind von sexualisierter Gewalt betroffen, sondern auch Männer und Personen, die sich von der gesellschaftlichen „Norm“ unterscheiden, also beispielsweise

Queer-, Inter- oder Transmenschen und von Rassismus betroffene Personen. Auch diesen wollen wir Beratungs- und Hilfsangebote zugänglich machen, die an die spezifischen Belange und Situationen angepasst sind. Wir machen uns generell gegen die gesellschaftliche Stigmatisierung von Opfern sexualisierter Gewalt stark.

Vollzug menschenwürdig gestalten

In den Niedersächsischen Gefängnissen setzen wir uns für eine Anhebung der Entlohnung der Arbeit in der JVA ein. Zudem gilt es zu prüfen, ob und inwieweit diese in die Rentenversicherung einbezogen werden kann. Als GRÜNE fördern wir konsequent die Resozialisierung der Gefangenen. Nur wer eine gute Grundlage und Perspektiven für die Zeit nach der Haft hat, kann ein straffreies Leben in Freiheit bewältigen und sich in die Gesellschaft integrieren. Dafür wollen wir den Gefangenen entsprechende Angebote im Strafvollzug zur Verfügung stellen. Wir setzen uns für eine noch bessere Verzahnung von Justizvollzug und Bewährungshilfe ein. Denn nur durch eine angemessene Anschlussbetreuung sind die psychosozialen Behandlungserfolge aus dem Justizvollzug nachhaltig und schützen die Gesellschaft und die Täter*innen davor, rückfällig zu werden. Straffällige kommen oft mit oder wegen ihrer Drogenabhängigkeit ins

Gefängnis. Daher setzen wir GRÜNEN uns für eine umfassende Drogenberatung von Inhaftierten ein.

entlasten, wollen wir GRÜNEN das Erfolgsmodell „Mediation beim Güterichter“ fortführen und ausbauen.

Richterliche Selbstverwaltung stärken

Wir GRÜNEN werden die Unabhängigkeit der Justiz und die richterliche Selbstverwaltung stärken. Dafür setzen wir uns für die Einrichtung von Richterwahlausschüssen ein und haben in Regierungsverantwortung landesweite Compliance-Strukturen in der niedersächsischen Justiz aufgebaut, um den Schutz von Dienstgeheimnissen zu optimieren. Um einer institutionellen Diskriminierung vorzubeugen, wollen wir Einstellungen von Fachkräften und Bediensteten mit Zuwanderungsgeschichte aktiv fördern.

Justiz entlasten

Um die Justiz zu entlasten, wollen wir GRÜNEN bei geringfügigen Delikten unnötige Verfahren und Gefängnisstrafen vermeiden und setzen uns für eine Strafrechtsreform ein. Wir fordern, zum Beispiel die strafrechtliche Verfolgung bei „Schwarzfahren“ und anderen geringfügigen Delikten abzuschaffen, und setzen uns dafür ein, Cannabiskonsument*innen zu entkriminalisieren (siehe Kapitel 6.5, Gute Gesundheitsversorgung). Um insbesondere die Ziviljustiz zu

5.3 Für eine lebendige Demokratie

Selten war in den letzten Jahren ein Eintreten für unsere Demokratie und Freiheit so wichtig wie heute. Diese Errungenschaften sind nicht selbstverständlich, sondern sie müssen gelebt und verteidigt werden. Wir GRÜNEN setzen uns deshalb für eine starke Zivilgesellschaft, politische Bildung und die Ausweitung der demokratischen Beteiligung in Niedersachsen ein.

Die Mitbestimmung und Teilhabe aller Bürger*innen in Niedersachsen – unabhängig von ökonomischer Lage, Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion, Alter oder anderen Merkmalen – ist die Basis unserer Demokratie und ein Mittel gegen Staats-, Politik- und Parteienverdrossenheit. Wir GRÜNEN wollen deshalb mehr Demokratie wagen und die Möglichkeiten der Einflussnahme auf politische Entscheidungen ausbauen.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass alle Niedersächs*innen unabhängig von ihrer geografischen und sozialen Herkunft an unserer Demokratie teilhaben können. Sie gestalten unsere Gesellschaft mit, prägen unsere Zivilgesellschaft und wollen die Politik in ihrem Lebensumfeld aktiv mitgestalten. Dazu gehört auch die Möglichkeit, an Wahlen aktiv teilzunehmen. Wir wollen den Wahlrechtsausschluss

für Menschen mit Behinderung, die juristisch unter Vollbetreuung stehen, analog zu Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen abschaffen.

Wir wollen das Wahlrecht reformieren und Ausländer*innen aus EU-Staaten das Landtagswahlrecht sowie Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten das kommunale Wahlrecht ermöglichen (siehe Kapitel 5.5, Migration und Teilhabe). Auch immer mehr junge Menschen wollen ihr Lebensumfeld aktiv durch Wahlentscheidungen mitgestalten, denn politisches Denken hängt nicht vom biologischen Alter ab. Deshalb fordern wir das aktive Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen mit 14 Jahren (siehe Kapitel 6.4, Kinder, Jugend und Familie).

Wir GRÜNEN kämpfen dafür, dass eine faire und gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter an unserer Demokratie endlich umgesetzt wird. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Frauen in den Parlamenten und kommunalen Selbstverwaltungsorganen gleichberechtigt repräsentiert sind (siehe Kapitel 6.3, Frauenrechte und Gleichstellung).

Direkte Demokratie stärken

Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung die Strukturen unse-

rer Demokratie gestärkt und bei der Direktwahl von Bürgermeister*innen und Landrät*innen die Stichwahl eingeführt. Sie stellt sicher, dass die gewählte Person tatsächlich die Mehrheit der Wähler*innen hinter sich hat. Darüber hinaus haben wir die Wahlperiode der Landrät*innen und Bürgermeister*innen wieder auf fünf Jahre reduziert, damit sie in Zukunft wieder zusammen mit den Wahlen der Kommunalvertretungen stattfinden.

Aber Beteiligung endet nicht bei der Stimmabgabe. Daher setzen wir uns dafür ein, die Möglichkeiten der Bürger*innen zu stärken, sich auf allen Ebenen direkt an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. In Regierungsverantwortung haben wir die Quoren – also die notwendige Anzahl an Stimmen, die erreicht sein muss, damit eine Abstimmung gültig ist – für Bürger*innenbegehren und -entscheide in den Kommunen abgesenkt und die Möglichkeit einer Einwohner*innenbefragung auch für Nicht-EU-Bürger*innen geschaffen. Auch im Land werden wir uns weiter dafür einsetzen, Hürden zu senken und Themenfelder für Volksbegehren und -entscheide auszuweiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Möglichkeit, zu Kommunalwahlen Listenverbindungen einzugehen, wieder in der Kommunalverfassung verankert wird.

Transparenz stärken – Lobbyismus begrenzen

Wir GRÜNEN stehen für einen möglichst umfassend transparenten Staat. Deshalb wollen wir auch ein Informationszugangsgesetz auf den Weg bringen, um das Handeln der Kommunen, Behörden und Ministerien nachvollziehbarer zu machen. Dort, wo Informationen aus zwingenden Gründen geschützt werden müssen, soll sie vor Herausgabe gesichert werden. Wir GRÜNEN wollen ein Informationszugangsgesetz verabschieden, mit Leben füllen und weiterentwickeln. Das Einholen externen Sachverständs, etwa durch Fachexperten oder Verbände, ist zwar in der Gesetzgebung von großer Bedeutung, muss aber für die Bevölkerung nachvollziehbar sein.

Wir GRÜNEN wollen Lobbyismus begrenzen und transparenter machen. Wir fordern weiterhin eine dreijährige Karenzzeit für Ministerpräsident*innen, Minister*innen sowie Staatssekretär*innen, wenn sie nach dem Ausscheiden aus ihrem Amt eine Beschäftigung in Wirtschaftsunternehmen annehmen. Damit wollen wir den Einfluss von Unternehmen auf politische Entscheider*innen verringern.

Neue Dialogkultur schaffen

Wir GRÜNEN haben Maßstäbe für eine neue Beteiligungs- und Dialogkultur gesetzt. Für uns endet Beteiligung nicht mit der Stimmabgabe, sondern ist in all unseren Entscheidungs- und Beschlussphasen ein wichtiger Impulsgeber und eine Kontrollinstanz. Frühzeitige Information, Beteiligung und eine gelebte Dialogkultur dienen nicht nur der demokratischen Legitimation, sondern sind entscheidend, damit Politik auf Augenhöhe erfolgt.

5.4 Politische Bildung stärken

Demokratie und eine offene plurale Gesellschaft sind keine Selbstverständlichkeit. Es sind politische Erlungenschaften, die immer wieder erlernt, erstritten und verteidigt werden müssen. Gerade angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen, von Radikalisierungsprozessen sowie einer Zunahme fremdenfeindlicher und rechtspopulistischer Tendenzen, auch in der gesellschaftlichen Mitte, ist es entscheidend, die politische Bildungsarbeit zu stärken. Nur wer versteht, wie Demokratie funktioniert, kann sich dafür begeistern, sie mitzugestalten.

Politisches Verständnis und Engagement kennt kein Mindest- und kein Höchstalter. Daher richten sich die Angebote sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene. Verbände, Stiftungen und die Erwachsenenbildung leisten hier einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diese wichtige Aufgabe weiter unterstützen.

Neue Landeszentrale für politische Bildung

Seit der Abschaffung der alten Landeszentrale im Jahr 2004 durch die damalige schwarz-gelbe Landesre-

gierung war Niedersachsen über Jahre hinweg das einzige Bundesland ohne eine zentrale Institution für die politische Bildungsarbeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dafür gesorgt, dass es seit 2017 endlich wieder eine neue Landeszentrale für politische Bildung gibt.

Die neue Landeszentrale stärkt die politische Bildungsarbeit in Niedersachsen, vernetzt vorhandene Angebote von Verbänden, Stiftungen und in der Erwachsenenbildung und verleiht der Arbeit in diesem Bereich mehr Sichtbarkeit und Erreichbarkeit. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass mit der Neugründung eine Landeszentrale neuen Typs entsteht, die ihren Schwerpunkt bei der Vernetzung und bei neuen Formaten insbesondere im digitalen Bereich setzt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auch zukünftig für eine gut ausgestattete Landeszentrale ein, die neue gesellschaftliche Entwicklungen aufgreift und bearbeitet. Dafür wollen wir die Förderung der Landeszentrale deutlich erhöhen.

Gerade im Zeitalter einer zunehmenden Digitalisierung muss sie Impulse für eine neue Beteiligungskultur setzen. So soll die Landeszentrale wie-

der zu einem festen Akteur in der Bildungslandschaft werden und es gilt, sie den gesellschaftlichen Entwicklungen entsprechend stetig weiterzuentwickeln. Zusätzliche Angebote der Landeszentrale wie das Vermitteln von Medienkompetenz sind hier ein Beispiel, mit dem es gelingen kann, Menschen darin zu stärken, Informationen von Meinungen zu unterscheiden und sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Erinnerung an Gräueltaten des Nationalsozialismus

Für uns GRÜNE ist Erinnerung mehr als nur ein leeres Ritual. Deshalb möchten wir das Gedenken an die Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft lebendig halten und unterstützen die Vielfalt des Erinnerns in Schulen, Bildungsstätten, Kommunen und allen historisch wichtigen Orten und Gedenkstätten. Dazu gehört für uns auch, die vielerorts in der Nachkriegszeit gängige Einebnung von Grabstätten für vergessene Opfergruppen, wie beispielsweise osteuropäische Zwangsarbeiter*innen auf kommunalen Friedhöfen, zu thematisieren und die noch vorhandenen Gräber zu erhalten und in ihrer Bedeutung für die Erinnerungskultur vor Ort aufzuwerten. Die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten ist dabei eine tragende Säule der vielfältigen Erinnerungslandschaft Niedersachsens, deren Arbeit und Weiterentwicklung

wir in den nächsten Jahren weiterhin intensiv begleiten und unterstützen werden. Aber auch die vielen regionalen Gedenkstätten und Gedenkorte und die vielen ehrenamtlich betreuten Erinnerungsorte werden wir weiterhin fördern und unterstützen. Die Gedenkstättenarbeit steht derzeit vor einem Wandel. Zu einer modernen Erinnerungskultur gehört für uns auch, neue mediale Zugänge zu erschließen und die zunehmende interkulturelle Vielfalt der Migrationsgesellschaft sowie den erneuten Generationenwechsel zur dritten und vierten Nachkriegsgeneration zu berücksichtigen. Und auch die Täterforschung gehört für uns dazu und nimmt in der Auseinandersetzung mit der Geschichte eine besondere Stellung ein.

Damit sich die Geschichte nicht wiederholt, ist es wichtig, immer wieder auf die menschenverachtenden Verbrechen des Nationalsozialismus aufmerksam zu machen und aktuelle Bezüge herzustellen. Mit uns GRÜNEN wird es keine Schlussstrich-Debatte geben. Mit der Errichtung des Netzwerkes Provenienzforschung (NS-Raubkunst) und dem Pilotprojekt „Erst-Check“ haben wir GRÜNEN in der vergangenen Legislatur gezeigt, dass uns die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit sehr wichtig ist. Wir werden auch weiterhin die Provenienzforschung unterstützen und die Aufarbeitung der NS-Vergan-

genheit in den niedersächsischen Ministerien, Behörden und öffentlichen Einrichtungen nach dem Vorbild mehrerer Bundesministerien einfordern. Personelle und strukturelle Kontinuitäten in der Zeit nach 1945 sollen überprüft und offengelegt werden.

Die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit muss aber auch vor der Haustür beginnen: Viele Weltkriegsdenkmäler sind nach wie vor so gestaltet, dass ihre Inschriften Krieg und Gewalt verherrlichen und allein an die deutschen Opfer erinnern. Wir wollen die Menschen ermutigen, vor Ort Diskussionen über Umwidmungen und Erweiterungen zu führen.

Wir werden auch in Zukunft antifaschistisches Engagement würdigen und auf der Straße, im Parlament, im Netz und überall, wo uns demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen begegnen, dagegenhalten. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich für unsere Demokratie, Pluralismus und ein weltoffenes Niedersachsen einsetzen.

Staatsvertrag mit den Sinti und Roma abschließen

Sinti und Roma gehören zu Niedersachsen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, mit den Minderheiten der Sinti und Roma einen Staatsvertrag abzuschließen. Mit diesem

Vertrag sollen eine verbindliche Förderung festgelegt werden, die Selbstorganisation gestärkt und verbindliche Rahmenbedingungen zur Unterstützung festgesetzt werden.

5.5 Migration und Teilhabe

Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Rund 20 Prozent der hier lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund, bei Kindern und Jugendlichen liegt der Anteil noch deutlich höher. Zuwanderung hat Deutschland und Niedersachsen von Beginn an geprägt, bereichert und vielfältiger gemacht. Trotz allem hat die Bundesregierung es bislang verpasst, dafür gute rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Diesen Fehler wollen wir korrigieren. Wir GRÜNEN setzen uns auf Bundesebene für ein modernes und transparentes Einwanderungsgesetz ein, das nicht nur auf ökonomische Interessen ausgerichtet ist. Die Einreise soll dabei auch ohne vorherige Deutschkenntnisse möglich sein. Ein gutes Miteinander und ein funktionierendes Gemeinwesen sind keine Selbstläufer. Es bedarf politischer Rahmensetzung, damit diese Gesellschaft zusammenwächst und Teilhabe für alle gewährleistet wird. Statt Ausgrenzung setzen wir auf Solidarität und Zusammenhalt. Wir unterstützen den Aufbau von demokratischen Migrantenorganisationen mit unabhängigen, inländischen und weltlich orientierten Strukturen in Niedersachsen.

Sprachförderung, Zugänge zu Bildung und Arbeit sowie gesellschaft-

liche und politische Teilhabe sind die zentralen Voraussetzungen, damit Zugewanderte Teil der Gesellschaft werden können. Für die Gestaltung des Zusammenlebens in einer vielfältigen Gesellschaft sind die gesellschaftlichen Errungenschaften unserer emanzipatorischen Gesellschaft und die Werte unseres Grundgesetzes die Basis. Dafür brauchen wir keine neue Leitkulturdebatte, die ausgrenzt und einengt.

In den vergangenen Jahren haben aufgrund der aktuellen Krisen in der Welt, aufgrund von Krieg, Terror und Perspektivlosigkeit besonders viele Menschen bei uns Schutz gesucht. Wir haben Verantwortung für Geflüchtete übernommen und mit dem Regierungswechsel einen Paradigmenwechsel hin zu einer menschenrechtsbasierten Flüchtlingspolitik eingeleitet.

Zuwanderung gestalten

Zuwanderung trägt ganz entscheidend zum Wohlstand und der Zukunftsfähigkeit Niedersachsens bei. Unser Ziel ist ein modernes Einwanderungsgesetz, das für Zuwanderung klare und transparente Regelungen schafft. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für die doppel-

te Staatsbürgerschaft und für eine Abschaffung des Optionszwangs ein. Wer in Deutschland seinen Lebensmittelpunkt und familiäre Bindungen hat, soll die Möglichkeit zur Einbürgerung erhalten. Zudem soll das Geburtsrecht gelten: Wer in Deutschland geboren wird, ist für uns deutsch, wenn mindestens ein Elternteil über einen sicheren Aufenthaltsstatus verfügt. In diesem Sinne setzen wir uns auch zukünftig für eine offene Einbürgerungspolitik ein. Mehrstaatlichkeit muss hierbei selbstverständlich sein.

Eine Einwanderungsgesellschaft funktioniert nur, wenn Teilhabe auch zugelassen wird. Dazu gehört eine deutlich einfachere Anerkennung von Schul-, Studien- und Berufsabschlüssen sowie den Zugängen in den Arbeitsmarkt. Insbesondere bei Lehrkräften und Erzieher*innen gibt es hierfür noch landespolitische Handlungsmöglichkeiten, die wir noch stärker nutzen wollen.

Von entscheidender Bedeutung ist auch der Zugang zu Sprache, Integrationskursen und Bildung, die wir weiter ausbauen und fördern müssen. Wir fordern die Abschaffung der Vorrangprüfung und von Arbeitsverboten sowie eine Gleichbehandlung bei der Auszahlung von Kindergeld und Sozialleistungen. Wir werden uns zudem für eine Ausweitung des sogenannten Status- oder Spurwechsels aus dem

Asylrecht in einen Aufenthalt zum Zwecke der Erwerbstätigkeit oder Ausbildung einsetzen. Deshalb werden wir in Niedersachsen auch ein „Gesetz zur Integration und Teilhabe“ auf den Weg bringen. Aber auch die politische Teilhabe muss gestärkt werden. Deshalb fordern wir GRÜNEN, ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige sowie ein Landeswahlrecht für EU-Bürger*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass Migrant*innen angemessen in politischen Gremien vertreten sind.

Wir wollen die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und öffentlichen Unternehmen weiter vorantreiben. Dazu wollen wir die Migrant*innenselbstorganisationen und Migrationsbeiräte stärken, die diesen Prozess intensiv begleiten. Auch die Migrantenjugendselbstorganisationen werden wir in ihrem Engagement stärken. Es ist wichtig, dass diese Verbände, in denen sich viele engagierte Jugendliche organisieren, Unterstützung erhalten, um in der Perspektive, wie alle anderen Jugendverbände auch, teilhaben zu können und über das Jugendförderungsgesetz förderfähig zu werden.

Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen sind wichtige Qualifikationen, die wir stärker anerkennen und fördern wollen. Wir werden Rassismus in den Behörden konsequent entgegentreten. Wir wollen alle Optionen nutzen, um das allgemeine

Gleichbehandlungsgesetz (AGG) auf Landesebene umzusetzen und den vielfältigen Formen der Diskriminierung entgegenzutreten.

Sprachförderung und Bildungschancen

Der frühzeitige Erwerb der deutschen Sprache ist die Grundvoraussetzung für eine gelingende Teilhabe. Wir GRÜNEN haben in den letzten Jahren in Regierungsverantwortung dafür gesorgt, dass die Angebote zum Spracherwerb auf allen Ebenen ausgebaut wurden. Das beginnt bei Kindern und Jugendlichen mit dem Erlernen der deutschen Sprache und der Förderung der Mehrsprachigkeit. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, um auch in weiteren Fremdsprachen die Abiturprüfung zu ermöglichen. Darüber hinaus fordern wir eine Gleichbehandlung des Fremdsprachenangebots in Schulen.

Aber auch für Erwachsene hat das Land neue Basissprachkurse eingerichtet. Während die Bundesregierung ihre Integrationskurse nur für einen Teil der Geflüchteten geöffnet hat, haben wir Angebote für alle Geflüchteten unabhängig von Herkunftsland oder Aufenthaltsstatus umgesetzt, die frühzeitig Qualifikationen erfassen und eng mit weiteren Maßnahmen verzahnt sind. Zudem wurden – von Angeboten im Bereich Grundbildung

und Alphabetisierung bis zu Intensivsprachkursen für Höherqualifizierte – differenzierte Programme umgesetzt, um den unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass auch zukünftig alle Geflüchteten schnell und unbürokratisch Zugang zu Sprachförderung, Qualifizierung und Bildungsangeboten erhalten. Deshalb wollen wir auf Bundesebene auf die Öffnung und Ausweitung der Integrationskurse hinwirken. Eine Kinderbetreuung während der Kurszeiten, wie sie bei den Basissprachkursen des Landes bereits umgesetzt wird, ist für eine erfolgreiche Teilnahme an diesen Kursen entscheidend. Darüber hinaus treten wir dafür ein, dass auch die Fahrtkosten übernommen werden.

Viele Migrant*innen bringen gute Qualifikationen mit nach Niedersachsen oder haben bereits ein Studium begonnen. Daher ist es wichtig, ihnen Wege an die Hochschulen zu eröffnen und bei der Aufnahme oder Fortsetzung eines Studiums zu unterstützen, wie es dank grüner Politik in Niedersachsen praktiziert wird. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, unsachgemäße bürokratische Hürden bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen abzusuchen und die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen. So haben wir GRÜNEN in Regierungsverantwortung erreicht, dass beispielsweise Geflüch-

tete, die ihre Zeugnisse auf der Flucht verloren haben, über einen Aufnahmetest und eine Feststellungsprüfung beim Niedersächsischen Studienkolleg die Zugangsberechtigung erhalten können. Auch zukünftig machen wir uns dafür stark, dass Geflüchtete den Weg in Ausbildung oder Studium finden und ein bedarfsgerechtes Angebot an Anpassungsqualifizierungen erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Asylsuchenden und Geduldeten, die in Niedersachsen eine schulische oder berufliche Ausbildung beginnen, eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Ausbildung und für eine anschließende Suche und Ausübung einer Beschäftigung erhalten.

Für eine gute Gesundheitsversorgung aller Menschen

Wir GRÜNEN haben den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, eine Gesundheitskarte für Geflüchtete einzuführen. Diesen Weg wollen wir gemeinsam mit noch mehr Kommunen als bisher weitergehen. Die Gesundheitskarte bietet Geflüchteten und den Kommunen analog zu einer Krankenkassenkarte die Möglichkeit, Arztgänge unbürokratisch abzurechnen. Gleichzeitig haben wir ein Modellprojekt für die gesundheitliche Versorgung von illegalisierten Menschen in Hannover und Göttingen gestartet.

Wir setzen uns für die Ausweitung dieses Angebots ein, um allen Menschen in Niedersachsen eine gesundheitliche Versorgung zuteilwerden zu lassen. Das Traumazentrum in Niedersachsen werden wir ausbauen und insbesondere die psychotherapeutische Versorgung in der Fläche stärken. Wir begrüßen die Schaffung psychosozialer Zentren und Beratungsstellen für Folteropfer und traumatisierte Geflüchtete in Niedersachsen. Dennoch ist dies durch eine reine Förderung über Projektmittel langfristig nicht abgesichert. Diese wollen wir deshalb in der gesundheitlichen Infrastruktur Niedersachsens strukturell verankern.

Für eine humane Flüchtlingspolitik

Wir haben in Niedersachsen für einen Paradigmenwechsel hin zu einer menschenrechtsbasierten Flüchtlingspolitik gesorgt.

Die Gängelungen durch die Wertgutscheinpraxis und die Residenzpflicht haben wir GRÜNEN beendet. Mit einem Resettlement-Programm haben wir für die dauerhafte Aufnahme Geflüchteter aus Syrien und dem Irak gesorgt und die Härtefallkommission reformiert. Gleichzeitig haben wir in Regierungsverantwortung Regelungen für ein humanitäres Bleiberecht in Niedersachsen geschaffen, um auch langfristig Geduldeten Bleibeperspektiven zu eröffnen.

Auch zukünftig setzen wir uns dafür ein, dass Niedersachsen Verantwortung für Geflüchtete übernimmt. Hierzu gehört sowohl die aktive Aufnahme und Versorgung von Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung zu uns fliehen als auch die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für die, die dauerhaft in Niedersachsen bleiben. Wir wollen deshalb das Resettlement-Programm wieder auflegen und das niedersächsische Landesaufnahmeprogramm für syrische und irakische Geflüchtete erneut ins Leben rufen. Kettenduldungen lehnen wir ab – ebenso wie die Sortierung der Asylverfahren nach Schutzquote beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wir GRÜNEN werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, unsere landespolitischen Spielräume hierbei zu nutzen. Opfer rechter Gewalt mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus wollen wir bestmöglich schützen. Daher sollen Möglichkeiten geschaffen werden, ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren – beispielsweise nach dem Vorbild Brandenburgs.

Durch einen massiven Ausbau der Sprachförderung, Zugänge zu Bildung und Qualifizierung, den Ausbau der Flüchtlingssozialarbeit und die flächendeckende Schaffung von Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe haben wir eine verlässliche Infrastruktur geschaffen, um Geflüchtete zu unterstützen und ihnen Pers-

pektiven zu eröffnen. So möchten wir die Koordinierungsstellen zu rechtskreisübergreifenden Migrationszentren weiterentwickeln.

Sowohl bei der Bereitstellung von Wohnraum als auch bei der Versorgung und Förderung von Geflüchteten sind die Kommunen besonders gefordert. Wir GRÜNEN haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgabe von Land und Bund besser unterstützt werden und die Umsetzung der Programme in enger Abstimmung erfolgt. Zur finanziellen Entlastung der Kommunen und zur schnellen Arbeitsmarktintegration halten wir darüber hinaus an der Forderung nach der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes fest. Die Diskussionen um eine Wohnsitzauflage halten wir, ebenso wie die Kommunen, für falsch. Sie hindert Geflüchtete an dem Zugang zu guter Bildung und Arbeit.

Wir GRÜNEN setzen uns für die Schaffung eines integrierten Aufnahmemanagements in Niedersachsen ein und wollen dieses im Zuge der Neuausrichtung der Aufnahme von Asylsuchenden in Niedersachsen umsetzen. Die Veränderungen durch die Asylpakete I und II, die unter anderem dazu geführt haben, dass Geflüchtete länger als drei Monate in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen bleiben müssen, sind hierbei kontraproduktiv. Wir stre-

ben eine Neuausrichtung der Landesaufnahmebehörde an und wollen den bundespolitischen Entwicklungen entgegensteuern.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete gehören zu den besonders schutzwürdigen Personen und Niedersachsen hat viel auf den Weg gebracht, um die Kommunen dabei zu unterstützen, ihrer Verantwortung bei der Inobhutnahme gerecht werden zu können. Wir fordern zur Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter verbindliche Aufnahmerichtlinien, um vergleichbare, gute Standards zu gewährleisten, die sich am Kindeswohl orientieren. Auch müssen in Niedersachsen Clearingstellen gewährleisten, dass unbegleitete minderjährige Geflüchtete direkt – sofern vorhanden und von den Kindern gewünscht – zu ihren Verwandten oder Bekannten gebracht und in Obhut genommen werden und sie nicht erst übergangsweise anderweitig oder gar in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Für uns GRÜNE gilt: Der Jugendschutz und das Kindeswohl hat oberste Priorität. Deshalb lehnen wir eine Beweislastumkehr bei der Altersfeststellung ab. Es gilt der Jugendschutz, der im Zweifel anzuwenden ist, um alle Schutzbedürftigen auch tatsächlich zu schützen. Auch

den Debatten um eine Absenkung der Versorgungsstandards unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter erteilen wir eine deutliche Absage. Es darf kein Jugendhilferecht zweiter Klasse geben.

Recht auf Asyl verteidigen

Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht und Kernbestandteil einer menschenrechtsorientierten Gesellschaft. Dieses humanitäre Grundrecht ist für uns GRÜNE nicht verhandelbar. Auch Beschränkungen beim Familiennachzug erteilen wir eine klare Absage. Abschiebungen in Länder mit prekärer Sicherheitslage lehnen wir ebenso entschieden ab wie das Konstrukt der sogenannten „Sicheren Herkunftstaaten“.

Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete

Die Aufnahme von Geflüchteten ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Mit dem Bündnis „Niedersachsen packt an“ arbeiten Landesregierung, Kommunen, Unternehmen und gesellschaftliche Akteure gemeinsam daran, diese Aufgabe erfolgreich zu meistern.

In Niedersachsen ist eine echte Bürger*innenbewegung der Solidarität und Menschlichkeit für die Unterstützung von Geflüchteten entstan-

den. Das starke Engagement vieler Menschen bei der Aufnahme und Begleitung von Geflüchteten leistet in Niedersachsen einen entscheidenden Beitrag für die Integration und gesellschaftliche Teilhabe. Daher haben wir in Regierungsverantwortung die Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe sowie diverse Förderprogramme zur niedrigschwelligen Unterstützung des Ehrenamts geschaffen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Erstmals werden auch Migrant*innen-Selbstorganisationen institutionell gefördert. Dies gilt es auszuweiten, auch auf Selbstorganisationen Geflüchteter.

Paradigmenwechsel in der Abschiebungspraxis fortführen

Neben der Schaffung von Regelungen für ein humanitäres Bleiberecht und der Reform der Härtefallkommission setzen wir GRÜNEN uns für einen Vorrang für die freiwillige Ausreise ein. Wir wollen deshalb eine flächendeckende Rückkehrberatung in der Hand von Nichtregierungsorganisationen etablieren. Mit der vorherigen Ankündigung des Abschiebetermins konnten wir vielen Menschen einen Rechtsschutz geben und sie auf ihre Abschiebung vorbereiten. Mit einer Überarbeitung des Rückführungserlasses wurden die Bedingungen für eine Abschiebung zumindest verbessert, die immer ein einschneidendes

Erlebnis ist. Die aktuellen Asylrechtsverschärfungen durch die Große Koalition nehmen wir zum Anlass, uns aktiv dafür einzusetzen, das Asylrecht zu reformieren und neu auszugestalten. Auch zukünftig fordern wir humane Regelungen, insbesondere für Familien mit Kindern. Wir setzen uns für die Abschaffung der Abschiebehaft ein und wollen insbesondere die Haft von schutzbedürftigen Gruppen verhindern. Wir fordern und setzen uns für einen sofortigen bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan ein.

Fluchtursachen bekämpfen und gemeinsame Lösungen finden

Nicht die Geflüchteten sind das Problem, sondern die Lage in den Herkunftsländern, die Menschen zur Flucht zwingt. Daher setzen wir uns auf Bundesebene sowie in Europa und international dafür ein, die fragile Lage in vielen Herkunftsländern zu stabilisieren und Fluchtursachen zu bekämpfen.

Wir GRÜNEN stehen für eine gemeinsame und humanitäre europäische Flüchtlings- und Asylpolitik und gegen die Abschottung Europas. Das Dublin-System hat sich nicht bewährt, da es zu einer ungerechten Verteilung der Geflüchteten in der Europäischen Union führt. Während in Italien und Griechenland eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten in be-

stimmten Regionen fast nicht mehr möglich erscheint, nehmen andere Länder überhaupt keine Geflüchteten auf. Wir GRÜNEN setzen uns für ein solidarisches Europa ein. Statt des bisherigen Dublin-Systems fordern wir ein faires Verteilungssystem für Schutzsuchende. Dieses soll auch Familienzusammenhänge berücksichtigen, die Anzahl bereits aufgenommener Menschen anrechnen sowie finanzielle Ausgleichszahlungen jener Länder, die sich anteilig nicht gleichermaßen an der Aufnahme von Geflüchteten beteiligen, vorsehen. Auch die Bundesregierung muss hier ihre Zusage zur Aufnahme von Flüchtlingen endlich einlösen. Deswegen unterstützen wir auch Anliegen wie die Idomeni-Initiative, die Geflüchtete aus Ankunftsregionen nach Deutschland holen will. Europa muss ein einheitlicher Schutzraum mit legalen und sicheren Zugangsmöglichkeiten werden.

5.6 Queeres Niedersachsen

Lesben, Schwule, bi, trans*- und inter*-geschlechtliche Menschen (LSBTI*) werden immer mehr als ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft gesehen. Wir wollen diese Entwicklung stützen und beschleunigen und setzen uns als GRÜNE bereits seit vielen Jahren erfolgreich für Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung ein.

Wir stehen für gleiche Rechte auf allen Ebenen, für ein entschiedenes Vorgehen gegen jede Form von Diskriminierung und für gezielte Unterstützung von LSBTI*. So hat eine Vielfaltskampagne und ein eigenes Bildungskonzept sexuelle Vielfalt und geschlechtliche Identität als Querschnittsthema im Schulunterricht verankert. Gerade unseren Bildungseinrichtungen kommt eine zentrale Bedeutung dabei zu, jungen Menschen einen selbstverständlichen Umgang und ein tolerantes Verständnis für die unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Identitäten zu befördern. Wir GRÜNEN stellen uns deutlich gegen jede Diskriminierung und tätliche Übergriffe, mit denen viele LSBTI* noch heute konfrontiert sind.

Queeres Niedersachsen: Sichtbarkeit weiter erhöhen

Die Situation der LSBTI*, die gerade im ländlichen Raum kaum Orte für eine Beratung oder den sozialen Austausch haben, wollen wir verbessern. Wir werden weiter für eine entsprechende Öffnung aller mit Beratung befassten Träger für Schwule und Lesben und insbesondere auch für trans- und intergeschlechtliche Menschen sorgen. Mit der Erhöhung der Mittel für die Förderung der Selbsthilfe im Bereich der LSBTI* wurde hier bereits ein Schritt in die richtige Richtung getan. Interessenvertretungen und Selbstorganisationen wollen wir weiterhin stärker fördern.

Mit den „Zukunftstischen“ wurde in den letzten Jahren ermittelt, was LSBTI* in Niedersachsen bewegt. Hierbei ist deutlich geworden, dass gerade Sichtbarkeit und Akzeptanz wichtige Anliegen sind. Darauf aufbauend haben wir eine Kampagne des Landes gestartet, um queeres Leben in Niedersachsen sichtbarer und selbstverständlicher zu machen und für mehr Toleranz zu werben. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen und dabei auch kultursensible Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund schaffen.

Aufnahme der sexuellen Identität in die Landesverfassung

Für uns ist die Aufnahme der „Freiheit der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität“ in den Artikel 3 der Landesverfassung ein wichtiges Bekenntnis der Politik für die Rechte von LSBTI*. Natürlich ersetzt das nicht das zivilgesellschaftliche und politische Engagement. Sie unterstreicht jedoch den Handlungsbedarf und gibt dieser Aufgabe Verfassungsrang.

Sexuelle Vielfalt an Schulen und queere Jugendarbeit stärken

Wir GRÜNEN haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, die sexuelle Vielfalt auch an Schulen, unter anderem in den Kerncurricula und den Schulbüchern, angemessen zu berücksichtigen. So finden nun vom Land geförderte Schulaufklärungsprojekte an Schulen statt. Auch bei der Aus- und Fortbildung von Erzieher*innen und Lehrer*innen müssen entsprechende Bezüge hergestellt werden. In den Schulen soll es zukünftig gezielte Hilfestellungen und Ansprechpartner*innen für LSBTI* geben, um zum Beispiel beim Coming-out direkt zu unterstützen. Entsprechendes gilt für die Jugendarbeit: Auch hier muss es qualifizierte Ansprechpartner*innen geben.

Gerade in ländlichen Räumen, aber häufig auch in Städten, finden Jugendliche kaum Anknüpfungspunkte, um Kontakte zu schließen und Erfahrungen auszutauschen. Hier braucht es eine landesweite Koordinierung und Stärkung der Angebote der Jugendarbeit für LSBTI* außerhalb von Schulen. Mit der Einrichtung der landesweiten Koordinierung durch den Landesjugendring ist hier bereits ein erster Schritt getan. Diesen Weg gilt es konsequent weiterzugehen.

Gleiche Rechte und Ehe für alle

Mit Bundesratsinitiativen zur „Ehe für Alle“ und zur Rehabilitierung der Opfer des §175 StGB hat Niedersachsen auf GRÜNE Initiative erfolgreich für die Rechte von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen gestritten. Der Erfolg der „Ehe für Alle“ ist hierbei ein erster Schritt. Jetzt gilt es die rechtlichen Rahmenbedingungen und Sicherheiten für Regenbogenfamilien zu verbessern.

Die Arbeit von Landeseinrichtungen wie etwa der Polizei im Bereich der LSBTI* werden wir ausbauen und verbessern. Insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit zu Maßnahmen im Hinblick auf den Schutz von LSBTI* muss ausgeweitet werden. Gleichzeitig setzen wir uns im Bereich der Pflege- und Gesundheitsberufe für eine höhere

Sensibilität im Umgang mit LSBTI* ein. Gerade in Seniorenzentren müssen hier die Bedürfnisse der LSBTI* stärker in den Blick genommen werden. Aber auch für eine Berücksichtigung gleicher Rechte von LSBTI* in Seniorenbeiräten setzen wir GRÜNEN uns ein. Geflüchtete LSBTI* sind in einer besonderen Lage. Oft traumatisiert erfahren sie auch hier in Deutschland Diskriminierung. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass queere Geflüchtete, die hier bei uns Schutz suchen, auch angemessene Hilfe bekommen und sich sicher fühlen können.

Intersexualität anerkennen

Wir wollen das Thema Intersexualität in der Gesellschaft enttabuisieren, um der Marginalisierung von intersexuellen Menschen entgegenzuwirken. Wir brauchen eine bessere Aufklärung, um Betroffenen und Angehörigen die Verunsicherung zu nehmen und um Diskriminierung und Mobbing entgegenzuwirken. Dabei sollte auch geprüft werden, ob zwangsläufig eine Angabe des Geschlechts in den Personalstandsangaben erforderlich ist. Die Diskriminierung intersexueller Menschen beginnt häufig bereits kurz nach der Geburt. Wir wollen das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung stärken. Deshalb sehen wir „geschlechtsangleichende“ Operationen im Kindesalter kritisch.

5.7 Weltanschauung und Staat

Zu einer offenen Gesellschaft zählt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch das Leben in einer pluralistischen Gesellschaft. Die Grundlage hierfür ist die Gleichberechtigung unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen. Die Werteordnung des Grundgesetzes und der Menschenrechte ist das gemeinsame Fundament.

Wir stehen für den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Gleichzeitig setzen wir uns für eine konsequente Trennung von Religionen bzw. Weltanschauungen und Staat ein. Jeder Mensch muss Rahmenbedingungen vorfinden, in denen er die eigene Religion oder Weltanschauung ausleben kann. Dies schließt das Recht, nicht zu glauben, ein. Die Frage nach einer Religionszugehörigkeit ist soweit möglich aus amtlichen Formularen zu entfernen. Unser Ziel ist, dass zukünftig Kirchaustritte direkt und kostenfrei bei der Kirche stattfinden.

Gemeinsam in einer vielfältigen Gesellschaft

Wir GRÜNEN werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der

gesellschaftlichen Vielfalt Rechnung tragen. Deshalb legen wir bei der Besetzung der Landeseinrichtungen und Beratungsgremien Wert auf eine Gleichbehandlung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. So haben wir zum Beispiel dafür gesorgt, dass nun neben anderen Konfessionen auch muslimische Verbände und der nicht-konfessionelle Humanistische Verband in die Versammlung der niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) aufgenommen wurden.

In Niedersachsen leben rund 400.000 Muslime. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich für die Verhandlungen eines Vertrages mit den muslimischen Verbänden eingesetzt, um die grundlegenden Rahmenbedingungen für die freie Religionsausübung von Muslim*innen zu schaffen. Viele Fragen sind hier offen, etwa die Ausbildung von Imamen oder die Finanzierung von Moscheen. Wir wollen gerade die progressiven Kräfte innerhalb der Moscheegemeinden unterstützen, in Deutschland ihre Religionsausübung gleichberechtigt mit anderen Glaubensgemeinschaften und ohne Einmischung aus dem Ausland selbst zu organisieren. Wir wollen islamischen Gemeinden damit eine Perspektive bieten, um unabhängige und sich selbst tragende Strukturen zu entwickeln.

Religionsunterricht reformieren

Wir GRÜNEN fordern auch weiterhin die Einführung eines gemeinsamen Unterrichts „Weltanschauungen und Religionen“ an Schulen. Gerade in einer vielfältigen Gesellschaft unterschiedlichster Religionen und Weltanschauungen kommt der Vermittlung unterschiedlicher weltanschaulicher Perspektiven eine zentrale Bedeutung zu. Schule sollte hier das Verständnis für die unterschiedlichen Religionen im Wandel der Zeiten fördern und gleichzeitig die Bedeutung der Religionen und Weltanschauung in unserer Gesellschaft einordnen. Als ersten Schritt setzen wir uns dafür ein, das Schulfach „Werte und Normen“ flächendeckend an allen Grundschulen anzubieten. Unser Ziel ist es, den Bildungsauftrag im Niedersächsischen Schulgesetz neu zu formulieren, damit die Vielfalt der Religionen und Weltanschauungen sowie die Wichtigkeit der Toleranz für die pluralistische Gesellschaft zum Ausdruck kommt.

Feiertagsrecht weiterentwickeln

Feier- und Urlaubstage sind wichtig für die Erholung und das gesellschaftliche und soziale Miteinander. Niedersachsen ist eines der Bundesländer mit den wenigsten Feiertagen. Daher unterstützen wir GRÜNEN die Einführung weiterer Feiertage. Neue

Feier- und Gedenktage sollten sich vorrangig an weltlichen Ereignissen orientieren, die für eine bunter und vielfältiger werdende Gesellschaft Anlass bieten, diese gemeinsam zu begehen. Darüber müssen sich Schulen und Unternehmen noch stärker auf eine vielfältiger werdende Gesellschaft mit unterschiedlichen Konfessionen und zunehmender Säkularisierung einstellen. Für uns GRÜNE wäre zum Beispiel der Europatag am 9. Mai ein geeigneter Tag.

Wir GRÜNEN setzen uns für mehr Toleranz und gegenseitige Rücksichtnahme in religiösen Fragen ein. Dazu gehört auch die Beendigung des Tanzverbots an einzelnen Feiertagen, soweit dadurch die Religionsausübung nicht gestört wird.

Gleichbehandlung voranbringen

Wir wollen die Gleichbehandlung der Glaubensgemeinschaften weiter voranbringen. Deshalb streben wir über die Bundesebene eine finanzielle und institutionelle Entflechtung von Staat und Kirche an. Das bedeutet auch über die Aktualität der Staatsverträge und Staatsleistungen ins Gespräch zu kommen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass alle Bürger*innen vor Ort Wahlmöglichkeiten haben, wenn es um Kita, Schule, Pflege oder medizinische Versorgung geht. Wir wollen entsprechende ergänzende staatliche

bzw. weltanschaulich neutrale Alternativen befördern. Schließlich setzen wir uns auch für eine Liberalisierung des Bestattungsrechts ein.

5.8 Vielfältige und unabhängige Medien

Demokratie, Gewaltenteilung, Grundrechte, eine freie Presse und eine lebendige Zivilgesellschaft sind untrennbar verbunden. Eine offene Gesellschaft braucht vielfältige und unabhängige Medien. Wir GRÜNEN stehen zu dem dualen Rundfunksystem mit kommerziellen Anbietern auf der einen und beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf der anderen Seite. Wir unterstützen darüber hinaus besonders die nicht-kommerziellen lokalen Bürgermedien, die einen wichtigen Beitrag für die Information, Meinungsbildung und Teilhabe der Bürger*innen in ihren Kommunen leisten. Presse, Rundfunk und Nachrichtenagenturen erfüllen nicht nur eine Informationspflicht – sie tragen auch eine regulative Verantwortung in unserer Demokratie. Wir wollen deshalb möglichst unabhängige Medien, deren Mitarbeiter*innen frei von staatlicher, parteipolitischer oder wirtschaftlicher Einflussnahme agieren können. Sie sollten dazu, auch um ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren, die eigenen Strukturen und finanziellen Abhängigkeiten öffentlich und transparent machen.

Transparent und unabhängig

Mit der Novelle des Niedersächsischen Mediengesetzes haben wir GRÜNEN

für mehr Transparenz und Vielfalt der Medienlandschaft gesorgt, insbesondere durch die Aufnahme von Gruppierungen wie etwa den muslimischen Verbänden, dem Schwulen- und Lesbenverband, der Verbraucherzentrale oder dem Flüchtlingsrat. Das wichtigste Gremium, die Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM), arbeitet nun in öffentlicher Sitzung und ist in seiner Autonomie gegenüber Politik und Wirtschaft gestärkt. Sie hat mehr Kompetenzen erhalten, um die Meinungsvielfalt bei den Rundfunkveranstaltern zu sichern, bei der Ausschreibung des Direktors der Medienanstalt sowie bei der Zuweisung und Verlängerung von Sendefrequenzen. Wir GRÜNEN haben uns in der Landesregierung mit der Novelle auch erfolgreich dafür eingesetzt, die Bürgermedien Niedersachsens finanziell besser abzusichern. Wir haben zudem im ZDF-Fernsehrat und in der NLM für mehr gesellschaftliche Vielfalt in den Gremien gesorgt und wollen dies auch im Rundfunkrat des Norddeutschen Rundfunks erreichen.

Neue Medien und mehr Vielfalt

Inzwischen entstehen vielfach neue journalistische Initiativen und Formate – insbesondere im Netz – wie Recherchebüros, Blogs und Stadtteil-

zeitungen. All diese tragen zur lokalen Medienvielfalt, Meinungsbildung und Demokratie vor Ort bei. Dies geschieht sowohl im Rahmen neuer Geschäftsmodelle als auch in Form von gemeinwohlorientiertem bürgerschaftlichen Engagement. Eine Möglichkeit, wie diese neuen unabhängigen Medien gefördert werden können, die wir GRÜNEN prüfen lassen wollen, ist die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von journalistischer Tätigkeit. Das würde einen zusätzlichen Anreiz schaffen, privates Engagement zu aktivieren, und damit die Presse- und Meinungsvielfalt vor Ort zu stärken.

Plattformanbieter, also Unternehmen, die Rundfunkprogramme und Telemedien zu einem Gesamtangebot zusammenfassen, entscheiden eigenmächtig darüber, welche Inhalte den Empfänger*innen verfügbar gemacht werden. Wir sprechen uns dafür aus, dass Kabelnetzbetreiber die Meinungs- und Anbietervielfalt widerspiegeln müssen und alle Anbieter von Rundfunkinhalten die gleichen Zugangsbedingungen erhalten. Die vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Mitteln aus dem Rundfunkbeitrag hergestellten Hörfunk- und Fernsehinhalte sollen grundsätzlich allen Beitragszahler*innen auch in den Mediatheken der Sender zeitlich unbeschränkt zum Abruf zur Verfügung stehen. Bislang sieht der Rundfunkstaatsvertrag vor, dass die Sender ihre Inhalte grundsätzlich

nur sieben Tage lang nach Ausstrahlung in den Mediatheken vorhalten dürfen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine Abschaffung dieser „Depublikationspflicht“ nach sieben Tagen durch eine Anpassung des Rundfunkstaatsvertrags ein. Beim Abruf der öffentlich-rechtlichen Programmangebote ohne zeitliche Beschränkungen sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten gehalten, allen Urheber*innen sowie den Produktionsbeteiligten eine angemessene und faire Beteiligung an der über die bisherige 7-Tage-Frist hinausgehenden Verwertung zu sichern.

Jugendmedienschutz und Medienkompetenz stärken

Beim Jugendmedienschutz hat Niedersachsen durch grüne Regierungspolitik mit dem 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag bereits einen sehr guten Weg eingeschlagen. Änderungen zum Jugendmedienschutz werden wir weiterhin kritisch und mithilfe von transparenten und ergebnisoffenen Verfahren begleiten. Bisher sind für Onlinemedien und den Rundfunk die Bundesländer zuständig, bei allen Offline-Verbreitungswegen hingegen der Bund. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Deswegen fordern wir Bund und Länder auf, sich endlich auf ein einheitliches Regelwerk für alle Medien zu einigen. Insbesondere muss geklärt werden, wie ein starker Jugendschutz auch bei Internetplattformen gewähr-

leistet werden kann, ohne dabei die grundlegenden Freiheiten der Kinder und Jugendlichen einzuschränken. Der beste Jugendmedienschutz ist eine gut ausgebildete Medienkompetenz.

Kritische Medienkompetenz ist heute eine Schlüsselqualifikation, die genauso wichtig ist wie Lesen oder Schreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen die Möglichkeiten des Internets nutzen können. Medienkompetenz heißt unter anderem: Medien bewusst nutzen und kritisch damit umgehen, eigene Inhalte herstellen sowie Medien hinterfragen und bewerten können. Unter Federführung der Landesmedienanstalt sollen die vielfältigen in Niedersachsen bestehenden Medieneinrichtungen und -angebote koordiniert, vernetzt und weiterentwickelt werden. Außerdem haben wir die Gründung einer neuen Landeszentrale für politische Bildung erreicht, zu deren zentralen Aufgaben die Stärkung der Medienkompetenz gehört (siehe Kapitel 5.4, Politische Bildung stärken).

Die Medienlandschaft ist so vielfältig und schnelllebig geworden, dass eine kritische Auseinandersetzung immer mehr Bedeutung bekommt. Insbesondere aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen sind das Internet und andere neue Medien nicht mehr wegzudenken. Das begleitete Hineinwachsen

in die digitale Welt mit ihren nahezu unerschöpflichen kreativen und kommunikativen Möglichkeiten bietet dabei den besten Schutz vor möglichen Gefahren und ermöglicht die Teilhabe an der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft. Die Anleitung zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet darf nicht nur punktuell im Rahmen von Aktionstagen geschehen. Wir begreifen Datenschutz und Verbraucherschutz im Netz als dauerhafte Querschnittsaufgabe in der Bildungsarbeit. Lehrpläne und andere Bildungsvereinbarungen wie auch die Ausbildung von Pädagog*innen sind entsprechend anzupassen. Die Ausstattung der Schulen mit Medien-Equipment muss den jeweiligen Anforderungen gerecht und zügig ausgebaut werden. Medienkompetenz setzt einen bewussten Umgang mit persönlichen Daten im Netz voraus. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass insbesondere die Daten von Kindern und Jugendlichen besser geschützt werden.

Nicht alle Menschen verfügen über die notwendige technische Ausstattung oder das Wissen, um beispielsweise Behördengänge digital zu erledigen. Wir wollen die öffentlich geförderten Angebote für Senior*innen ausbauen und verbessern und damit ihre Kompetenz in punkto digitale Medien fördern.

6. SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT: ZUSAMMEN GEHT ES BESSER

Wir GRÜNEN setzen uns für eine solidarische Gesellschaft ein, die niemanden ausgrenzt, die unterstützt, die befähigt und Engagement weckt und die niemanden abschreibt. Das gilt unabhängig von Alter, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht oder Behinderung.

6.1 Solidarität und Zusammenhalt

Wir wollen eine Sozialpolitik, deren zentraler Begriff Teilhabe ist und die sich nicht damit begnügt, finanzielle oder soziale Notsituationen abzuwenden, sondern das Ziel hat, diese zu beenden. Eckpfeiler grüner Sozialpolitik sind Nachhaltigkeit, Teilhabe und Geschlechtergerechtigkeit. Wir GRÜNEN stellen uns gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung durch Armut. Als wichtigen ersten Schritt haben wir in Regierungsverantwortung dafür gesorgt, dass auf Landesebene der „Armutsbericht“ zu einem umfassenden „Sozialbericht“ weiterentwickelt wurde. Transparent und nachvollziehbar vermittelt er einen Überblick über bereits eingeleitete Maßnahmen und zeigt, wo es noch Handlungsbedarf gibt.

Kinderarmut stoppen

In keiner anderen Industrienation ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Ausbildungsabschluss so eindeutig und damit die soziale Durchlässigkeit so gering wie in Deutschland. Gleichzeitig ist Kinderreichtum hier das Armutsrisiko Nummer eins. Jedes sechste Kind in Niedersachsen lebt in Armut. Das wollen wir nicht hinnehmen. Eine so wohlhabende Gesellschaft wie die der Bundesrepublik

Deutschland muss dafür sorgen, dass alle Kinder die gleichen Chancen erhalten. In Niedersachsen setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, Familien zu unterstützen und das Bildungssystem so zu gestalten, dass Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung oberste Priorität haben – damit allen Kindern gleichermaßen ein guter Start ins Leben gelingen kann. Der Zugang zu Familienleistungen muss niedrigschwellig und unkompliziert gestaltet sein. Das ist beispielsweise beim Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes nicht gewährleistet. Wir wollen deswegen in Zusammenarbeit mit den Kommunen unbürokratische Unterstützungssysteme nach dem Vorbild des „Lübecker Bildungsfonds“ entwickeln und fördern. Dieser Bildungsfonds, gespeist aus Mitteln des Landes, der Kommunen, örtlichen Stiftungen und aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets, hilft unkompliziert bei der Finanzierung von Mittagessen, Arbeitsmaterialien, Sprachförderung, Musik- und Sportangeboten und Klassenausflügen – auch dort, wo das Bildungs- und Teilhabepaket nicht greift.

Neben materiellen Hilfen ist eine flächendeckende und leicht zugängliche Infrastruktur nötig. Dazu wollen wir mehr Geld in soziale Einrichtungen für

Kinder und Jugendliche investieren, konfessionsungebundene Jugendzentren durch Landesmittel insbesondere in ländlichen Regionen stärker fördern und schulische Ganztagsangebote ausweiten. Der Zugang für alle Kinder zu jeweils altersgemäßen Bildungs- und Sporteinrichtungen, einschließlich der künstlerischen und musischen Bildung, ist entscheidend. Dies schließt auch den öffentlichen Nahverkehr zu diesen Einrichtungen ein. Allen Kindern gleiche Teilhabechancen zu gewähren, ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft und darf nicht abhängig sein vom Einkommen und der Lebenssituation der Eltern. Das derzeitige Grundsicherungssystem ist gewissermaßen „blind“ für die individuelle Bedarfssituation von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen deswegen eine einheitliche und vor allem existenzsichernde Kindergrundsicherung einführen sowie allen Kindern und Jugendlichen den umfassenden Zugang zu Bildungs- und Teilhabeinstitutionen ermöglichen. Als Grundlage dafür wollen wir GRÜNEN auf Landes- und Bundesebene eine neu zu schaffende „Sozialberichterstattung für Kinder“ einrichten.

Bedarfsdeckende Grundsicherung ohne Wenn und Aber

Wir setzen uns auf Bundesebene für eine bedarfsgerechte und armutsfeste Grundsicherung ein. Grundlage

für verfassungskonforme Regelsätze können die Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands sein, die eine nachvollziehbare Datenbasis erstellt haben. Das gilt auch für angemessene Freigrenzen bei Einkommen und Vermögen bei der Bedarfsfeststellung. Eine teilhabeorientierte Existenzsicherung – gerade für Frauen und Kinder – setzt eine individuelle Bedarfsberechnung voraus.

Altersarmut verhindern

Die Zahl der Menschen, deren Einkommen im Alter unterhalb der Armutsgrenze liegt oder liegen wird, nimmt weiter zu. Dies betrifft in besonderem Maße Frauen, die beispielsweise aufgrund einer Alleinverdienerehe über viele Jahre keine eigenen Rentenansprüche erworben haben. Auch die Befreiung der sogenannten Minijobs von der Sozialversicherungspflicht und die Tatsache, dass viele Menschen inzwischen über Jahre im ALG-II-Bezug leben, hat erheblich zu diesem Missstand beigetragen. Wir GRÜNEN wollen daher die generelle Sozialversicherungspflicht auch für geringfügig Beschäftigte wieder einführen, ebenso einen Rentenversicherungsbeitrag für ALG-II-Empfänger*innen sowie eine steuerfinanzierte Garantierente, die deutlich oberhalb der Grundsicherungsleistungen liegt. Diese muss ohne Bedürftigkeitsprüfung für alle gewährt werden, die mindestens 30

rentenversicherungsspflichtige Jahre vorweisen können. Unabhängig davon muss der Zugang zur Erwerbsunfähigkeitsrente bei gesundheitlich bedingter Erwerbsunfähigkeit sichergestellt bleiben. Hierfür werden wir über den Bundesrat Druck machen.

Bezahlbaren Wohnraum erhalten

Während einige Regionen in Niedersachsen gegen Wohnungsleerstand und Abwanderung kämpfen, wird Wohnraum in wirtschaftsstarken Regionen und vor allem in den Städten immer knapper und teurer. Vor allem bei der Wiedervermietung werden die Mietpreise oft drastisch angehoben. Wir GRÜNEN wollen, dass auch Menschen mit geringem Einkommen bezahlbaren Wohnraum finden und nicht an den Rand gedrängt werden. Neben der Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist in Niedersachsen die unter Rot-Grün beschlossene Mietpreisbremse seit Ende 2016 in Kraft. Damit wollen wir nicht nur bezahlbaren Wohnraum auch in den Städten erhalten, sondern zugleich übermäßige Mieterhöhungen verhindern. Innerhalb von drei Jahren dürfen deshalb die Mieten nun um nicht mehr als 15 Prozent steigen. Bei einer Neuvermietung darf die neue Miete außerdem nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Leider sind sanierte Wohnungen jedoch von der Mietpreisbremse

ausgenommen. Auch wenn wir gerade die energetische und nach ökologischen Standards ausgerichtete Sanierung begrüßen, darf dies nicht zur Verdrängung ehemaliger Mieter*innen missbraucht werden. Oft ist ein angespannter Wohnungsmarkt aber auch gekennzeichnet durch ein Machtgefälle zwischen Vermieter*innen und Interessent*innen. Dies drückt sich dadurch aus, dass Wohnungen diskriminierend vergeben werden oder illegalerweise die Auskunft über Einkommens- und Familienverhältnisse und ähnliches verlangt wird. Hier fordern wir ein Gegensteuern beispielsweise durch eine kostenlose Rechtsberatung für Mieter*innen und eine konsequente Strafverfolgung. Auch künftig wollen wir GRÜNEN uns dafür einsetzen, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und Mieter*innenrechte zu stärken.

Wohnungslosigkeit bekämpfen und verhindern

In einer eigenen Wohnung zu leben, ist ein elementares Grundbedürfnis aller Menschen. Wohnungslosigkeit stellt eine der härtesten Konsequenzen von materieller Armut dar. Die Zahl wohnungsloser Menschen steigt seit Jahren deutlich an und dennoch fehlt es an einer bundeseinheitlichen Strategie zur Prävention und Bekämpfung. Nach wie vor hält die Bundesregierung die Erstellung einer bundesweiten Statistik dazu für verzichtbar.

Wir GRÜNEN wollen daher eine landesweite Wohnungsnotfallstatistik und -berichterstattung einführen und in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Trägern Wohnungsnotfallhilfekonferenzen aufbauen. Zu den Themen Vermeidung von Wohnungslosigkeit, Wohnungsbeschaffung und wohnbegleitende Hilfen werden wir ein Landesprogramm mit dem Ziel auflegen, einen handlungsorientierten Aktionsplan zu erstellen, an dem sich das Land finanziell beteiligt. Zwangsräumungen sind ein unterschätztes Problem in den Städten. Wir stehen für den Schutz der Rechte von Mieter*innen und wollen diese stärken. Es darf nicht dazu kommen, dass Betroffene wohnungslos werden (siehe Kapitel 9.6, Bauen und Wohnen).

6.2 Vielfältigkeit und Teilhabe

Wir GRÜNEN fordern, dass alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben und an allen Aktivitäten selbstverständlich teilhaben können. Inklusion erkennt die Individualität und Vielfalt der Menschen mit all ihren Stärken und Schwächen an. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die frei ist von Barrieren, Vorurteilen und Diskriminierungen. Dieses Ziel ist eine Querschnittsaufgabe und liegt allen unseren politischen Forderungen und Konzepten zugrunde. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die allen Menschen einen möglichst selbstbestimmten und eigenständigen Zugang zu allen Aktivitäten des gesellschaftlichen Lebens eröffnet.

Inklusion umsetzen

Schon 2009 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) von der Bundesrepublik ratifiziert und ist damit geltendes Recht. Das seit dem 1.1.2017 in Kraft getretene Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist ein kleiner, aber immer noch unzureichender Schritt zur Umsetzung der umfassenden Inklusion. Wir GRÜNEN konnten gemeinsam mit den Behindertenverbänden durch massive Proteste einen noch schlechteren Gesetzesentwurf der Großen Koalition verhindern. Wir werden in Niedersachsen aber dafür sorgen,

dass die Neuregelungen des BTHG nicht zu weiterer Bürokratie führen und der Weg in Richtung individueller Teilhabeleistung für Menschen mit Behinderungen konsequent verfolgt wird. Mit dem neuen landeseigenen Aktionsplan Inklusion, der mit 200 Zielen und Maßnahmen das Land und seine Einrichtungen teilhabegerechter machen wird, haben wir GRÜNEN in Niedersachsen einen erfolgreichen Anfang auf den Weg gebracht. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Kommunen und Menschen mit Behinderungen alle Teile des gesellschaftlichen Lebens inklusiv zu gestalten.

Für ein Bundesteilhabegeld

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, das Landesblindengeld in Niedersachsen deutlich zu erhöhen. Dies ist für blinde und sehbehinderte Menschen in Niedersachsen ein erster deutlich merklicher Schritt, den Nachteilsausgleich weiterzuentwickeln und verbesserte Lebensbedingungen und mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir streben in der kommenden Wahlperiode die Weiterentwicklung dieses Nachteilsausgleichs an. Um für Menschen mit Behinderungen bundesweit die gleichen Voraussetzungen zu schaffen, machen wir GRÜNEN uns

weiterhin für ein Bundesteilhabegeld stark, das als pauschale Geldleistung behinderungsbedingte Nachteile ausgleichen soll.

Öffentliche Einrichtungen barrierefrei gestalten

Wir GRÜNEN wollen das Amt der Behindertenbeauftragten zu einer mit breiter Zuständigkeit ausgestatteten Inklusionsbeauftragten entwickeln, die in allen politischen Entscheidungen auf die Einhaltung des inklusiven Anspruchs achtet. Wir GRÜNEN setzen uns für die flächendeckende bauliche und organisatorische Umsetzung der Barrierefreiheit in allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen ein. Auch die öffentlichen Beratungsangebote sowie Webseiten und Informationsmaterialien sind konsequent barrierefrei zu entwickeln. Dazu gehört auch, verstärkt Informationen und Formulare in leichter Sprache vorzuhalten. Flächendeckende Möglichkeiten der barrierefreien Kommunikation mit Behörden und Institutionen müssen sichergestellt werden. Wir unterstützen die Einrichtung eines niedersächsischen Kompetenzzentrums zur Umsetzung der Barrierefreiheit in Niedersachsen und als zentrale Anlaufstelle für alle Fragen rund um Barrierefreiheit.

Inklusion in Bildung

Neben der barrierefreien Umgestal-

tung unserer Infrastruktur ist die größte Herausforderung die Schaffung von inklusiven Kindergärten und Schulen. Wir dürfen Erzieher*innen und Lehrer*innen mit dieser Aufgabe nicht alleine lassen. Damit in gemischten Gruppen ein gutes Gemeinschaftsgefühl entsteht und die Inklusion von Kindern mit Behinderungen gelingen kann, wird gut ausgebildetes und motiviertes Personal benötigt, so wie dies in skandinavischen Ländern seit Langem erfolgreich gelebte Praxis ist. Hierzu gehört eine gute personelle Ausstattung der Schulen auch mit ausreichend Schulsozialarbeiter*innen (siehe Kapitel 4, Gerechte Bildung).

Selbstbestimmt leben

Um behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, werden wir selbstständiges Wohnen in der eigenen Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft besonders unterstützen. Mit Mitteln der Wohnungsbauförderung wollen wir das Prinzip „ambulant vor stationär“ verwirklichen. Der wichtigste Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe von Erwachsenen sind barrierefreie, inklusive Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt. Das Land muss dafür Integrationsfirmen fördern und als Arbeitgeber selber aktiv eine Vorbildfunktion für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen einnehmen.

6.3 Frauenrechte und Gleichstellung

Wir GRÜNEN setzen uns für eine geschlechtergerechte und solidarische Gesellschaft ein, in der Frauen und Männer die gleichen Chancen haben sowie Zeit, Macht und Geld gerecht verteilt sind.

Dafür wollen wir die männlich dominierten Gesellschaftsstrukturen aufbrechen, Frauen in den Bereichen, in denen sie benachteiligt sind, unterstützen und die Geschlechterperspektive in unsere politischen Maßnahmen mit einbeziehen. Wir setzen uns für Frauenrechte, ein selbstbestimmtes Leben für alle ohne einengende Geschlechterklischees, gegen Sexismus und für den konsequenten Schutz von Frauen und Mädchen vor sexualisierter Gewalt ein.

Die Frauenbewegung hat schon vieles erreicht. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel: Frauen sind immer noch unterrepräsentiert in Parlamenten und Führungsebenen, erhalten weniger Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, sind besonders von (Alters-) Armut betroffen, werden häufig Opfer von Sexismus und Gewalt und leisten immer noch einen Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit.

Zudem erleben wir aktuell Angriffe von antifeministischen und rechtskon-

servativen Kräften, die einen Rückfall in althergebrachte Geschlechterrollen fordern und vieles, was von und für Frauen erkämpft wurde, wieder infrage stellen.

Nein heißt Nein! – Frauen und Mädchen vor Gewalt und Sexismus schützen

Sexismus ist auch heute noch alltäglich und geht uns alle an. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, etwa in Medien und Werbung, die Frauen zu sexualisierten Objekten macht, treten wir entschieden entgegen. Ebenso setzen wir uns für wirksame Maßnahmen gegen Hatespeech und Cybermobbing ein, von denen Frauen doppelt so oft betroffen sind wie Männer. Immer noch wird das Thema Konsens bei sexuellen Handlungen viel zu selten thematisiert. Wir fordern einen offenen Umgang und setzen uns für mehr Aufklärungskampagnen zum Thema sexuelle Selbstbestimmung ein. Die Übergänge von Sexismus zu sexualisierter Gewalt sind oft fließend. Wir GRÜNEN fordern daher kinder- und jugendgerechte Präventionsarbeit in und außerhalb von Schulen, Aufklärung und Maßnahmen in Verwaltungen und Unternehmen sowie eine landesweite Sensibilisierung von Behörden, Polizei und Richter-

schaft zum Thema häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Wir GRÜNEN machen uns für den Schutz von Frauen vor sexualisierter und häuslicher Gewalt stark – ausnahmslos und egal, von wem sie ausgeht. Um den Opferschutz zu stärken, haben wir Frauenschutzhäuser und Beratungsstellen für betroffene Mädchen und Frauen finanziell besser ausgestattet. Psycho- und Traumatherapien müssen endlich umfassend und verbindlich finanziert werden. Der „Fonds sexueller Missbrauch“ vom Bund soll deshalb ausgebaut werden. Durch die Einrichtung einer landesweit tätigen unabhängigen Koordinierungsstelle wollen wir das Engagement gegen Gewalt an Frauen und Mädchen stärken, die Präventions- und Schutzmaßnahmen ausbauen, uns für eine bessere Vernetzung der notwendigen Hilfsangebote einsetzen und für eine flächendeckende, niedrigschwellige Versorgung durch abgestimmte Hilfen sorgen.

Für die Aufnahmeeinrichtungen des Landes für geflüchtete Menschen haben wir in Regierungsverantwortung ein Gewaltschutzkonzept erarbeitet, das Empfehlungen für die Mitarbeiter*innen enthält, wie sie Frauen und Mädchen so unterbringen und unterstützen, dass sie vor sexueller Gewalt möglichst geschützt sind. Damit ha-

ben wir die Situation in den Einrichtungen so verbessert, dass Kinder und Frauen, die zu uns geflüchtet sind und in Niedersachsen Schutz suchen, auch angemessene Hilfe erhalten können. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und die getroffenen Maßnahmen evaluieren sowie weiterentwickeln.

Besonders betroffen von sexualisierter Gewalt sind Mädchen und Frauen mit Behinderungen. Zum Schutz der Betroffenen setzen wir GRÜNEN uns für eine bessere Sexualaufklärung und für eine Sensibilisierungskampagne in Schulen und Einrichtungen ein.

Wir fordern eine flächendeckende und gesetzliche Finanzierung von Frauenschutzhäusern und Beratungsstellen – unabhängig von Fallzahlen, Auslastung und Tagessätzen. Die Belegungspauschale haben wir um die jeweiligen Kinderplätze ergänzt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Mitarbeiter*innen in Frauenschutzhäusern den wachsenden Anforderungen entsprechend besser bezahlt werden. Zusätzlich wollen wir neben der Unterstützung der betroffenen Frauen und Mädchen auch die Fach- und Angehörigenberatung stärken und weiterentwickeln und die Frauenschutzhäuser barrierefrei ausgestalten.

Wir GRÜNEN wollen die anonyme Spurensicherung „Pro Beweis“ durch so genannte Opferschutzambulanzen

ausbauen und stärker bekannt machen. So können Beweise bis zu 20 Jahre lang gerichtsfest gelagert werden, damit Opfer, die traumatisiert sind oder zunächst aus Angst und Scham von einer Anzeige absehen, sich auch später noch dafür entscheiden können. Wir setzen uns dafür ein, dass Zeug*innen nach Gewaltdelikten unbürokratische Hilfe und einen Rechtsanspruch auf psychosoziale Zeugen- und Prozessbegleitung erhalten. Wir wollen zudem, dass Polizist*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen im Rahmen ihrer Ausbildung und durch regelmäßige Fortbildungen für den Umgang mit traumatisierten Menschen sensibilisiert werden.

Für sexuelle Selbstbestimmung und eine verlässliche Geburtshilfe

Wir GRÜNEN setzen uns für die sexuelle Selbstbestimmung ein. Frauen müssen selbst entscheiden, ob sie in der Lage sind, ein Kind auszutragen, es zu gebären und aufzuziehen. Auch Verhütungsmittel sind ein Teil sexueller Selbstbestimmung. Wir setzen uns für eine breite Aufklärung zu möglichen Nebenwirkungen insbesondere der Pille ein. Zudem darf der Zugang zu Verhütungsmitteln nicht am finanziellen Hintergrund scheitern. Dies gilt auch für den Zugang zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch und einem guten und freiwilligen Beratungs- und Hilfsangebot für alle Frauen.

Wir GRÜNEN fordern, dass die wichtige Arbeit der Hebammen abgesichert wird, damit Frauen ihren Anspruch auf Hebammenhilfe und ihr Recht auf eine selbstbestimmte Geburt behalten. Damit Eltern tatsächlich eine Wahl haben, wenn es um die Geburt ihres Kindes geht, wollen wir die Vielfalt der Geburtshilfe gleichermaßen stärken – das heißt klinische Geburten genauso wie Hausgeburten und Geburtshäuser. Wir wollen möglichst kurze Wege zu den Geburtshilfeangeboten und setzen uns für eine individuelle Betreuung der Frauen durch Hebammen unter der Geburt ein.

Raus aus der Armutsfalle: Zeit und Geld gerecht verteilen

Frauen verdienen insgesamt immer noch rund 20 Prozent weniger als Männer und sind überdurchschnittlich oft von Altersarmut bedroht. Wir GRÜNEN setzen uns neben gleicher Bezahlung von Frauen und Männern dafür ein, dass Frauen auch in der Steuer- und Sozialpolitik nicht mehr in Abhängigkeit vom Familienstand und dem gewählten Lebensmodell betrachtet werden. Mit der eigenständigen Existenzsicherung wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, die individuellen Bedürfnissen und unterschiedlichen Lebensentwürfen von Männern und Frauen Rechnung tragen und gleichzeitig die Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft befördern. Jede und

jeder soll tatsächlich die Möglichkeit haben, für den eigenen Lebensunterhalt und eine ausreichende finanzielle Absicherung im Alter selbst zu sorgen. Wir GRÜNEN setzen uns deshalb ein für einen flächendeckenden Mindestlohn, die Eindämmung der Minijobs, familiengerechte Arbeitszeitmodelle, den Ausbau der Kinderbetreuung, für eine Kindergrundsicherung, die Abschaffung des Ehegattensplittings für in Zukunft geschlossene Ehen zugunsten einer besseren Förderung und Entlastung von Familien und ein Entgeltgleichheitsgesetz, das den Namen auch verdient.

Die Hälfte der Macht den Frauen

Die tatsächliche gerechte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen der Politik, Wirtschaft und Verwaltung ist unsere Leitlinie für ein zukunftsorientiertes Niedersachsen. Wir GRÜNEN konnten in Regierungsverantwortung für eine geschlechtergerechte Zukunft einiges auf den Weg bringen. Um die Gleichstellungsarbeit der Kommunen zu verbessern, unterstützen und verpflichten wir Gemeinden und Samtgemeinden mit mehr als 20.000 Einwohner*innen, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte zu beschäftigen. Damit haben wir eine langjährige Forderung der Frauenverbände umgesetzt.

Gleichstellung ist Aufgabe des Landes,

der Gemeinden und der Landkreise, aller Ressorts, Behörden und Dienststellen. Mit einem neuen Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz wollen wir für eine durchgängig geschlechterparitätische Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst sorgen – auch auf Führungsebene, die zielgerichtet Frauen fördert und mehr Transparenz schafft durch die Verpflichtung, vakante Stellen öffentlich auszuschreiben. Auf Grundlage des Masterplans „Geschlechtergerechtes Niedersachsen“ haben wir GRÜNEN viel erreicht: Wir haben dafür gesorgt, dass jedes Ministerium dazu verpflichtet wird, zielgerichtete Maßnahmen für mehr Frauenbeteiligung auf den Weg zu bringen. Und wir setzen uns weiterhin dafür ein, durch „Gender Budgeting“ im Landeshaushalt dafür zu sorgen, dass bei allen Entscheidungen insbesondere die jeweiligen Auswirkungen auf Frauen berücksichtigt werden (siehe Kapitel 8.4, Finanzen).

Wir GRÜNEN fordern selbstverständlich die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Politik und gehen selbst mit gutem Beispiel voran. Die Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung, was sich in der Machtverteilung widerspiegeln muss.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die kommunalen Parlamente und der Niedersächsische Landtag mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.

Mit einer neuen Arbeitsgruppe aller Fraktionen im Landtag möchten wir klären, wie ein paritätisches Wahlrecht möglich werden kann.

Frauen sind heute genauso gut qualifiziert wie Männer, in den Führungspositionen und Vorstandsetagen aber immer noch stark unterrepräsentiert. Wir fordern daher weiterhin eine Frauenquote von 50 Prozent in Aufsichtsräten, Vorständen und Unternehmen mit Landesbeteiligung. Auch um diese Quote zu ermöglichen, setzen wir uns für die Förderung von Frauen auf allen Ebenen ein. Außerdem wollen wir das Angebot der niedersächsischen „Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft“ ausweiten und ihr Engagement für die Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt stärken.

Rollenbilder aufbrechen

Wir GRÜNEN wehren uns im Sinne einer geschlechtergerechten Gesellschaft dagegen, dass Menschen durch Druck und Diskriminierung in „typisch weibliche“ und „typisch männliche“ Rollenbilder gedrängt werden. Deswegen fordern wir eine geschlechtersensible Pädagogik, die zum Ziel hat, alle Kinder individuell zu fördern, ohne sich dabei auf Rollenstereotype zu beziehen. Dafür wollen wir das Unterrichtsmaterial überprüfen und die Kindergarten- und Lehramtsausbildung ebenso wie die Fortbildungsmaßnah-

men in der Erwachsenenbildung um die Aspekte einer gendersensiblen Didaktik erweitern. Wir GRÜNEN wollen außerdem die Präsenz von Frauen im Schulunterricht stärken: Weibliche Geschichte, weibliche Persönlichkeiten, deren historische Errungenschaften sowie jegliche feministisch-emanzipatorische Bewegungen erhalten bisher nicht genügend Platz.

Um im Sinne der Chancengerechtigkeit den Spielraum für Jungen und Mädchen bei der Berufswahl zu vergrößern und das geschlechtertypische Berufswahlverhalten junger Menschen zu verändern, setzen wir uns für geschlechtersensible Berufsberatungsangebote ein und wollen wieder den Girls' und Boys' Day einführen.

6.4 Kinder, Jugend und Familie

Familien sind da, wo Kinder sind und da, wo Menschen füreinander sorgen und Verantwortung übernehmen. Wir stehen für eine Familienpolitik, die Kinder fördert und berufliche und finanzielle Rahmenbedingungen für die sogenannte Care-Arbeit schafft: Wer pflegt, Kinder versorgt und Verantwortung für andere Menschen übernimmt, muss hierbei unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sogenannte Regenbogen- und Patchworkfamilien – also neue Familienformen mit Mehrelternschaft – endlich rechtlich anerkannt werden, beispielsweise im Familien- und Adoptionsrecht. Für uns GRÜNE sind eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, der Kinderschutz und der Ausbau früher Hilfen und Familienzentren sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Eckpfeiler einer guten Familienpolitik (siehe Kapitel 4.1, Gute Betreuung und Förderung von Anfang an).

Zeit für die Familie geben

Wir setzen uns dafür ein, dass Familien- und Arbeitsleben besser miteinander vereinbart werden können. Hierfür werden wir Initiativen mit den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften auf den Weg bringen, die familienfreundliche Arbeitszeitmodelle weiterentwickeln und verbreiten.

Damit wollen wir Beschäftigten Arbeitszeiten ermöglichen, die zu ihrem Leben passen – etwa um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen. Dem Land kommt hier auch als Arbeitgeber eine besondere Verantwortung zu. Wir wollen, dass Niedersachsen in diesem Bereich eine Vorreiterposition einnimmt. Gleichzeitig müssen Care-Zeiten, also Erziehungs- und Pflegearbeit, bei Einstellungen und bei der Altersvorsorge besser anerkannt werden.

Familien fördern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die frühen Hilfen und Familienangebote zu sichern und auszubauen. Für uns ist wichtig, dass die Hilfe da ist, wo auch die Familien sind. Um das zu gewährleisten, müssen Angebote wie Familienzentren, Familienkurse und Familienhebammen konsequent unterstützt und gefördert werden. Hierbei setzen wir uns insbesondere auch für eine Stärkung der Beratung und Unterstützung von Alleinerziehenden und Familien ein, die Trennungen vollziehen. Zudem müssen sich die Träger von Beratungsangeboten verstärkt auch für Regenbogen- und Patchworkfamilien öffnen.

Kinderrechte in die Landesverfassung aufnehmen

Ob es das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung, das Recht auf Beteiligung oder der Kinderschutz ist: Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte, die es zu respektieren und zu verteidigen gilt. Sie müssen sich in Gesetzgebungsprozessen ebenso widerspiegeln wie in der Schulstruktur und dem familiären Umfeld. Um diesen Rechten den übergeordneten Rang zu geben, den sie verdienen, setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, die Kinderrechte in der Landesverfassung zu verankern.

Mitbestimmung stärken

Wir GRÜNEN stehen für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und mehr politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Mitbestimmung beginnt im direkten Lebensumfeld. Daher setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, vor Ort in allen Bereichen, in denen Kinder unterwegs oder betroffen sind, die Mitsprache von Kindern und Jugendlichen konsequent zu stärken.

Wir GRÜNEN treten für eine jugendgerechte Gesellschaft ein. Wir streiten für die konsequente Umsetzung des Jugendchecks. Das heißt: Alle Gesetzesvorhaben sollen auf ihre Jugendrelevanz hin überprüft werden, um Jugendliche gezielt zu beteiligen.

Natürlich müssen auch bei der Umsetzung des Jugendchecks selbst Jugendliche und ihre Verbände beteiligt werden. Um Kinder und Jugendliche für Politik zu begeistern, braucht es mehr zielgruppengerechte Informations- und Mitmachangebote. Hier soll auch der Landtag seine Angebote für Kinder und Jugendliche ausbauen.

Mit der Kinderkommission haben wir eine Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche und ihre Rechte in Niedersachsen etabliert. Diese setzt sich insbesondere für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen und im Land ein. Mit der Wiedereinrichtung des Landesjugendhilfeausschusses und des Landesjugendamtes haben wir die Expert*innen wieder an den landespolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt und dem Thema Kinder, Jugend und Familie eine übergeordnete Struktur gegeben. Diese Instrumente werden wir auch zukünftig fördern und weiterentwickeln.

Freiräume für Kinder und Jugendliche erhalten

Kinder und Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung Zeit sowie Raum für Selbsterfahrung. Hierfür kommt der Jugendarbeit eine zentrale Rolle zu. Sie unterstützt das ehrenamtliche Engagement von Kindern und Jugendlichen und schafft ein vielfäl-

tiges Spektrum von Angeboten für junge Menschen. Die wichtige Arbeit der vielfältigen Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit werden wir weiterhin fördern: Dazu zählt eine bedarfsgerechte Erhöhung der Zuwendungen und eine Verstetigung von Projektmitteln ebenso wie der Abbau bürokratischer Hürden. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, ehrenamtliches Engagement in Beruf und Ausbildung anzuerkennen und die Gewährung von Sonderurlaub zu erleichtern. Wir wollen darüber hinaus, dass auch in Schule und Studium Freistellungen und Anerkennungszeiten für ehrenamtliches Engagement besser ermöglicht werden.

Die Angebote der politischen Jugendbildung müssen weiterentwickelt und ausgebaut werden. Hier kommt der neuen Landeszentrale für politische Bildung eine wichtige Funktion zu. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Angebote des „Freiwilligen Sozialen Jahres Politik“ auszuweiten, um noch mehr junge Menschen für Politik zu begeistern.

Neben der Jugendverbandsarbeit sehen wir öffentliche Freiräume ohne Konsumbindung wie Jugendzentren, Skateplätze und offene Treffs als wichtiges Angebot. Wir setzen uns – frei nach dem Motto „Spielplatz statt Parkplatz“ – dafür ein, Kommunen bei dem Erhalt und der Schaffung von

Spiel-, Aufenthalts- und Bewegungsflächen zu unterstützen.

Kinderarmut entgegenwirken

Die Kinderarmut in Deutschland steigt – und das trotz wirtschaftlich guter Gesamtlage. In Niedersachsen leben knapp zweihunderttausend Kinder von Hartz IV. Wir GRÜNEN setzen uns für eine bundesweite Kindergrundversicherung ein und haben uns hierzu auf Bundesebene stark gemacht. Wir werden auch weiterhin auf Landesebene alle Möglichkeiten nutzen, um die Einführung der Kindergrundsicherung voranzutreiben und somit jedes Kind finanziell abzusichern und aus dem Hartz-IV-Bezug zu holen. Gleichzeitig werden wir uns im Land und im Bund dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen zur Teilhabe zu verbessern. Hierzu gehört vor allem auch der Zugang zu Bildung und zum gesellschaftlichen Leben. Wir GRÜNEN haben das Ziel, Ausgrenzung zu überwinden und eine funktionierende, allen zugängliche Infrastruktur zu schaffen, statt Kinder und Jugendliche durch Gutscheinsysteme zu stigmatisieren.

Jugendhilfe ist unverzichtbar

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen gegen Sparmaßnahmen in der Jugendhilfe ein. Für uns GRÜNE ist Inklusion auch im Jugend-

hilfebereich wichtig. Deshalb unterstützen wir das Ansinnen, das Jugendhilferecht inklusiv zu gestalten und die Rahmenbedingungen hier zu verbessern. Mit der notwendigen Veränderung des Jugendhilferechts dürfen aber nicht versteckte Sparmaßnahmen einhergehen. Eine Beendigung der Leistungen nach Jugendhilferecht (SGB VIII) mit 18 Jahren lehnen wir ab. Auch als junge Erwachsene müssen sie weiter begleitet werden können. Darüber hinaus halten wir den Ausschluss unbegleiteter, minderjähriger Geflüchteter von den Leistungen des Jugendhilferechts für kontraproduktiv.

Wir GRÜNEN setzen uns auf Bundesebene für die Unterstützung der Entwicklung niedrigschwelliger Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche auch in den Hilfen zur Erziehung („Hilfe zur Entwicklung“) ein. Wir wollen das Angebot von Ombudschaften, also Beschwerdestellen für Kinder, Jugendliche und Familien, auf allen Ebenen ausbauen und stärken. Zudem muss die wichtige Arbeit der Jugendwerkstätten gesichert werden. Wir GRÜNEN unterstützen ambulante Maßnahmen der Jugendhilfe und wollen die Hilfe für straffällig gewordene Jugendliche weiter ausbauen. Wir stehen konsequent hinter dem Leitprinzip „Jugendhilfe statt Knast“ und werden hierfür weiterhin die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Schnittstelle Schule und Jugendhilfe

Jugendhilfe muss alle Kinder mitnehmen, sei es über gute Rahmenbedingungen für die Inklusion, das Vermitteln interkultureller Kompetenzen oder durch die Überwindung von Kinderarmut. Dabei kommt der Jugendhilfe im Ganztagschulbetrieb eine zentrale Bedeutung zu. Hier muss die Schnittstelle von Land, Kommune, Jugendhilfeträger und Schule verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die wichtige Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auf Augenhöhe weiterentwickeln und stärken.

Kinderschutz ernst nehmen

Mit der Forderung nach einem Kinderschutzfördergesetz wollen wir GRÜNEN dafür sorgen, dass Niedersachsen einen großen Schritt zur Ausweitung und Stärkung des Kinderschutzes geht. Auch zukünftig werden wir den Kinderschutz in allen Bereichen konsequent umsetzen und weiterentwickeln. Dazu wollen wir die Kommunen noch stärker unterstützen, Kinderschutzkonzepte zu etablieren. Wir setzen uns für die Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle für Kinderschutzeinrichtungen ein, die mit Kindern arbeiten, die Gewalterfahrungen gemacht haben.

Kindergesundheit stärken

Auch im Gesundheitswesen muss der Kinderschutz vorangetrieben werden. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, das Berechnungssystem im Kindergesundheitswesen zu verbessern und weiterzuentwickeln. Ferner muss der präventive Kinderschutz um psychosoziale Gesundheit erweitert werden. Nichtraucher*innenschutz und Drogenprävention bei Kindern und Jugendlichen müssen weiterhin eine zentrale Rolle zukommen. Zudem werden wir die wichtige Arbeit der Kinderhospize weiterhin unterstützen und fördern.

6.5 Gute Gesundheitsversorgung

Unser Ziel ist ein gerechtes und leistungsfähiges Gesundheitssystem. Eine solidarische Gesundheitspolitik für die Menschen heißt, die bisherige Zweiklassenmedizin in Form zweier Versicherungssysteme abzulösen und die Bürgerversicherung einzuführen. Hierfür machen wir uns auf Bundesebene stark.

Die Gesundheitspolitik für die Menschen in Niedersachsen muss die Prävention stärken, eine wohnortnahe medizinische Versorgung bieten und ein flächendeckendes Pflegeangebot schaffen. Mit der Weiterentwicklung der Gesundheitsregionen haben wir GRÜNEN hierzu die Voraussetzungen deutlich verbessert. Die Basis hierfür sehen wir in einer flächendeckenden, verlässlichen hausärztlichen Versorgung. Um die Versorgungskapazitäten von Facharztpraxen zu erhalten und teure Mehrfachuntersuchungen einzudämmen, sollen Hausärzt*innen die Funktion von Lotsen übernehmen. Ein solches System verbessert die Versorgungsqualität, da eine ganzheitliche, fachübergreifende Beratung zur individuellen Situation angeboten wird: Hausärzt*innen besprechen alle medizinisch sinnvollen diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen mit den Patient*innen und veranlassen, wenn erforderlich, entsprechende Über-

weisungen. Ein Lotsensystem stärkt die freie Arztwahl. Ergänzt wird ein solches hausarztzentriertes Gesundheitssystem durch ein gut ausgebauten Netz von Pflegestützpunkten und Patienteninformationszentren.

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Für die Versorgung der Bevölkerung mit ärztlichen Leistungen hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) einen Sicherstellungsauftrag übernommen. Sie ist daher auch für die Besetzung von Hausarztpraxen im ländlichen Raum in der Pflicht und muss diesen gesetzlich erteilten Auftrag auch durch entsprechende Auflagen und Beschränkungen bei der Zulassung von Kassenärzten erfüllen. Gemeinsam mit der KV hat die Landesregierung begonnen, die Attraktivität des ländlichen Raums über Niederlassungsanreize wie Stipendien zu erhöhen. Die Übertragung von ärztlichen Tätigkeiten an besonders geschultes medizinisches Personal, den oder die VERSorgungsAssistent*in in der Hausarztpraxis (VERAH), ist im Rahmen des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen neu geregelt und ist viel weitreichender als bisher einsetzbar. Besonders mobilitätseingeschränkte Personen können

besser zu Hause versorgt werden. Darüber hinaus muss in ländlichen, unterversorgten Regionen geprüft werden, inwieweit Fahrdienste mobilitätseingeschränkte Patient*innen in die Hausarztpraxen bringen können – möglichst kostenfrei.

Wir GRÜNEN setzen auf eine sektorenübergreifende integrierte medizinische Versorgung, die die ambulanten und stationären Angebote besser vernetzt. Dieses gilt insbesondere für alle Versorgungssektoren einschließlich der Geburtshilfe. Freie Hebammen leisten einen unersetzlichen Beitrag zur selbstbestimmten Geburt, zur Prävention von komplizierten Schwangerschaftsverläufen und zur Stärkung von jungen Familien. Da jedoch die Haftungsrisiken in der Geburtshilfe enorm hoch sind, sind auch die Beiträge zur Berufshaftpflicht für Hebammen in den vergangenen Jahren dramatisch angestiegen. Wir GRÜNEN wollen den Berufsstand der freien Hebammen unbedingt erhalten und dafür deren Haftungsrisiken gesellschaftlich (mit-)tragen.

Für mehr Qualität in Krankenhäusern

Die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens und besonders der stationären Versorgung in Krankenhäusern führt vermehrt dazu, dass Leistungen nicht dort ankommen, wo sie gebraucht werden und

dass sich weniger am Patienten als an der Wirtschaftlichkeit orientiert wird. Besonders Träger mit hohen Renditeerwartungen stehen im Hinblick auf ihren Versorgungsauftrag häufig in der Kritik. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen ist für uns GRÜNE Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Lukrative Geschäftsmodelle von Gesundheitsgroßkonzernen richten sich zu wenig an den Versorgungserfordernissen der Gesellschaft aus. Wir fordern daher, wo immer möglich, den Erhalt einer öffentlichen Trägerschaft. Wir wollen die qualitative Krankenhausaufsicht weiter ausbauen. Die Landesregierung hat darüber hinaus die Krankenhausinvestitionen mit einem Sondervermögen von über 600 Millionen Euro massiv erhöht. Das sichert die bestehende Infrastruktur auch im ländlichen Raum und stärkt die Versorgungsqualität für die Menschen.

Als Konsequenz aus dem „Sonderausschuss Patientenschutz“ wollen wir das Niedersächsische Krankenhausgesetz anpassen und so die Interessen der Patient*innen wieder in den Fokus rücken. Neben der verpflichtenden Einführung von Patientenförsprecher*innen und Stationsapotheker*innen ist in jedem Krankenhaus ein Fehlermeldesystem einzuführen, um Methoden anzuwenden, die sich in anderen Risikobereichen bewährt haben und anerkannt sind. Mit die-

sem System wird die Bereitschaft der Mitarbeiter*innen gefördert, Fehler anonym anzugeben. Das größte Problem, nämlich eine zu geringe Personaldecke vor allem im pflegerischen Bereich, ist jedoch längst identifiziert. Damit in niedersächsischen Krankenhäusern eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patient*innen gewährleistet ist, müssen Pflegefachkraftquoten auf Grundlage pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse festgelegt und verbindlich über das bundesweite Fallpauschalensystem oder über eine Pflegepersonalverordnung eingeführt werden. Die Finanzierung der stationären medizinischen Versorgung über Fallpauschalen steht in der Kritik. Wir GRÜNEN unterstützen Bemühungen, um zu einer neuen Bewertungs- und Finanzierungskonzeption bei der Finanzierung stationärer Leistungen zu kommen. Gerade die kindermedizinische Versorgung ist über Fallpauschalen nicht abbildbar.

Reserveantibiotika dem Menschen vorbehalten

Die wachsende existenzielle Bedrohung des Menschen durch resistente Keime (zum Beispiel MRSA, ESBL) sehen wir als zentrale gesundheitspolitische Herausforderung. Es ist uns in Regierungsverantwortung gelungen, den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung massiv zu reduzieren. Aber Masse ist nicht alles. Vielmehr wollen wir

GRÜNEN sicherstellen, dass ausgewählte Antibiotika, insbesondere die sogenannten Reserveantibiotika, nicht in der Tierhaltung ihre Wirkung verlieren, sondern der Humanmedizin vorbehalten bleiben. Wir wollen darüber hinaus dafür Sorge tragen, dass die Hygiene in den Krankenhäusern deutlich verbessert wird. Hygienestandards müssen verbindlich umgesetzt werden. Die Pflicht der Krankenhäuser zur Einstellung hauptamtlicher Hygienefachkräfte geht auf unsere Initiative zurück. Entsprechend des niederländischen Modells brauchen wir weiterführend das lückenlose Screening von Risikopatient*innen und die konsequente Umsetzung von verbindlichen Hygienestandards. Als Einstieg in ein kontinuierliches Monitoring fordern wir, in den Qualitätsberichten der Krankenhäuser die Screening-Ergebnisse und die Infektionsquoten zu dokumentieren.

Versorgung psychisch kranker Menschen

Psychische Erkrankungen nehmen besonders aufgrund der rasanten Veränderungen in der Gesellschaft und insbesondere im beruflichen Umfeld dramatisch zu. Um dem vorzubeugen, wollen wir die betriebliche Gesundheitsförderung sowie den Arbeitsschutz stärken, denn Prävention ist besser als Rehabilitation. Die klassische, auf langfristige Behandlung von

schweren psychischen Erkrankungen ausgerichtete Antragspsychotherapie wird der kurzfristigen Behandlungsbedürftigkeit aufgrund von Überlastung am Arbeitsplatz oder existenzieller Verunsicherung durch (drohenden) Arbeitsplatzverlust nicht gerecht. Daher hinkt die Versorgung mit ambulanten Angeboten dem Bedarf besonders im ländlichen Raum erheblich hinterher. Wir brauchen für alle Versicherten kurzfristig verfügbare und auf kurze Interventionsdauer ausgerichtete psychotherapeutische Angebote – so wie sie in den Hausarztverträgen der Krankenkassen für ausgewählte Personengruppen bereits vorgesehen sind. Mit dem ersten Landespsychiatrieplan in Niedersachsen haben wir den richtigen Schritt gemacht, um die psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung sowie die ambulante psychiatrische Pflege in allen Regionen gemeindenah zu sichern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für einen weiteren flächendeckenden Ausbau der Sozialpsychiatrie über Sozialpsychiatrische Zentren und Sozialpsychiatrische Verbünde ein. Der sozialpsychiatrische Dienst der Kommunen wird zu einer niedrigschwelligen Anlaufstelle mit Lotsenfunktion für alle Betroffenen flächendeckend ausgebaut.

Die Behandlung von traumatisierten Geflüchteten stellt eine besondere Herausforderung für unsere Regel-

systeme dar. Deshalb haben wir in Regierungsverantwortung die psychiatrische Versorgung um ein psychosoziales Beratungs- und Traumazentrum für Geflüchtete und Folteropfer ergänzt. Wir werden die Behandlung traumatisierter Geflüchteter und Folteropfer für ganz Niedersachsen ausbauen.

Prävention und Selbsthilfe stärken

Wir GRÜNEN wollen Prävention und Gesundheitsförderung in Schulen, Kitas, Betrieben, Behörden sowie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen verankern. Schwerpunkt muss dabei die Verhältnisprävention, also eine gesundheitsschützende Umgebung im Betrieb und am Arbeitsplatz sein. Hier bieten die bereits tätigen Präventionsfachkräfte die notwendige Expertise. Ziel ist es, zu verbindlichen und langfristig angelegten Kooperationsvereinbarungen zu kommen.

Wir fordern die Wiedereinrichtung von dezentralen Unabhängigen Patientenberatungsstellen (UPB) in Niedersachsen, um Menschen in allen Belangen von Gesundheit, Pflege, Rehabilitation und Selbsthilfe beraten zu können und den Verbraucher*innenschutz zu stärken. Niedersachsen kann und darf nicht länger auf die bundesweite Stiftung für Prävention warten. Die Mittel für Prävention und Selbsthilfe sind längst zum Spielball von Einzel-

Interessen oder der Marketing-Abteilungen der Krankenkassen geworden. Wir GRÜNEN wollen deshalb eine Landesstiftung für Prävention einrichten.

Mit Suchtmittelkonsument*innen verantwortungsvoll umgehen

Wir wollen das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land erhalten und ausbauen, damit individuell auf die Menschen mit Suchtproblemen eingegangen werden kann. Besondere Unterstützung muss die Arbeit mit stoffungebundenen Suchtformen – zum Beispiel Spielsucht – erfahren. Wir setzen auf Präventionsarbeit, die mündigen und risikoarmen Konsum unterstützt und somit gesundheitliche Schäden und Abhängigkeit vermeiden hilft. Kinder stark zu machen ist die beste Drogenprävention. Deshalb werden wir Schulen, Kitas, Suchtberatungsstellen sowie Familien und Gesundheitszentren hierbei weiterhin unterstützen. Auf Hilfs- und Präventionsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene, die sogenannte Partydrogen (etwa Alkohol, Cannabis, Amphetamine) in riskanter Weise konsumieren, soll ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Des Weiteren setzen wir uns für Modellversuche von Drugchecking-Angeboten ein, die mit Präventionsangeboten verbunden sind und Konsument*innen die Möglichkeit geben, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem Konsum zu er-

kennen. In den letzten Jahren hat es bedeutende Fortschritte im Nichtraucherschutz gegeben. Für uns hat aktiver Nichtraucher*innenschutz weiterhin Priorität. Dazu gehört aus Gründen des konsequenten Gesundheitsschutzes besonders der notwendige Schutz von Kindern und Jugendlichen. Werbung für Nikotin und Alkohol lehnen wir GRÜNEN ab.

Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Bei Konsumdelikten bedeuten die straf- und verkehrsrechtlichen Konsequenzen eine zusätzliche Hürde bei der beruflichen und sozialen Wiedereingliederung vor allem junger Menschen. Den Konsum von Cannabis wollen wir deshalb entkriminalisieren und die sogenannten geringen Mengen, bis zu denen Strafverfahren eingestellt werden können, anheben. Wir unterstützen die Einführung eines Pilotprojektes zur geregelten Abgabe von Cannabis in Apotheken. Durch die legale Abgabe lässt sich der Jugend- und Verbraucherschutz wirksam verbessern und der organisierten Kriminalität ein wichtiger Nährboden entziehen. Noch wirkungsvoller wäre allerdings die umgehende Einführung eines Cannabiskontrollgesetzes, wie es die GRÜNEN im Bund vorgeschlagen haben.

Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch auf gesundheitliche

Prävention. Wir wollen ihnen deshalb die notwendige Hilfe zuteil werden lassen. Dafür ist es notwendig, Diarmorphin (Heroin) ebenso wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen Behandlung und damit auch als Medikamente anzuerkennen und ihren Einsatz weiter auszubauen. Sofern eine Versorgung mit Methadon und andere Substitutionsbehandlungen nicht durch ambulant niedergelassene Arztpraxen erbracht werden kann, sind Substitutionsambulanzen an Kliniken einzurichten. Sterile Hilfsmittel, Substitutionsbehandlung sowie Drogen und Suchtberatung gehören auch in den Strafvollzug. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr Drogenkonsumräume, also für Räumlichkeiten ein, die die Ausstattung für einen risikominimierenden Konsum von Betäubungsmitteln für Abhängige bieten.

6.6 Menschenwürdige Pflege

Die Menschen in unserem Land haben eine der höchsten Lebenserwartungen weltweit. Im Alter noch aktiv zu sein, selbstbestimmt zu leben und aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben, ist nicht nur Wunschdenken, sondern glücklicherweise für immer mehr Menschen auch Realität: Die meisten der heute 75-Jährigen sind gesünder, leistungsfähiger und aktiver als Gleichaltrige vor 20 Jahren. Gleichwohl wird sich Prognosen zufolge die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2050 etwa verdoppeln – während die Zahl der Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden, stagniert. Gegen den drohenden Pflegenotstand setzen wir GRÜNEN auf verbesserte Arbeitsbedingungen, weitere Qualifizierungen einschließlich Akademisierungen und eine starke Interessenvertretung der Pflegeberufe.

Grüne Pflegepolitik stellt den Menschen mit seinem Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Würde sowie die solidarische Absicherung des Pflegerisikos in den Mittelpunkt des politischen Handelns. Eine gute und sichere Pflege ist unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge. Der Landespflegebericht bestätigt eindrucksvoll den stark steigenden Bedarf an qualifizierter Pflege. Gleichzeitig bestehen schon heute erhebliche personelle

Engpässe in der Pflege. Es muss daher Ziel der Bildungs- und Gesundheitspolitik sein, mehr Menschen für Berufe im Bereich der Pflege zu gewinnen und die Rahmenbedingungen für bedarfsgerechte Pflege zu verbessern. Zur Unterstützung der Nachwuchsgewinnung haben wir GRÜNEN in Regierungsverantwortung beispielsweise die Schulgeldfreiheit in der Altenpflege gesetzlich abgesichert. Zudem haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Zusammenführung der Fachkraftberufe in der Pflege zu einer einheitlichen, generalistischen Pflegeausbildung vorangetrieben wird. Mit dem neuen Niedersächsischen Heimgesetz (NHeimG) und den damit verbundenen Regelungen zu unterstützenden Wohnformen hat das Land zudem die Gründung und den Betrieb innovativer selbstbestimmter Wohnformen erleichtert und Unsicherheiten bei der Abgrenzung von Heimen zu ambulant betreuten Wohnformen ausgeräumt. Es wurden gute Rahmenbedingungen geschaffen, um echte Pluralität im Bereich der alternativen Wohnformen entstehen zu lassen. Dem Ziel, für die Menschen in Niedersachsen passgenaue Angebote zu bieten, sind wir damit ein Stück weit nähergerückt. Dazu gehört unter anderem das Sonderprogramm „Wohnen und Pflege“ mit dem neue, zum Beispiel gemeinschaftliche

und betreute Wohnformen bei zunehmender Unterstützungsbedürftigkeit gefördert werden. Mit dem neuen Förderprogramm des Landes „Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum“ werden Maßnahmen unterstützt, die der ambulanten Pflege und verbesserten Arbeits- und Rahmenbedingungen sowie der Kooperation und Vernetzung dienen. Dazu zählt auch eine leichtere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Pflegekräfte oder die Einführung von technischen und EDV-basierten Systemen im ländlichen Raum. Diesen Bereich gilt es insbesondere in strukturschwachen Regionen zu entwickeln. Dafür setzen wir GRÜNEN uns ein.

Gute Pflege sichern und Pflegende stärken

Die Sicherung des selbstständigen und auch bei Pflegebedürftigkeit menschenwürdigen Lebens ist eine große Herausforderung. Eine große Mehrheit der pflegebedürftigen Menschen will in ihrem vertrauten sozialen Umfeld wohnen bleiben. Fast drei Viertel der Betroffenen werden durch Angehörige versorgt und gepflegt, die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Deshalb brauchen wir Netzwerke und therapeutische Maßnahmen, die es pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, ein Höchstmaß an Selbstständigkeit zu behalten. Prävention, Therapie und Reha-

bilitation haben für uns Vorrang vor der Pflege. Hochwertige ambulante und teilstationäre Angebote in Wohnortnähe wollen wir GRÜNEN stärken und ausbauen. Dazu zählt besonders der Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze in Niedersachsen, damit wir dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden. Für den Aufbau von Netzwerken und Diensten brauchen wir ein soziales Quartiersmanagement.

Persönliches Pflegebudget

Das Gutachter*innenverfahren, mit dem die pflegebedürftigen Menschen entsprechend ihrer körperlichen und psychischen Einschränkungen in fünf verschiedene Pflegegrade eingestuft werden, muss neu strukturiert werden. Nur so kann es gelingen, neben den körperlichen und psychischen Defiziten auch die sozialen Bedürfnisse angemessen zu berücksichtigen. Entgegen der bisherigen festgeschriebenen Pflegeleistungen wollen wir ein persönliches Pflegebudget einführen, das direkt an die Betroffenen ausbezahlt wird, damit Pflegebedürftige und ihre Angehörigen selbst über Art und Umfang der in Anspruch genommenen Leistungen entscheiden können.

Wir GRÜNEN setzen uns für ein neues System der Pflegeversorgung ein, indem wir neben konventionellen Pflegeheimen alternative Wohnformen

für Pflegebedürftige sowie eine gut organisierte und finanzierte ambulante pflegerische Versorgung verstärkt fördern. Um diese Anforderungen gewährleisten zu können, fordern wir ein angemessenes, das heißt höheres Pflegegeld und eine bessere Ausbildung und Begleitung der pflegenden Angehörigen. Die kommunalen Pflegestützpunkte müssen zu festen Partnern bei Pflegebedürftigkeit ausgebaut werden und bei Beantragung von Pflegeeinstufung grundsätzlich aufsuchende Hilfe anbieten. Fest angestellte Gemeinde- oder Quartierspflegekräfte, die über bestehende Bedarfe und die geleisteten Hilfen informiert sind, könnten pflegende Angehörige erheblich entlasten und Überforderungssituationen rechtzeitig erkennen. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Einrichtungen das Einzelzimmer als individueller Rückzugsraum und zur Wahrung der Intimsphäre Standard wird.

Pflegenotstand beenden – Pflegeberufe attraktiv gestalten

Der Pflege- und Gesundheitssektor ist eine Zukunftsbranche. Der Bedarf an professioneller Pflege wird sich durch die demografische Entwicklung stetig erhöhen. Allerdings fehlt es vielerorts bereits heute an Fachkräften. Um den drohenden Notstand zu beenden, müssen wir vor allem die Arbeitsbedingungen und die Verdienstmöglich-

keiten in Pflegeberufen verbessern. Wir GRÜNEN sorgen dafür, dass die Interessen der Pflegeberufe besser vertreten werden. Dazu haben wir auf Initiative und nach Befragung der Beschäftigten in der Pflege die Gründung der Pflegekammer Niedersachsen auf den Weg gebracht. Die Beschäftigten in den Pflegeberufen haben damit jetzt endlich auch eine starke Interessenvertretung an ihrer Seite, wie es sie für die Ärzt*innenschaft schon lange gibt. Wir setzen uns für einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag und einen besseren Personalschlüssel ein, der an bundeseinheitlichen Vorgaben für Pflegestandards orientiert ist. Um den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Pflegebereich zu erhöhen, haben wir GRÜNEN dafür gesorgt, dass die Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse verbessert wird. Zusätzlich machen wir uns für die weitere Qualifizierung ausländischer Pflegekräfte durch Sprachkurse und die Förderung von Bildungsstätten stark. Die Weiterbildung Angehöriger sowie ehrenamtlich engagierter Menschen zu Alltagsbegleiter*innen kranker und pflegebedürftiger Menschen wollen wir fördern und ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen das Freiwillige Soziale Jahr auch im Pflegebereich absolvieren und diese Zeit bei einer späteren Berufsausbildung anerkennen lassen können.

Würde bis zum Lebensende bewahren

Viele Menschen haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit Freund*innen und Angehörigen im gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht anders aus: Die meisten Menschen sterben in Institutionen wie Pflegeheimen und Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende schwerstkranker Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung. Diese wurde immer schon und wird auch heute zum größten Teil von Hausärzten und Pflegediensten geleistet. Die Einführung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) als eine finanziell besonders gut ausgestattete Komplexleistung sehen wir kritisch. Um einer Spaltung zwischen Erbringern von allgemeiner und spezialisierter Palliativversorgung entgegenzuwirken und die gute Versorgung für alle Bedürftigen sicherzustellen, fordern wir von den Verhandlerkommissionen für Niedersachsen ein integratives Konzept.

7. NACHHALTIG MOBIL IM GANZEN LAND

Die Zukunft der Mobilität ist nachhaltig und klimaschonend: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen ökologischen Wandel hin zu alternativen Antriebssystemen im Automobilbereich und einer Stärkung von Bus, Bahn sowie neuen Mobilitätskonzepten ein.

Wir GRÜNEN setzen uns für eine Mobilität ein, die bei bestmöglicher Vermeidung von Verkehr dem Mobilitätsbedarf der Menschen entgegenkommt. Allerdings hat der Verkehr auf Niedersachsens Straßen, Schienen und Flüssen auch in den letzten Jahren weiter zugenommen. Trotz des verstärkten Ausbaus und der Zuwächse im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel und beim Radverkehr haben immer noch PKW und LKW den größten Anteil daran. Beim Güterverkehr haben leider überwiegend LKW-Fahrten zuge-

nommen. Entsprechend ist der Verkehrsbereich noch weit entfernt von der Umsetzung des Klimaschutzziels, bis 2020 mindestens 40 Prozent seiner Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 zu reduzieren. Der Ausstoß klimaschädigender Gase aus dem Verkehrssegment ist sogar noch gestiegen. Darüber hinaus sind der Verkehrslärm sowie krebserregende Feinstäube und Stickoxide ein immer noch drängendes Problem – gerade in den Städten und Ballungsräumen. Eine Verkehrswende hin zu mehr öffentlichem Verkehr, zur Förderung des Radverkehrs, zur Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraße ist dringender denn je.

Grüne Verkehrswende

Wir GRÜNEN stehen für eine moderne, innovative Verkehrspolitik, die auf der einen Seite den Mobilitätsbe-

darf der Menschen im Blick hat, auf der anderen Seite konsequent die Klimaschutzziele von Paris verfolgt. Mobilität muss und kann ohne fossile Brennstoffe und möglichst effizient gestaltet werden. Dabei hilft uns der technische Fortschritt: So werden Elektroautos immer leistungsfähiger und preiswerter. Zudem verändert sich das Mobilitätsverhalten vieler Menschen. Die Kombination von Fahrrad, öffentlichen Verkehrsmitteln und Carsharing-Angeboten sowie Mitfahrgelegenheiten wird zumindest in den Städten immer beliebter. Eine Entwicklung, die mit digitaler Vernetzung und guter Infrastruktur auch auf den ländlichen Raum übertragen werden kann.

Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung konsequent an der Gestaltung dieser Mobilität der Zukunft gearbeitet und erste Erfolge erzielt. Beispiele hierfür sind der Reaktivierungsprozess für mehr Bahnstrecken und -stationen sowie die Förderung der Radmobilität. Diese Entwicklungen brauchen kluge Innovationen, hohe Investitionen und einen langen Atem der Politik auf allen Ebenen.

7.1 In den Bestand statt in neue Autobahnen investieren

Die Schwerpunktsetzung des von der Großen Koalition verabschiedeten Bundesverkehrswegeplans steht klar im Widerspruch zu den Klimazielen der Bundesrepublik. Die wirklichen verkehrspolitischen Herausforderungen sind nicht mit neuen Autobahnen und Fernstraßen zu meistern. Doch trotz des grünen Drucks aus Niedersachsen ist es noch nicht gelungen, eine andere Verkehrspolitik im Bund durchzusetzen. Dafür benötigen wir auf Bundesebene eine andere Mehrheit, die ökologischen Interessen mehr Gewicht verleiht und in den kommenden Jahren die Investitionsschwerpunkte auf den Ausbau der klimafreundlichen Verkehrsträger verschiebt.

Jeder Neubau einer Autobahn oder einer Fernstraße ist mit erheblichen naturräumlichen Belastungen und mit großen Kosten verbunden. Sie sind nicht nur umwelt- und klimapolitisch die falsche Antwort auf die Herausforderungen zukünftiger Mobilität, sondern auch volkswirtschaftlich nicht vertretbar. Statt in neue Autobahnen zu investieren, muss vielmehr die bestehende Infrastruktur im Fokus stehen. Wir GRÜNEN lehnen daher nachdrücklich auch weiterhin Planung und Bau der Autobahnen A20, A39 und A33 genauso ab wie den Ausbau der E233.

ÖPNV stärken

Wir GRÜNEN haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die sogenannten Entflechtungsmittel zu einem deutlich größeren Teil in den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) und den Ausbau der Radwegenetze fließen. Besonders der schienengebundene öffentliche Nahverkehr ist für den alltäglichen Weg zur Arbeit sehr attraktiv und muss weiter ausgebaut werden. Wenn das Angebot stimmt und die Taktung gut ist, sind Regionalzüge und S-Bahnen eine erfolgreiche Alternative zum PKW. Im Bund machen wir uns für die Einführung des Deutschlandtaktes und damit für eine smarte Verknüpfung aller öffentlicher Verbindungen in Deutschland – vom ICE bis zum Rufbus – stark. Wir GRÜNEN wollen einen landesweit gültigen ÖPNV-Tarif mit einem einfachen Vertriebssystem und standardisierten Fahrscheinautomaten. Der Zugang zu einem Ticket muss unkompliziert und die Preise für alle bezahlbar sein. Wir wollen für den S-Bahn-, Nah-, und Regionalverkehr eine höhere Taktung und mehr Fahrgastkapazitäten schaffen und daher die 1. Klasse abschaffen. Wir setzen uns zudem dafür ein, das erfolgreiche Konzept der Reaktivierung von Schienenstrecken fortzusetzen. Die dazu notwendigen finanziellen Aufwände

für diese Investitionen müssen auch über das Jahr 2019 hinaus, mit Beendigung der Bund-Länder-Finanzierung (Entflechtungsmittel), gesichert und zweckgebunden in den ÖPNV investiert werden. Wir GRÜNEN wollen 150 Millionen Euro und eine zweiprozentige Dynamisierung des Ansatzes im Landeshaushalt für diese Maßnahmen, um den notwendigen Wandel der Mobilität in Niedersachsen entschieden voranzutreiben. Wir wollen einen ticketlosen, solidarisch finanzierten ÖPNV in Niedersachsen. Dies wollen wir zunächst auf Kosten und Umsetzbarkeit hin prüfen und über Förderprogramme für Modellprojekte auf den Weg bringen.

7.2 Klimaschonend unterwegs

Gerade im ländlichen Raum sind die Menschen vielfach auf ein Auto angewiesen. Hier wollen wir klimaschonende Alternativen anbieten und eine verbesserte e-mobile Infrastruktur aufbauen. Wir werden eBike- und eCar-Sharing-Stationen insbesondere an Bahnhöfen in Verbindung mit Ladesäulen für Elektroautos fördern. Zudem setzen wir uns für die Erweiterung von Verleihangeboten und ausreichend geschützte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an den wichtigen Umsteigebahnhöfen und Haltestellen ein.

Für viele Reisende ist heute die Fahrradmitnahme in den Zügen des Nah- und Fernverkehrs schwierig – und in allen ICE-Zügen sogar unmöglich. Das wollen wir ändern. Deshalb fordern wir den Bund als Eigentümer der Deutschen Bahn auf, diese zu verpflichten, in allen Zügen die Fahrradmitnahme zu ermöglichen und die Konzepte für ihren Fuhrpark fahrradtauglich zu überarbeiten.

CO₂- und schadstofffreie Mobilität fördern

Der motorisierte Individualverkehr muss zukünftig emissionsfrei organisiert werden. Damit schützen wir das Klima und geben der Wirtschaft neue

Impulse (siehe Kapitel 9.1, Ländliche Räume zukunftsfähig gestalten). Wir wollen Modellprojekte in Kommunen finanziell fördern, die für innerstädtische Lieferverkehre der sogenannten „letzten Meile“ zukünftig nur noch Elektrofahrzeuge oder Lastenräder einsetzen. Im innerstädtischen Bereich soll eine Regelung zum privilegierten Parken für Carsharing-Anbieter den Kommunen eine rechtssichere Grundlage für die Einrichtung weiterer eCarsharing-Stationen garantieren, insbesondere in Verbindung mit Ladesäulen für Elektroautos. Taxis ergänzen den öffentlichen Nahverkehr dort, wo keine oder zu wenig Busse und Bahnen fahren. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass mehr Taxis in Niedersachsen mit Elektro- und Hybridmotoren fahren. Hierfür möchten wir ein Förderprogramm aufsetzen, das Taxiunternehmen beim sukzessiven Umstieg auf ökologische Antriebstechnologien, gerade in unseren Großstädten, unterstützt.

Raum für mehr Lebensqualität

Die Wohn- und Lebensqualität der Bewohner*innen der Städte und der ländlichen Regionen wird durch Straßenlärm, Feinstaub und selbst durch den ruhenden Verkehr stark beeinträchtigt. Die Straße gehört heu-

te immer noch dem Auto und nicht den Menschen. Diese Belastungen lassen sich nur reduzieren, wenn die Zahl der Fahrzeuge sinkt. Dazu gilt es bei der Stadt- und Raumplanung sowie in den Politikfeldern Wohnen, Bildung, Arbeiten und Mobilität vorausschauend zu planen. Damit Menschen praxistaugliche Alternativen zum eigenen Auto erhalten, muss das Land neue innovative Verkehrsräume entwickeln. Kopenhagen und andere europäische Städte machen vor, wie man durch eine über viele Jahre konsequente Verkehrspolitik zugunsten des Umweltverbunds aus Fußverkehr, Fahrrad, ÖPNV und Car-Sharing-Angeboten diese als echte Alternativen ausbauen kann. Eine gute Stadt- und Raumplanung entwickelt dabei den Verkehrsraum nicht mehr als Fläche für den Autoverkehr, sondern als Lebensraum für Menschen. Verkehrskonzepte wie Gemeinschaftsstraßen, Fahrradstraßen und großzügige Shared-Space-Bereiche, aber auch breite Radwege zwischen Wohnquartieren und Arbeits- und Bildungsstätten sind das Stadtbild der Zukunft (siehe Kapitel 9.6, Bauen und Wohnen). In allen großen Städten müssen wir feststellen, dass Autos viel zu viel Fläche einnehmen. Ob nun auf viel befahrenen Straßen oder auf Parkflächen. Kaum eine Straße ist zu finden, in der nicht dicht an dicht Autos parken und damit den Streifen zwischen Bürgersteig und Straße markieren. Wir GRÜNEN

finden: Die Städte den Menschen! Daher setzen wir uns dafür ein, dass Autos stückweise aus den Städten verbannt werden. Parkplätze sollen sukzessive reduziert und zu Flächen der Begegnung, der Natur und der Kunst werden. Um dieser Vision gerecht zu werden, setzen wir uns für die Abschaffung der Stellplatzpflicht in der niedersächsischen Bauordnung ein. Wir finden nicht, dass jeder Neubau zwangsweise die Notwendigkeit von Kfz-Parkflächen mit sich bringt. Stattdessen fordern wir eine Fahrradstellplatzpflicht auch für Wohnungen. Einige Projekte autofreien Wohnens in Deutschland zeigen: Die Idee findet Zulauf und funktioniert wunderbar. Daher wollen wir den Bau autofreier Siedlungen finanziell und durch Beratung fördern. Bewohner*innen autofreier Wohnsiedlungen möchten wir einen vergünstigten Zugang zum öffentlichen Nahverkehr schaffen.

Radfahren macht Spaß, ist einfach und auf kurzer Strecke konkurrenzlos schnell. Es schont dabei das Klima, vermindert das Risiko des Verkehrsinfarkts und erhöht gleichzeitig die Mobilität und die Gesundheit der Menschen. Vor allem in den Städten verzichten immer mehr Haushalte auf das Auto und steigen teilweise auf das Fahrrad als Hauptverkehrsmittel um. Jeder dritte Haushalt in deutschen Großstädten besitzt kein Auto und ist stattdessen mit dem Fahrrad mobil.

Mehr Lust aufs Rad

Wir GRÜNEN stehen für eine Verkehrspolitik, die ÖPNV, Fuß- und Radinfrastruktur ausbaut und sich weniger einseitig an den Bedürfnissen des Autoverkehrs ausrichtet. Radfahren soll Freude machen und sicher sein. Wir wollen sukzessive eine attraktive Fahrradinfrastruktur in Stadt und Land ausbauen und damit Angebote schaffen, um vom Auto auf das Rad umsteigen zu können. Dazu bedarf es eines Gesamtpaketes aus der Umgestaltung des Verkehrsraums mit Service- und Fahrradstationen, besseren Nutzungsmöglichkeiten für Lastenräder sowie familien- und kinderfreundlichen Wegekonzepten. Die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln sollte nicht nur praktikabel und nutzerfreundlicher sein, sondern endlich auch kostenfrei. Dazu müssen wir auf die Fahrzeughersteller, die Deutsche Bahn und die Verkehrsgesellschaften zugehen.

Wir fordern die Einführung des „IDAHO-Stop“ für Niedersachsen! Diese Regel erlaubt Radfahrer*innen, ein Stoppschild wie ein Schild „Vorfahrt gewähren!“ und eine rote Ampel wie ein Stoppschild zu behandeln. Diese Regelung wird den Radfahrer*innen in ihrer Selbstbestimmung und ihrer Fahrweise eher gerecht als die Angleichung an Regeln, die auf den Autoverkehr

zugeschritten sind. Damit tragen wir dazu bei, dass Radfahrer*innen schnell und einfach vorankommen und nicht wie derzeit dauerhaft von roten Ampeln ausgebremsst werden. Außerdem erhöht der IDAHO-Stop die Aufmerksamkeit aller Verkehrsteilnehmer*innen im Straßenverkehr.

Leider sterben immer noch viel zu viele Radfahrer*innen im Straßenverkehr oder werden schwer verletzt. Wesentliche Gründe dafür sind die vielerorts veraltete oder nicht vorhandene Radinfrastruktur und fahrradunfreundliche Verkehrsregeln. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, muss das Fahrrad im Straßenverkehr seinen Raum finden und als gleichberechtigtes Verkehrsmittel anerkannt werden. In diesem Sinne setzen wir uns für den Ausbau von markierten Rad- und Schutzstreifen auf Straßen, die Überquerung von Kreuzungen innerhalb einer Grünphase für Radfahrer*innen sowie für eine angemessene Ahndung des gefährlichen Falschparkens auf Geh- und Radwegen ein.

Wir GRÜNEN wollen nicht nur den Straßenverkehr sicherer machen und den Verkehrsraum fahrradfreundlicher gestalten, sondern auch unseren Nachwuchs fit für die CO₂-freie individuelle Radmobilität machen.

7.3 Den Menschen im Blick – Lärm- und Gesundheitsschutz verbessern

Das Schienenausbauprojekt „Alpha-E“ in Niedersachsen für den Seehafen-hinterlandverkehr ist eines der wichtigsten Infrastrukturgroßprojekte in der gesamten Bundesrepublik. Die Ausbauvariante wurde in einem beispielhaften Bürgerbeteiligungsverfahren des Landes erarbeitet. Für die Umsetzung und die Akzeptanz in der Region ist effektiver Lärmschutz unverzichtbar. Wir fordern den Bund auf, dafür zu sorgen, dass bei der Planung der optimierte Lärmschutz entsprechend der im Dialogforum Schiene-Nord erarbeiteten Bedingungen der Region konsequent berücksichtigt wird. Das gilt für sämtliche Aus- und Neubaustreckenabschnitte sowie die Bestandsstrecken im direkten Anschluss an diese, bei denen selbst keine bauliche Veränderung erfolgt. Dafür müssen auch die Initiativen an den betroffenen Abschnitten umfassend eingebunden und ihre Anliegen berücksichtigt werden. Der Bund und das Land müssen zu ihrer Verantwortung stehen und am Ende des Prozesses einen erweiterten Lärmschutz in der Region auch finanzieren. Die Menschen haben ein Recht auf ihre Gesundheit und effektiven Schutz vor Lärm.

Belastungen durch den Flugverkehr reduzieren

Hannover ist der einzige norddeutsche Flughafen ohne Flugpause in den Nachtstunden. Die derzeitige Betriebsgenehmigung sieht eine Betriebszeit von 24 Stunden vor und enthält keine Lärmpausen hinsichtlich des Nachtflugverkehrs. Wir wollen, dass dem Lärmschutz und der Gesundheit der Anwohner*innen zukünftig besser Rechnung getragen wird. Deshalb fordern wir konsequente Nachtflugverbote. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Klimagase aus dem Flugverkehr ebenso zu vermindern wie die Lärmbelastung. Dazu wollen wir eine Reform des Luftverkehrsgesetzes initiieren. Zusätzlich sind eine verursachergerechte Besteuerung des Flugverkehrs und eine an aktuelle medizinische Erkenntnisse angepasste Überarbeitung des Fluglärmsgesetzes überfällig.

7.4 Die Schifffahrt ökologisch gestalten

Rund 90 Prozent des weltweiten Güterverkehrs werden per Schiff abgewickelt – eine Vervierfachung gegenüber den 1970er Jahren. Die internationale Seeschifffahrt hat den globalen Handel extrem effizient und preiswert gemacht. Trotz des erheblichen Verbesserungsbedarfs insbesondere bei den Schwefel- und Stickoxidemissionen ist das Schiff der mit Abstand umweltfreundlichste Verkehrsträger: Während ein LKW über 200 Gramm CO₂ je Tonnen-Kilometer (Transport einer Tonne über einen Kilometer) ausstößt, kommt das Seeschiff mit etwa 15 Gramm CO₂ je Tonnen-Kilometer aus. In Europa werden rund 80 Prozent des Im- und Exports über die Häfen der sogenannten Nordrange abgewickelt, zu denen auch die drei großen norddeutschen Seehäfen in Hamburg, Bremen und Wilhelmshaven gehören. Mit dem 2012 in Betrieb genommenen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven verfügt Niedersachsen über den einzigen deutschen Tiefwasserhafen, der tideunabhängig selbst von den größten Containerschiffen angelaufen werden kann. Damit sind weitere Vertiefungen von Weser und Elbe überflüssig geworden.

Keine weiteren Flussvertiefungen

Insgesamt acht Mal ist die Unterelbe

als Zufahrt zum Hamburger Hafen auf inzwischen 14,90 Meter Fahrwassertiefe bisher ausgebaut worden; eine weitere Vertiefung wird vorbereitet. Der Weser geht es kaum besser: Sie wurde seit Ende des 18. Jahrhunderts insgesamt fünf Mal auf eine aktuelle Tiefe von bis zu 14 Metern ausgebaut. Auch hier droht die nächste Ausbaggerung. Wir GRÜNEN lehnen weitere Vertiefungen von Elbe und Weser eindeutig ab: Sie sind für die Flüsse und ihre Auen nicht nur ökologisch extrem schädlich, sondern gefährden massiv die Deichsicherheit, da die Strömung stärker wird und das Hochwasser der Nordsee schneller und weiter in das Binnenland vordringen kann.

Statt die Hafenkonkurrenz der norddeutschen Bundesländer zu Lasten der Umwelt und der Steuerzahler*innen weiter zuzuspitzen, setzen wir GRÜNEN auf eine norddeutsche Hafenkooperation. Jahrzehntelanges Kirchturmdenken der deutschen Nordseeanrainer-Bundesländer muss endlich zugunsten einer gemeinsamen norddeutschen Hafenpolitik beendet werden. Deshalb arbeiten wir GRÜNEN mit den Nordseeanrainerländern zusammen an der Umsetzung eines gemeinsamen Hafenkonzepts, von dem am Ende alle profitieren und das

Deichsicherheit und Natur- und Umweltschutz gewährleistet.

Jade-Weser-Port mit moderner Hinterlandanbindung

In den letzten 20 Jahren hat der weltweite Warenaustausch stark zugenommen. Unsere Seehäfen sind wichtige Knotenpunkte im Güterverkehr. Nahrungsmittel, Handys, Computer und fast jedes Kleidungsstück wird mit dem Schiff zu uns gebracht. Eine der größten Stärken des Hamburger Hafens ist seine funktionierende Hinterlandanbindung: Rund 45 Prozent der ankommenden Güter werden umweltfreundlich von dort über die Schiene ins Hinterland weitertransportiert. Dieser wichtige Standortfaktor einer funktionierenden Hinterlandanbindung fehlt dem niedersächsischen Tiefseehafen in Wilhelmshaven noch und muss dringend nachgebessert werden. Deshalb treten wir GRÜNEN für eine durchgehend zweigleisig ausgebauten elektrifizierte Schienenanbindung des Jade-Weser-Ports ein. Die ersten Teilstücke wurden bereits in Betrieb genommen. Bis 2022 soll das Projekt insgesamt abgeschlossen sein.

Green Shipping

Knapp vier Prozent der EU-weiten CO₂-Emissionen sind auf den Schiffsverkehr zurückzuführen. Mit 25 bis 30 Prozent deutlich höher ist jedoch der

Anteil der Schifffahrt an den Schwefel- und Stickoxidemissionen: Wesentlicher Grund dafür ist der Einsatz von Schweröl – ein Abfallprodukt der Erdölraffinerie – als Schiffstreibstoff in der Seeschifffahrt.

Wir GRÜNEN haben diese Problematik erkannt und das Kompetenzzentrum für nachhaltige Schifffahrt – das „Green Shipping Competence Center Niedersachsen“ – in Leer und in Emsfleth gemeinsam mit engagierten Kräften aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft auf den Weg gebracht. An diesen Hochschulstandorten werden traditionell die Nachwuchskräfte für den See- und Landeinsatz in der maritimen Wirtschaft ausgebildet. Jetzt entwickelt und testet das neue Zentrum hier beispielsweise neue Schiffsantriebe und Ballastwasserreinigungssysteme. Wir GRÜNEN wollen dem Kompetenzzentrum die erforderlichen Mittel nachhaltig zur Verfügung zu stellen, damit hier kontinuierlich an wichtigen Zukunftstechnologien geforscht werden kann. Wir setzen uns zudem für wirtschaftliche Landstromanschlüsse ein, damit die Schiffe ihren Strom im Hafen nicht selbst mit rußenden Dieselgeneratoren erzeugen müssen. Wir wollen Investitionen in Gastankstellen (LNG) für Seeschiffe vorantreiben. Den mit der Initiative „Hafen +“ der landeseigenen Hafenbetreibergesellschaften Nports in unseren Häfen eingeschlagenen Weg der

Energieeinsparungen und des nachhaltigen Wirtschaftens werden wir konsequent weitergehen. Ob energieeffiziente Beleuchtungssysteme, intelligente Logistiklösungen oder Abfallvermeidungsstrategien – dies alles ist nicht nur gut für die Umwelt, sondern senkt die Kosten und ist damit auch gut für die Landeskasse. Außerdem setzen wir uns auf der Ebene der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation IMO für weltweite Verbesserungen im internationalen Seeverkehr ein, denn die dringend gebotene Reduzierung der Umweltbelastungen der internationalen Seeschifffahrt ist allein national nicht zu lösen.

8. STARKE INFRASTRUKTUR, NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

In Niedersachsen sind aktuell so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie nie zuvor in der Geschichte des Landes. Das ist vor allem auf einen leistungsfähigen und breit aufgestellten Mittelstand zurückzuführen, denn fast zwei Drittel der Beschäftigten unseres Landes arbeiten in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die niedersächsische Wirtschaft ist strukturell durch eine starke Fahrzeug- und Ernährungswirtschaft geprägt. Deutlich an Bedeutung gewonnen haben in den vergangenen Jahren die erneuerbaren Energien als Wirtschaftsfaktor. Die Zukunfts-

fähigkeit dieser Schlüsselbranchen hängt nicht zuletzt davon ab, den ökologischen Wandel anzunehmen und innovativ voranzutreiben. Um die niedersächsische Wirtschaft krisenfester zu machen, wollen wir ihr Innovationspotenzial verbessern und die Abhängigkeit von einzelnen, besonders bedeutsamen Unternehmen und Wirtschaftszweigen vermindern. Wir wollen Programme und Förderinstrumente weiterentwickeln und den Zugang zu bestehenden Instrumenten erleichtern, um vor allem die Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen sowie forschungsnahe Unternehmensgründungen zu fördern.

8.1 Wirtschaft: Den ökologischen Wandel voranbringen

Wir wollen Niedersachsen zu einem Land machen, das seiner Klima- und Ressourcenverantwortung gerecht wird. Aus diesem Grund setzen wir GRÜNEN uns das Ziel, die Alternativlosigkeit des Kampfes um immer mehr Wirtschaftswachstum zu durchbrechen. Der zentrale Schlüssel hierfür ist die Erhöhung der Lebensqualität bei sinkendem Ressourcenverbrauch. Es gibt andere Wege, um Arbeitsplätze und das Wohlbefinden aller Menschen zu sichern, ohne dabei unsere ökologische Lebensgrundlage zu zerstören.

Die 2014 neu gegründete Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen ist bereits ein wichtiger Impulsgeber für den ökologischen Wandel der Wirtschaft geworden. Ein Beispiel hierfür ist die Förderung der Energie- und Materialeffizienzberatung von kleinen und mittleren Unternehmen. Wir wollen die gute Arbeit der Agentur in den zukunftsträchtigen Feldern weiterentwickeln und stärken.

In der Energiewirtschaft sind durch den von uns GRÜNEN vorangetriebenen Ausbau der erneuerbaren Energien viele neue Unternehmen und Arbeitsplätze in Niedersachsen entstanden. Wir wollen diesen erfolgreichen Weg weitergehen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Energie-

speicherung und dem erforderlichen Ausbau des Leitungsnetzes zu.

Im Bereich der Ernährungswirtschaft haben wir GRÜNEN mit der sanften Agrarwende einen echten Wandel – weg von der industriellen Massentierhaltung hin zu einer ökologischeren Ernährungswirtschaft – eingeleitet, die eine nachhaltige Landwirtschaft sowie Tier- und Verbraucher*innen-schutz ins Zentrum stellt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben erste Weichen gestellt, um die niedersächsischen Wirtschaftsförderprogramme konsequent an sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten. Das gilt insbesondere für die Einhaltung von Tarifverträgen bzw. gesetzlichen Mindestlöhnen und für eine Höchstquote für Leiharbeit, Minijobs oder Befristungen.

Die Zukunft der Mobilitätswirtschaft ist grün

Zu lange hat auch die niedersächsische Fahrzeugbauindustrie an Verbrennungsmotoren festgehalten und dadurch wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vernachlässigt. Das postfossile Zeitalter hat längst begonnen. „Weg vom Öl“ muss zum Leitprinzip der Automobilindustrie

werden. Nur so kann es gelingen, die Spitzenposition der niedersächsischen Fahrzeugindustrie zu erhalten und Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass spätestens ab 2030 keine neuen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren für fossile Brennstoffe mehr zugelassen werden. Die Mobilitätswirtschaft hat unter veränderten Rahmenbedingungen neue Chancen. Eine Landesregierung muss sich dafür einsetzen, den verschlafenen Umbau der Fahrzeugindustrie hin zu einem nachhaltigen Mobilitätsdienstleister endlich umzusetzen. Ein Baustein dafür ist nach unserer Überzeugung die Einsetzung einer Enquete-Kommission mit Akteuren aus diesem Industriezweig sowie die Förderung von Infrastruktur, Modellprojekten und Forschungsvorhaben für alternative Antriebe auf Straße und Schiene.

Digitalisierung und Wissenstransfer

Ohne leistungsstarkes Internet und digitale Prozesssteuerung geht auch in der Wirtschaft nichts mehr. Die Digitalisierung ist eine Chance, um Arbeitsabläufe zu vereinfachen und kann einen Beitrag dazu leisten, durch verbesserte Ressourceneffizienz und eine vernetzte Infrastruktur nachhaltiges Wirtschaften zu stärken. Wir GRÜNEN schaffen dafür die Voraussetzungen – beispielsweise durch einen massiven Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Für die Zukunft Niedersachsens ist der Zugang zu digitalen Autobahnen viel entscheidender als mehr Asphalt. Dafür muss zuvorderst der Breitbandausbau weiter vorangetrieben werden. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 die Versorgung in ganz Niedersachsen mit einer Datenübertragungsrate von mindestens 50 Megabits pro Sekunde sicherzustellen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen Digitalisierungsprozesse in der Wirtschaft. Hierzu gehört das neue Kompetenzzentrum zur Beratung von Kleinen und Mittelständischen Unternehmen (KMU), das dazu beiträgt, die Digitalisierung (Industrie 4.0) als Bestandteil einer aktiven und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Wirtschaftspolitik zu verankern. Zudem gilt es, die digitalen Kompetenzen der Mitarbeiter*innen besser anzuerkennen, die nicht durch eine klassische Ausbildung erworben wurden.

Die Digitalisierung ist mit vielen Chancen verbunden – allerdings auch mit Risiken. Vom Datenschutz über die Sicherheit vor Cyberkriminalität bis zum Schutz der Arbeitnehmer*innen müssen daher Rahmenbedingungen gestaltet werden, um diesen zu begegnen und vorzubeugen.

Niedersachsen verfügt über exzellente Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Mit dem Fachhochschul-

entwicklungsprogramm wurden die Fachhochschulen gestärkt und mit ihrer großen Praxisnähe noch mehr regional verankert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern den Wissens- und Technologietransfer, damit aus klugen Ideen neue wirtschaftliche und soziale Innovationen werden. Wir werden die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen besonders unterstützen und insbesondere nachhaltig wirtschaftende Unternehmen und die Entwicklung innovativer, ressourcenschonender Wirtschaftsprozesse weiter fördern. Wir setzen auf den vermehrten Einsatz von Pat*innen- und Multiplikator*innenprogrammen, um kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu bestehenden Förderprogrammen zu erleichtern und Beratungskosten zu senken. Die Förderbedingungen bei der Forschungs- und Entwicklungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen müssen so ausgestaltet werden, dass sie das besonders hohe Investitionsrisiko in diesem Bereich abmildern. Wir wollen die Gründungskultur aktiv unterstützen, um die Entwicklung neuer nachhaltig wirtschaftender Unternehmen zu fördern. Dazu gilt es, auch die Bedingungen für forschungsnahe Gründungen im Umfeld von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu verbessern sowie die Förderung durch die Investitions- und Förderbank des Landes Niedersach-

sen, die NBank und durch kommunale Wirtschaftsfördergesellschaften zu unterstützen, und so Gründungskapital, Beratung und Infrastruktur aus einer Hand zugänglich zu machen. Um die Lücken bei der Verfügbarkeit von Gründungskapital zu schließen, setzen wir uns dafür ein, einen Kapitalfonds für innovative und nachhaltige Gründungen zu schaffen.

Nachhaltige Tourismusförderung

Von der Küste bis zum Harz verfügt Niedersachsen über eine vielfältige Landschaft, die zu allen Jahreszeiten zahlreiche Tourist*innen begeistert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben Leitlinien und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Tourismuspolitik in Niedersachsen auf den Weg gebracht. Im Mittelpunkt steht die Förderung von Natur-, Kultur- und Gesundheitstourismus. Damit diese Angebote von allen genutzt werden können, ist ein zusätzlicher Schwerpunkt weiterhin die Barrierefreiheit.

Niedersachsen bietet Touristen nicht nur Meer und Berge, sondern viele weitere attraktive Ziele und zählt rund 41 Millionen Übernachtungen pro Jahr. Im bundesweiten Ländervergleich liegt Niedersachsen damit auf Platz vier der beliebtesten Urlaubsziele. Von diesem wachsenden Markt können die sehr unterschiedlichen Tourismusregionen des Landes mit

stärkerer Kooperation in der Vermarktung und der Angebotsgestaltung, für die wir GRÜNEN uns einsetzen, ganz besonders profitieren.

Soziale Gesundheitswirtschaft stärken

Den Gesundheitsberufen kommt auch angesichts der demografischen Entwicklung ein immer größerer Stellenwert zu. Mit rund 370.000 Beschäftigten ist die Gesundheitswirtschaft zugleich eine der wichtigsten Branchen in unserem Land. Wir GRÜNEN haben dazu den Masterplan „Soziale Gesundheitswirtschaft“ mit auf den Weg gebracht, um gezielt Unternehmen in diesem Bereich zu fördern, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern und im ganzen Land eine hochwertige, flächendeckende und bezahlbare Gesundheitsversorgung für die Menschen anzubieten (siehe Kapitel 6.5, Gute Gesundheitsversorgung).

Kreativ- und Kulturwirtschaft als Impulsgeberin

In der Kultur- und Kreativwirtschaft Niedersachsens sind über 100.000 Menschen tätig, die nicht nur künstlerische Qualität schaffen und für kulturelle Vielfalt sorgen, sondern mit ihren Impulsen auch wirtschaftliche Innovationen anregen und Wertschöpfung erbringen. Auch auf andere Branchen

hat die Kreativwirtschaft als wichtiger Standortfaktor positive Effekte. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Akteur*innen der Kreativwirtschaft besser vernetzen und innovative Projekte sowie die Gründung von Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen.

Ausbildung stärken – Fachkräfte sichern

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist die zentrale Voraussetzung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in unserem Land. Die rot-grüne Koalition hat eine Fachkräfteinitiative gestartet und gemeinsam mit Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften ein Fachkräftesicherungskonzept für Niedersachsen entwickelt und umgesetzt, um die duale Ausbildung zu stärken. Fachkräfte sichern bedeutet aber auch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir daher weiter verbessern. Ebenso entscheidend ist die schnellere Teilhabe von Geflüchteten am Arbeitsmarkt. Diese wollen wir über Praktika- und Ausbildungsangebote mit parallelen Sprachkursen und durch geförderte Weiterbildungsmaßnahmen stärker unterstützen. Zudem bringen viele der Geflüchteten gute Qualifikationen mit nach Niedersachsen. Die Landesregierung hat für sie gezielt Intensivsprachkurse eingerichtet und Wege an die Hochschulen

eröffnet. Dies wollen wir fortsetzen (siehe Kapitel 5, Offene Gesellschaft). Die duale Berufsausbildung in Deutschland bleibt ein Erfolgsmodell. Trotzdem kommt es vor, dass jungen Menschen mit erfolgreichem Schulabschluss und trotz intensiver Bemühungen kein Ausbildungsplatz vermittelt werden kann. In diesem Fall wollen wir eine öffentlich geförderte, außerschulische und betriebsnahe Berufsausbildung garantieren (siehe Kapitel 4, Gerechte Bildung).

8.2 Gute Arbeitsbedingungen schaffen

In Niedersachsen haben viele Menschen Arbeit, aber längst nicht alle zu guten Bedingungen. Die Skandale in der Fleischindustrie, unsoziale Auswüchse der Leiharbeit, die Umgehung von Standards und der nach wie vor große Niedriglohnsektor führen noch immer dazu, dass Menschen in unsicheren und prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für gute Beschäftigungsbedingungen in allen Wirtschaftsbereichen ein. Zentrale Grundsätze sind für uns die Leitprinzipien der „guten Arbeit“ und „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Auch durch den Druck aus Niedersachsen ist es gelungen, endlich eine bundesweite Mindestlohnregelung auf den Weg zu bringen.

Durch die Neufassung des Tariftreue- und Vergabegesetzes haben wir dafür gesorgt, dass bei allen öffentlichen Aufträgen ab 10.000 Euro die Zahlung des Tarif- oder Mindestlohns nun ein verbindliches Kriterium ist und die ökologisch-faire Auftragsvergabe wesentlich gestärkt wurde.

Aufgrund der Beschäftigungsskandale in der Fleischindustrie haben wir in Niedersachsen vier Beratungsstellen für mobile Beschäftigte eingerich-

tet, die gerade ausländische Arbeitnehmer*innen darin unterstützt, ihre Rechte wahrzunehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich sowohl im Land als auch über den Bundesrat für bundesweite Rahmenregeln ein, um befristete Arbeitsverhältnisse zu begrenzen, die Leiharbeit und besonders den Umgang mit Werkverträgen zu regulieren und um Dumpinglöhne zu verhindern. Auch der Anspruch auf Weiterbildung sowie stärkere Rechte von Betriebs- und Personalräten gilt es, durchzusetzen. Hierzu gehört auch eine Begrenzung von Minijobs als Ersatz für sozialversicherungspflichtige Voll- und Teilzeitbeschäftigung. Die Ausweitung dieses Sektors hat zu einer Zunahme prekärer Beschäftigung geführt, von der insbesondere Frauen betroffen sind. Die Folgen sind zu niedrige Einkommen und drohende Altersarmut.

Aktive Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose

Die hohe Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es insbesondere unter den Langzeitarbeitslosen viele Menschen gibt, die aktuell keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN haben ein Programm für öffentliche Beschäftigung auf den Weg gebracht, um gezielt Langzeitarbeitslose zu fördern und in Arbeit zu bringen. Wir sorgen dafür, dass gerade auch ältere Menschen, die über Jahre hinweg arbeitslos sind, gezielt gefördert werden. Um dieses Ziel nachhaltig zu erreichen, brauchen wir einen dauerhaften, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der als „Sozialer Arbeitsmarkt“ auf der Bundesebene einzurichten ist. Dafür werden wir GRÜNEN uns einsetzen.

Sonntags haben wir frei

Wir fordern, dass der besondere Schutz des Sonntags bewahrt wird und dass Arbeitnehmerrechte von Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen sonntags arbeiten müssen, besonders geschützt werden. Wir wollen, dass das „Ausnahme-Regel-Gebot“ des Bundesverfassungsgerichts bei der Sonntagsöffnung wirksam beachtet wird. Wir halten vier Sonntagsöffnungen im Jahr für ausreichend. Die Sonn- und Feiertage sollen frei bleiben.

Frauen in der Wirtschaft fördern

Erfreulicherweise sind in den letzten Jahren immer mehr Frauen erwerbstätig. Das ist nicht nur für die Unternehmen und die Fachkräftegewinnung gut, sondern auch für die Frauen selbst, um selbstbestimmt leben zu

können und eine Absicherung für das Alter aufzubauen. Unter anderem mit weiteren Koordinierungsstellen Frau und Beruf unterstützt das Land Frauen, die in das Berufsleben (zurück) wollen.

Frauen sind aber auch in der privaten Wirtschaft insbesondere in Leitungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Für uns GRÜNE ist das nicht nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, sondern zugleich eine zentrale Herausforderung für die ökonomische Entwicklung unseres Landes. Frauen und Männer müssen sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst gleichberechtigt teilhaben können. Auf dieser Basis soll ihnen gleichzeitig die Teilhabe am Familienleben, der Hausarbeit und Freizeit ermöglicht werden.

Öffentliche Arbeitgeber haben eine Vorbildfunktion. Deswegen ist es uns GRÜNEN wichtig, mit gutem Beispiel voranzugehen (siehe 6.3, Frauen und Gleichstellung).

Weiterentwicklung des Wohlfahrtsindex

Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes lässt sich nicht allein anhand des Bruttoinlandsprodukts messen. Es ist als Bemessungsgrundlage sehr einseitig und führt zu einem Wirtschaften auf Kosten der Men-

schen, der Natur und der Umwelt, wenn es zum allein entscheidenden Maßstab für wirtschaftliche oder politische Weichenstellungen gemacht wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringen die Weiterentwicklung eines Regionalen Wohlfahrtsindex voran: Wir wollen eine Bemessungsgrundlage schaffen, die sowohl die ökonomischen als auch sozialen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungen transparent macht. Dafür haben wir die Entwicklung eines neuen Index angestoßen, um nicht nur monetäres Wachstum der Wirtschaft zu bewerten, sondern eine umfassende nachhaltige Entwicklung des Landes zu messen und zur Grundlage der politischen Entscheidungen zu machen. Dazu gehören auch Indikatoren, die den Ressourcen- und Flächenverbrauch und eine gerechte Einkommensverteilung berücksichtigen. Dieses Modell möchten wir weiterentwickeln und damit einen Beitrag zu einer nachhaltigen Ausrichtung der Betrachtung und Bewertung wirtschaftlicher Prozesse leisten.

Regionale Wertschöpfung und Wirtschaftskreisläufe stärken

Unser Ziel sind nachhaltige Wertschöpfungsketten mit kurzen Wegen in den Regionen. Das verhindert nicht nur das Abwandern von Gewinnen aus den Regionen, sondern ist auch ein

Garant für mehr Unabhängigkeit und Stabilität gegenüber globalen Entwicklungen und Krisen. Gute Beispiele gibt es bereits viele: Dörfer, die ihre erneuerbare Energie vor Ort erzeugen; Gemeinschaftsläden, in denen Bauern vor Ort ihre Produkte verkaufen. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken den Mittelstand und sind gleichzeitig auch ein wichtiger Beitrag für mehr Nachhaltigkeit – beispielsweise, wenn sich dadurch unnötige Transportkosten vermeiden lassen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die regionale Wertschöpfung durch Modellprojekte fördern, die regionale Kreisläufe etablieren oder stärken. So können wir regionale Stärken fördern, um regionale Identifikation und Arbeitsplätze zu erhalten und sie in überregionalen Strukturen und Netzwerken abzusichern. Wir wollen Masse durch Qualität und Reparaturfähigkeit ersetzen, Ressourcen schonen, kleine und mittlere Unternehmen stärken und in innovativen Entwicklungen unterstützen. Wir stärken so auch die vom Strukturwandel und von Abwanderung bedrängten ländlichen Räume.

Solidarisches Wirtschaften

Nicht nur technische Entwicklungen verändern die Art und Weise unseres Wirtschaftens. Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomien und solidarische Ökonomien erhalten einen immer größeren Stellenwert. Nach-

haltigkeit und Gemeinwohl sind für uns zentrale Elemente einer grünen Marktwirtschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben daher Beratungsangebote verstärkt und ausgebaut, rechtliche Hemmnisse reduziert und Finanzierungsmöglichkeiten verbessert. Zukünftig wollen wir verstärkt soziale und nachhaltige Aktivitäten von Unternehmen und Organisationen sowie neue Existenzgründungen in diesem Bereich fördern. Mit einem Pilotprojekt „Gemeinwohlbilanz“ wollen wir die Wertschöpfung eines Unternehmens mit Landesbeteiligung umfassend und transparent darstellen. Ziel ist es auch, mit den Erkenntnissen privatwirtschaftliche Unternehmen, die ihr wirtschaftliches Handeln mit Hilfe einer Gemeinwohlbilanz neu ausrichten wollen, zu unterstützen.

8.3 Gut vernetzt: Digitale Infrastruktur ausbauen

Netzpolitik ist für uns GRÜNE eine der zentralen politischen Querschnittsaufgaben unserer Zeit. Das Internet ist mittlerweile nicht nur selbstverständlicher Teil unseres Alltags, sondern vielfach auch die Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Wichtige Eckpunkte für uns GRÜNE sind hier Bildung und Teilhabe, Offenheit, Transparenz und Freiheit. Der Schutz privater Daten und das Recht auf öffentliche Informationen im Netz gehören zwingend dazu. Deshalb treten wir ein für einen freien und schnellen Zugang über das Netz zu Informationen aus Behörden und Bildungseinrichtungen – für alle Menschen und überall in Niedersachsen. In einem ersten Schritt haben wir offene Netze für Bürger*innen wie die Freifunk-Initiative gefördert. Dadurch konnten solche Netze in Niedersachsen deutlich ausgebaut werden. Damit diese auch zukünftig rechtssicher betrieben werden können, werden wir uns auf Bundesebene auch weiterhin für eine tatsächlich wirksame Abschaffung der Störerhaftung für öffentliche WLAN-Betreiber einsetzen.

nisatorische Möglichkeiten für mehr Transparenz und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Diese Chance wollen wir GRÜNEN möglichst intensiv nutzen. Voraussetzung dafür sind schnelle Datenleitungen und flächendeckend verfügbare Netze. Wichtig ist ebenso die umfassende Bereitstellung aller relevanten Informationen (Open Data), die den Bürger*innen gemäß Informationszugangsgesetz (Transparenzgesetz) in ihren Städten und Gemeinden zugänglich sein müssen. Wir GRÜNEN wollen den digitalen Wandel nutzen, um die Verwaltungen in den Kommunen und alle öffentlich-rechtlichen Einrichtungen für die Menschen zugänglicher und Entscheidungsprozesse transparenter zu machen.

Wir wollen für einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Transport von Datenpaketen (Netzneutralität) im Netz sorgen. Es gilt, der Monopolisierung entgegenzuwirken, die entsteht, wenn finanzstarke Dienstleistungsanbieter gegen entsprechende Bezahlung im Datenstrom des Internets bevorzugt werden.

Chance für mehr Partizipation

Die Digitalisierung von Informationen und die breitbandige Vernetzung eröffnen technische und orga-

Breitbandausbau fortsetzen

Wir wollen die Netzinfrastruktur weiter ausbauen. Der Bundesverkehrswegeplan muss zu einem Bundes-

infrastrukturplan werden, der den Breitbandausbau einschließt. Neue Datenautobahnen sind heute wichtiger als neue Straßen. Ein Breitband-Internetzugang erlaubt, im Gegensatz zu älterer Zugangstechnik, den Nutzer*innen einen schnellen Zugang zum Internet mit hoher Datenübertragungsrate. Grüne Landespolitik fördert diesen Breitbandausbau in ganz Niedersachsen und sorgt für den Ausbau einer zukunftsfähigen IT-Infrastruktur. Der Breitbandausbau muss gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen hohe Priorität haben. Nachdem GRÜNE in Regierungsverantwortung mit der Novellierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen haben, dass die Netze auch in kommunaler Hand betrieben werden können, kommt endlich Bewegung in den Breitbandausbau. Wir GRÜNEN wollen aber auch mehr finanzielle Förderung aus Bund und Land für jene Kommunen, die sich dieser komplexen Aufgabe annehmen und die großen Monopolisten durch eigene Initiativen als Betreiber von eigenen Netzen herausfordern. Von den profitorientierten Providern werden heute immer noch technische Scheinlösungen für den ländlichen Raum angeboten, die den Verbraucher*innen nur begrenzte und nutzungsabhängig geteilte Datenraten anbieten und den Anforderungen der Zukunft in keiner Weise gerecht wer-

den. Wir fordern deshalb das Verlegen von Glasfasern bis an jeden Haushalt, um dem stetig wachsenden Bandbreitenbedarf von Anwendungen und Diensten im Internet auf lange Sicht nachzukommen.

Transparenz und Meinungsvielfalt im Netz fördern

Soziale Netzwerke, Instant-Messaging-Dienste, Suchmaschinen oder Videoportale prägen die Meinungsbildung der Gesellschaft. Sie sammeln, filtern und bereiten Informationen auf. Sie selektieren nach bestimmten anwenderbezogenen Kriterien, die für den Empfänger nicht immer nachvollziehbar sind. Wir brauchen daher dringend eine öffentliche Debatte und gesetzliche Regelungen, um die Prinzipien, nach denen diese Portale und Anbieter ihre Ergebnisse bewerten und auflisten, öffentlich zu machen. Wir fordern insbesondere Transparenz darüber, welche Daten des individuellen Profils der Nutzer*innen als Grundlage für diese Auswahl dienen. Der Zugang zu Medienvielfalt und Meinungsvielfalt darf nicht durch die kommerziellen Interessen der Internetgiganten Google, Facebook und Co. beschränkt sein.

Entschlossen gegen Hass und Hetze im Netz eintreten

Der Umgangston im Netz ist oft rau, vielfach auch rassistisch, diskriminie-

rend und menschenfeindlich, so dass er nicht selten den Straftatbestand der Verleumdung bis hin zur Volksverhetzung erfüllt. Das Internet ist aber kein rechtsfreier Raum. Auch hier gelten die Regeln unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und das deutsche Recht. Wir wollen ein Netz frei von Diskriminierungen und Hetze. Deswegen fordern wir die konsequente Anzeige von im Internet begangenen Beleidigungen, Bedrohungen und Volksverhetzungen. Das im Bund beschlossene Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) wird hier zum Tragen kommen, auch wenn wir uns statt eines halbgaren Gesetzes, das mit heißer Nadel gestrickt wurde, einen umfassenderen Ansatz zur Bekämpfung von Hass und Hetze gewünscht hätten. Immerhin konnten in letzter Sekunde noch einige grüne Vorschläge untergebracht werden. Dennoch: Das Gesetz greift tief in Grundrechte wie die Meinungsfreiheit ein. Deswegen werden wir uns für eine umfassende Neubewertung und für Veränderungen stark machen, sodass es zu Verbesserungen kommen kann.

Weiterhin sollten Diensteanbieter insbesondere dazu verpflichtet werden, Meldewege zu verbessern und empfangs- und zustellungsbevollmächtigte Verantwortliche zu benennen. Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen technisch und personell dem digitalen Zeitalter an-

gemessen ausgestattet sein.

Allerdings sind nicht nur Hass und Hetze in sozialen Netzwerken Gift für einen fairen Diskurs – auch Manipulationen und Falschmeldungen durch sogenannte Social Bots können unter bestimmten Voraussetzungen die öffentliche Wahrnehmung von Stimmungen verzerren und damit die öffentliche Meinung erheblich beeinflussen. Social Bots sind Programme, die sich in den Sozialen Netzwerken als echte User ausgeben und Inhalte und Kommentare posten. Wir wollen die Wirkung dieser Systeme und Mechanismen auf den gesellschaftlichen Diskurs empirisch ermitteln und wissenschaftlich bewerten lassen. Wir fordern, dass der Bund eine Transparenz- und deutliche Kennzeichnungspflicht für den Einsatz solcher meinungsbildender Roboter prüft und umsetzt.

Dem Drängen von großen Medienunternehmen, Systeme zur automatischen Werbeanzeigenunterdrückung (Ad-Blocker) zu verbieten, stellen wir uns klar entgegen. Für uns stehen die legitimen Interessen der Bürger*innen, die sich mit Ad-Blockern vor aufdringlicher Werbung und Datensammelwut schützen wollen, vor den wirtschaftlichen Interessen der großen Medienunternehmen. Wir GRÜNEN stehen für konsequenten Daten- und Verbraucherschutz.

8.4 Finanzen: Nachhaltig und gerecht

Grüne Finanzpolitik ist nachhaltig und gerecht. Unser Ziel ist ein ausgeglichener, stabiler und gerechter Landeshaushalt. Damit sichern wir die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand und ermöglichen den sozial-ökologischen Wandel.

Nachhaltigkeit ist für uns untrennbar mit Generationengerechtigkeit verbunden: Unser Ziel ist es, nachfolgende Generationen weder mit zu hohen Schulden noch durch eine zerfallende Infrastruktur und zu geringe Investitionen in die Zukunft zu belasten. Das Land muss in der Lage sein, seine Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken und gleichzeitig das öffentliche Vermögen zu erhalten und auszubauen.

Ausbleibende Investitionen zum Beispiel in Schulen, Kitas und Universitäten sind auch eine Form der Verschuldung. Sie führen oft zu hohen Folgekosten, etwa wenn notwendige Sanierungsmaßnahmen ausbleiben.

Grüne Finanzpolitik setzt auf einen klugen Mix: sparsame Haushaltsführung, ein effektives Controlling, insbesondere bei Großprojekten, die Bekämpfung des Steuerbetrugs und der legalen Steuervermeidung, Verbesserung der Einnahmen sowie den

Abbau von umweltschädlichen Subventionen.

Solide haushalten

Wir GRÜNEN stehen für eine solide Haushaltspolitik. Im Jahr 2016 wurden erstmals in der Geschichte des Landes keine neuen Schulden gemacht. Wir haben den Landeshaushalt so gestaltet, dass eine deutliche Erhöhung der Zukunftsinvestitionen beispielsweise in Bildung, Soziales, nachhaltige Infrastruktur und energetische Sanierung möglich war, aber zugleich auch die Neuverschuldung schrittweise reduziert werden konnte. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Im Sinne der finanzpolitischen Nachhaltigkeit ist eine Schuldenregel, die dem ungehemmten Schuldenmachen einen Riegel vorschiebt, grundsätzlich der richtige Weg. Die aktuelle Ausgestaltung der Schuldenbremse verhindert jedoch Zukunftsinvestitionen und führt zum Verfall der Infrastruktur, wenn nicht zugleich die bedarfsgerechte Finanzausstattung der Länder gesichert ist. Eine nachhaltige und generationengerechte Schuldenregel ermöglicht Investitionen in die Infrastruktur sowie notwendige Zukunftsausgaben – ohne höhere Folgekosten in der Zukunft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Finanzpolitik, die Zukunftsinvestitionen ermöglicht und das Land nicht kaputtspart.

Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verstärken

Nicht erst Luxemburg Leaks und Panama Papers haben gezeigt, dass Steuerbetrug und legale Steuervermeidung ein massives Problem darstellen. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Landesregierung durch den Ankauf von Steuer-CDs und die personelle Verstärkung der Steuerfahndung bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. In der nächsten Legislaturperiode werden wir GRÜNEN die Anstrengungen beim Kampf gegen Steuerbetrug, aber auch gegen legale Steuerschlupflöcher auf allen Ebenen weiter verstärken. Dazu wollen wir 500 neue Vollzeitstellen in der niedersächsischen Finanzverwaltung schaffen.

Ökologisch schädliche Subventionen abschaffen

Ökologisch schädliche Subventionen machen mehr als 50 Milliarden Euro pro Jahr aus und müssen grundsätzlich überprüft und schnell abgebaut werden. Das Dienstwagenprivileg, das keinen Anreiz zur Anschaffung verbrauchsarmer Fahrzeuge bietet, ist dafür ein besonders anschauli-

ches Beispiel. Einen großen Anteil hat auch die Befreiung von bzw. Reduzierung der Energiesteuer bei Kerosin- und Diesel-Treibstoff. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass diese Subventionen abgebaut werden und die Besteuerung zukünftig an ökologischen Kriterien ausgerichtet wird.

Verantwortung gerecht verteilen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine gerechte Steuerpolitik ein. Wir wollen Spitzenverdiener*innen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Durch die Schuldenbremse im Grundgesetz darf das Land ab 2020 im Regelfall keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Gleichwohl werden die Aufgaben der öffentlichen Hand, die Erwartungen der Bürger*innen sowie der Unternehmen an die Infrastruktur und an Investitionen in den sozialen Zusammenhalt nicht weniger. Eine gerechte Finanzierung dieser Aufgaben ist deswegen ein wichtiger Baustein grüner Finanzpolitik. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen und zugleich die wirtschaftliche Lage der Unternehmen im Blick behalten.

Wir GRÜNEN setzen uns deswegen dafür ein, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer zu erhöhen, um den Landeshaushalt zu stärken

und Verantwortung gerecht zu verteilen. Dabei findet ebenso die wirtschaftliche Lage der Unternehmen Berücksichtigung.

Öffentlich-private Partnerschaften

Wir stehen sogenannten öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) bei der Finanzierung von öffentlichen Investitionen kritisch gegenüber und lehnen sie beim Straßenbau ab.

Sie sind im Regelfall deutlich teurer als konventionelle Projekte. Private Unternehmen erwarten eine hohe Rendite, die Zeche beglichen dann die Bürger*innen. ÖPP-Projekte sind versteckte Schulden, die in keiner öffentlichen Bilanz als solche auftauchen. Oft werden sie nur durchgeführt, um die Schuldenbremse zu umgehen. Gleichzeitig sind ÖPP-Projekte aufgrund hochkomplexer Verträge nur sehr schwer zu kontrollieren. Davon profitieren am Ende nur die beteiligten Unternehmen – für die Bürger*innen wird es hingegen teuer.

Wir setzen uns dafür ein, dass ÖPP-Projekte als kreditähnliche Rechtsgeschäfte gegenüber konventionellen Kreditgeschäften nicht weiter privilegiert und im Haushalt transparent dargestellt werden. Um die Anwendung von ÖPP auf solche Fälle zu reduzieren, bei denen die

Vorteile für die öffentliche Hand deutlich überwiegen, setzen wir uns für nachvollziehbare Qualitätskriterien ein.

Finanzpolitik geschlechtergerecht gestalten

Eine Haushaltsaufstellung, von der alle Geschlechter gleichermaßen profitieren und mit der die Gleichstellung der Geschlechter befördert wird, ist ein wichtiges Ziel grüner Haushaltspolitik. Mit dem Instrument des Gender Budgeting soll bei der Haushaltsaufstellung analysiert werden, ob Maßnahmen einseitig nur auf ein Geschlecht ausgerichtet sind. So gibt es viele Bereiche – von der Sozial- und Familienpolitik über die Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Verkehrspolitik – bei denen Frauen und Männern unterschiedliche Bedarfe attestiert werden. Mit Gender Budgeting können diese Unterschiede reflektiert und die Mittelvergabe passgenauer gestaltet werden. Die EU-Finanzministerkonferenz hat bereits 2002 beschlossen, Gender Budgeting bis 2015 flächendeckend einzuführen. Andere Länder wie Berlin haben bereits erste Erfahrungen mit Gender Budgeting gemacht. Auf diesen Erfahrungen wollen wir aufbauen und die geschlechtersensible Haushaltsaufstellung in einem ersten Schritt über Modellprojekte in einzelnen Teilen des Landeshaushalts vorantreiben.

Nachhaltigkeit bei Finanzanlagen und Landesbeteiligungen stärken

Auch bei der Anlage von Landesvermögen sowie den Beteiligungen des Landes setzen wir uns dafür ein, ökologischen Belangen mehr Gewicht zu verleihen. Wir lehnen es ab, liquide Mittel des Landes, beispielsweise aus Rücklagen oder Sondervermögen, in Anlagen mit fossilen Energieunternehmen zu investieren. Wir unterstützen damit das sogenannte Divestment – den Stopp von Investitionen in diesen Bereich. Bei der Pensionsrücklage des Landes sind solche Investitionen bereits ausgeschlossen. Wir wollen ethische Anlagekriterien für alle Finanzanlagen des Landes durchsetzen.

Die strategischen Beteiligungen des Landes insbesondere bei Volkswagen, Salzgitter oder der Nord/LB werden wir dafür nutzen, den ökologischen Umbau dieser Unternehmen weiter voranzutreiben.

Risiken der Landesbank minimieren

Mit der Rettung der Bremer Landesbank im Herbst 2016 durch die Nord/LB hat sich die Zahl der selbstständigen Landesbanken seit der Finanzkrise 2008 fast halbiert: Fünf von ehemals elf Landesbanken mussten seither mit zum Teil erheblichen staatlichen Mitteln abgewickelt oder gerettet

werden. Da auch die Nord/LB die gestiegenen Eigenkapitalanforderungen der Bankenaufsicht anders kaum hätte erfüllen können, hat die damalige schwarz-gelbe Landesregierung 2011 weitere Landesmittel in die Nord/LB gepumpt und den Landesanteil an der achtgrößten Bank Deutschlands auf knapp 60 Prozent erhöht.

Der Niedersächsische Landeshaushalt braucht Stabilität und Verlässlichkeit, um die notwendigen Landesaufgaben wahrzunehmen. Daher ist es erforderlich, die Risiken für den Landeshaushalt aufgrund der Beteiligung an der Nord/LB zu reduzieren.

Transparenz bei Sparkassen und öffentlichen Unternehmen

Wir wollen für mehr Transparenz bei Sparkassen und öffentlichen Unternehmen sorgen. Insbesondere soll die Vergütung von Vorständen und Mitgliedern der Aufsichtsgremien künftig offengelegt werden. Denn auch in diesen Unternehmen wird mit öffentlichen Geldern gearbeitet. Wir fordern, dass die Träger der öffentlichen Unternehmen und Sparkassen, also Land und Kommunen, verpflichtend in den jeweiligen Gremien auf mehr Transparenz bei den Vergütungen hinwirken. Eine entsprechende Hinwirkungsverpflichtung kann im Sparkassengesetz oder dem Kom-

munalverfassungsgesetz verankert werden. Darüber hinaus fordern wir eine Bundesratsinitiative, um bundesrechtliche Regelungen im Handelsgesetzbuch zu ändern, die einer stärkeren Transparenz im Wege stehen.

Gute Bedingungen für Landesbedienstete

Motivierte Beamt*innen und Tarifbeschäftigte des Landes sind ein wichtiger Faktor für eine gute Übersetzung der Landespolitik in die Fläche Niedersachsens. Es ist unser Ziel, gute Bedingungen für das Personal zu schaffen, etwa bei Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der gleichberechtigten Personalentwicklung auch unter Gender- und Diversity-Aspekten. Mit dieser Zielrichtung wollen wir die Personalstruktur des Landes und die Verfahren, wie zum Beispiel das Assessment Center des Innenministeriums, überprüfen.

In den vergangenen fünf Jahren hat Rot-Grün jährlich für verlässliche Besoldungssteigerungen bei den Beamt*innen gesorgt. Das Verfahren der Vorabfestlegung im Haushalt wurde jedoch kritisiert. Wir wollen daher zum Prinzip „Besoldung folgt Tarif“ zurückkehren und damit die Verhandlungsergebnisse der Tarifparteien für die Angestellten des Landes auch auf die Beamtenbesoldung übertragen.

Bei den Beamtenbezügen wird ein Familienzuschlag gezahlt, der vor allem auf verheiratete Beamt*innenfamilien ausgerichtet ist und von dem unverheiratete Beamt*innen mit Kindern zum Teil nicht in der vollen Höhe profitieren können. Zudem erhalten Verheiratete ohne Kinder ebenfalls eine Zulage. Wir wollen den Familienzuschlag aufgrund dieser Ungerechtigkeiten künftig unabhängig vom Familienstand der Eltern nur noch nach der Zahl der Kinder auszahlen. Außerdem soll der Betrag für die ersten beiden Kinder (der bislang niedriger liegt) erhöht werden.

9. NIEDERSACHSEN LEBENSWERT GESTALTEN

Der ländliche Raum ist prägend für Niedersachsen. Unsere ländlichen Räume haben ganz unterschiedliche Stärken und Charakteristika, die wir nutzen wollen. Wir GRÜNEN wollen lebenswerte ländliche Räume mit einer leistungsfähigen Infrastruktur, vielfältigen wirtschaftlichen Strukturen, aber auch mit einem attraktiven Kultur- und Freizeitangebot und einer gesunden Umwelt und Natur. Niedersachsens ländliche Räume sind viel-

fältig und sollen das auch bleiben. Gerade in den letzten Jahren wandeln sich unsere ländlichen Räume durch Zuzug von Menschen verschiedenster Herkunft. Zu uns fliehende Menschen stellen auch die ländlichen Regionen vor große Herausforderungen, die es zu gestalten gilt. Sie bieten aber auch Chancen, beispielsweise Schrumpfungsprozesse abzumildern oder umzukehren (siehe Kapitel 5.5, Migration und Teilhabe).

9.1 Ländliche Räume zukunftsfähig gestalten

Grüne Förderpolitik für den ländlichen Raum

Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung die Förderpolitik umgestaltet und nachhaltig ausgerichtet. Jetzt stehen so viele Fördermittel wie noch nie zur Förderung der ländlichen Räume zur Verfügung. Wir stärken gezielt regionale Produktionskreisläufe, wohnortnahe Versorgungsstrukturen und den örtlichen Tourismus. Wir wollen Bäuer*innen dabei unterstützen, sich zusätzliche wirtschaftliche Standbeine aufzubauen und sich damit neue Einkommensquellen zu erschließen. Dorfläden, Regionalgenossenschaften, Zusammenschlüsse lokaler Einzelhändler*innen und Vermarkter*innen sowie Erzeugergemeinschaften geben überall in Niedersachsen wichtige Impulse, die es zu fördern gilt.

Wir GRÜNEN setzen auf Regionalentwicklung von unten – zum Beispiel durch den Ausbau des LEADER-Programms oder der Dorfentwicklung. Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz, regionale Energieversorgung, nachhaltige regionale Wirtschaftskreisläufe, Natur- und Umweltschutz und regionale Kulturentwicklung in diesen Förderprogrammen noch

stärker verankert werden. Die von uns angestoßene Agrar- und Tiereschutzwende stärkt die bäuerliche, regionale Landwirtschaft und fördert kurze Wege bei der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Das stärkt den ländlichen Raum (siehe Kapitel 3, Agrarwende).

Unbegrenzt mobil auf dem Land

Mobilität ist ein wesentlicher Faktor für Lebensqualität. Sie muss auch im ländlichen Raum für alle möglich sein. Deshalb fördern wir öffentlichen Personennahverkehr, der Anreize zum Umstieg vom Individualverkehr bieten soll, sowie Bürgerbusse, Anrufsammeltaxis und Carsharing. Außerdem investieren wir mit dem Erhalt und Ausbau von Straßen und Fahrradwegen in die Infrastruktur (siehe Kapitel 7.2, Klimaschonend unterwegs).

Mobilität heißt heute, auch digital mobil zu sein. Für den Erhalt und die Entwicklung von innovativen, vielfältigen wirtschaftlichen Strukturen im ländlichen Raum ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur Voraussetzung. Wir GRÜNEN haben die Landkreise beim Breitbandausbau massiv unterstützt. Dies wollen wir konsequent fortsetzen, damit unsere ländlichen

Räume digital nicht abgehängt werden (siehe Kapitel 8.3, Gut vernetzt).

Vielfältiges Leben auf dem Land – Kultur und Ehrenamt fördern

Gutes Leben auf dem Land braucht eine aktive Gemeinschaft, generationenübergreifendes Zusammenleben und ein breites Kultur- und Freizeitangebot. All dies ist ohne ehrenamtliches Engagement nicht möglich. Die Politik darf Ehrenamtliche nicht allein lassen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass vielfältige Projekte zum generationenübergreifenden Zusammenleben, zur Bereicherung des kulturellen oder des vielfältigen Freizeitangebots im ländlichen Raum gefördert und Ehrenamtliche in der Umsetzung aktiv unterstützt werden.

Starke ländliche Räume brauchen gute Bildung

Die Zukunft ländlicher Regionen hängt von starken Bildungsinstitutionen vor Ort ab. Deshalb setzen wir GRÜNEN auf ein wohnortnahe Bildungsangebot in hoher Qualität und in allen Bereichen der schulischen, betrieblichen und außerschulischen Bildung und Qualifizierung (siehe Kapitel 4, Gerechte Bildung).

Flächensparende Landesentwicklung

Im neuen Landesraumordnungsprogramm haben wir wichtige Fortschritte erreicht, um den hohen Flächenverbrauch zu bremsen. Wir haben das Prinzip des Vorrangs der Innen- vor der Außenentwicklung verankert. Dies gilt nicht nur für die Stadt, sondern auch für den ländlichen Raum. Statt den flächenfressenden Neubau zu fördern, wollen wir lebendige Dorfkerne stärken und modernisieren.

9.2 Wo wir zu Hause sind: Unsere Kommunen stark machen

Nirgendwo können Bürger*innen Politik so direkt erfahren und gestalten wie auf der kommunalen Ebene. Die kommunale Selbstverwaltung ist daher für uns GRÜNE zentraler Bestandteil der Demokratie. Selbstverwaltung setzt aber voraus, dass es auch Handlungsspielräume gibt. Viele Gemeinden, Städte und Landkreise sind jedoch unterfinanziert. Lebensqualität hängt direkt vom Zustand der kommunalen Infrastruktur ab. Deutlich gestiegene Kosten für Sozialausgaben belasten die kommunalen Haushalte massiv. Sie treffen aber ausgerechnet die Orte besonders, die sowieso schon Finanzprobleme haben.

Wir GRÜNEN werden uns daher auch weiterhin beim Bund für Entlastungen bei den Sozialkosten und für eine Verbesserung der Einnahmen unserer Kommunen einsetzen. Die Gewerbesteuer wollen wir hin zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln.

Besonders verschuldete Kommunen muss das Land weiterhin mit Entschuldungsprogrammen unterstützen. Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich reformieren. Er muss den tatsächlichen Belastungen der Kommunen aufgrund ihrer besonderen Besiedlungsstruktur oder einer be-

sonders ungünstigen demografischen Entwicklung besser entsprechen. Den sogenannten Flächenfaktor wollen wir überarbeiten und einen für alle gerechteren Ausgleichsmechanismus entwickeln. Zudem wollen wir den Finanzausgleich dafür nutzen, die Finanzierung oberzentraler Einrichtungen wie Theater oder Museen gerechter unter den Kommunen aufzuteilen und so auch die bestehenden, historisch begründeten Nachteile von Städten und Regionen ohne Landeseinrichtungen zu reduzieren.

Darüber hinaus sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen den Kommunen mehr Entscheidungsspielräume einräumen. Erleichterte wirtschaftliche Betätigung oder die Möglichkeiten der Einführung einer Tourismusabgabe zur Finanzierung der touristischen Infrastruktur sind wichtige und richtige Schritte. Weitere Kompetenzen, etwa bei der Einrichtung von Geschwindigkeitsbeschränkungen oder mehr Mitsprache bei Massentierhaltungsanlagen, stärken das Selbstbestimmungsrecht der Menschen vor Ort.

Um die Mitsprachemöglichkeiten von jungen Menschen zu verbessern, wollen wir das Wahlalter auf 14 Jahre absenken. Wir GRÜNEN haben die Möglichkeiten der direkten

Bürger*innenbeteiligung erweitert. Diese Instrumente der unmittelbaren Demokratie werden wir auch zukünftig weiterentwickeln. Unter anderem wollen wir Bürgerentscheide auch bei der Bauleitplanung ermöglichen. Wir wollen, dass das Mitwirkungsverbot überarbeitet und den aktuellen Herausforderungen wie der Energiewende angepasst wird.

Darüber hinaus haben wir die Hürden für Bürger*innenbegehren und -entscheide abgesenkt und damit mehr direkte demokratische Teilhabe ermöglicht. Zur Förderung der Teilhabe von Frauen haben wir die Zahl der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im gesamten Land erhöht. Solche grünen Akzente für die Kommunalpolitik wollen wir intensiv begleiten und weiterentwickeln. Mit einem Informationszugangsgesetz wollen wir außerdem eine wichtige Grundlage für mehr Transparenz in den Kommunen schaffen.

Insbesondere in den vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen sind für leistungsfähige Kommunalstrukturen Gebietsveränderungen oder eine verstärkte kommunale Zusammenarbeit erforderlich. Die Bereitschaft zur Kooperation sollte aber lokal wachsen – und kreative Initiativen und digitale Lösungen sollten vom Land unterstützt werden. Die Einrichtung von Enquete-Kommissio-

nen auf Landesebene, die sich fachlich mit den jeweiligen regionalen Strukturproblemen auseinandersetzen, halten wir diesbezüglich für sinnvoll, sofern es dafür eine breite lokale Unterstützung gibt.

Den Hauptverwaltungsbeamten (HVB) kommt eine Schlüsselfunktion in der Kommunalpolitik und der öffentlichen Verwaltung zu. Wir brauchen – auch in kleinen Kommunen – gut qualifizierte Leute. Die jetzige Regelung zur Altersversorgung wird zu Recht als unangemessen empfunden. Auch um zu verhindern, dass aus ihrem Amt ausscheidenden kommunalen Wahlbeamt*innen ggf. schon nach wenigen Wochen – unabhängig von ihrem Alter – eine lebenslange Pension gezahlt wird, besteht dringender Anpassungsbedarf. Zugleich müssen andere Anreize für diese Aufgabe geschaffen werden.

9.3 Lebendige und soziale Städte

Neben einem starken ländlichen Raum leben viele Niedersachsen in kleinen und mittleren Städten sowie Großstädten. Diese nehmen wichtige Aufgaben für die Versorgung der Bevölkerung wahr. Wir unterstützen gute Stadt-Land-Beziehungen und die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, Angeboten für Mobilität, Bildung, Kultur und sozialer Infrastruktur. Vor allem der angespannte Wohnungsmarkt in vielen Städten verschärft die Herausforderungen durch Arbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit. Mit einem neu ausgerichteten Regionalmonitoring zum Beispiel auf Grundlage des regionalen Wohlfahrtsindex wollen wir regionale Problemlagen frühzeitig erkennen und gegensteuern können. Um die Entwicklung von Quartieren, in denen sich soziale Probleme verdichten, in eine positive Bahn lenken zu können, setzen wir neben der Förderung von bezahlbarem Wohnraum auf bewährte Instrumente der Stadtentwicklung wie auf das Programm „Soziale Stadt“ oder das Quartiersmanagement.

Die Zunahme von sozialen Problemen oder eine starke Zuwanderung in einzelnen Stadtvierteln stellt besonders Erzieher*innen in Kitas, Lehrer*innen und Mitarbeiter*innen in den Schulen und Sozialarbeiter*innen vor Ort vor

große Herausforderungen, die ihnen mehr Zeit und Fürsorge abfordern. Um auch hier ein erfolgreiches Lernen und zusätzliche Angebote und die Öffnung der Bildungseinrichtungen in den Stadtteil ermöglichen zu können, wollen wir diese gezielt weiterhin mit mehr Beratungsangeboten und mit mehr Personal ausstatten. Hier braucht es multiprofessionelle Teams, um Quartiere mit ihren Bedarfen in den Blick zu nehmen.

9.4 Kunst und Kultur für eine lebendige Gesellschaft

Kunst und Kultur tragen wesentlich dazu bei, die Welt zu verstehen und unseren Horizont zu erweitern. Sie bieten uns Perspektiven für die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft. Kunst und Kultur schaffen Reflexionsorte für gesellschaftliche Entwicklungen und sind zugleich Impulsgeber für Neues. Sie gestalten gesellschaftliche Prozesse und fördern Integration und Teilhabe. Kunst und Kultur sind elementare Bausteine offener und demokratischer Gesellschaften.

Kultur ist für uns GRÜNE daher keine beliebige Zutat für ein schönes Leben, sondern dessen notwendige Voraussetzung. Kultur ist zudem ein harter Standortfaktor, Teil der Daseinsvorsorge und entscheidend für die Lebensqualität in unserem Land und den Kommunen. Deshalb treten wir GRÜNEN dafür ein, die finanzielle Förderung von Kultur weiter zu verbessern.

Kultur setzt zudem wichtige wirtschaftliche Impulse. So ist Kulturförderung stets auch Wirtschaftsförderung. In der Kultur- und Kreativwirtschaft Niedersachsens sind über 100.000 Menschen tätig (siehe Kapitel 8. Starke Infrastruktur, nachhaltiges Wirtschaften).

Kulturelle Vielfalt und Teilhabe stärken

Für uns GRÜNE ist die kulturelle Vielfalt Ausdruck gesellschaftlicher Stärke. Kultur kann laut oder leise, mutig oder vorsichtig, grell oder dezent sein. Sie darf irritieren und provozieren.

Der Zugang zu Kultur darf nicht abhängig von Elternhaus oder Einkommen sein. Teilhabe stärken heißt für uns auch, die Kulturvermittlung zu stärken und mehr Menschen zu ermöglichen, selber künstlerisch tätig zu werden.

Eine lebendige und breite Kulturszene braucht die großen Institutionen genauso wie die vielen kleinen Kultureinrichtungen, experimentelle Freiräume und neue Formate. Wir GRÜNEN unterstützen, dass sich Menschen den öffentlichen Raum mehr und mehr auch als Kulturort aneignen und damit die Lebensqualität ihrer Kommune, ihres Quartiers steigern.

Auch in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und Verunsicherung sind die Museen, Bibliotheken und Theater als etablierte Stätten von besonderer Bedeutung. Wir GRÜNEN wollen insbesondere ihre Funktion als Orte kritischer gesellschaftspolitischer

Auseinandersetzung und als Häuser lebendiger Demokratie weiter fördern.

Für die kulturelle Bildung und Teilhabe tragen alle Akteure der Kultur Verantwortung. Ihre Angebote in allen Sparten ermöglichen es Menschen, aktiv am kulturellen Leben teilzuhaben und es mitzugestalten.

Um kulturelle Vielfalt und Teilhabe zu fördern, haben wir beides in die Zielvereinbarungen mit den Kulturträgern aufgenommen. So verlassen auch die Landeseinrichtungen immer häufiger ihre „klassischen Tempel“ und entwickeln neue spannende Angebote für alte und neue Zielgruppen.

Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung dafür gesorgt, dass die Kulturförderung in Niedersachsen insgesamt breiter aufgestellt und die Kultureinrichtungen an der konzeptionellen Weiterentwicklung der Förderung beteiligt werden. So hat die Landesregierung die Unterstützung der Soziokultur ausgebaut und die Einbindung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur bei der Mittelvergabe verstärkt. Diesen Weg wollen wir engagiert weitergehen.

Die Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung (LKJ) bringt über 30 Einrichtungen und Initiativen zusammen. Ihre Arbeit mit Schulen, in Freiwilligendiensten und die Vernetzung wer-

den wir auch weiterhin stärken. Wir wollen kulturelle Bildung und Teilhabe im schulischen Kontext besser verankern. Diesem Anspruch wollen wir auch im wachsenden Ganztags-schulbetrieb gerecht werden. Hier ist die Inspiration durch freischaffende Künstler*innen ein wichtiger Bestandteil kultureller Bildung, der abgesichert und finanziell entsprechend honoriert werden muss.

In Zeiten einer bunter werdenden Gesellschaft wollen wir GRÜNEN möglichst viele Menschen aus verschiedenen Milieus und Generationen zusammenbringen und transkulturelle Kompetenzen und interkulturelle Begegnungen fördern. Im landesweiten Interkulturforum „Cross Culture“ hat Niedersachsen den Dialog mit Träger*innen und Expert*innen organisiert, um gemeinsam zu erarbeiten, welche Integrationsleistungen Kultur erbringen kann und wie sie dafür aufgestellt werden muss. Kultureinrichtungen machen sich für die Integration und Aufnahme von Geflüchteten und Migrant*innen stark, dafür haben wir zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Diese Arbeit unterstützen wir GRÜNEN auch weiterhin nachhaltig.

Mehr Kultur wagen

Kunst und Kultur setzen sich heute mehr denn je mit gesellschaftlichen Prozessen auseinander. Sie erforschen

sie aus unterschiedlichen Perspektiven und mit vielfältigen künstlerischen Ansätzen, weshalb sich die Grenzen immer mehr verflüssigen.

Dieses kreative Potenzial wollen wir fördern und die Kommunikation und Kooperation zwischen den verschiedenen Verbänden, Kulturinstitutionen und -akteuren immer selbstverständlicher werden lassen. Wenn sich etwa soziokulturelle Zentren und Museen für konkrete Projekte zusammentun und auf der Basis ihrer jeweiligen Kompetenzen und Sichtweisen gemeinsam ein Thema erkunden, werden wirkungsvolle Projekte und zukunftsweisende Formate entstehen.

Gute Bedingungen für Kulturschaffende

Kreativität braucht ein anregendes Umfeld und gute Rahmenbedingungen für Kulturschaffende – wie entsprechende Infrastruktur, Räume, Fördermöglichkeiten, Beratung und Vernetzungsangebote. Vor allem auch faire Arbeitsverhältnisse und auskömmliche Entgelte. Deshalb unterstützen wir die Forderung der Theaterschaffenden nach Honoraruntergrenzen und des Bundes Bildender Künstler (BBK) nach angemessenen Ausstellungshonoraren.

Wir GRÜNEN haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Kulturver-

bände gestärkt werden, die die freie Kulturszene begleiten und konzeptionell wie programmatisch unterstützen. Auch bei der Vergabe der Fördermittel binden wir den Sachverstand der Verbände stärker ein.

Die Fachverbände und ihre Mitglieder brauchen Verlässlichkeit und Kontinuität. Daher hat die Landesregierung nicht nur die Förderung für alle Verbände ausgeweitet, sondern das Film- und Medienbüro und die Landesarbeitsgemeinschaften „Rock“ sowie „Jugend und Film“ erstmals in die institutionelle Förderung aufgenommen. Außerdem wurden die investiven Mittel für einzelne Sparten erhöht. Wir setzen uns weiterhin für eine bedarfsgerechte und dynamisierte Finanzierung dieser Arbeit ein.

Projektförderung ist ein wichtiges Instrument der Kulturförderung. Sie kann zielorientiert und flexibel wirken. Sie ist jedoch kein Ersatz für institutionelle Förderung, zumal sie mit ihren bürokratischen Regelungen auch die Arbeit hemmen kann. Daher setzen wir uns für geeignete Vereinfachungen und Entlastungen ein. Um einerseits innovative Formate zu fördern und neue Zielgruppen anzusprechen und andererseits bestehende erfolgreiche Projekte weiterführen zu können, brauchen wir mehr freie Mittel. Dabei wollen wir auch neue Ideen und Bereiche, wie die bildende Kunst, Tanz und

performative Projekte, in den Blick nehmen.

Darstellende Künste fördern

Niedersachsen erfreut sich einer bunten Theaterlandschaft mit vielfältigen Theatern, Bühnen und Festivals. Wir wollen den Prozess der Öffnung für neue Publikumsschichten konsequent fortsetzen. Dazu haben wir in den vergangenen Jahren die Förderung der Theater deutlich erhöht. Mit den Staats- und den Stadttheatern wurden mehrjährige Zielvereinbarungen abgeschlossen, um ihnen Planungssicherheit zu geben. Darüber hinaus brauchen auch die freien und die kommunalen Theater weiter Unterstützung, insbesondere bei Investitionen.

Die Freien Theater setzen neue Impulse und tragen zu einem vielfältigen Theaterangebot und einem breiten Theaterverständnis im ganzen Land bei. Wir GRÜNEN haben in Regierungsverantwortung dafür gesorgt, dass die Förderung der Freien Theater in den vergangenen Jahren erhöht wurde und wir unterstützen den Wunsch nach einer gezielten Strukturförderung. Auch zukünftig setzen wir uns dafür ein, dass sich die Arbeitsbedingungen für Theaterschaffende und -gruppen aus der freien Szene verbessern.

Museen stärken

Seien es die drei landeseigenen Museen oder die Vielzahl der kommunalen oder von Vereinen getragenen Einrichtungen – ob Kunst oder Technik, Tradition oder Zukunft: Niedersachsen ist durch ein vielgestaltiges Angebot geprägt. Diesen Reichtum möchten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhalten und weiterentwickeln. Wir stehen für innovative Ausstellungskonzepte und zeitgemäße Vermittlungsformate, um die Menschen an unterschiedliche Darstellungsformen und Verständnis von Kunst heranzuführen. Museen sind zugleich Orte des gesellschaftlichen Gedächtnisses, der Bewahrung und Forschung sowie der Vermittlung mit kinder- und erwachsenenpädagogischen Angeboten. Um mehr Menschen für Museen zu begeistern, wollen wir, dass Museen auch kostenlose Eintrittszeiten anbieten.

Mit dem Museumsgütesiegel gibt es ein anerkanntes Verfahren zur Qualitätssicherung für Museen. Wir unterstützen die niedersächsischen Museen dabei, an dem Gütesiegelprozess erfolgreich teilzunehmen.

Das Land engagiert sich dank grüner Regierungspolitik für die Aufklärungsarbeit über die Herkunft von NS-Raubkunst. So wurde das Netzwerk Provenienzforschung eingerichtet, das die Aufarbeitung des nationalsozialisti-

schen Kunstraubs unterstützt und den Museen bei der Klärung der Herkunft von Kunstgegenständen hilft. Mit dem bundesweit einmaligen „Leitfaden zum Erwerb für Museumsgut“ steht den Museen zudem eine wichtige Arbeitshilfe zur Verfügung. Diese wichtige Arbeit muss fortgeführt werden.

Bildende Künste voranbringen

Die Kunstschulen in Niedersachsen leisten wertvolle Beiträge zur Vermittlung von Kunst und sind wichtige Multiplikatoren vor Ort. Wir wollen die Förderung auf Landesebene weiter absichern und zukunftsweisende Projekte wie „Kunstschule im Kontext“ fördern. Sie tragen dazu bei, die Kunstschulen zu qualifizieren, mehr kulturelle Teilhabe für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene zu ermöglichen.

Noch immer stehen die bildenden Künste häufig für die „Brotlosigkeit“ des Kunstbetriebes. Wir müssen daher weiter an der Verbesserung der gesetzlichen und sozialen Rahmenbedingungen arbeiten. Wir unterstützen die Forderung von Künstler*innen nach angemessenen Ausstellungshonoraren und Ankäufen von Kunstwerken für den öffentlichen Raum.

Wir wollen gemeinsam mit den Künstler*innen neue Wege finden, wie innovative und experimentelle Ausstel-

lungen, Galeriekonzepte und Formate weiter vorangebracht werden können und auch regionale Künstler*innen zusätzliche Aufmerksamkeit bekommen.

Musik verbindet

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Musikalisierungsprogramm der Musikschulen und die Initiative „Musikland Niedersachsen“ weiterentwickelt und auf breitere Füße gestellt wurden. Mit der Aufnahme der LAG „Rock“ in die institutionelle Förderung konnten zudem neue, zeitgemäße Akzente gesetzt werden. Für uns ist Populärmusik in all ihren Facetten eine wichtige Kunstform und ihre Förderung im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Gesellschaft und für die Integration sinnvoll und notwendig. Musikclubs beherbergen bunte Musikszene und sind für den Erhalt des vielfältigen Kulturlebens unverzichtbare Orte. Wir wollen die lebendigen Clubkulturen erhalten und Standorte sichern. Bei Konflikten mit Anwohner*innen muss für einen fairen Interessenausgleich gesorgt und das Baurecht entsprechend weiterentwickelt werden. Wir wünschen uns mehr Toleranz für kulturelle Veranstaltungen unter freiem Himmel – denn auch das gehört zu einer lebendigen Kulturszene.

Gerade Jugendliche feiern gern ungezwungener und spontan. Um diese

Jugendkultur nicht an die Ränder zu drängen, begrüßen wir Maßnahmen für verbesserte Freiraumangebote – zum Beispiel für Free Open Airs, die auch spontane Nutzungen ermöglichen. Langwierige administrative Verfahren und Auflagen zur Anmeldung dieser Veranstaltungen sollen vereinfacht werden. Wir wollen den Übergang vom Amateur- in den Profibereich, zum Beispiel in der Popmusik, noch besser unterstützen, um ambitionierte Künstler*innen in Niedersachsen zu halten.

Literatur und Leseförderung

Wir GRÜNEN werden auch zukünftig die Literaturszene in Niedersachsen fördern und dabei insbesondere neuen Autor*innen eine Plattform geben. Die Literaturbüros, -zentren und -häuser bieten auch außerhalb der Stadtzentren Vorträge, Lesungen und Projekte an. Mit dem neuen Buchhandelspreis werden Buchhandlungen gewürdigt, die sich in besonderem Maße für Kulturvermittlung, kulturelle Teilhabe und Teilnahme einsetzen. Ein wichtiger Schwerpunkt liegt für uns GRÜNE in der Leseförderung, um Kindern und Jugendlichen Literatur näher zu bringen.

Filmförderung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die kulturelle Filmförderung, um

auch Projekten jenseits des kommerziellen Mainstreams Raum und Möglichkeiten zu geben. Ein wichtiger Beitrag für die kulturelle Filmförderung sind die niedersächsischen Filmfestivals, die durch grüne Regierungspolitik dauerhaft besser gefördert werden. Darüber hinaus wurde die Organisation der Film- und Medienförderung über die Nordmedia neu aufgestellt. Wir setzen uns dafür ein, auch die inhaltliche Förderung weiterzuentwickeln und mehr Vielfalt, Innovation und Experimentierfreude zu ermöglichen. Auch dafür wurde das Film- und Medienbüro in die institutionelle Förderung aufgenommen.

Die LAG „Jugend und Film“ engagiert sich bei der Vermittlung von Medienkompetenz und vernetzt die Arbeit von bestehenden kulturellen Initiativen und Veranstaltungszentren und qualifiziert diese. Die Landesregierung hat durch grünes Engagement die Förderung der LAG erhöht und verstetigt. Das Mobile Kino Niedersachsen ist ein weiterer wichtiger Beitrag der LAG „Jugend und Film“. Damit wird großes Kino auch in Orte gebracht, die sonst keinen Zugang zur Filmwelt haben.

Kultur stärkt ländliche Räume

Gerade die kleineren Städte und Dörfer Niedersachsens verfügen über gepflegte kulturelle Traditionen und eine erstaunliche Vielfalt. So ist die

Breitenkultur mit ihrer großen ehrenamtlichen Basis in Niedersachsen besonders ausgeprägt. Ohne nicht-staatliche Einrichtungen und ohne Ehrenamt ist in der Fläche eine gute Versorgung mit kulturellen Angeboten kaum möglich.

Wir GRÜNEN stärken die Kulturarbeit und setzen uns erfolgreich für Erhalt und Ausbau der kulturellen Infrastruktur ein. Lokale Kulturarbeit muss auf solide Füße gestellt werden. Wir haben daher dafür gesorgt, dass die Kulturförderung weiterentwickelt wurde, brauchen aber darüber hinaus eine Ausweitung der Kulturförderung, um auch zukünftige Herausforderungen zu bestehen. Schwerpunkte müssen dabei im ländlichen Raum bei der Soziokultur, den freien Trägern, liegen. Vielerorts gibt es bereits erfolgreiche Modelle zur Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement. Wir setzen uns für Austausch, Vernetzung und die Übertragung guter Best-Practice-Modelle auf andere Regionen ein. Einen Beitrag für die regionale Kulturförderung, besonders in ländlichen Räumen, leisten die Landschaftsverbände sowie die Regionalberatungen der LAG „Soziokultur“.

Zu den regionalen Förderprojekten gehören für uns GRÜNE auch Literatur-, Theater- und Filmprojekte in Niederdeutsch (also Platt) bzw. saterländischem Friesisch. Wi, de Gruinen,

wullt ok, dat Bökers, Theater un Filme op Platt makt werden kunnt un dat die ok de Knete un de Expertise vun Land kreigen. Auch andere Minderheitensprachen wie Romanes wollen wir unterstützen und ihre Pflege fördern.

Wir wollen zudem Anreize für regionale Kulturentwicklung schaffen, damit vorhandene Potenziale besser erkannt, gepflegt und gebündelt werden können. Dazu wollen wir den interkommunalen Austausch und die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene unterstützen.

Baudenkmäler erhalten

Niedersachsen ist reich an bedeutenden Baudenkmälern aus unterschiedlichen Epochen. Die Bewahrung dieses Erbes stellt die Gegenwart immer wieder neu vor Herausforderungen – insbesondere in finanz- und haushaltspolitischer Hinsicht. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, um die Vereinbarkeit von Denkmalschutz und energetischer Gebäudesanierung zu verbessern. Dies betrifft auch die Förderung der Denkmalpflege bei Denkmälern in Privatbesitz.

9.5 Grenzenlos denken: Europa und Internationales

Die Grundlage für Frieden, Sicherheit und gemeinsamen Wohlstand in Europa ist eine starke Europäische Union und eine gute internationale Zusammenarbeit. Der zunehmenden Skepsis gegenüber der EU sowie dem Erstarken des Rechtspopulismus in vielen Ländern Europas setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein klares Bekenntnis zum europäischen Einigungsprozess entgegen. Nur mit einer starken Europäischen Union können wir die großen Fragen unserer Zeit lösen. Klimakrise, Wirtschafts- und Finanzkrisen, soziale Ungerechtigkeit und Konflikte in dieser Welt sind nicht mit einem Rückzug in den Nationalismus in den Griff zu bekommen.

Die Europäische Union ist für uns aber mehr als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Die Europäische Union ist für uns vor allem eine Wertegemeinschaft. Sie ist der Garant für Frieden in Europa. Sie ist ein gegenseitiges Versprechen von Solidarität und Freiheit. Die Europäische Union ist längst nicht perfekt. Wir wollen vieles verbessern, aber was die EU bereits jetzt ermöglicht, werden wir verteidigen: Sei es die Reisefreiheit, die Währungsunion, offene Grenzen, Erasmus oder die Möglichkeit, überall in der EU studieren und arbeiten zu können.

Wir GRÜNEN stehen für ein demokratisches, weltoffenes und soziales Europa. Wir wollen Europa stärken und die europäische Demokratie vertiefen. Das gelingt nur mit institutionellen Reformen der Europäischen Union: Wir wollen die Rechte des Europaparlaments unter anderem durch ein Vorschlagsrecht analog zum Gesetzesinitiativrecht ausbauen, für mehr Transparenz bei den Entscheidungen sorgen und die europäische Zusammenarbeit bei Themen unterstützen, bei denen gemeinsames Handeln nötig ist. Wichtige Entscheidungen dürfen nicht am Parlament vorbei getroffen werden. Durch bessere Informationsangebote wollen wir den Bürger*innen die Beteiligung an europäischer Politik erleichtern.

Wir GRÜNEN stehen für ein Europa mit starken Regionen, das weiter zusammenwächst, da viele Probleme nur gemeinsam gelöst werden können. Als langfristiges Ziel stehen wir GRÜNEN für einen Bundesstaat Europa. Nicht alles muss jedoch auf europäischer Ebene entschieden werden. Die Mitgliedsstaaten und Regionen brauchen für die Entscheidungen, die auf ihrer Ebene am sinnvollsten getroffen werden können, ein hohes Maß an Selbstbestimmung und Eigenverantwortung.

Europa: Wichtig für Niedersachsen

Niedersachsen liegt in der Mitte Europas und die Menschen profitieren von einer starken Europäischen Union. Ob wirtschaftliche Vernetzungen oder Erleichterungen im Alltag: Ohne lange Kontrollen ins Nachbarland reisen zu können und für den Einkauf dort kein Geld umtauschen zu müssen, ist für uns mittlerweile selbstverständlich. Wir wollen die Menschen in Niedersachsen für die Europäische Union begeistern und sie für ein weiteres Zusammenwachsen der Union gewinnen.

Wir GRÜNEN haben daher die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zu europäischen Themen durch eine bessere Finanzierung des Europäischen Informationszentrums (EIZ) gestärkt. Wir werden weiter daran arbeiten, ein flexibles, den neuen politischen Herausforderungen angepasstes, attraktiveres und unbürokratischeres Angebot zu gestalten. Wir brauchen in Niedersachsen eine gut vernetzte Unterstützung Europäischer Initiativen aus der Zivilgesellschaft für Austauschprogramme und Begegnungen, Europaschulen und die europapolitische Bildungsarbeit. Wir unterstützen die Idee, allen EU Bürger*innen mit ihrem 18. Geburtstag ein von der EU finanziertes Interrail-Ticket zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen die Europapolitik näher an Niedersachsen bringen. Dazu gehört

beispielsweise ihre Verankerung als Aufgabe von Landtag und Landesregierung sowie stärkere Beteiligungsrechte des Bundesrates in europapolitischen Fragen.

Eine Welt und faire Handelspolitik

Eine lebendige, vielfältige und innovative Wirtschaft mit der Mobilität von Menschen und dem Austausch von Gütern ist wichtiger Bestandteil einer weltoffenen Gesellschaft in Niedersachsen. Bei den außenwirtschaftlichen Beziehungen treten wir für Menschenrechte, politische Teilhabe, friedliche Beziehungen zwischen den Staaten, soziale Gerechtigkeit, eine ausgewogene globale Entwicklung und die internationalen Nachhaltigkeits- und Klimaziele ein. Diese Ziele müssen bei Delegationsreisen der Landesregierung ins Ausland berücksichtigt werden, auch bei der Auswahl der Reiseziele.

Niedersachsen hat mit seiner stark exportorientierten Wirtschaft viele internationale Beziehungen und Partnerschaften auch außerhalb der Europäischen Union. Die Klimakrise, knapper werdende natürliche Ressourcen, Flucht und Migration sind globale Herausforderungen, die uns alle betreffen. Wir stehen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) der Vereinten Nationen. Wir haben in Regierungsverantwortung

mehr Mittel für die Bekämpfung von Fluchtursachen bereitgestellt, mit denen Projekte in den betroffenen Ländern gefördert werden. Bestehende regionale Partnerschaften wollen wir stärken. Für uns GRÜNE ist damit auch die gesellschaftliche Verantwortung verbunden, eine soziale und ökologische Entwicklung im Rahmen unserer partnerschaftlichen Beziehungen zu fördern. Daran müssen sich unsere eigene Wirtschaftsweise und unser Konsum orientieren.

GRÜNE in Regierungsverantwortung haben entwicklungspolitische Leitlinien für Niedersachsen durchgesetzt. Sie werden gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen umgesetzt und weiterentwickelt. Auch zukünftig setzen wir uns dafür ein, Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe in der Landespolitik zu verankern. Hierzu gehört insbesondere die Erarbeitung einer Strategie zur Umsetzung und Verankerung der globalen Nachhaltigkeitsziele auf Landesebene und in den Kommunen.

Wir GRÜNEN haben in Niedersachsen das Eine-Welt-Promotorenprogramm verankert und finanziell abgesichert, um Anstöße für global verantwortliches Denken und Handeln zu geben und Akteur*innen zu vernetzen. Auch zukünftig werden wir die Eine-Welt-Politik in Niedersachsen stär-

ken und die entwicklungspolitische Verbandsarbeit nachhaltig fördern.

Wir stehen für eine Handelspolitik, die sich an sozialen und ökologischen Werten ausrichtet. Daher haben wir dafür gesorgt, dass für das öffentliche Beschaffungs- und Vergabewesen des Landes Niedersachsen verbindliche Umwelt- und Fairness-Kriterien eingeführt wurden.

Wir werden Wirtschaftsförderungen, Kooperationen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und Beteiligungen des Landes an Unternehmen sowie die Beschaffung von Produkten zukünftig noch stärker an fairen Kriterien ausrichten, um den Einfluss Niedersachsens für einen gerechteren Welthandel zu nutzen. Auch das gehört zur erfolgreichen Bekämpfung von Hunger und Leid in anderen Teilen der Welt.

Wir wollen die Globalisierung gerechter und ökologisch nachhaltiger gestalten. Dafür braucht es starke Regeln, die Umwelt, Beschäftigte und Verbraucher*innen schützen. Wir setzen uns für Handelsabkommen ein, die transparent verhandelt werden und nach sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind. Etablierte demokratische und rechtsstaatliche Institutionen dürfen nicht in Frage gestellt werden. Wir wollen einen fairen Handel,

der Wirtschaft, Umwelt und Soziales in Einklang bringt. Nur fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder und stärkt Menschenrechte überall.

Wir halten die Handelsabkommen TTIP, TiSA und CETA derzeit für nicht zustimmungsfähig. Der vorliegende CETA-Text trägt dem für uns grundlegenden Vorsorgeprinzip nicht Rechnung, er gefährdet die öffentliche Daseinsvorsorge und behindert eine nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und Tierhaltung, da regionale Produkte nicht ausreichend geschützt werden. Wir GRÜNEN fordern daher einen Neustart der europäischen Handelspolitik.

Im Bundesrat werden wir keinen Handelsabkommen zustimmen, die Klagerechte von Investoren gegen Staaten vor sogenannten Schiedsgerichten enthalten, die den Zugang zu Gütern der Daseinsvorsorge einschränken, die Sozial- und Umweltstandards schwächen, ärmere Staaten benachteiligen oder die Selbstverwaltungsrechte der Kommunen beschneiden. Statt Schiedsgerichten streben wir einen demokratisch legitimierten EU-Handelsgerichtshof an.

9.6 Ökologisch und sozial: Bauen und Wohnen

Die Gesellschaft verändert sich und mit ihr der Bedarf an individuellem Wohnraum. Wie in allen anderen westlichen Bundesländern ist auch in Niedersachsen die Wohnungsnot groß. Einkommensschwache und sozial bedürftige Haushalte haben große Mühe, Wohnungen zu bekommen. Der Bedarf nach bezahlbarem, angemessenem und dauerhaft gebundenem Wohnraum ist ungebrochen.

Der vor allem für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus 2003 noch zur Verfügung stehende Wohnraumförderungsfonds wurde von der schwarz-gelben Regierung verkauft. Vor dem Hintergrund der Hinterlassenschaft einer nahezu leeren Förderkasse und der Notwendigkeit einer intensiven Bekämpfung der Wohnungsnot hat die rot-grüne Landesregierung mit großer haushaltspolitischer Anstrengung begonnen, einen neuen Förderfonds aus Rückflussmitteln aufzubauen und die Förderkulisse vollständig verändert: Schwerpunkt ist seit 2013 die Förderung des sozial gebundenen Mietwohnungsbaus sowie die Modernisierung und Sanierung von Wohnungen im Bestand. Dabei kommt der Anpassung von Bestandswohnungen zu barrierearmen und altersgerechten Wohnungen eine besondere Bedeutung zu.

Darüber hinaus fördert die rot-grüne Landesregierung Formen des gemeinschaftlichen Wohnens sowie Wohnbaugruppen. Aber auch die Förderung von Eigentum für einkommensschwache und kinderreiche Familien steht dabei im Fokus (siehe Kapitel 6, Solidarische Gesellschaft).

Dabei wächst der verfügbare Wohnungsmarkt langsamer als die Nachfrage und die Investoren konzentrieren sich überwiegend auf das obere Preissegment, in dem ihre Investitionen durch hohe Mieteinnahmen auch in Niedrigzinsphasen noch profitabel sind. Die Konkurrenz zwischen den Wohnungssuchenden um bezahlbaren Wohnraum steigt vor allem in den Großstädten dramatisch an und setzt sich inzwischen auch in den kleineren Mittelzentren Niedersachsens fort.

Geringverdiener*innen, Sozialleistungsempfänger*innen, geflüchtete Menschen, alleinerziehende Väter und Mütter, Student*innen oder von Altersmut betroffene Rentner*innen konkurrieren heute um die gleichen Wohnungen und geraten an den Rand der Gesellschaft. Gleichzeitig sinkt der Anteil der geförderten Sozialwohnungen, da die Sozialbindungen kontinuierlich auslaufen. Mit dem von uns GRÜNEN mit angeschobenen

400-Millionen-Euro-Sofortprogramm für den sozialen Wohnungsbau sollen ab 2017 zusätzlich bis zu 8.000 Wohnungen für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, altersgerechter und barrierefreier Wohnraum sowie Wohnraum für Geflüchtete gefördert werden. Für die Zukunft wollen wir GRÜNEN auch den Ankauf von Beleghausrechten als Instrument zur Sicherung der Sozialbindung nutzen. Auch das Sonderprogramm für studentisches Wohnen in Höhe von 6,5 Millionen Euro für den Bau von mehreren hundert zusätzlichen Plätzen in den Studierendenwohnheimen in Niedersachsen zeigt inzwischen Wirkung. Es muss in den nächsten Jahren verstetigt werden.

Um der weiterhin großen Nachfrage nach besonders günstigem Wohnraum gerecht zu werden, wollen wir die öffentliche Förderung weiterführen und ausbauen. Damit angesichts der niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt die Akzeptanz der staatlichen Förderung erhöht wird, haben wir dafür gesorgt, dass die Landesförderung aktuell um echte Tilgungszuschüsse von bis zu 15 Prozent der Darlehenssumme ergänzt worden ist. Sollte das nicht ausreichend sein, werden wir uns dafür einsetzen, dass diese Quote weiter erhöht wird. Außerdem unterstützen wir Städte und Gemeinden bei der Erstellung von Leerstands- und Baukatastern, um vorhandene Flächen

schneller nutzbar zu machen.

Dass auf den Ostfriesischen Inseln Dauerwohnraum in renditeträchtige Ferienappartements umgewandelt wird, ist ein weiteres gravierendes Problem. Für die ortsansässige Inselbevölkerung ist kaum noch bezahlbarer Wohnraum vorhanden. Die betroffenen Kommunen in ganz Niedersachsen können jetzt auch wieder das Instrument der neuen Zweckentfremdungsverordnung nutzen, um Leerstände und nicht hinnehmbare Nutzungsänderungen zu unterbinden.

Die heutige finanzielle Ausgleichsförderung des Bundes reicht bei Weitem nicht aus – sie muss vor allem für die Zeit nach 2019 fortgeführt werden. Um den ständigen Wegfall der Sozialbindungen im geförderten Wohnungsbau zu vermeiden, wollen wir auf Bundesebene als Angebot für interessierte Wohnungsunternehmen eine Wiedereinführung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts, um einen dauerhaft gebundenen Wohnraum zu ermöglichen. Kommunen, die sich wohnungspolitisch engagieren und eigene Wohnungsunternehmen gründen wollen, wollen wir unterstützen.

Wohnraumaufsichtsgesetz schaffen

Immer wieder werden Mieter von Spekulanten ausgebeutet. So wurden Werksvertragsarbeiter*innen der

Fleischwarenproduktion in Westniedersachsen gezwungen, zu horrenden Mieten in Mehrbettzimmern oder Zimmern mit Mehrfachbelegung der Betten zu hausen. Im Wollepark Delmenhorst wurden den Mieter*innen Strom und Wasser abgestellt, weil der Vermieter die Zahlungen der Mieter*innen an die örtlichen Stadtwerke nicht weiterleitete. Da die kommunalen Gebietskörperschaften bisher wenig Eingriffsrechte gegenüber diesen Vermietern haben, braucht das Land Niedersachsen dringend ein Wohnraumaufsichtsgesetz, wie es andere Bundesländer schon haben, damit kommunale Behörden solche Missstände auf eindeutiger rechtlicher Grundlage beseitigen und die Mieter*innen sich besser wehren können.

Zusammen leben – Bedarfsgerechten Wohnraum schaffen

Der neue Wohnraum muss alle Belange und Formen des Zusammenlebens berücksichtigen: Junge Familien brauchen Platz und gute Anbindung an Schulen und Kitas. Ältere Menschen suchen oft kleinere Einheiten, die barrierefrei und komfortabel zu erreichen sind. Mit dem von uns GRÜNEN in Regierungsverantwortung eingerichteten Landesprogramm „Wohnen und Pflege im Alter“ sichern wir den Menschen mit Pflegebedarf auch den Verbleib in der eigenen Wohnung und damit in ihrer vertrauten Umgebung

(siehe Kapitel 6.6, Menschenwürdige Pflege). Wir wollen gemeinschaftliches Wohnen über Generations- und Einkommengrenzen hinweg noch intensiver fördern. Die Beratung durch das Niedersachsenbüro und das „Forum für Gemeinschaftliches Wohnen“ soll fortgeführt und verstärkt werden.

Flächenverbrauch stoppen

Wir GRÜNEN stehen für einen sparsamen Umgang mit der Fläche. Innenentwicklung hat Priorität vor der Außenentwicklung. Dabei stehen Umwidmungen von ehemaligen Industrie- und Gewerbegebieten zu Wohngebieten sowie verdichtetes Bauen besonders im Fokus. Dies vermeidet unnötigen Verkehr und schafft kurze Wege. Die Zunahme von Ein-Personen-Haushalten und wachsende Wohnraumansprüche lassen den durchschnittlichen Wohnraumbedarf pro Kopf weiter steigen. Dieser Trend steht im Widerspruch zu den Anforderungen ökologischer Flächen- und Ressourceneffizienz. Daher wollen wir entsprechende Projekte des gemeinschaftlichen und generationenübergreifenden Wohnens fördern und auch Ansätze wie Wohnungstauschbörsen unterstützen.

Um den Herausforderungen angemessen begegnen zu können, sind Verzahnungen von formeller und informeller Planung notwendig. Wir wollen mehr

Anreize zum interkommunalen Dialog und zur Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften schaffen, um das Ziel des sparsamen Umgangs mit den Flächenressourcen über Gebietsgrenzen hinaus zu verfolgen. Außerdem wollen wir die Siedlungsentwicklung deutlich stärker als bisher auf den ÖPNV ausrichten.

Klimaschutz und bezahlbares Wohnen zusammen denken

Zu preiswertem Wohnen gehört auch eine Politik der fairen Wärme. Dabei muss den steigenden Standards bei der Gebäudedämmung auch ein Konzept der daran angepassten Wärmeversorgung gegenüberstehen. Mit großen Einsparpotenzialen bei Energieeinsatz und Kosten, etwa durch Nah- oder Fernwärmeversorgung insbesondere durch Wärmeerzeugung mit erneuerbaren Energien, ist zu rechnen.

Wir wollen durch Sanierungen begründete spekulative Mieterhöhungen begrenzen und gleichzeitig für den Klimaschutz notwendige Investitionen ermöglichen: Dafür wollen GRÜNE Mieterhöhungen im Zuge von Modernisierungen auf maximal neun Prozent pro Jahr senken und auf energetische Sanierung sowie altersgerechten Umbau beschränken. So wollen wir verhindern, dass insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen aus bestimmten Wohnlagen verdrängt

werden. Wir GRÜNEN setzen uns zudem dafür ein, energetische Sanierungen umfangreich zu fördern. Gleichzeitig wollen wir über eine Initiative im Bundesrat eine Klimakomponente beim Wohngeld einführen.

Unser Konzept der energetischen Quartierssanierung hilft den Kommunen und zeigt ihnen Wege auf, eine behutsame energetische Stadterneuerung umzusetzen und dabei die Pole Investitionsförderung und Wohnraumnachfrage besser aufeinander abzustimmen. Gleichzeitig können so eine dezentrale Energieversorgung und effiziente Leitungssysteme gebaut werden. Dafür wollen wir, dass der Bund die notwendigen Mittel bereitstellt und besonders Stadtteile mit einkommensschwachen Haushalten fördert.

Zur Umsetzung von Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz und Energieeinsparverordnung wollen wir die Bauaufsichtsbehörden in die Lage versetzen, dass die Vorgaben besser kontrolliert werden können.

Ökologisch bauen

Wir wollen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Bauen und Sanieren ökologischer wird – nicht nur bezogen auf die Energieeffizienz in der Nutzungsphase von Gebäuden, sondern auch bezüglich der verwendeten Baustoffe.

Wir wollen, dass mehr Häuser mit natürlichen und gesunden Baustoffen gebaut werden und idealerweise sogar CO₂ speichern. Ökologische und CO₂-neutrale Bauweisen (wie die Verwendung von Holz und Stroh) wollen wir unter anderem durch ein Sonderförderprogramm, durch Beratungsangebote und die Weiterbildung von Planer*innen und Handwerker*innen voranbringen.

Ökologisches Bauen beinhaltet den weitestmöglichen Verzicht auf Biozide in Baustoffen, allerdings sind Bauwillige oftmals nicht hinreichend über gesundheitsschädliche Stoffe in Baumaterialien informiert. Planer*innen sollen daher – auch mit bauaufsichtlichen Vorgaben – dazu in die Lage versetzt werden, bei technisch gleichwertigen Lösungen biozidfreie Baustoffe zu bevorzugen. Durch eine bauaufsichtliche Einführung der Holzschutznormen zum konstruktiven Holzschutz soll – wie in anderen Bundesländern schon geschehen – beispielsweise der Einsatz von chemischen Holzschutzmitteln eingeschränkt werden.

Raum- und Siedlungsentwicklung für die Menschen

Wir setzen uns für einen Abstandserlass für störende Gewerbe/Industrie nach dem Vorbild von NRW ein. Dieser sorgt für einen ausreichenden Abstand zwischen störenden und emittieren-

den Industrie- und Gewerbegebieten zu umliegender Wohnbebauung. Der Mensch steht dabei im Mittelpunkt des Schutzinteresses vor schädlichen Einflüssen.

Wir wollen die Lebensbedingungen im ländlichen Raum erhalten, indem wir die notwendige Infrastruktur, wie Basisversorgung mit Lebensmitteln, Verbesserung des ÖPNV, erhalten und sichern. Dies kann zum Beispiel durch mehr interkommunale Zusammenarbeit und durch die Nutzung von Fördermitteln des Landwirtschaftsministeriums (Dorf- und Regionalentwicklung) sowie des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr erfolgen (siehe Kapitel 9.1, Ländliche Räume zukunftsfähig gestalten). Voraussetzung dafür ist bürgerschaftliches Engagement der Bewohner*innen vor Ort.

Es wird mit uns eine Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) geben, in der zum Beispiel die Regelungen für die Stellplatznachweise so geändert werden, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, eigene Verordnungen und Konzepte bedarfsgerecht für die verschiedenen Verkehrsträger – wie motorisierter Individualverkehr (MIV), Fahrrad, Carsharing, ÖPNV-Anbindung – zu erstellen.

9.7 Förderung des Sports

Der Sport ist wichtig für die Gesundheit und das eigene Wohlbefinden. Er hat zudem eine große Bedeutung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. In den niedersächsischen Sportvereinen leisten Ehrenamtliche wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft, nicht zuletzt für eine gelingende Integration und Inklusion. Auch zukünftig setzen wir uns dafür ein, allen Menschen den Zugang zum Sport zu ermöglichen. Gerade der Sport kann Grenzen und Barrieren überwinden und Menschen zusammenbringen. Daher unterstützen wir Sportverbände und -vereine, Fanprojekte und Fanbeauftragte bei ihrem Einsatz für ein friedliches Zusammenleben – gegen Gewalt, Diskriminierung, Homophobie, Rechts, Antisemitismus, Sexismus und Ausgrenzung.

Sport von Anfang an

Wir GRÜNEN setzen uns für eine Förderung von Spiel-, Bewegungs- und Gesundheitserziehung bereits im Vorschulalter und im Schulsport ein. Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien muss die gleichberechtigte Teilnahme am Vereinssport möglich sein.

Wir machen uns dafür stark, die unterschiedlichen Sportarten in der ge-

samten Breite weiter zu fördern. Dazu bedarf es eines vielfältigen Schulsportangebots. Daher setzen wir uns für tägliche Sportangebote in der Schule und eine bessere, unbürokratische Verankerung im Ganztags ein (siehe Kapitel 4, Gerechte Bildung). Für eine langfristige Entwicklung von Leistungs- und Breitensport in Niedersachsen muss die Verzahnung zwischen Schul- und Vereinssport weiter verbessert werden. Wir wollen auch gemeinsame sportliche Aktivitäten für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung in Schule und Sportverein fördern.

Gute Sportmöglichkeiten für alle

Gute Bedingungen, funktionsfähige sowie barrierefreie Sportanlagen sind die Grundvoraussetzung für die Partizipation an Sport. Vor allem im ländlichen Raum setzen wir uns für den Erhalt und die nachfragegerechte Erweiterung von Sportstätten ein. Wir möchten Teilhabemodelle gezielt fördern, die das Miteinander behinderter und nichtbehinderter Menschen zum Ziel haben. Daher müssen wohnortnahe Sportangebote weiter barrierefrei ausgebaut werden.

Wir wollen auch Sportarten und Initiativen finanziell unterstützen, die sich

bislang im organisierten Sport in Niedersachsen noch nicht wiederfinden. Bei der Planung und Erneuerung öffentlicher Anlagen und Plätze müssen die Interessen von Sportler*innen eine größere Rolle spielen.

Fairer Sport ohne Doping

Wir stehen für einen fairen und sauberen Sport in der Spitze und in der Breite. Nur mit positiven Rollenbildern werden wir die Kleinsten überzeugen, fair miteinander umzugehen und den Leistungsgedanken in einem echten Wettbewerbsgedanken ausleben zu können.

Auch abseits des Leistungssports greifen leider immer mehr Menschen auf rezeptpflichtige, illegale und gesundheitsgefährdende Substanzen zurück, um ihre Leistung oder ihr Aussehen zu verbessern. Wir GRÜNEN kämpfen für einen sauberen Breitensport, egal ob bei Lauf-Events, im Fußball, Radsport oder in Fitnessstudios. Wir GRÜNEN wollen Sportlerinnen und Sportler und insbesondere Jugendliche vor den potenziell schwerwiegenden Folgen des Missbrauchs von leistungsfördernden Substanzen bewahren. Daher setzen wir uns im Dialog mit Sportvereinen und -verbänden, Veranstaltungsausrichter*innen, Fitnessstudiobetreiber*innen, Krankenkassen, Ärzteverbänden und Medien für eine landesweite Verbes-

serung der Präventionsangebote ein.

Eine frühe Karriereplanung und eine auskömmliche Förderung vor allem für junge Talente auch abseits der großen Städte und Zentren sind weitere grüne Schwerpunkte. Wir wollen den Spitzensport in ganz Niedersachsen weiter ausbauen und fördern. Auch der inklusive Gedanke im paralympischen Leistungssport soll gestärkt werden.

9.8 Ehrenamt stärken

Ehrenamtlich engagierte Menschen leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Sie machen Niedersachsen tagtäglich menschlicher und lebenswerter. Ohne diesen Einsatz wäre eine demokratische und solidarische Bürgergesellschaft nicht denkbar.

Wir GRÜNEN haben uns in Regierungsverantwortung intensiv für bessere Rahmenbedingungen für das Ehrenamt eingesetzt. Nicht zuletzt das starke Engagement vieler Menschen bei der Begleitung und Aufnahme von Geflüchteten leistet in Niedersachsen einen entscheidenden Beitrag dazu, Teilhabe zu verwirklichen. Vor diesem Hintergrund haben wir die Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe sowie diverse Förderprogramme zur niedrigschwelligen Unterstützung des Ehrenamts auf den Weg gebracht.

Für uns GRÜNE ist dabei entscheidend: Ehrenamtlichkeit braucht Hauptamtlichkeit, die entlastet, unterstützt und koordiniert. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, ehrenamtliches Engagement noch besser zu fördern und anzuerkennen. Neben der JULEICA (Jugendleitercard), der Ehrenamtskarte und der Versicherung für ehrenamtlich Aktive werden wir prüfen, inwiefern das Ehrenamt bei Schulleistungen

und Studienleistungen noch stärker anerkannt werden kann bzw. eine Befreiung für das Ehrenamt möglich ist. Gleiches gilt für das Berufsleben. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass das Ehrenamt analog zu kommunalen Mandaten oder Bildungsurlaub auch von Arbeitgeber*innen unterstützt wird und ehrenamtlich tätigen Geflüchteten analog zu den Regelungen bei der Sozialhilfe ihre Ehrenamtsvergütungen nicht auf ihre Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angerechnet werden. Darüber hinaus werden wir die vielen Bildungsangebote für ehrenamtlich engagierte Menschen weiterhin fördern.

